REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 500 · 18.11.2005

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 44 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Schreiben und überleben im Kampf um eine andere Gesellschaft. Punto Final: Bewegte Geschichte eines chilenischen Zeitungsprojektes: Interview mit Lucia Ruiz - Interview: MiRIAM eDDING
2. Rechte Angriffe in Potsdam
3. Ziel: Die Delegitimierung antifaschistischer Arbeit. Interview zu den Ermittlungen gegen Antifas in Potsdam - Interview: mb.
4. Bundesanwaltschaft hält an §129a fest. Verhärtete Fronten im Revisionsprozess gegen Daniel W. - mb.
5. Die NS-Mörder sind unter uns. SS-Kriegsverbrecher Gerhard Sommer lebt bis heute unbehelligt in Hamburg - Maria Meier
6. Klassen-Gewitter. Nachrichten für Drinnen und Draußen
7. Bonzen, Bildung, Bertelsmann. Die Bertelsmann-Stiftung als Denkfabrik des Neoliberalismus - AG Bertelsmannkritik Bremen/Hamburg
8. Weniger Identitätsdebatten, mehr Systemkritik! Feministische Optionen in der außerparlamentarischen Linken nach der Wahl - Katja Strobel
9. Spielräume nutzen, Grenzen überschreiten! Gewerkschaften vor den Herausforderungen eines globalisierten Kapitalismus - Werner Sauerborn (ver.di Ba-Wü)
10. Alternativen und der Kampf um Hegemonie. Die sozialen Bewegungen stehen vor neuen Herausforderungen - Pedram Shahyar
11. Das Thema G8 ist kein Selbstläufer. Interview mit Tim Laumeyer
12. Widersprüche und Herausforderungen des "Post-Neoliberalismus". Teil II: Der chinesische Staatskapitalismus auf dem Weg in den Weltmarkt - Mario Candeias
13. Reise durch die Geschichte des Kapitalismus: "G-Strich": Fülberth at his best - Dietrich Marquardt
14. Wir über uns. Die ak-Redaktion im Selbstinterview
15. Andere über uns. Stellungnahmen, Glückwünsche, Kritiken zu ak 500
16. Wider den Mythos. Zwei Neuerscheinungen zu Oskar Schindler - Angela Martin
17. Stolpern über NS-Verbrechen. Der Bildhauer Gunter Demnig hat das Bundesverdientskreuz erhalten - Angela Martin
18. Verführte Unschuld. "Hitler war's" - Hannes Heers Abrechnung mit deutscher Selbstamnestie - Js.
19. WTO = Widersprüche, Turbulenzen, Opportunitäten. Unübersichtliche Gemengelage vor WTO-Konferenz in Hongkong - Gregor Samsa
20. Die Abgeordnetenplätze sind bereits verteilt. Am 27. November wird in Tschetschenien gewählt - Ute Weinmann
21. Kein Bürgerkrieg in Frankreich. Die Vorstädte als Laboratorien sozialer Krisenprozesse - Bernhard Schmid, Paris
22. Erinnerung lässt sich nicht verbieten. Uruguay: Zwei Jahrzehnte Kampf um Strafverfolgung der Diktaturverbrechen - Knut Rauchfuss
23. Besetzt, umkämpft, enteignet. Eine Papierfabrik in Arbeiterhand: Invepal, Venezuela - Dario Azzellini
24. Klima der Einschüchterung und Verunsicherung. Neue "Anti-Terror"-Gesetze auch in Australien - Vo.
25. Zwischen Verfolgung und Romantisierung. II. Europäische Antiziganismus-Konferenz in Hamburg - Klaus Mellenthin
26. Beiträge zur Antiziganismusforschung - KM
27. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit
28. Inner City Blues. Einzelhandel managed öffentliche Räume - Jan Wehrheim
29. Das Herz der Bestie - ein unbekanntes Wesen. ArbeiterInnenmacht und die Zukunft des Operaismus - Christian Frings
30. Wem gehört die Weltsicht? Durch Google Earth verschmelzen reale Orte und virtuelle Informationen - Ulf Treger

31. Gesundheit ist mehr als Abwesenheit von Krankheit. Zum emanzipatorischen Potenzial eines weiten Gesundheitsbegriffs - Ulrich Fritsch
32. Verdoppelung der Sozialdemokratie. Linkspartei und WASG müssen sich erst als "links" erweisen - eine Replik - dk
33. In gesellschaftliche Prozesse eingreifen. Zum Verhältnis von Theorie und Praxis - Marcus Hawel
34. Auf der Suche nach dem utopischen Faden. In Hannover fand ein Kongress über die Möglichkeiten konkreter Utopie statt - Susann Witt-Stahl
35. Nicaragua, Nicaragüita: Bitter-süße Erinnerungen. Kristina Konrads "Unser Amerika": ein Film auf der Suche nach dem verlorenen Traum - Stefanie Graefe
36. Sympathiewerbung für Selbstmordattentäter? Hany Abu Assads preisgekrönter Film "Paradise Now" - Achim Rohde
37. Arme deutsche weiße Wand. Ebermann/Trampert gehen mit neuen sarkastischen Texten auf Tour
38. Kristallisationspunkt Arbeit. Filmfest Leipzig widmete sich dem Thema Arbeit - Maria Pins
39. "Das ist deren rassistische Strategie." Wie Deutsche Bahn und Bundespolizei für "Ordnung" sorgen - Kamil Majchrzak
40. Aufgeblättert
41. Kalender
42. Aktions- und Strategiekonferenz sozialer Bewegungen
43. 25.000 Euro! Jetzt!
44. Editorial

1. Schreiben und überleben im Kampf um eine andere Gesellschaft. Punto Final: Bewegte Geschichte eines chilenischen Zeitungsprojektes: Interview mit Lucia Ruiz

Autor: Interview: MiRIAM eDDING · Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:27

ak ist natürlich nicht das einzige betagte Zeitungsprojekt der gobalen Linken. Im September 2005 feierte die chilenische Zeitung Punto Final ihr 40jähriges Bestehen. Das heißt vier Jahrzehnte Zeitungmachen - unter allerdings drastisch anderen Bedingungen als hier. Als einziges linkes Zeitungsprojekt überstand das Blatt die Militärdiktatur Pinochets und genießt dafür lateinamerikaweites Ansehen. In den Anfangsjahren eng mit der chilenischen Guerilla-Bewegung MIR (1) verbunden, dient Punto Final heute der fragmentierten chilenischen Linken als Diskussionsforum. ak sprach mit Lucía Sepúlveda Ruiz, seit der Gründung von Punto Final Redaktionsmitglied, über die wechselhafte Geschichte der Zeitung und über ihre Zukunft.

ak: Punto Final ist in bewegten Zeiten gegründet worden. Ein kleiner Rückblick nach vierzig Jahren auf den Beginn der Geschichte, bitte ...

Lucía Ruiz: Anfang der sechziger Jahre erlebte Chile eine unglaubliche Mobilisierung der sozialen Sektoren, der Massen, wie wir damals sagten. Wir standen unter dem Einfluss der kubanischen Revolution, des Kampfes der vietnamesischen Bevölkerung; das waren für uns die entscheidenden Ereignisse. Die chilenische Presse berichtete entweder überhaupt nicht oder sehr oberflächlich über die weltweiten Aufbrüche und natürlich auch nicht über die Entwicklungen in Chile. Von Anfang an wollte Punto Final eine Plattform für die Debatte um die Veränderung der Gesellschaft sein. Wir verbreiteten, was in der Welt passierte, es ging uns um Informationen aus erster Hand. Und so führten wir Interviews mit Führern der kubanischen Revolution, mit Mitgliedern lateinamerikanischer Guerilla-Bewegungen und veröffentlichten Quellen aus Vietnam.

Dabei befanden wir uns in offener ideologischer Auseinandersetzung mit dem, was wir Reformismus nannten: der traditionellen Linken und ihren Vorstellungen von gesellschaftlichem Wechsel. Die Kommunistische Partei vertrat am stärksten diese Position, die von uns und von den entstehenden Guerilla-Bewegungen, wie dem MIR, bekämpft wurde.

1970 kamen Präsident Salvador Allende und die Unidad Popular (2) an die Regierung. Begann damit eine neue Etappe?

Nach der Wahl Allendes begann eine Zeit, die schicksalhaft war für die weitere Geschichte von Chile. Es gab ganz unterschiedliche Sichtweisen, wie der Weg zum Sozialismus auszusehen habe - und darum ging es damals der ganzen Linken. Wir versuchten zu zeigen, wie Prozesse von der Basis statt von den Parteien organisiert werden könnten. Die Leute organisierten Besetzungen der großen Haziendas und der Fabriken, um zu verhindern, dass die Elite die Produktion sabotierte. Punto Final schrieb Reportagen über diese Aktionen, und wir veröffentlichten Diskussionen über die verschiedenen politischen Konzepte: von denen der christlichen sozialistischen Bewegung bis zu denen der Guerillabewegungen. Unserer Zeitung kam die Rolle eines Resonanzbodens zu. Wir veröffentlichten alle Positionen, waren aber parteiisch. Unsere Position war klar: Es ging nicht an, mit denjenigen Sektoren der Gesellschaft zu verhandeln, von denen wir wussten, dass sie den Wandel eigentlich sabotierten. Insgesamt war das eine unglaublich bewegte Zeit. Mit vielen Widersprüchen, aber auch vielen besonderen Momenten und intensiven Aktionen. In jener Zeit waren alle hoch politisiert, sowohl die Anhänger der Reaktion, die Putschisten, als auch diejenigen, die eine grundlegende Veränderung des Gesellschaftssystems wollten.

Wie habt Ihr auf die Putsch-Gefahr reagiert?

Wir von Punto Final schrieben Artikel, die den offiziellen Kurs der Poder Popular in Frage stellten. Die Poder Popular wollte den Prozess der Veränderung sehr viel regulierter, langsamer und vorsichtiger umsetzen; sie war sich der Gefahr nicht bewusst, in der sie sich durch den massiven Widerstand der reichen Machteliten Chiles befand. Die Zeitung organisierte Debatten, wie dem Putschismus zu begegnen sei, den wir alle kommen sahen. Unsere vorerst letzte Nummer kam ausgerechnet am 11.9.1973 heraus, dem Tag des

Putsches. Darin haben wir die Aktionen der Reaktion, die dem Putsch vorausgingen, denunziert. Wir berichteten von Überfällen des Militärs auf LandarbeiterInnen und von Orten außerhalb Santiagos, an denen bereits gefoltert wurde. Wir haben den Charakter der Reaktion aufgedeckt und die Zögerlichkeit der Regierung der Unidad Popular angegriffen, die nichts dazu sagte und nichts unternahm. Das war eine sehr heftige letzte Nummer. Aber das, was dann folgte, die Grausamkeit und der blutige Charakter des Putsches übertraf alles, was wir uns je vorgestellt hatten.

Und wie erging es der Zeitung unter der Militärdiktatur?

Es gibt Tonaufnahmen von Pinochet, auf denen er befiehlt, alle MitarbeiterInnen von Punto Final zu verhaften und die Zeitung zu schließen. Alle linken Medien wurden unterdrückt, einige Radios sogar gleich am ersten Tag bombardiert, um zu verhindern, dass sie die Ereignisse kommentierten. Unser Chefredakteur, Manuel Cabieses, wurde inhaftiert, kam dann aber durch die internationale Solidarität nach zwei Jahren frei und konnte das Land verlassen. Acht unserer MitarbeiterInnen wurden in Chile ermordet oder starben im Exil. Viele von uns gingen in den Untergrund, um weiter zu kämpfen. Unsere Informationen bezogen wir aus klandestinen Zeitungen, von denen es aber nur sehr wenige Exemplare gab. Anfang der Achtziger gelang es für kurze Zeit, Punto Final aus dem Exil erscheinen zu lassen. Diese Exemplare zirkulierten in ganz Lateinamerika, das damals insgesamt unter den Militärdiktaturen ächzte. Das bewirkte eine starke Lateinamerikanisierung der Inhalte. Manuel Cabieses organisierte dann seine heimliche Rückkehr nach Chile, um sich dem MIR anzuschließen. Daher sagen wir, dass wir seit 40 Jahren existieren. Es gab zwar eine physische Unterbrechung des Erscheinens, aber im Denken und in der Aktion waren wir immer Teil der Kämpfe in Chile.

Seit 1989 erscheint die Zeitung wieder offiziell. Der Neubeginn fiel in die Zeit der so genannten "Transición", des Übergangs von der Militärdiktatur zur Demokratie ...

Der Neustart fand in einer Zeit statt, in der sehr unsicher war, wie es mit Chile weiter gehen würde. Wir waren alle zutiefst misstrauisch, schließlich wurde die Transición von oben organisiert und unter Beteiligung der Militärs ausgehandelt. Wir sahen dann auch unsere Aufgabe darin, den wirklichen Charakter der Transición zu entlarven. Wir haben besonders die Rolle der Justiz als Komplizin des Militärs angeprangert. Auch der Kampf der Angehörigen der Ermordeten und Verschwundenen um Aufklärung war uns ein zentrales Anliegen.

Unter welchen Bedingungen arbeitet Punto Final heute?

Unter großen materiellen Schwierigkeiten. Die Zeitung erscheint zweiwöchentlich mit einer Auflage von 8.000 Exemplaren. An den Kiosken müssen wir mit all den Hochglanzmagazinen konkurrieren. Wenn man dann noch den Einfluss des Fernsehens in Betracht zieht, ist das ein Tropfen auf den heißen Stein. Unsere Belegschaft besteht aus einem Direktor, der Geschäftsführerin, zwei festen Redakteuren und einer Sekretärin. Dann gibt es noch einen Zeichner und einen Korrekturleser und der Rest sind freie MitarbeiterInnen, aus Chile und auch aus dem Ausland. Wir verdienen alle sehr wenig, aber die Zeitung hat ein Prinzip: Jede Mitarbeit wird bezahlt. Auch unser Fotograf, ein freier Mitarbeiter, bekommt für jedes Foto seinen Lohn. Niemand aber kann nur durch seine Mitarbeit für Punto Final leben, wir müssen alle alles Mögliche gleichzeitig machen.

Und wer sind Eure LeserInnen? Welchen Einfluss hat die Zeitung auf die Debatten in Chile?

Die aktiven Teile der chilenischen Linken lesen uns. Und es freut uns, dass wir zunehmend auch für junge Leute interessant sind. Kürzlich haben wir einen Kongress organisiert, "Der Sozialismus im 21. Jahrhundert" und wir waren überrascht, dass neben den alten Führern der Linken, Parteimitgliedern und Ex-Ministas auch viele junge Leute auftauchten. Wenn man Chile allerdings mit der Dynamik der Prozesse z.B. in Argentinien, Brasilien oder Venezuela vergleicht, stellt man fest, dass wir immer noch in der Phase der Reorganisation der Linken sind. Oft sind die alten Methoden der Linken noch nicht überwunden. Ab und zu arbeiten bei uns PraktikantInnen, auch dadurch wird der Einfluss der Jüngeren größer. Sie finden die Artikel oft langweilig und das Layout veraltet, wir müssen da noch viel lernen.

In Berlin arbeitet die Gruppe Grupo de Amigos de Punto Final daran, die Ausgaben der Zeitung zwischen 1965 und 1973 zu digitalisieren. Welche Bedeutung hat dieses Projekt für Dich?

Das ist für uns eine ganz besonders schöne Überraschung! Auch in Chile gab es Bücherverbrennungen. Die Militärs haben in den Straßen alle progressiven Bücher und Zeitungen verbrannt. Das führte dazu, dass die Leute auch zuhause ihre Exemplare vernichteten, sie hatten Angst, weil der Besitz bestimmter Schriften ein

Verbrechen darstellte. Bei der Neugründung von Punto Final haben wir versucht, die alten Ausgaben wieder aufzufinden, aber wir hatten sehr wenig Erfolg damit. Wenn heute StudentInnen über die Zeit damals recherchieren wollen, finden sie kaum Quellenmaterial. Es gibt in Chile eine große, kollektive Gedächtnis-Lücke über die Jahre vor dem Putsch. Die offizielle Geschichtsschreibung will alles auslöschen, was vor der Transición passierte. Daher ist es extrem wichtig, dass es jetzt eine Quelle im Internet geben wird, die Zugang zu authentischen Diskussionen aus der Zeit ermöglicht. Die Initiative der BerlinerInnen, im Exil nach alten Ausgaben zu suchen, schätzen wir sehr! Auch, dass es eine gemeinsame Arbeit von jungen Exil-ChilenInnen und Deutschen ist, gibt der Arbeit eine besondere Bedeutung.

Worin siehst Du die Hauptaufgaben für linke Publizistik in Chile? Und siehst du den Bedarf an einer gemeinsamen, internationalen Diskussion, zum Beispiel in linken Zeitungsprojekten?

So wie ich es sehe, ist es besonders wichtig, eine neue Sprache zu entwickeln. Wie können wir die Anliegen und Erfahrungen der sozialen Bewegungen heute aufgreifen und in Artikel und Interviews umsetzen? Für mich spielt dabei die Theorie eine besondere Rolle, die Leute heute sind so viel pragmatischer als früher! Die Ausrichtung unserer Zeitung besteht für mich darin, Diskussionen und Wissen für den Aufbau einer neuen Linken zur Verfügung zu stellen. Einer Linken, die die Probleme auf der Höhe der Zeit reflektiert und sich der Irrtümer aber auch der Erfolge der linken Geschichte bewusst ist. Wir müssen die Lichter und die Schatten der Vergangenheit begreiflich machen. Schatten, wie zum Beispiel den Mangel an interner Demokratie und der oft funktionale Bezug auf die sozialen Bewegungen. Aber auch das Positive, die enorme Ausstrahlung, die von den direkten Aktionen der MIR ausging, muss Teil unserer Erfahrungen sein. Heute spielen wir keine große Rolle in Chile, aber wir sind ein Orientierungspunkt in Zeiten großer Verwirrung. Außerdem gibt es auch wichtige internationale Themen: die Frage nach einer Aktualisierung der alten Klassenvorstellungen, das globale Thema der Migration, der Umweltschutz, das Thema der Frauen. Unsere Zeitung ist mehr als bereit dazu, auch internationale Debatten zu führen.

Gab es so etwas wie eine Sternstunde von Punto Final?

Wir haben die Tagebücher des Che als erste veröffentlicht! Wegen der besonderen Rolle, die wir damals für die lateinamerikanische Linke spielten, wurden uns die Originale zugesandt. Einer unserer Mitarbeiter ist dann nach Kuba gefahren, um die Echtheit des Textes zu überprüfen, und wir entschieden uns, die Tagebücher zu drucken. Das war ohne Zweifel unser größter Coup.

Das Interview führte Miriam Edding.

Punto Final: www.puntofinal.cl. Internetarchiv der Ausgaben von Punto Final von 1965 bis 1973 ab 11.11.05 unter: www.pf-memoriahistórica.org

Anmerkungen:

1) MIR: Movimiento de Izquierda Revolucionaria, Bewegung der revolutionären Linken. 1965 entstandene, durch die kubanische Revolution und die Guerilla von Che Guevara geprägte Partei und Guerilla-Gruppierung

2) Mit dem Linksbündnis Unidad Popular erhielt Salvador Allende bei den Präsidentschaftswahlen 1970 mit 36 Prozent der Stimmen eine relative Mehrheit und wurde mit Unterstützung der Christdemokraten zum Präsidenten gewählt.

2. Rechte Angriffe in Potsdam

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:30

21.5.05: Organisierte Angriffe von vermummten Nazis mit Schlagstöcken bei einem Potsdamer Stadtteilfest.

1.6. 05: Einschüchterung von Zeugen und Rangeleien unter massiver Nazipräsenz beim ersten Prozesstag wegen eines Nazi-Angriffs auf das linke Wohnprojekt Chamäleon vor dem Amtsgericht.

7.6. 05: Flaschenwürfe auf eine Wohnung, an der ein antirassistisches Transparent hängt.

11.6. 05: Beim Ghettogether-Stadtteilfestival in einem Potsdamer Neubauviertel tauchen mehrmals Nazi-Gruppen auf und schüchtern die mit dem Abbau beschäftigten HelferInnen ein.

12.6. 05: Mehrere Berliner Nazis versuchen in das Chamäleon einzudringen.

13.6. 05: Letzter Chamäleon-Prozesstag: Nazis versuchen erneut zum Chamäleon zu gelangen. Am Morgen werden drei Linke im Hauptbahnhof von vermummten Rechten bespuckt; zwei der Opfer werden getreten und geschlagen. Die Täter versuchen die Opfer über ein Geländer mehrere Meter tief hinab zu werfen. Nur das Eingreifen von Passanten verhindert schlimmeres. Nachmittags wird in einer Straßenbahn ein Jugendlicher von drei Nazis bedroht und geschlagen.

15.6.05: Am Platz der Einheit kommt es mehrfach zu Rangeleien zwischen Linken und Rechten, in deren Verlauf ein Rechter eine Gaspistole zieht. Am Abend wird ein Opfer des 13.6. am Hauptbahnhof verfolgt und bedroht. Es kann sich in die S-Bahn-Information retten.

16.6.05: Zwei Neonazis bedrohen eine Gruppe Jugendlicher und schlagen mit Fäusten und einer Eisenstange auf sie ein.

18.6.05: Bei einer Party der studentischen Verbindung Corps Masovia kommt es zu Pöbeleien gegen einen Linken, zeitgleich bewerfen in einem anderen Stadtviertel Neonazis alternative Jugendliche mit Steinen. Am gleichen Abend werden zwei Besucher eines antirassistischen Stadionfestes in einer Straßenbahn von etwa zehn Nazis angegriffen, geschlagen und verletzt.

19.6.05: Eine größere Gruppe Nazis hält sich beim Stadtwerkefest in der Innenstadt auf. Darunter befindet sich auch der Rechte, der am Tag zuvor am Nauener Tor von Linken noch fast ermordet worden sein soll.

20.6.05: Zwei Neonazis bedrohen sechs Jugendliche mit Messer und Pistole. Sie berauben die Jugendlichen und schlagen sie mit einem Schraubenzieher.

24.6.05: Nach der Anzeige eines rechten Übergriffes werden die Opfer aus dem gleichen Täterkreis erneut angegriffen. Die Polizei nahm zwei der Täter in Gewahrsam und leitete Strafverfahren ein.

3.7.05: In der Nacht werden zwei augenscheinlich der linken Szene zugehörige junge Männer von ca. 15 Nazis mit Flaschen angegriffen und zum Teil erheblich verletzt. Beide Opfer mussten mehrere Tage stationär behandelt werden.

3. Ziel: Die Delegitimierung antifaschistischer Arbeit. Interview zu den Ermittlungen gegen Antifas in Potsdam

Autor: Interview: mb. · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:38

In Potsdam betrieben im Sommer militante Neonazis eine Hetzjagd auf AntifaschistInnen und AktivistInnen linker Projekte. Wöchentlich wurden neue Angriffe und Überfälle bekannt. In dieser zugespitzten Situation kam es zu einer Schlägerei, bei der ein Nazi eine Platzwunde am Kopf davontrug. Seitdem wird gegen fünf AntifaschistInnen wegen gemeinschaftlich versuchten Mordes ermittelt. Wir sprachen mit Mitgliedern der Roten Hilfe Potsdam und des Antifaschistischen Pressearchivs.

ak: Die Potsdamer Innenstadt galt bis zum Sommer als vergleichsweise sicher vor Nazis. Warum?

Paul: 1991/92 gab es immer wieder Angriffe von Nazis auf besetzte Häuser. Die Nazis haben dabei allerdings den Kürzeren gezogen. In der Folge kam es zu einer Aufteilung der Stadt. Die Innenstadt und Teile von Babelsberg waren Hausbesetzergebiet und somit relativ sicher. Die Nazis haben um diese Gebiete einen weiten Bogen gemacht. Daraus ist der Mythos der sicheren Potsdamer Innenstadt entstanden. Es gab jedoch immer wieder Versuche der Nazis, die Innenstadt zu ihrem Aktionsterrain zu machen. Beispielsweise als sich ab Mitte der 1990er Jahre um die Naziskinband Proissenheads, die bis Anfang 1998 in einem städtisch geförderten Jugendclub ihre Proberäume hatte und bei Blood & Honour-Konzerten im gesamten Bundesgebiet auftrat, eine rechte Naziskinhead-Szene entwickelte.

Klaus: In den 1990er Jahre gab es in der Innenstadt zahlreiche besetzte Häuser. Um die Häuser herum ist eine links-alternative Jugend- und Lebenskultur entstanden, die die Atmosphäre in Potsdam bis heute prägt. Noch immer gibt es viele alternative Kneipen, Buchläden oder Wohnprojekte. Seitdem die Häuser Ende der 1990er Jahre geräumt wurden, hat sich die Situation aber verändert. Es gibt nicht mehr so viele Leute, die offensiv auftreten, oder alleine durch ihre Präsens im Stadtraum ein Gegengewicht zu den Nazis darstellen.

Könnt ihr sagen, was sich genau in der Szene verändert hat?

Paul: Die Projekte sind jetzt gepachtet statt besetzt. Viele Leute sind mit Bauen und Geldverdienen beschäftigt. Man ist nicht mehr so spontan und die Bereitschaft, gegen Rechte vorzugehen, hat nachgelassen.

Ralf: Wir erleben momentan einen Generationsbruch. Es gibt immer noch Leute, die schon Anfang der 1990er Jahre in Potsdam aktiv waren. Seit drei, vier Jahren sind aber sehr viele junge Leute dazugekommen, die die Auseinandersetzungen aus den 1990er Jahren nur noch aus Erzählungen kennen. Das hat sich, so mein Eindruck, bei den Nazi-Übergriffen im Mai und Juni deutlich bemerkbar gemacht: Es gab keine richtige Gegenwehr - vor allem keine organisierte. Deshalb hatten auch die Rechten so lange freie Hand, weil keiner genau wusste, wie man darauf reagieren soll.

In Potsdam gibt es keine hegemoniale rechte Jugendkultur wie in anderen Regionen in Ostdeutschland ...

Klaus: "National befreite Zonen", wie das die Nazis nennen, gibt es in Potsdam sicherlich nicht. Allerdings haben die Rechten gerade in einigen um die Innenstadt herum liegenden Neubaugebieten die Oberhand. Punktuell sind sie auch in den Plattenbausiedlungen am Stadtrand stark. Ein regelmäßiger Treffpunkt für unorganisierte Neonazis ist zudem der Hauptbahnhof. Am Bahnhof und den Endhaltestellen der Straßenbahnen kommt es immer wieder zu Nazi-Angriffen. Die Opferperspektive zählte z.B. 2004 14 Angriffe in Potsdam, neun Angriffe richteten sich gegen Flüchtlinge und MigrantInnen.

Paul: In Potsdam haben aber nie Verhältnisse geherrscht wie beispielsweise in Frankfurt (Oder), Schwedt oder anderswo in Brandenburg. Auch die Nazi-Übergriffe im Sommer fanden unter anderen Bedingungen statt: die Nazis agieren hier nicht aus der Position des Stärkeren. Was wir zwischen Mai und Juli erlebt haben, war der wiederholte Versuch, die links-alternative Dominanz in der Innenstadt zu brechen.

Zwischen Mai und Juli 2005 hat es über 20 Nazi-Übergriffe in Potsdam gegeben. Wie sieht die Situation zur Zeit aus?

Paul: Seit dem Nazis-Angriff in der Potsdamer Innenstadt in der Nacht vom 2. auf den 3. Juli gab es keinen weiteren Übergriff. Damals haben 15 Nazis der Potsdamer Anti-Antifa und aus der Berliner Kameradschaftsszene zwei 24 und 25 Jahre alte Männer mit abgeschlagenen Flaschen, Schlägen und Tritten angegriffen.

Wer steckt hinter diesen Angriffen, die Anti-Antifa Potsdam?

Paul: Ja, die meisten Aktionen gehen im Wesentlichen von immer der gleichen Personengruppe aus. Diese setzt sich aus Potsdamer NaziaktivistInnen, aber auch aus Mitgliedern der verbotenen Berliner Kameradschaften Tor und BASO (Berliner Alternative Süd-Ost) zusammen. Der harte Kern der Potsdamer Naziszene besteht aus zehn bis 15 Leuten. Diese Gruppe fährt gemeinsam zu Aufmärschen und hält Kontakte zu anderen Nazi-Zusammenhängen. Dieser Kreis sucht gezielt die Konfrontation und ist bereit, massiv Gewalt anzuwenden. Das unterscheidet ihn von den unorganisierten Rechten in Potsdam, die sich in ihren Nischen am Hauptbahnhof oder den Neubaugebieten eingerichtet haben.

Ralf: Nach dem Übergriff im Juli und den anschließenden Festnahmen sitzen nun die Köpfe, die diese Organisierung vorangetrieben haben, im Knast. Zur Zeit ist eine relative Beruhigung der Lage festzustellen, da - nach der Masse der vergangenen Überfälle - viele der Rechten in U-Haft sitzen oder auf sie ausgestellte Haftbefehle außer Vollzug gesetzt sind. Dieser Zustand wird jedoch nicht von Dauer sein.

Doch nicht nur Nazis sind wegen der Ereignisse im Sommer im Knast. Im Juni wurden fünf AntifaschistInnen nach einer Aktion in Potsdam festgenommen. Julia S. sitzt heute noch in Untersuchungshaft. Die Staatsanwaltschaft will Anklage erheben wegen versuchtem Mord. Was ist passiert?

Ralf: Was genau in der Nacht vom 18. auf den 19. Juli passiert ist, ist unklar. Allerdings reichte eine Platzwunde am Kopf des Opfers Staatsanwaltschaft und Haftrichtern, um den Beschuldigten einen versuchten Mord zu unterstellen. Festgenommen wurden Leute, die damals spontan an dem Ort waren, an dem der Nazi die Kopfverletzung erlitten hat. Es bleibt der anstehenden Hauptverhandlung vorbehalten zu klären, in welchem Zusammenhang mit der Tat die Anwesenheit der Antifaschisten am Tatort steht. Für die Presse allerdings war - zumindest am Anfang - der Ablauf schon geklärt: Fünf Antifas sind einem Neonazi hinterher, haben ihn mit einem Totschläger geschlagen und wurden dann von aufmerksamen Bürgern am Tatort festgehalten.

Klaus: Fakt ist, dass der Geschädigte nur eine Platzwunde am Kopf hatte und nach zwei Stunden ambulanter Behandlung wieder das Krankenhaus verlassen konnte. Als die Nazis Anfang Juli die beiden Männer attackiert haben, erlitt ein Opfer u.a. eine zentimeterlange Schnittverletzung am Kinn, das andere musste wegen eines Schädel-Hirn-Traumas stationär behandelt werden. In den Augen des Dienst habenden Richters handelte es sich bei diesem Angriff lediglich um gefährliche Körperverletzung. Erst nach öffentlichem Druck wurde auch hier der Vorwurf des versuchten gemeinschaftlichen Mord erhoben.

Polizei und Staatsanwaltschaft behaupten, die Schlägerei im Juni sei eine Racheaktion für einen Brandanschlag von Nazis auf das alternative Kultur- und Wohnprojekt Chamäleon in der Sylvesternacht 2002 gewesen.

Klaus: Der Angriff liegt drei Jahre zurück. Zwischenzeitlich ist nichts dergleichen passiert. Und jetzt, nachdem immerhin zwei Nazis deswegen verurteilt wurden, soll es zu einem Racheakt gekommen sein? Das ist doch absurd!

Obwohl es in den letzten Jahren keine vergleichbaren Aktionen gab, war von Polizei, Innenministerium und der Presse sofort die Rede von einer eskalierenden Gewaltspirale zwischen Linken und Rechten ...

Paul: Das Konstrukt der "Gewaltspirale" hat den Eindruck erweckt, als hätte es auf der einen wie auf der anderen Seite ungefähr gleich viele Vorfälle gegeben. Das ist eine unhaltbare Behauptung.

Ralf: Davon kann in der Tat keine Rede sein. Aber diese Behauptung hat seine Wirkung entfaltet: Indem man von einer angeblichen antifaschistischen Bedrohung fabuliert, relativiert man das reale Ausmaß rechter Gewalt. Nach Versuchen von verschiedenster Seite ist es mittlerweile immerhin gelungen, auch eine andere Darstellung der Situation vor Ort veröffentlicht zu bekommen. Einen wichtigen Beitrag dazu hat sicherlich der von der Soligruppe Potsdam initiierte Offene Brief geleistet, den u.a. Landtagsabgeordnete, ProfessorInnen

und VertreterInnen unterschiedlichster Organisationen unterschrieben haben. Jetzt werden auch Artikel veröffentlicht, die auf die Inhaftierung und die Haftsituation von Julia eingehen und die Ereignisse von Juni mit dem Naziangriff auf die beiden Männer im Juli in Bezug setzen. Es bricht sich langsam Bahn, dass hier eine Ungleichbehandlung vorliegt. Der Potsdamer Oberbürgermeister, der öffentlich das Vorgehen der Justiz kritisierte, setzt sich inzwischen für bessere Haftbedingungen für Julia ein, ebenso der PDS-Landtagsabgeordnete Stefan Sarrach.

Klaus: Auf Grund des öffentlichen Drucks hat inzwischen selbst der Polizeipräsident zugeben müssen, dass die Polizei die Lage im Sommer nicht im Griff hatte, und es eine Übertreibung war, von einer Gewaltspirale zu reden, weil es kein linkes Äquivalent gegenüber den rechten Straftaten gab und gibt. Das ist sicherlich auch ein Erfolg der Soliarbeit.

Staatsanwalt Petersen, der die Ermittlungen gegen die AntifaschistInnen leitet, hat noch vor wenigen Jahren in Fällen, bei denen Nazis mit Gegenständen auf den Kopf ihrer Opfer geschlagen oder mit Schuhen gezielt gegen den Kopf getreten haben, lediglich wegen "gefährlicher Körperverletzung" ermittelt und Anklage erhoben. Wie erklärt ihr euch das?

Ralf: Das ist in der Tat schwer nachvollziehbar. Bei Mord droht eine lebenslange Haftstrafe, bei einer gefährlichen Körperverletzung beträgt das maximale Strafmaß zehn Jahre. Im unterschiedlichen Strafmaß drückt sich also die unterschiedliche Bewertung der Straftat aus, die der Staat vornimmt. Wenn man wie hier den Vorwurf des versuchten Mordes erhebt, stigmatisiert man einen Teil antifaschistischer Arbeit und übt durch die hohe Straferwartung erheblicher Druck auf die Betroffenen aus. Auch Abschreckungsgesichtspunkte spielen eine wesentliche Rolle.

Paul: Das Ganze ist sicherlich Ausdruck der Entwicklung der letzten Jahre, in denen die Brandenburger Justiz entschieden härter gegen rechte Gewalttäter vorgegangen ist. Es war absehbar, dass diese Entwicklung auch gegen links zurückschlägt. Petersen ist nämlich kein Nazi-Staatsanwalt. Ich habe ihn in zwei Prozessen gegen Nazis erlebt, da hat er die höchste Strafe herausgeholt, die möglich war. Petersen ist ein Extremistenhasser, der bei bestimmten Sachen einen Beißreflex hat.

Klaus: Stimmt. Petersen als Nazi-freundlich hinzustellen, funktioniert nicht. Ich denke, er hat im Juni so gehandelt, um der Antifaszene deutlich zu signalisieren, dass der Staat gewillt ist, gewisse Entwicklungen nicht zu zulassen. Wenn man wegen versuchtem Mord ermittelt, hat man natürlich mehr Druckmittel das durchzusetzen - wie etwa die Hausdurchsuchung des Projekts, in dem der fünfte Beschuldigte wohnte, bei der ein großes Polizeiaufgebot aufmarschiert war. Bei solchen Aktionen geht es vor allem um präventive Abschreckung. Mit so einer Hausdurchsuchung will der Staat das Zeichen setzen: Wir haben euch im Visier.

Meint ihr, der Vorwurf des Mordversuchs ist im Prozess zu kippen?

Ralf: Die Kripo, die zuerst mit der Sache befasst war, hatte den Vorfall als gefährliche Körperverletzung eingestuft. Erst als Petersen sich der Sache annahm, wurde daraus ein gemeinschaftlich versuchter Mord. Ob das juristisch haltbar ist, ist schwer zu sagen. Ich finde es gewagt, immerhin gibt es ja rein juristisch eine andere Möglichkeit, die Tat zu betrachten. Wurde eine Körperverletzung mittels einer lebensgefährdenden Handlung begangen, spricht man von gefährlicher Körperverletzung, das ist die juristische Abgrenzung zu einem Tötungsdelikt, die man ja nicht ohne Grund vorgenommen hat. Auf Grund der Verletzungsfolgen liegt es hier eigentlich nahe, von einer gefährlichen Körperverletzung auszugehen. Auf der anderen Seite haben sich mittlerweile drei Gerichte mit dem Fall beschäftigt und den Haftbefehl gegen Julia bestätigt. Momentan will offensichtlich kein Richter der Staatsanwaltschaft widersprechen. Aber immerhin hat das Brandenburgische Oberlandesgericht (OLG) zwischen den Zeilen Bedenken geäußert. Für den Staatsanwalt heißt das, er muss im anstehenden Verfahren noch einiges nachlegen, um zu einer Verurteilung wegen gemeinschaftlichen Mordes zu kommen.

Was sind das für Bedenken?

Ralf: Dabei geht es vor allem um die Tatsache, dass der dringende Tatverdacht gegen Julia lediglich darauf beruht, dass bei ihr ein Teleskopschlagstock gefunden wurde. Die Frage ist, ob das ein ausreichendes Indiz für eine Tatbeteiligung von Julia ist. Stutzig macht in diesem Zusammenhang, dass ein von der Staatsanwaltschaft in Auftrag gegebenes DNA-Gutachten bis heute der Verteidigung noch nicht zugänglich

gemacht wurde. Sollte das DNA-Gutachten ergeben, dass der Teleskopschlagstock nichts mit der Tat zu tun hat, müsste nach der Entscheidung des OLG Julia sofort entlassen werden. Auf Grund der Tragweite dieses Gutachtens kann man natürlich mutmaßen, warum es nicht für die Verteidigung offen gelegt wird. Mit Rechtsstaat hat das jedenfalls nicht viel zu tun.

Der Vorwurf des gemeinschaftlichen Mordversuchs als ein Akt präventiver Repression ...

Klaus: Es geht um die Diskreditierung antifaschistischen Engagements. Wenn jetzt versucht wird, den Eindruck zu erwecken, dass Antifagruppen nur aus Gewalttätern bestehen, dann will man deren politische Wirkungsmöglichkeit beschränken und sie von liberalen und bürgerlichen Kreisen isolieren, die zumindest in den letzten Jahren ein offenes Ohr für die Anliegen der Antifa hatten. Ich erkenne darin politisches Kalkül, das nicht nur Ergebnis der persönlichen Vorlieben von Petersen ist, sondern breiter getragen wird.

Wie haltbar auch immer der Vorwurf des Mordversuchs ist, bei diesem Verfahren steht viel auf dem Spiel - persönlich für die Beschuldigten, aber auch politisch für die Antifa. Was muss man eurer Meinung nach tun?

Paul: Wir stehen vor der Herausforderung, die linke und liberale Öffentlichkeit zu mobilisieren. Dieses Verfahren ist ein Politikum und zielt auf die Kriminalisierung und Delegitimierung antifaschistischer Arbeit. Es muss unter allen Umständen verhindert werden, dass man auf Grund einer solchen Anklage verurteilt werden kann.

Klaus: Da Julia immer noch in Haft ist, muss das sicherlich ein Schwerpunkt der Soliarbeit sein. Aber es gibt auch noch vier weitere Beschuldigte. Zwar sitzen sie auf Grund günstigerer Umstände - wobei eine Kaution von 60.000 Euro kaum so zu bezeichnen ist - nicht mehr im Knast, aber sie geraten momentan etwas in Vergessenheit. Um im Prozess politisch nicht in die Defensive zu kommen, muss man m.E. jetzt schon deutlich machen, um was es geht. Es sind Neonazis, die täglich Menschen gefährden und verletzten. Sie sind verantwortlich für die Ängste von MigrantInnen, Linken, Obdachlosen, Behinderten und all jenen, die nicht in das politische Weltbild der Rechten passen. Die Straßen angstfrei zu machen für potenzielle Opfer rechter Gewalt ist dagegen ein legitimes Ziel antifaschistischer Arbeit. Man muss also juristisch und politisch gegen den Mordvorwurf vorgehen.

Ralf: Ich habe leider den Eindruck, dass bundesweit die Relevanz dieses Verfahrens noch nicht begriffen wurde.

Interview mb.

Soliarbeit ist nicht umsonst. Spenden werden dringend benötigt: Rote Hilfe e.V. Potsdam, Kontonummer: 151907703, Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70, Verwendungszweck: Knastsoli. Weitere Informationen u.a. auf: www.inforiot.de

4. Bundesanwaltschaft hält an §129a fest. Verhärtete Fronten im Revisionsprozess gegen Daniel W.

Autor: mb. · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:22

Seit April findet vor dem Oberlandesgericht (OLG) Naumburg der Revisionsprozess gegen Daniel W. statt. Ursprünglich bis Anfang Juni terminiert, schleppt sich der Prozess nun schon über Monate hin. Bis vor kurzen saßen zwei Genossen in Beugehaft. Damit nicht genug: In ihrem Plädoyer forderte die Bundesanwaltschaft (BAW) erneut eine Verurteilung nach § 129a StGB, obwohl sie im ersten Prozess mit diesem Konstrukt grandios gescheitert war.

Zwischen August 2001 und März 2002 kam es in Magdeburg zu vier Brandanschlägen. Ziele waren Fahrzeuge der Telekom und des Bundesgrenzschutzes, Neuwagen vor einer DaimlerChrysler-Niederlassung und das Gebäude des Landeskriminalamts Sachsen-Anhalt in der Elbstadt. Nicht alle Brandsätze funktionierten - insgesamt entstand nur geringer Sachschaden. Nach monatelanger Totalüberwachung der Magdeburger linken Szene nahmen die Ermittlungsbehörden im November 2002 Marco H. (26) und Daniel W. (24), im April 2003 dann Carsten Sch. (25) fest. Den drei Magdeburgern warfen sie die "Bildung einer terroristischen Vereinigung" vor. Im Visier der ErmittlerInnen standen auch weitere Mitglieder des Autonomen Zusammenschlusses (AZ). Laut Konstrukt der Bundesanwaltschaft (BAW) sei aus dieser Gruppe die angebliche "terroristische Vereinigung" entstanden.

Das OLG Magdeburg sprach die drei im Dezember 2003 vom Vorwurf der "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" frei. Zwar ging auch das OLG davon aus, dass es eine "terroristische Vereinigung" zwischen August 2001 und Mai 2002 in Magdeburg gegeben habe, doch habe sie sich im Frühjahr 2002 selbst aufgelöst, so das Gericht. Es stützte sich dabei auf eine schriftliche Erklärung, die bei einer Hausdurchsuchung gefunden worden war. Wegen zweier vollendeter und zweier versuchter Brandanschläge verurteilte der Staatschutzsenat den als "Rädelsführer" angeklagten Marco H. zu zwei Jahren und sechs Monaten Haft und Daniel W. zu zwei Jahren Jugendstrafe. Carsten Sch. sprach das Gericht aus Mangel an Beweisen frei. (vgl. ak 480) Das Urteil im November 2003 stützte sich lediglich auf Indizien; ein konkreter Tatbeitrag konnte keinem der beiden nachgewiesen werden. Die Anwälte von Marco H. und Daniel W. legten Revision ein, der der Bundesgerichtshof auch stattgab.

Beugehaft und Prozessverschleppung

Bereits am 22. Februar 2005 bestätigte das OLG Naumburg das Urteil gegen Marco H. Im Vorfeld der Verhandlung hatte der Vorsitzende Richter des Strafsenats Marco H. und Daniel W. einen Deal angeboten. Wenn beide sich von Gewalt und Militanz im allgemeinen und konkret von den ihnen vorgeworfenen Brandanschlägen distanzieren würden, könnte die Strafe wesentlich geringer ausfallen. Parallel dazu hatte auch die BAW ihre Fühler ausgestreckt und Marco H. angeboten, es ließe sich über das Strafmaß in seinem Fall reden, wenn er gegen Daniel W. aussagen würde. Keiner der beiden ließ sich auf diese Angebote ein.

Der Revisionsprozess gegen Marco H. war eine eintägige Veranstaltung. Ganz anders sieht es im Fall von Daniel W. aus. Hier muss das Verfahren wegen eines Verfahrensfehlers komplett neu aufgerollt werden. Über 20 FreundInnen aus seinem persönlichen und politischen Umfeld wurden von der BAW als ZeugInnen benannt. Zehn von ihnen erklärten im Vorfeld, dass sie keine Aussagen machen werden - auch wenn ihnen Beugehaft droht. In den meisten Fällen gestand das OLG ein Aussageverweigerungsrecht zu - nicht aber den ehemaligen Mitangeklagten Marco H. und Carsten Sch. Beide wurden in Beugehaft genommen; anschließend wurde der Prozess auf einen Verhandlungstag pro Monat terminiert. Das Verfahren sollte ganz offensichtlich mit allen Mitteln in die Länge gezogen werden, damit die beiden bis zur gesetzlich zulässigen Höchstdauer von sechs Monaten in Beugehaft sitzen müssen.

Anfang September wurde das Wahlkampfbüro von Hans-Christian Ströbele in Berlin-Kreuzberg aus Protest gegen die Verschleppungstaktik des OLG Naumburg besetzt. "In diesem Verfahren werden jegliche Mindeststandards von Rechtsstaatlichkeit in einer Weise unterlaufen und verletzt, dass wir uns heute zu dieser außerordentlichen Aktion der Besetzung gezwungen sehen, um die Öffentlichkeit über den skandalösen juristischen Verlauf des Prozesses zu informieren", erklärten die BesetzerInnen. Nachdem der grüne

Bundestagsabgeordnete sich am 5. Oktober selbst ein Bild von den Vorgängen in Halle gemacht hatte, kritisierte er das OLG in aller Deutlichkeit. Bewusst werde die Verhandlung hinausgezögert, damit die beiden Beugehäftlinge nicht umgehend entlassen werden müssen. Das Vorgehen sei "mit dem Gesetz nicht vereinbar" und verstoße gegen die Menschenrechtskonvention. Parallel dazu hatten fast 350 Gruppen und Einzelpersonen einen Solidaritätsaufruf unterzeichnet, in dem u.a. die Einhaltung verfahrensrechtlicher Mindeststandards eingefordert wurde. Mittlerweile wurden Marco H. und Carsten Sch. aus der Beugehaft entlassen, die Beweisaufnahme geschlossen.

Neuer Versuch der Bundesanwaltschaft

Nun sorgt unmittelbar vor Ende des Verfahrens die BAW für Aufregung. In ihrem Plädoyer bestritt sie die Authentizität des bei der Hausdurchsuchung gefundenen Auflösungsschreibens, kritisierte unter Verweis auf das Urteil im Berliner RZ-Verfahren die Rechtsauffassung des OLG Naumburg und forderte eine Verurteilung von Daniel W. wegen Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung". Diese Argumentation ist mehr als überraschend. Nicht nur, dass die BAW nach dem ersten Durchgang vor dem OLG Naumburg auf eine Revision verzichtete, auch spielte das Auflösungsschreiben in der aktuellen Hauptverhandlung keine große Rolle. Welche Erkenntnisse diese Neuinterpretation stützen sollen, ist also völlig unklar. Ob es sich bei dem Plädoyer vor allem um eine politische Schaufensterrede handelt (dafür sprechen u.a. die unverhohlenen Drohungen gegenüber den UnterstützerInnen der Magdeburger Soligruppe), die das Gericht überzeugt, wird sich am 22. November zeigen. An dem Tag wird voraussichtlich das Urteil gesprochen.

mb.

Freispruch statt §129a. Solidarität mit den kriminalisierten Magdeburger Antifaschisten.

Demo, Kundgebung und Prozess: Dienstag, 15. November, 9.30 Uhr Prozessbeginn, im Anschluss Kundgebung am Justizzentrum Halle. Dienstag, 22. November 2005 (voraussichtlicher Tag der Urteilsverkündung), 9.30 Uhr Prozessbeginn, im Anschluss Demonstration ab Justizzentrum Halle. Aktuelle Informationen:

www.soligruppe.de

5. Die NS-Mörder sind unter uns. SS-Kriegsverbrecher Gerhard Sommer lebt bis heute unbehelligt in Hamburg

Autor: Maria Meier · Rubrik: Geschichte der BRD; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:09

Am 12. August 1944 ermordeten 300 Angehörige der 16. Panzergrenadier-Division "Reichsführer SS" unter dem Vorwand der Partisanenbekämpfung 560 EinwohnerInnen des norditalienischen Dorfes Sant'Anna di Stazzema, unter ihnen überwiegend Frauen, Alte, Kinder. Dieses Massaker an der Zivilbevölkerung steht stellvertretend für 250 Ortschaften, in denen die zu "Ehren" des Reichsführer SS Heinrich Himmler benannte Division insgesamt über 2.000 ZivilistInnen ermordete und eine Blutspur durch Norditalien zog. In Italien laufen derzeit einige Prozesse zu den Massakern. Die NS-Täter können sich dennoch in Sicherheit wähnen, zeigt doch die Bundesrepublik Deutschland keinerlei Anstalten, ihre Kriegsverbrecher nach Verurteilung auch auszuliefern.

Nicht nur in Italien, sondern in ganz Westeuropa verübten Wehrmacht, SS- und Polizeitruppen Massaker an der Zivilbevölkerung. Ortsnamen wie Sant'Anna di Stazzema, Marzabotto, Vallucciole (Italien), Oradour-sur-Glane (Frankreich), Kragujevac (Serbien), Distomo, Kommenco (Griechenland) stehen hier für diese Politik der verbrannten Erde. Sie unterlagen dabei der gleichen Strategie wie in dem Vernichtungskrieg, den die Nazis im Osten vor allem gegen die Sowjetunion geführt haben.

Die wenigsten Täter wurden bis zum heutigen Tage zur Rechenschaft gezogen. In Italien wurden 700 italienische Ermittlungsakten während des kalten Krieges im Zuge der antikommunistischen NATO-Politik und mit Rücksichtnahme auf die BRD und ihre von Altnazis durchsetzte Bundeswehr aus dem Verkehr gezogen. Der Schrank mit den Ermittlungsakten, der sich in der Generalstaatsanwaltschaft in Rom befand, wurde einfach umgedreht, so dass sich die Schranktüren nicht mehr öffnen ließen. Über 30 Jahre gingen Bedienstete der Staatsanwaltschaft an diesem "Schrank der Schande" vorbei. Erst 1994 wurde nachgeschaut, was sich in diesem Schrank befindet.

Dies erklärt die jetzige Zunahme von Prozessen in Italien, die auf Grund der alten, neu aufgetauchten Ermittlungsakten geführt werden konnten. Erwähnt sei der Prozess des Hamburgers Friedrich Engel, der in Italien 1999 in Abwesenheit wegen 246fachen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt wurde. Erich Priebke wurde 1998 zu lebenslanger Haft verurteilt, weil er an dem Massaker an 335 Menschen, darunter 75 Juden, 1944 in den Ardeatinischen Höhlen bei Rom beteiligt war. Im Juli 2005 wurde der Prozess wegen eines Massakers von Civitella eröffnet, bei dem die Luftwaffen-Division "Hermann Göring" am 29. Juni 1944 mindestens 245 Menschen ermordete.

Der Prozess zu dem Massaker in Sant'Anna, der im April 2004 eröffnet wurde, fand in Italien eine große öffentliche Anteilnahme, da die juristische Bewertung für die gesellschaftliche Ächtung des Verbrechens von hoher Bedeutung war. Am 22. Juni 2005 wurden die Urteile gesprochen. Zehn deutsche SS-Offiziere wurden zu lebenslanger Haft und Entschädigungszahlungen verurteilt, da ihnen die Verantwortung am Massaker von Sant'Anna nachgewiesen werden konnte. Sie wurden schuldig befunden der Beteiligung am fortgesetzten Mord, begangen mit besonderer Grausamkeit. Mit diesem Urteil wurde erstmals anerkannt, dass es sich um keine militärische Aktion oder eine Aktion gegen PartisanInnen, sondern um ein Massaker an der Zivilbevölkerung handelte, und es wurden die Täter beim Namen genannt.

246facher Mord: Der Fall des SS-Offiziers Friedrich Engel

Zwei der zehn verurteilten NS-Verbrecher wohnen in Hamburg; es handelt sich um Gerhard Sommer (Hamburg-Volksdorf) und Werner Bruß (Hamburg-Reinbek). Während sich Werner Bruß verantwortlich für das Massaker fühlte und in Italien schriftlich ausgesagt hat, bestreitet der damalige Ranghöchste Gerhard Sommer bis zum heutigen Tage seine Schuld. Dem Fernsehmagazin Kontraste sagte er noch 2002, dass diese Zeit für ihn erledigt sei: "Ich habe mir keinerlei Vorwürfe zu machen, ich habe ein absolut reines Gewissen".

Die deutschen Mörder brauchen keine Angst zu haben, dass das Urteil vollstreckt wird, denn Deutschland liefert in der Regel Kriegsverbrecher nicht aus. Eine Verurteilung in Deutschland scheint zudem nicht gewollt,

denn die deutsche Justiz will keine Anklage erheben. Obwohl Deutschland bekannt war, dass bezüglich des Massakers von Sant'Anna in Italien seit 1995 ermittelt wurde, wurden die Ermittlungen hier erst sieben Jahre später, nämlich 2002, begonnen, erst in diesem Jahr wurde ein Ermittlungsteam gebildet.

Warum es für Mord lebenslang Freiheit gibt

Der Stuttgarter Staatsanwaltschaft liegen alle Fakten und Beweismittel vor, da sie im Zuge der europäischen Übereinkunft bei Strafverfahren mit den italienischen ErmittlerInnen zusammengearbeitet hat. Argumentierte die Staatsanwaltschaft noch vor dem Urteil, sie wolle den Prozess abwarten, um dann schneller verhandeln zu können, erklärt sie jetzt, dass die Fakten irrelevant seien, da es sich in Italien um Militärgerichtsbarkeit handele. Außerdem begründet sie die Nichtanklage damit, dass Mordmerkmale wie Mordlust, Heimtücke, niedrige Beweggründe und Grausamkeit nicht erkennbar wären oder dem Einzelnen nicht nachweisbar seien. Zudem wurden die Mordmerkmale durch das Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) im Fall des NS-Verbrechers Engel deutlich heraufgesetzt.

Der in Hamburg lebende SS-Offizier Friedrich Engel wurde im Jahr 1999 vom Militärgericht La Spezia wegen 246fachen Mordes zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Durch diese Entscheidung genötigt, verurteilte das Hamburger Landgericht den ehemaligen SS-Chef von Genua für eines dieser Verbrechen, nämlich die Erschießung von 59 Geiseln am Turchino-Pass bei Genua, zu lediglich sieben Jahren Haft. Das Urteil des Landgerichts wurde vom Bundesgerichtshof am 17. Juni 2004 in der Revision aufgehoben, eine Wiederaufnahme ausgeschlossen. Wie das Hamburger Gericht urteilten auch die Bundesrichter, dass die Geiselerschießung eine rechtmäßige Repressalie als Antwort auf einen Anschlag auf ein Soldatenkino gewesen sei. Die Geiselerschießungen seien nicht im juristischen Sinne als Mord anzusehen. Es sei "nur" Totschlag gewesen, da die Tatausführung entgegen dem Hamburger Urteil nicht als grausam zu bewerten sei. Totschlag ist nach deutschem Recht jedoch bereits verjährt. Bei einer Anklage wegen Mordes aus weitergehenden Gründen - wie Rache, Mordlust etc. - hätten die Nazis die Tat bereits verfolgen können, so dass auch dieser Straftatbestand verjährt sei. Wegen des hohen Alters des ehemaligen SS-Offiziers und dieser möglichen Verjährung sei das Verfahren nicht mehr durchzuführen, da der NS-Täter Engel sonst zum Opfer der Justiz werden könne.

Der Staatsanwaltschaft wird es diesmal schwer fallen, Anklage zu erheben mit einer Begründung, die vor dem BGH nicht standhält. In Sant'Anna wurden Frauen und Kinder ermordet und mit Benzin übergossen. Der Tatbestand der niedrigen Beweggründe ist somit gegeben. Auch der Mangel an konkreter Tatbeteiligung einzelner Verdächtiger ist durch belastende Aussagen - und durch das Urteil von La Spezia - widerlegt. Es liegt daher die Vermutung nahe, dass es gewolltes Ziel ist, die Ermittlungen weiter zu verschleppen und zu verzögern, bis die Täter gestorben sind.

Dies würde auch das jetzige Verhalten der Staatsanwaltschaft erklären. Der Hamburger Rechtsanwältin Gabriele Heinecke, die vom Verein der Opfer von Sant'Anna beauftragt wurde, im Namen des Vorsitzenden Enrico Pieri Nebenklage zu erheben, wurde die beantragte - und erst zugesicherte - Akteneinsicht verweigert. Mittlerweile wird ihr sogar die beschränkte Akteneinsicht verweigert, die den Beschuldigten bereits gewährt wurde, mit der Begründung, dass die Herausgabe der Akten zum Nachteil für die Beschuldigten wäre. Es scheint klar, dass nur politischer Druck zu einer Anklageerhebung führen wird.

Gerhard Sommer soll nicht ruhig schlafen

Gerhard Sommer lebt seit Anfang des Jahres auf Grund der Pflegebedürftigkeit seiner Frau in der Seniorenwohnanlage CURA in Hamburg-Volksdorf, Lerchenberg 4. In diesem Altendomizil wohnen auch Überlebende des Nationalsozialismus, die sich aber auf Grund ihrer Pflegebedürftigkeit nicht mehr wehren können. Sommer selber ist rüstig, rhetorisch geschickt und bestreitet bis heute, Unrecht begangen zu haben. Erst durch die Presse erfuhren die BewohnerInnen und Angestellten der Seniorenresidenz die Wahrheit über Sommers verbrecherische Vergangenheit. Die daraus resultierenden Diskussionen führten dazu, dass er an Gemeinschaftsveranstaltungen nicht mehr teilnehmen darf.

Am 12. August 2005, am Jahrestag des Massakers von Sant'Anna, wurden dann erstmalig Flugblätter in der Seniorenanlage sowie am Bahnhof verteilt und die Nachbarschaft darüber informiert, dass ein Mörder unter ihnen lebt und dass es zu einer Anklageerhebung kommen muss. Bis zum heutigen Tag lehnt die

CURA-Leitung jedoch einen Rauswurf Sommers ab und hält an seiner Unschuld fest, solange das italienische Urteil formell noch nicht rechtskräftig ist.

Maria Meier

Gerhard Sommer soll nicht ruhig schlafen. Weitere Aktionen werden notwendig sein, um seine Verurteilung zu erreichen. Am 26. November findet ab 11.30 Uhr eine Kundgebung und Demo in Hamburg-Volksdorf statt. Treffpunkt: Denkmal Weiße Rose (Nähe Bhf Volksdorf in der Einkaufzone), www.antifainfo.de, Hintergrundinformationen: www.partigiani.de, Kontakt: ak-distomo@zeromail.org

6. Klassen-Gewitter. Nachrichten für Drinnen und Draußen

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:21

München: Hausdurchsuchungen bei linken AktivistInnen

Am Morgen des 19. Oktober kam es erneut zu mehreren Hausdurchsuchungen bei linken AktivistInnen in München. Insgesamt waren neun Personen betroffen. Die Polizeiaktion steht im Zusammenhang mit den Ermittlungen nach den Protesten gegen eine Nazi-Veranstaltung in der Haderner Gaststätte Waldfrieden. Damals kam es zu Handgreiflichkeiten zwischen NazigegnerInnen und anwesenden Neonazis, als mehrere AntifaschistInnen das Lokal betraten. Die Polizei sprach von einem Überfall durch die AntifaschistInnen. Die Darstellung der AntifaschistInnen sieht anders aus: Kurz nach Betreten des Lokals seien sie mit Reizgas, Stühlen und Wurfgeschossen attackiert worden. Mehrere Personen wurden damals im weiteren Umfeld des Lokals festgenommen. Stunden nach dem Vorfall durchsuchte die Polizei auf Grund eines Internet-Eintrags des Münchner Neonazis Norman Bordin die Wohnung des Journalisten Nick Brauns und nahm ihn fest. "Diese Hausdurchsuchungen reihen sich ein in eine ganze Reihe von gleichen Ereignissen der letzten Monate", so die Rote Hilfe München. "Immer wieder werden zweifelhafte Vorwürfe als Begründung für solch einschneidende Maßnahmen herangezogen. In diesem Fall stützen sich die Ermittlungen - wie schon bei Herrn Dr. Brauns - maßgeblich auf die Angaben von Neonazis. Die Vermutung liegt nahe, dass der Münchner Staatsschutz hierbei vor allem versucht, Strukturermittlungen zu betreiben und ganz allgemein Kenntnisse über die linke Szene zu gewinnen."

Kronzeugenregelung

Union und SPD wollen die Kronzeugenregelung wieder einführen. Darauf haben sich VertreterInnen von Union und SPD bei den Verhandlungen zur Bildung einer großen Koalition geeinigt. 1989 war die Kronzeugenregelung als angebliche Wunderwaffe gegen die RAF ins Strafgesetzbuch aufgenommen worden. Bis dahin gab es eine solche Regelung, die dem Beschuldigten Strafmilderung oder gar Straffreiheit verspricht, nur im Betäubungsmittelrecht. Rot-Grün schaffte 1999 die Kronzeugenregelung ab. Dem Vernehmen nach wollen Union und SPD das neue Gesetz - nicht wie bei der vorangegangenen Regelung - auf Terrorismus und kriminelle Vereinigungen beschränken, sondern als generelle Regelung einführen. Laut Süddeutscher Zeitung vom 27.10.05 soll die neue Vorschrift folgenden Wortlaut haben: "Hat der Täter einer Straftat, die mit einer im Mindestmaß erhöhten zeitigen Freiheitsstrafe oder mit lebenslanger Freiheitsstrafe bedroht ist, sein Wissen über Tatsachen offenbart, deren Kenntnisse geeignet ist 1.) die Begehung einer solchen Tat zu verhindern, 2.) die Aufklärung einer solchen Tat, falls er daran beteiligt war, über seinen eigenen Tatbeitrag hinaus zu fördern, oder 3.) zur Ergreifung eines Täters oder Teilnehmers eine solchen Straftat zu führen, kann das Gericht auf Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren erkennen." Vorgesehen ist also nicht mehr eine komplette Straflosigkeit, sondern nur noch eine Strafmilderung.

Polizei sammelt Zigarettenkippen von Castor-GegnerInnen

Ganz neue Methoden, an Datenmaterial von AtomkraftgegnerInnen heranzukommen, hat die Polizei vor kurzem auf den Gleisen der Castor-Transportstrecke zwischen Lüneburg und Dannenberg angewandt. Nach einer friedlichen Protestaktion, einem Volleyball-Spiel, an dem etwa 150 Menschen als SpielerInnen und ZuschauerInnen mitten im Wald an einem Bahnübergang bei Grünhagen teilgenommen hatten, sammelte die Polizei Zigarettenkippen von Beteiligten auf. Dazu hatten die Beamten Untersuchungshandschuhe übergezogen und steckten nach Beobachtungen die Kippen einzeln in Plastikbeutel. Zuvor schon waren AktionsteilnehmerInnen fotografiert und wohl auch gefilmt worden. Einzelnen flatterte Tage später eine "Schriftliche Verwarnung mit Verwarnungsgeld" ins Haus, da sie angeblich den Gleisbereich nach Aufforderung durch Polizeibeamte nicht verlassen hätten. Auch nach einer angemeldeten Anti-Castor-Demonstration 23. Oktober in Uelzen sollen von Polizeibeamten, die vorher die DemoteilnehmerInnen gefilmt hatten, Zigarettenkippen aufgesammelt worden sein. Hintergrund dürften die bislang erfolglosen Ermittlungen des Staatsschutzes und spezieller Ermittlungsgruppen bei der Suche nach den UrheberInnen von dem Brandanschlag auf die Seerauer Brücke vor vier Jahren und den Unterspülungen der Castor-Strecke sein. Auch bei Ermittlungen zum jüngsten Brand der Castor-Polizeicontainer bei

Woltersdorf liegen wohl noch keine Ergebnisse vor. Nun stellt die Polizei die gesamte Anti-Atom-Szene unter Generalverdacht.

BKA bald in Venezuela aktiv

Das Bundeskriminalamt (BKA) will im "Kampf gegen den Terrorismus" stärker mit der Wirtschaft kooperieren. Die Sicherheitsabteilungen der Großkonzerne verfügten über Ressourcen, um die Sicherheitslage im Ausland einzuschätzen, so BKA-Chef Jörg Ziercke. Mit ihnen strebe das BKA eine strategische Partnerschaft an, um sicherheitsrelevante Informationen über ausländische Staaten zu erhalten. Der Bundesverband der Deutschen Industrie begrüßte den Vorstoß. Eine solche Zusammenarbeit nutze beiden Seiten, da sowohl die Polizei als auch die Unternehmen neue Erkenntnisse gewinnen könnten, sagte Ziercke. So stehe er im Kontakt mit BASF, DaimlerChrysler, VW oder der Deutschen Bank. Die Weitergabe von Informationen an die Unternehmen durch das BKA sei rechtlich zulässig, sofern die Firmen sich zur vertraulichen Behandlung der Daten verpflichteten, gab sich Ziercke zuversichtlich. Hintergrund für diese Initiative ist die Tatsache, dass das BKA vermehrt im Ausland aktiv ist. So werden demnächst im Rahmen eines Pilotprojekts BKA-Beamte Tadschikistan bei der Bekämpfung des Heroinhandels im Nachbarland Afghanistans unterstützen, um so die ökonomische Basis der Taliban zu stören. Eine ähnliche Mission kündigte Ziercke für Venezuela an. Das BKA hat bereits im vergangenen Jahr im gemeinsamen Anti-Terror-Zentrum von Polizei und Nachrichtendiensten in Berlin-Treptow eine Abteilung mit der Bezeichnung "Internationale Koordinierung" eingerichtet. Die Abteilung soll einmal 260 Personen umfassen, darunter 62 BKA-Verbindungsbeamte in 46 Ländern.

7. Bonzen, Bildung, Bertelsmann. Die Bertelsmann-Stiftung als Denkfabrik des Neoliberalismus

Autor: AG Bertelsmannkritik Bremen/Hamburg · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Zeitgeschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:06

Deregulierung und die Unterwerfung öffentlicher Güter wie Wasser, Gesundheit, Bildung, Wissen unter eine marktmäßige Verwertung - all das, was man unter dem Stichwort Neoliberalismus kennt, ist oft genug strategisch vorbereitet und geplant, im nationalen wie im internationalen Rahmen. "Think Tanks" wie die Bertelsmann-Stiftung spielen dabei eine zentrale Rolle.

Die großen Medienkonzerne spielen eine herausragende Rolle, wenn es darum geht, neoliberale Umstrukturierungsprozesse durchzusetzen und Akzeptanz in der Bevölkerung herzustellen. Das gilt hier zu Lande insbesondere für den Bertelsmann-Konzern und seine Haupteigentümerin, die Bertelsmann-Stiftung. Sie berät deutsche und EU-SpitzenpolitikerInnen in allen wesentlichen Bereichen der Sozial-, Bildungs-, Gesundheits-, Außen- und Sicherheitspolitik. Auch die Hochschulpolitik in Deutschland ist "made in Gütersloh", etwa über den strategischen Einfluss des CHE - Centrum für Hochschulentwicklung.

Politikberatung made in Gütersloh

Die neoliberalen Reformkonzepte der "gemeinnützigen" Bertelsmann-Stiftung und ihrer Ableger (CHE, CAP - Centrum für angewandte Politikforschung) entsprechen dabei sowohl den Forderungen der internationalen Finanz- und Industrielobby als auch den Expansionsinteressen des Bertelsmann-Konzerns selbst. Die Umstrukturierungen bedeuten stets den Abbau öffentlicher Entscheidungsfindung und demokratischer Kontrolle. Auf internationaler Ebene vertritt Bertelsmann diese Interessen bei den GATS-Verhandlungen über die Liberalisierung von Dienstleistungen. Der Konzern ist der größte Medien-Multi in Europa und das weltweit fünftgrößte Medienimperium mit entsprechender gesellschaftlicher Definitionsmacht. Die Bertelsmann-Massenmedien lassen sich wunderbar für die sanfte Massage des öffentlichen Bewusstseins nutzen - im Sinne der Konzerninteressen und um allzu harsche Kritik an den eigenen Machenschaften zu unterbinden.

Im bildungspolitischen Diskurs bedient sich die neoliberale Ideologie des traditionellen Mittels gesellschaftlicher Einflussnahme durch die Privatwirtschaft: Das Stiftungswesen, insbesondere die Bertelsmann-Stiftung, dient als Stichwortgeber für eine breit angelegte Kampagne zur Kommerzialisierung der Bildung. Die Bertelsmann-Stiftung ist die Unternehmensstiftung des Bertelsmann-Konzerns. 1993 wurden 70% des Gesamtkapitals des Konzerns auf die 1977 vom heutigen Bertelsmann-Patriarchen Reinhard Mohn gegründete Stiftung übertragen. Die so erzielten Steuerersparnisse übersteigen die Stiftungsausgaben zwar deutlich, aber auch diese genügen, um mit einem Jahresetat von 65 Mio. Euro und über 300 MitarbeiterInnen in ca. 100 Projekten die Bertelsmann-Stiftung zur größten operativen Unternehmensstiftung Deutschlands zu machen.

Dabei bedeutet "operativ", dass nur Bertelsmann-eigene Projekte finanziert werden und keine externen WissenschaftlerInnen dort Geld für ihre Forschung beantragen können. Die Tätigkeitsfelder erstrecken sich über Wirtschaft, Medien, Kultur, Politik und Bildung. Im Bildungs- und Kulturbereich zielt die Bertelsmann-Strategie auf eine weit reichende Kommerzialisierung, nicht zuletzt, weil der Medienkonzern sich hier neue Märkte erschließen möchte. An den Hochschulen ist dabei insbesondere die Einführung von Studiengebühren wichtig, weil sie der ideologische und materielle Hebel für die Verbetriebswirtschaftlichung der Hochschulen sind.

Chefdenker und Manager der Privatisierung

Ebenfalls 1993 lancierten die Bertelsmann-Stiftung und die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) das CHE. Das CHE ist eine private gemeinnützige GmbH, die vom Dortmunder BWL-Professor Detlef Müller-Böling geleitet und mit jährlich zwei Mio. Euro finanziert wird. Kurz nach der Gründung des CHE legte die HRK ein Bildungsfinanzierungskonzept vor, in dem zum ersten Mal ein System privater Eigenbeteiligung vorgestellt wurde. Dieses Konzept wurde von diversen Bildungskommissionen von Bund, Ländern und Stiftungen

aufgegriffen, bis hinein ins rot-grüne Spektrum von Heinrich-Böll- und Hans-Böckler-Stiftung. Alle diese Bestrebungen laufen auf Kommerzialisierung und die betriebswirtschaftliche Organisation von Bildung und Wissenschaft hinaus.

In der Vision einer globale Multimedia-Bildung wird der Professor zum Medien-Manager und die StudentInnen zu kräftig zahlende BildungskundInnen, die sich ihre Scheine vielleicht analog zum Bertelsmann-Buchclub zusammenkaufen müssen. Wenn dabei ausgesuchte hoch begabte Bedürftige ein Stipendium für das bekommen, was heute gebührenfreie Bildung ist, werden die Kriterien für deren Auswahl vermutlich aus dem Hause des Medien-Moguls und Multi-Milliardärs Reinhard Mohn, sprich der Bertelsmann-Stiftung, kommen.

Es ist an der Zeit, den Einfluss, den dieses Unternehmen auf die Sozial-, Bildungs-, Gesundheits-, Außen- und Sicherheitspolitik hat, zu unterbinden. Zu diesem Zweck hat vom 4. bis 6. November ein erstes offenes Austausch- und Vernetzungstreffen in Hamburg stattgefunden. Das Thema Bertelsmann liegt vielerorts in der Luft, und in Hamburg wurde ein Rahmen zur Verfügung gestellt, um im Rahmen einer Anti-Bertelsmann-Initiative Know-how, Recherche, Aktionen und Organisationsarbeit zu koordinieren. Es ging zunächst darum, sich kennen zu lernen, sich über die jeweiligen Interessen auszutauschen und Formen der Zusammenarbeit zu klären. Die Initiative für dieses Vernetzungstreffen ging von bildungs- oder medienpolitisch Aktiven aus Hamburg und Bremen aus, die sich im Anschluss an den Anti-Bertelsmann-Kongress vom 15. - 17. Juli 2005 der Freien Hamburger Hochschule kennen gelernt haben. Ziel des Vernetzungstreffens ist, eine Initiative zu gründen, die die neoliberale Umstrukturierung der Bildungslandschaft, Privatisierung von "geistigem Eigentum", Medienkonzentration und strukturelle Entdemokratisierung angreift.

AG-Bertelsmannkritik Bremen/Hamburg

Kontakt: bertelsmannkritik@web.de; Infos: www.bertelsmannkritik.de; ein Artikel über den Anti-Bertelsmann-Kongress vom 15. - 17.7.05 in Hamburg findet sich unter www.heise.de/tp/r4/artikel/20/20558/1.html

8. Weniger Identitätsdebatten, mehr Systemkritik! Feministische Optionen in der außerparlamentarischen Linken nach der Wahl

Autor: Katja Strobel · Rubrik: Wahlen; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:23

Auch wenn Parteipolitik zur Zeit aus emanzipatorischer Perspektive kaum Sinn macht, gilt es wahrzunehmen, dass die Linkspartei mit ihrem Wahlerfolg von 8,7% eine relevante gesellschaftliche Opposition links von Rot-Grün repräsentiert und sich für soziale Bewegungen offen zeigt. Aus feministischer Perspektive muss allerdings konstatiert werden, dass die Linkspartei sich nicht mit feministischen Themen profiliert und sich kaum Frauen an prominenter Stelle engagieren - trotz Frauenquote und positiver Ansätze in ihrem Wahlprogramm, wie z.B. Forderungen nach Ganztagsbetreuung für Kinder jeden Alters oder nach Gleichstellung aller Lebensformen.

In dieser Struktur - theoretische Forderungen, die dem realen Auftreten widersprechen - ähnelt die Linkspartei dem Sozialforums- und globalisierungskritischen Spektrum. Die Fragen, die sich stellen, sind: Warum sind feministische Themen anscheinend nicht wichtig, obwohl geschlechtsspezifische Diskriminierungen - z.B. in den Hartz-Gesetzen - offensichtlich sind und in eine linke Gesellschaftsanalyse notwendig mit einbezogen werden müssten? Der Vorwurf, die Frauen selbst müssten sich mehr engagieren, greift nur zum Teil. Natürlich stellt sich die (selbstkritische!) Frage: Warum nehmen die meisten Frauen die diskriminierenden Rollenmuster, denen sie sich anpassen, erst wahr, wenn für sie ansteht, Familie und Beruf zu vereinbaren - und lösen ihr Dilemma dann fast ausschließlich individuell? Andererseits kann Feminismus nicht in Identitätspolitik aufgehen, sondern müsste ein Anliegen aller sein, denen es um eine emanzipatorische Gesellschaftsveränderung geht. Dass dies in der Linkspartei nicht der Fall ist, zeigte z.B. die Tatsache, dass der "linke FrauenAufbruch", eine Initiative von Frauen aus der Linkspartei, keinerlei Unterstützung der Partei bekam.

In außerparteilichen Initiativen zeigen sich dieselben Probleme - fehlende Beteiligung von Frauen und Desinteresse der Aktiven -, wenn auch letzteres in subtileren Formen wie Diskussionsverhalten und "Arbeitsteilung".

Eine Chance für sich gesellschaftlich neu eröffnende Denkräume, die sich durch den für die "Volksparteien" uneindeutigen Wahlausgang und den Wahlerfolg für die Linkspartei auftun, kann daher für dezidiert feministische Positionen nicht gesehen werden. Andererseits können es kapitalismuskritische Feministinnen nur begrüßen, wenn linke Politik, eventuell sogar Zweifel am System, wieder mehr gesellschaftlich diskutierbar werden. Die Signale der Linkspartei an außerparlamentarische Bewegungen müssen sich in den nächsten Monaten natürlich noch als reale Offenheit erweisen. Für eine feministische Linke - wenn eine zersplitterte Landschaft von Grüppchen und mehr oder weniger marginalen Organisationen so genannt werden darf, die sich vielfach in Identitätspolitik und Forderung nach Anerkennung von Differenzen verliert - könnten diese Signale aber auch ein Anlass sein, sich Gedanken darüber zu machen, wie sie ihre Themen stärker einbringen könnte, in der linken Szene und außerparlamentarischen Netzwerken, aber auch gesamtgesellschaftlich. Interesse aus dem Spektrum der sozialen Bewegungen und linker Gruppen zeigte z.B. ein gut besuchtes Treffen auf dem Sozialforum in Erfurt. Die Diskussionen bewegten sich um das alte Thema "Was haben wir eigentlich gemeinsam?", aber auch um die Notwendigkeit der Sensibilisierung und des offensiveren Auftretens in den vorhandenen und sich neu formierenden Bewegungen.

Die Zeichen für eine Verständigung der verschiedenen Ansätze von Feministinnen aus Sozialforen, attac, Hochschulpolitik, radikaler Linker etc. stehen im Moment nicht schlecht:

Zum Beispiel ist in kritischeren feministischen Kreisen die Einsicht inzwischen durchaus präsent, dass die grünen Projekte "Gender Mainstreaming" und "Geschlechterdemokratie" aus emanzipatorischer Perspektive gescheitert sind. Sie haben vielleicht etwas zur Sichtbarmachung und "Gender-Sensibilisierung" beigetragen, aber die Geschlechterrollen und die patriarchalen Machtverhältnisse kratzen sie nicht an. Im Gegenteil - sie entpolitisieren, bürokratisieren und verschleiern Machtverhältnisse, statt sie zum Thema zu machen.

Diskussionsräume feministisch besetzen!

Ebenso kommen kritische Feministinnen nicht mehr um die grundsätzliche Infragestellung der Kategorie "Geschlecht" herum - ein Verdienst der Queer-Theorie und -Politik. Zugleich sehen viele aber die Notwendigkeit, gegen die faktische Diskriminierung von Frauen zu kämpfen, z.B. von Migrantinnen, Alleinerziehenden oder Hartz IV-Empfängerinnen. Die Herausforderung besteht also darin, feministische Politik, die z.B. soziale Rechte einfordert und gegen Gewalt kämpft, mit einer Vision von und dem Kampf für eine Gesellschaft, die nicht von Zweigeschlechtlichkeit und Heteronormativität bestimmt ist, zu verbinden. Und da zu dieser Sichtweise gehört, die patriarchale mit der kapitalistischen Herrschaft und anderen, z.B. rassistischen und neokolonialistischen Herrschaftsverhältnissen, verknüpft zu sehen, gibt es keinen Grund, einen solchen feministisch-queerpolitischen Ansatz nicht als notwendigen Teil einer sozialen Bewegung, die eine radikale Gesellschaftsveränderung hin zu einem Leben in Würde für alle anstrebt, zu begreifen.

Wenn das Ziel ist, in einer solchen Bewegung antisexistische genauso selbstverständlich wie antirassistische Politik mit einzubeziehen - wie könnten feministische Gruppen und Feministinnen in linken Zusammenhängen darauf hinarbeiten?

Es muss vor allem deutlich werden, dass Feminismus Gesellschaftskritik ist und nicht mit "Frauenförderungspolitik" gleich gesetzt werden darf. Das bedeutet, sich an feministische Analysen und Kritik der gesellschaftlichen Grundkategorien wie Staat, Nation, Kapital zu erinnern, sie ggf. neu zu formulieren und für ihre Einbeziehung in aktuelle emanzipatorische Politik zu sorgen.

Das bedeutet auch, bei tagespolitischen Diskussionen, wie z.B. um Frauenquoten, deutlich zu machen, dass es nicht einfach um Anerkennung einer "Gruppe" geht, sondern um grundsätzliche Defizite in politischen Strukturen - und dass eine Quote lediglich eine widersprüchliche, weil identitätsfixierte, oft auch nur symbolische Notmaßnahme ist, die über sich hinaus weist auf das eigentliche Ziel von egalitären Strukturen.

Mit der Perspektive einer radikalen feministischen Gesellschaftskritik könnte z.B. auch die Debatte über eine Grundsicherung ernst zu nehmendes Profil gewinnen. Zum Beispiel mit der Forderung, die Existenzsicherung von der Erwerbsarbeit zu entkoppeln: Es muss eine Diskussion über gesellschaftlich notwendige Arbeit geführt werden, die unbezahlte Versorgungs- und Erziehungsarbeit in dem Maße berücksichtigt, wie sie ökonomisch eine Rolle spielt - nämlich zwei Drittel der gesamten Arbeit. Wenn diese Tatsache genügend Berücksichtigung fände, würde sich auch jede Diskussion um Arbeitszwang, Schmarotzertum und fehlenden Arbeitswillen erübrigen. Umverteilungsfragen von Arbeit und Kapital würden sich neu stellen. Die gängigen Diskussionen über das Thema "Grundsicherung" bleiben allerdings zur Zeit - auch in der Linken - im Lohnarbeitsdenken verhaftet und zementieren noch die Geschlechterverhältnisse, wenn sie nebenbei erwähnen, eine Grundsicherung sei auch "Frauen und Kindern" zuzugestehen.

Ein grundsätzliches Problem, das gleichermaßen alle emanzipatorischen Bewegungen betrifft, die feministische aber besonders, ist die durch neoliberale Politik vorangetriebene Atomisierung der Gesellschaft. Feministische Forderungen nach Selbstbestimmung und Autonomie lassen sich leicht individualisieren und so für neoliberale "Selbstführung" vereinnahmen. Es ist die Aufgabe feministischer und anderer Bewegungen, deren Ziel eine größere Solidarität marginalisierter Gruppen und ein stärkeres gemeinsames Auftreten von antikapitalistischen Bewegungen ist, kollektive Strukturen aufzubauen, die Raum für alternatives Denken und Handeln schaffen und offen sind für Menschen, die diese Räume am meisten brauchen - wie etwa, um nur ein Beispiel zu nennen, Alleinerziehende, die oft isoliert leben.

Linker, queerer Feminismus statt Gender Mainstreaming!

Eine queer-feministische Bewegung, die sich als radikale Kritik an zu überwindenden, ungerechten und ausbeutenden geschlechtlichen und anderen Konstruktionsregeln der Gesellschaft positioniert - wobei auf Basis dieses Nenners die notwendige Pluralität möglich sein müsste - würde langfristig darauf hinarbeiten, sich selbst überflüssig zu machen. Sie müsste gleichzeitig in der Lage sein, auf dem Weg dorthin politische Forderungen zu entwickeln, die ernst genommen werden müssen und Kollektive zu bilden bzw. in solchen mitzuwirken, die diesen Forderungen Nachdruck verleihen. Diese Bewegung könnte ihren Teil beitragen zu einer mehr als punktuellen Bündnispolitik, die Selbstmarginalisierung, Spaltungen und Ressentiments innerhalb einer vielleicht neu erstarkenden außerparlamentarischen linken Bewegung überwindet und die Perspektive einer globalen Verständigung und Solidarität überhaupt erst eröffnet.

Katja Strobel, Institut für Theologie und Politik, Münster

9. Spielräume nutzen, Grenzen überschreiten! Gewerkschaften vor den Herausforderungen eines globalisierten Kapitalismus

Autor: Werner Sauerborn (ver.di Ba-Wü) · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:26

Kaum zu glauben, aber wahr: Ausgerechnet eine Koalition aus der Partei, die unter Berufung auf den Globalisierungsdruck die größte Umverteilung in der Nachkriegsgeschichte organisiert hat mit der Partei, die dabei noch einen Zacken zulegen wollte, soll den Wählerwillen repräsentieren. Ein Wählerwille, der alldem eine ziemliche Abfuhr erteilt hat. Die Gesetze der politischen Physik scheinen außer Kraft gesetzt - doch nur, sofern man zwei Momente ausblendet: zum einen, dass das parlamentarische System und die beiden großen Volksparteien eine erstaunliche politische Elastizität aufweisen. Diese ermöglicht es ihnen, von einem Politikmodell zum anderen zu switchen, von einer brutalen neoliberalen Politik zu einer "sozialverträglicheren" Variante beispielsweise. Zum anderen die Wirkung der Linkspartei, die mit ihren beachtlichen rund 9 Prozent wie ein politischer Magnet die Prozesse der Regierungsbildung und Koalitionsvereinbarung im Zentrum der Macht beeinflusst und zu nicht geplanten Kompromissen zwingt.

Die politische Klasse, die das Publikum so sicher im Griff zu haben glaubte, mit all den neoliberalen TrommlerInnen von Sabine Christiansen über die (Arbeitgeber-)Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft bis zur apologetischen LeitartiklerIn der Provinzzeitung hat einen empfindlichen Treffer abbekommen und weiß noch nicht so recht, wie ihr geschieht. Die Verunsicherung reicht bis tief ins Arbeitgeberlager. Wenn die WählerInnen schon so unberechenbar sind, zu welchen Unbotmäßigkeiten lassen sich dann ArbeitnehmerInnen hinreißen, denen man das Weihnachtsgeld kürzen, die Arbeitszeit verlängern und die Arbeitsplätze entziehen will? Vor der Wahl noch war sich CDU-Generalsekretär Kauder sicher, dass ArbeitnehmerInnen, die eine schwarz-gelben Regierung ins Amt heben, wohl kaum tags drauf den Streikaufrufen einer Gewerkschaft folgen würden.

Der Zusammenhang hat sich bestätigt, aber umgekehrt. Schwarz-Gelb kam nicht ins Amt und die ArbeitnehmerInnen, z.B. die Beschäftigten der Unikliniken in Baden-Württemberg, folgten "tags drauf" dem Streikaufruf ihrer Gewerkschaft, verteidigten in einem wunderschönen und effektiv geführten Streik die 38,5 Stunden-Woche und lösten überdies ver.di-intern einen Paradigmenwechsel in der Tarifpolitik für den Öffentlichen Dienst aus. Hatte man sich im Gewerkschaftsapparat schon mit einer Verhandlungslösung - moderate Arbeitszeitverlängerung - im Verhandlungswege arrangiert, zeigte dieser Arbeitskampf (vor allem) von Frauen in einem bisher nicht streikerfahrenen Bereich, dass es auch in der Defensive Spielräume gibt.

Einen deutlichen Anteil an diesem Erfolg hat die Verunsicherung im Arbeitgeberlager in Folge des Wahlausgangs. Von Eskalationsstrategien lässt man angesichts des einstweilen schwer kalkulierbaren Ausgangs lieber die Finger. So auch im Tarifkonflikt im kommunalen Bereich. Von der im neuen Tarifvertrag (TV-ÖD) bestehenden Möglichkeit, die Arbeitszeitregelung mit dem Ziel einer Verlängerung zu kündigen, hat nur der baden-württembergische Arbeitgeberverband Gebrauch gemacht - vor der Wahl, als man noch mutiger war. Bis dato ist es in keinem Bundesland mehr zur Kündigung der Arbeitszeitregelung gekommen. Bei ver.di ist die Unsicherheit zu Gunsten der klaren Perspektive gewichen, im Februar und März die Arbeitszeit notfalls in einem längeren Erzwingungsstreik im Südwesten zu verteidigen. Außerdem wird diskutiert, ob man die Gelegenheit nicht zu einer Gegenoffensive im Sinne von Arbeitszeitverkürzung oder materiellen Verbesserungen nutzen kann.

Wunderschöner, effektiv geführter Streik

Ob diese politischen und gewerkschaftlichen Erfolge nur ein Zwischenhoch sind oder erste Schritte aus Krise und Niederlagen, hängt davon ab, ob ihnen strukturelle Neuorientierungen auf Gewerkschaftsseite folgen. Mit dem Wahlerfolg der Linkspartei ist ein wichtiger politischer Schachzug gelungen. Ein politisches Vakuum konnte links besetzt werden. Allerdings war der Verlust des "politischen Arms im Parlament" nicht der Grund der Krise von Gewerkschaften (teils auch sozialen Bewegungen), sondern ihr Symptom - und das Nachwachsen dieses politischen Arms ist noch lange nicht die Lösung des Problems der Gewerkschaften. Der Streik der KlinikkollegInnen war eine "Offensive in der Defensive" (Sybille Stamm/Günter Busch in Sozialismus

11/05), entsprechend war das Ergebnis, mit dem insgesamt die Verteilungsrelation bestenfalls gehalten wurde, ein Sieg in der Niederlage. Es verdient gerade deswegen herausgestellt zu werden, darf aber nicht vergessen lassen, dass es bei den meisten Tarifauseinandersetzungen nach wie vor um Positionsverluste und Aderlass geht.

In einem globalisierten, entgrenzten Kapitalismus, der sich nationalstaatlicher (übrigens damit auch europäischer) Regulierung zunehmend entzieht, sei es politisch oder in der Primärverteilung, sitzen Gewerkschaften wie auch soziale Bewegungen, die sich auf Regulation bzw. Verteilungskämpfe im nationalen Rahmen beschränken, strategisch am kürzeren Hebel. Dies auf jeweils unterschiedliche Weise in den verschiedenen Sektoren. Die Beispiele Linkspartei und Uniklinikstreik zeigen aber, dass man durch geschickte Gewichtsverlagerung und koordiniertes Ruckeln auf der kürzeren Seite des Hebels beim Gegenüber einige Gleichgewichtsstörungen auslösen kann.

Das Problem der strukturellen Ohnmacht trifft besonders die Gewerkschaften in ihrer derzeitigen Verfassung, weil mit der kapitalistischen Globalisierung für sie als immer noch nationalstaatlich orientierte Akteure das entscheidende Funktionsprinzip außer Kraft gesetzt wird, nämlich die Fähigkeit, durch kollektives Vorenthalten von Arbeitskraft in einer Wirtschaftsbranche Durchsetzungskraft zu entfalten. Wenn die Wirtschaftsbranchen sich von nationalen Grenzen "emanzipieren", wenn sich die Arbeitmärkte globalisieren, weil Migration, "Freizügigkeit" und Mobilität von Arbeitskraft zunehmen und weil es dem Kapital immer leichter fällt dorthin zu gehen, wo Arbeitskraft (auch qualifizierte) billiger ist, dann verpufft das Druckmittel der Gewerkschaften, wie der Dampf in einem Kessel mit zu kleinem Deckel.

Eine Wiederaufstiegsperspektive eröffnet sich den Gewerkschaften erst, wenn sie es schaffen, in diesem neuen Rahmen der globalisierten Märkte wenigstens näherungsweise das Monopol über das Arbeitskraftangebot wieder herzustellen, um damit den Einfluss auf die Preisbildung der Arbeitskraft und ihre "Nutzungsbedingungen", vor allem die Arbeitszeit, zurückzugewinnen. Gewerkschaften, die die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten ihrer eigenen Existenz so sträflich ignorieren, wie die Gewerkschaften hierzulande, werden nicht aus ihrer Krise herausfinden.

Von einem wirklichen Verständnis dieses Problems sind wir als Gewerkschaften jedoch weit entfernt. Für die einen, meist der SPD Nahestehende, ist globaler Kapitalismus Naturgesetz. Die Antwort ist intelligente Anpassung via Co-Management: Standortsicherung durch Innovation, Investitionen in Wissenschaft und Forschung, soziale Flankierung des "unvermeidbaren Strukturwandels". Für die "NationalkeynesianerInnen" dagegen ist der globalisierte Kapitalismus ein Arbeitgeber-Bluff. Die Gegenstrategie hier heißt: Lasst euch nicht bluffen! Mit Gegeninformation soll das neoliberale Paradigma entkräftet und aus den Köpfen des Publikums, besonders des eigenen, verbannt werden. Statt "Eine andere Welt ist möglich" lautet hier das Gegenargument: "Ein anderes Deutschland ist möglich", ausdifferenziert in einem keynesianischen Umverteilungsprogramm mit vielen Spiegelstrichen.

Erste Ansätze einer Globalisierung von Gegenwehr

Die neue ökonomische Übermacht des Kapitals ist jedoch in erster Linie ein Macht- und nicht ein Bewusstseinsproblem. Die Ideologie des Neoliberalismus ist nicht einfach nur falsches und damit leicht auszutauschendes Bewusstsein, nach dessen Aufklärung sich wieder Erfolge erstreiten ließen. Sie ist die adäquate Ideologie des entgrenzten und deregulierten Kapitalismus. Im Marxschen Sinne ist sie insoweit auch "richtiges" Bewusstsein, als sie die praktische Lebenserfahrung richtig widerspiegelt und bestätigt. Entgegen der makroökonomisch richtigen These, dass Lohnverzicht keine Arbeitsplätze schafft, machen täglich tausende ArbeiterInnen - und über die Medien vermittelt alle ArbeiterInnen - die Erfahrung, dass ihr Lohnverzicht, ihre Bereitschaft zu unbezahlter Arbeitszeitverlängerung ihren Arbeitsplatz erst einmal sicher macht. Und ihre Gewerkschaften, die ständig in Wort und Schrift das Gegenteil behaupten, haben eben dies federführend in betrieblichen Bündnissen oder per Tarifvertrag organisiert. So konstituiert sich neoliberales Bewusstsein, gegen das mit der abstrakten Propagierung des Gegenteils nicht anzukommen ist; gegen das nur anzukommen ist mit einer strategischen Antwort auf die Frage, wie unter den geänderten Bedingungen des globalisierten Kapitalismus langfristig wieder eine Handlungsfähigkeit und Durchsetzungsperspektive eröffnet werden kann.

Wie aber vermitteln sich aktuelle Kämpfe mit langfristigen strategischen Erfordernissen? Natürlich nicht, indem das eine zur perspektivlosen Wurstelei oder das andere zur unerreichbaren Utopie erklärt wird, sondern, indem das eine als Voraussetzung des anderen gesehen wird. Gerade da, wo Belegschaften gekämpft haben, an die Grenzen (auch im wörtlichen Sinne) ihrer Möglichkeiten gestoßen sind, ist die strategische Diskussion über weitergehende Perspektiven in Gang gekommen, wurden Kontakte zu den Belegschaften aufgenommen, gegen die man ausgespielt wurde, werden die ersten Wurzeln der Globalisierung von Gegenwehr geschlagen.

Der Weg der Gewerkschaften dorthin, wo das Kapital schon ist, ist lang und mit tausend Fragen und Unklarheiten gepflastert. Es sind aber auch Anknüpfungspunkte erkennbar: in Euro- und Weltbetriebsräten, transnationalen Tarifkoordinationen, grenznahen Gewerkschaftskooperationen, gewerkschaftlichen Dachverbänden und nicht zuletzt in den inzwischen gut verankerten Kooperationen in sozialen Bündnissen mit oft grenzüberschreitend denkenden und handelnden NGOs, vor allem mit attac.

Ein gut gemeinter Eimer kaltes Wasser

Diese Kooperation erinnert an das Bild eines gefesselten Riesen, umtanzt von einem putzmunteren Zwerg, auch wenn dieser "in seiner Dynamik etwas nachlässt", so O-Ton attac-Ratschlag in Würzburg. In diesem Zustand waren sich Riese und Zwerg gegenseitig sehr hilfreich. Sie haben wechselseitig Kampagnen unterstützt - zur Gesundheitsreform, zu Lidl oder gegen Arbeitszeitverlängerung. Sie haben gemeinsam für Demos mobilisiert und damit die TeilnehmerInnenzahl und die politische Wirkung erhöht. Dennoch ist auf diese Weise das politische Potenzial eines Bündnisses von Gewerkschaften und globalisierungskritischer Bewegung bei weitem nicht ausgeschöpft.

Der Riese könnte theoretisch Stärke und Durchsetzungsmöglichkeiten beisteuern, weil er mit seinen gewerkschaftlichen Mitteln im Zentrum der Ökonomie, dort, wo sich die Machfragen entscheiden, agieren könnte. Der Zwerg dagegen hat die richtige Idee, er hat das Prinzip der Globalisierung begriffen, wirbelt viel rum, aber merkt zunehmend, dass ihm ein Machtmittel fehlt, mit dem wirklich Druck erzeugt werden kann, mit dem die andere Welt, deren Möglichkeit er uns vorgeführt hat, auch wirklich werden kann. Statt sich nur quantitativ zusammenzutun, kommt es immer mehr darauf an, in den Bündnissen die spezifischen Stärken zusammenzubringen und sie auf diese Weise von theoretischen zu praktischen Stärken werden zu lassen.

Neoliberale Ideologie: nicht nur "falsches Bewusstsein"

Langfristig handlungsfähig werden Gewerkschaften erst wieder, wenn sie sich der Perspektive von "Global Unions" öffnen, sie zu ihrer langfristigen Vision machen und sie zügig zu operationalisieren beginnen. Die hierzu nötigen Lernprozesse aus offensiven Kämpfen unter Defensivbedingungen heraus zu organisieren, müsste Ziel der Bündnisse von Gewerkschaften und globalisierungskritischen NGOs sein. Die Zeiten des vorsichtigen Abtastens sind vorbei. Vielleicht braucht der Riese auch mal einen gut gemeinten Eimer kaltes Wasser, um wieder in die Vertikale zu kommen.

Werner Sauerborn, Hauptamtlicher bei ver.di Baden-Württemberg

10. Alternativen und der Kampf um Hegemonie. Die sozialen Bewegungen stehen vor neuen Herausforderungen

Autor: Pedram Shahyar · Rubrik: Sozialbewegung; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:35

Am 19./20. November diskutieren AktivistInnen aus verschiedenen sozialen Bewegungen in Frankfurt über strategische Weichenstellungen. Die Veränderungen der politischen Landschaft in den letzten Jahren waren rasant. Sie erfordern eine ausführliche strategische Positionsbestimmung und Neujustierung der Linken und des emanzipatorischen Lagers.

Die wichtigste Veränderung der letzten Jahre ist die zunehmende Krise der neoliberalen Hegemonie. Auch wenn die neoliberale Logik und die neoliberale Deutungshoheit über die Wirklichkeit weiterhin dominieren, erhält die herrschende Politik doch immer weniger Zustimmung und befindet sich in einer Akzeptanzkrise. Dieser Stimmungswandel zeigte sich in der Schwächung der beiden großen Volksparteien CDU/CSU und SPD bei der Wahl und bescherte der Linkspartei eine Verdopplung ihres Ergebnisses. Auf europäischer Ebene findet dieser Stimmungswandel vor allem in der Ablehnung der EU-Verfassung seinen Ausdruck, global besonders in Lateinamerika in Form von Rebellionen und Wahlerfolgen von antineoliberalen Koalitionen.

Doch unbeachtet der zunehmenden Krise der neoliberalen Hegemonie hält die politische Klasse in Deutschland weiter an ihrem Programm fest und forciert damit die Entfremdung zwischen ihr und der Bevölkerung. Unter der Überschrift "Die Dämmerung der Politik" beschreibt inzwischen selbst die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung die Abkopplung der politischen RepräsentantInnen von der Bevölkerung als tief gehende Krise und Überforderung der Institutionen. (FAS, 6.11.05) Es kann davon ausgegangen werden, dass die Unzufriedenheit und die Entfremdungsprozesse weiter gehen werden - und sich unter einer großen Koalition sogar beschleunigen.

Die zunehmende Entfremdung der politischen Elite ist von Eruptionen sozialer Unzufriedenheit begleitet. Im Sommer 2004 waren Städte in Ostdeutschland, im Herbst 2004 Bochum Schauplätze solcher Entladung von Wut, die zudem die Entfremdung von klassischen Interessenverbänden wie z.B. Gewerkschaften und linke Parteien widerspiegelten, die die Betroffenen nicht mehr erreichen.

Für die Akteure der sozialen Bewegungen stellt diese neue Konstellation von Unzufriedenheit, Entfremdung und eruptiven Ausschlägen eine besondere Herausforderung dar. Das Hauptproblem liegt darin, dass die Eruption der Wut meist politisch und geografisch lokal begrenzt bleibt und dadurch die Herausbildung einer übergreifenden Bewegung erschwert. Steigende Unzufriedenheit bei Fehlen größerer Akteure birgt aber auch die Chance, mit kleinen Initiativen größere Mobilisierungen zu erzielen. Dadurch eröffnet sich die Möglichkeit, durch neue Formen der Organisierung der bürokratischen Verkrustungen traditioneller Verbände zu entgehen und auf längere Sicht eine neue Kultur des Protests zu entwickeln.

Wie sich schon bei den Protesten gegen die Agenda 2010 gezeigt hat, bleibt die Unzufriedenheit und Wut lange Zeit unsichtbar, bis sich ein Ventil dafür findet - hier die von Basisinitiativen initiierte Demonstration am 1. November 2003. Insofern ist mehr Mut gefragt, ohne gleich größenwahnsinnig wöchentlich Großdemonstrationen auszurufen. Nur wenn die Akteure der sozialen Bewegungen es gemeinsam schaffen, solche Ventile zu bilden, können sie die kommenden Eruptionen mitgestalten. Die Gestaltungskraft, die durch erfolgreiches Organisieren von Kampagnen der Gegenwehr gewonnen wird, wird uns die Möglichkeit geben, die reaktionären Strömungen, die immer bei den sozialen Eruptionen mit hoch schwimmen, zurückzudrängen.

Die Logik der neoliberalen Wirtschaftspolitik basiert auf einem Diskurs des Mangels - es wird ein Bild der Wirklichkeit konstruiert, in dem es an allem fehlt und überall gespart werden muss. Auf diesem Kern der Ideologie des Gegners müssen die Forderungen und die Alternativen, die in den verschiedenen Spektren der sozialen Bewegungen diskutieren werden, zielen und sie müssen daraufhin zusammengeführt werden. Insofern macht eine Debatte, welche Forderungen wichtiger seien als andere, keinen Sinn. Zumal in der gegebenen Konstellation einer formalisierten großen Koalition jede Vorstellung von einer baldigen Wende und Übernahme unsere Forderungen illusionär ist. Nicht die Umsetzbarkeit der Alternativen darf zum Streitpunkt in

der Bewegung werden, sondern der Streit muss um ihre Tauglichkeit geführt werden, ob sie die Grundfesten des neoliberalen Logik der Alternativlosigkeit erschüttern.

Der neoliberaler Umbau vollzieht sich immer stärker in einem europäischen supranationalen Rahmen. Die sozialen Bewegungen hängen leider weit hinter dem Einigungsprozess der herrschenden Institutionen her. Sie stehen vor der Herausforderung, Proteste europaweit zu synchronisieren. Dies dürfte am leichtesten bei den Gipfelprotesten möglich sein, die - wenn auch Orte symbolischen Protestes - die Chance boten und bieten, die Globalität der Bewegung zu erfahren und Verbindungen zu knüpfen - die wichtigste Voraussetzungen für die Synchronisation über nationale Grenzen hinweg.

Für die sozialen Bewegungen in Deutschland bietet der G8-Gipfel im Sommer 2007 in Heiligendamm die Möglichkeit, an der Globalisierung der sozialen Bewegungen der letzten Jahre anzuknüpfen und die politischen und die kommunikativen Kanäle, insbesondere in die Nachbarländer, sprunghaft auszubauen.

Pedram Shahyar, Mitglied im attac-Koordinierungskreis

11. Das Thema G8 ist kein Selbstläufer. Interview mit Tim Laumeyer

Rubrik: Sozialbewegung; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:36

2007 findet in Heiligendamm bei Rostock der G8-Gipfel statt. Linke Gruppen und Einzelpersonen - darunter auch die Redaktionen von ak und Fantômas -, die sich unter dem Motto "Für eine interventionistische Linke" zusammengefunden haben, werben in diesem Zusammenhang für die Bildung eines breiten Vorbereitungsbündnisses aus allen Strömungen der sozialen Bewegungen und Organisationen. Mit Tim Laumeyer von der Antifaschistischen Linken Berlin (ALB), die sich ebenfalls an diesem Projekt beteiligt, sprach Thomas Klein.

ak: Der G8-Gipfel findet im Jahr 2007 in Heiligendamm an der mecklenburgischen Ostseeküste statt. Schon jetzt gibt es Aufrufe zu Gegenaktionen und Protesten. Ist das für eine Mobilisierung nicht ungewöhnlich früh?

Tim Laumeyer: Auch wenn der Sommer 2007 noch einige Zeit hin ist, halten wir eine Vorbereitung gegen den G8-Gipfel bereits zum jetzigen Zeitpunkt deshalb für sinnvoll, weil es darum gehen muss, einen wirksamen Protest und Widerstand zu organisieren. Dazu ist ein frühzeitiger Austausch und die Koordination verschiedener Spektren von Nöten. Zur Zeit bemühen sich Gruppen der Interventionistischen Linken gemeinsam mit Leuten von attac um einen Aufruf zur Gründung eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses. Auf der Aktionskonferenz im November in Frankfurt am Main wollen wir dafür öffentlich werben. Das Thema G8 ist kein Selbstläufer. Notwendig ist eine intensive Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung. Wir müssen vermitteln, dass die G8 die neoliberalen Konzepte forciert, die mit Sozial- und Bildungsabbau auch bei uns einhergehen, dass ihre so genannten Schuldenerlasse für die Dritte Welt verlogen und heuchlerisch sind, und dass ihre Macht nicht demokratisch legitimiert ist. Wir brauchen die lange Vorbereitungszeit auch wegen der internationalen Dimension der globalisierungskritischen Bewegung. Bereits beim ESF in Athen im April 2006 soll der Aufruf nach Heiligendamm vorliegen.

Geht es also zum jetzigen Zeitpunkt in erster Linie um einen Diskussionsprozess, der eine gemeinsame Grundlage ermöglichen soll?

Richtig ist, dass sich dieser Austausch und erste Koordinierungsbemühungen nun nicht nur auf die tatsächlichen Aktivitäten 2007 beziehen, sondern auch auf eine Vernetzung von Strukturen mit der Perspektive auf den G8-Gipfel. Für Anfang 2006 planen wir hierzu ein bundesweites, öffentliches Treffen aller Interessierten, möglichst in Rostock.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass diese Gipfeltreffen immer mehr hermetisch abgeriegelt werden - wie kann unter solchen Bedingungen dennoch Protest auch vor Ort auf die Beine gestellt werden?

Dass sich die Gipfeltreffen immer stärker abschotten, ist ein Erfolg der No-Global-Bewegung. Es zeigt, dass RepräsentantInnen des Kapitalismus schön längst nicht mehr die Akzeptanz besitzen, die sie gerne hätten. Auf Grund der Sicherheitshysterie, die vor dem Gipfel mit Sicherheit über die Medien einsetzen wird, ist es um so wichtiger, dass sich die Bewegung nicht in "gute" und "schlechte" GlobalisierungskritikerInnen spalten lässt. Abgewogen werden muss natürlich, welche Protestformen wann und wo in Heiligendamm bzw. Rostock sinnvoll sind.

In einem ersten Aufruf heißt es, die G8-Mobilisierung sei offen für vielfältige Debatten und Bewegungen und die Kampagne dürfe nicht getrennt von sozialen Kämpfen und Widerstandspraxen geführt werden. Was heißt das konkret?

In den letzten Jahren hat es in Deutschland viele Proteste gegeben, sei es gegen Hartz IV, Entlassungen in großen Betrieben oder die Uni-Streiks. Diese verschiedenen Proteste sollen sich im Sommer 2007 in Heiligendamm wiederfinden. Schließlich ist die neoliberale Politik in Deutschland nicht abgekoppelt von einem "Weltelite-Treffen" wie der G8. Die verschiedenen Themenfelder, etwa Rassismus, Sozialkahlschlag und prekäre Beschäftigungsverhältnisse, müssen in einer Mobilisierung gegen den G8-Gipfel zusammengeführt werden.

Auch von einem notwendigen, gemeinsamen Grundkonsens ist im Aufruf die Rede. Welche Punkte sind hier wichtig?

Das Spektrum gegen die diversen Gipfel-Events ist sehr breit gefächert und widerspricht sich zum Teil. Wir halten es für sinnvoll, einige Eckpunkte in einem gemeinsamen Bündnis herauszuarbeiten. Nach unseren Vorstellungen sollten hierbei vier Punkte Teil einer gemeinsamen Grundlage sein: Erstens, die eindeutige Delegitimierung der G8, zweitens, die gegenseitige Anerkennung unterschiedlicher Aktions- und Widerstandsformen. Drittens ein solidarischer, verlässlicher Umgang miteinander, der verbindliche Absprachen erlaubt und viertens eine klare und offensive Abgrenzung gegenüber rechtspopulistischen und rechten Kräften.

Der Aufruf ist zu finden unter: www.g8-2007.de

12. Widersprüche und Herausforderungen des "Post-Neoliberalismus". Teil II: Der chinesische Staatskapitalismus auf dem Weg in den Weltmarkt

Autor: Mario Candeias · Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:28

Während Brasilien, Argentinien oder Venezuela auf Seiten der Linken mehr oder weniger Sympathien für ihre gegen den neoliberalen Mainstream gerichtete Politiken genießen (vgl. ak 499), erscheint China vielen als mächtigerer Akteur, um dem neoliberalen Globalismus und US-amerikanischem Imperialismus Einhalt zu gebieten. Mario Candeias untersucht im zweiten Teil seiner Analyse, was von solchen Hoffnungen zu halten ist. Indizien für einen "post-neoliberalen" Entwicklungsweg in China sieht er dabei nicht: Die ideologische Verknüpfung des Herrschaftsanspruchs der Kommunistischen Partei mit Versuchen, gegen die vollständige Deregulierung eine staatlich kontrollierte Integration in den Weltmarkt zu betreiben, ist vielmehr die staatskapitalistische und nach innen autoritäre Variante eines "peripheren Neoliberalismus".

Der chinesische Staatskapitalismus ist keine Gegenbewegung zur neoliberalen Globalisierung. Im Gegenteil: China strebt die vollständige Integration in den Weltmarkt an, versucht dabei allerdings, die Integration kontrolliert und stufenweise erfolgen zu lassen. Dank der eingeschränkten Konvertibilität des Yuan, seiner massiven Unterbewertung, begrenzter Kapitalmobilität und dem Zwang zu Joint Ventures bei internationalen Kapitalinvestitionen gelang dies bislang ausgesprochen gut. Die neomerkantilistische Strategie der Überschwemmung des Weltmarktes mit Billigprodukten, die eine kontrollierte Refinanzierung langfristiger Investitionen und den Import von Kapitalgütern ermöglicht, geht auf. Um einen Airbus A-380 zu kaufen, verkauft China etwa 800 Mio. T-Shirts, wie Handelsminister Bo Xilai erklärt.

Die Konkurrenzfähigkeit der chinesischen Exportindustrien beruht dabei allerdings auf den schlimmsten Formen der Ausbeutung. ArbeiterInnen müssen entwürdigende Disziplinierungsmaßnahmen über sich ergehen lassen, Sicherheits- und Gesundheitsvorschriften sind ohne Bedeutung. Mit seiner Reform des Arbeitsvertragssystems hat der chinesische Staat die Bedingungen für einen frühkapitalistischen Arbeitsmarkt hergestellt. So ist der Kündigungsschutz aufgehoben und die Begrenzung der Arbeitszeit dereguliert worden, während Streiks weiterhin verboten sind. Gewerkschaftliche Organisationsversuche gegen Überausbeutung werden vom Management mit Entlassung der Beteiligten beantwortet, Streiks mittels staatlicher Gewalt unterdrückt - "Gesetze zur Herabdrückung des Arbeitslohns" oder "Blutgesetzgebung" hat Marx dies einmal genannt. Darüber hinaus verschärft der ununterbrochene Zustrom von neuen Arbeitskräften den Konkurrenzdruck und senkt den Preis der Arbeitskraft unter den Wert der zu ihrer Reproduktion notwendigen Waren.

Überschwemmung mit Billigprodukten

Gleichzeitig versucht der Staat, durch Ausweitung der Kontrollen die schlimmsten Zustände von Überausbeutung zurückzudrängen. Generell sind die Löhne in den Weltmarktfabriken höher als in anderen Betrieben. Insbesondere Frauen eröffnet die ökonomische Selbstständigkeit einen veränderten, höheren gesellschaftlichen Status und neue Möglichkeiten, sich patriarchalen Familienverhältnissen zu widersetzen und selbstbestimmter ihr Leben zu entwerfen. Wirklicher gesellschaftlicher Aufstieg bleibt jedoch den hoch ausgebildeten städtischen Frauen vorbehalten. Spezielle Förderprogramme wurden implementiert, um Frauen den Aufstieg in bessere Positionen zu ermöglichen. Generell werden Milliarden in den Ausbau der Bildung investiert. Die politische Führung möchte, dass China nicht nur als verlängerte Werkbank mit arbeitsintensiver Produktion auf den Weltmarkt tritt, sondern auch in der hochtechnologischen Fertigung und im Bereich von Dienstleistungen konkurrenzfähig wird. Der Staat unterdrückt und fördert dabei zugleich.

China selbst wird zum Kapitalexporteur: Erst kürzlich erwarb der chinesische Computerhersteller Lenovo die PC-Sparte von IBM und avancierte damit zur weltweiten Nummer drei hinter Dell und Hewlett-Packard. Die Übernahme des Öl-Giganten Chevron durch ein chinesisches Staatsunternehmen konnte nur durch Drohung des US-Senates, der die nationale Sicherheit gefährdet sah und daher gesetzlich intervenieren wollte, verhindert werden. Chinesische Unternehmen errichten Produktionsstätten in den USA oder Europa, um einen besseren Marktzugang zu erhalten, Importbeschränkungen zu umgehen und den Technologietransfer zu

erleichtern. Massiv wird auch in (semi-)peripheren Ländern investiert, z.B. in Südafrika. Die Struktur dieser so genannten Süd-Süd-Kooperationen ändert allerdings wenig an den Mechanismen des Weltmarktes: China exportiert Fertigprodukte und importiert Rohstoffe aus Südafrika und realisiert dabei Handelsbilanzüberschüsse. Auf diese Weise werden Zentrum-Peripherie-Verhältnisse mit hierarchischen Abhängigkeiten reproduziert. Die Positionen innerhalb dieser Struktur sind global allerdings dynamischer als es sich die Dependenztheorie, die von einem stabilen Verhältnis von reichen Zentren und abhängigen Peripherien ausging, vorstellen mochte.

Gewalttätige Arbeitskämpfe, wilde Streiks

Das Wachstum explodiert so rasch, dass die chinesische Führung immer wieder die Konjunktur zu dämpfen versucht. Es fehlt z.B. an Energie - in Shanghai und anderen Boomtowns kommt es regelmäßig zu Stromausfällen, was die Aufrechterhaltung der allgemein üblichen 6- bis 7-Tage-Woche unmöglich macht. Der Verbrauch natürlicher Ressourcen nimmt ein Ausmaß an, das auch die KP für ökonomisch nachteilig hält. Und diese Probleme potenzieren sich mit dem Erfolg. China ist auf immer größere Zuflüsse transnationalen Kapitals angewiesen, um weitere Investitionen zu finanzieren, womit der Einfluss transnationaler Kapitalinteressen und der Druck zur Öffnung der Märkte steigt. Bis Ende 2006 müssen etwa alle Zugangsbeschränkungen für die Aktivitäten ausländischer Banken fallen. Bei den meisten chinesischen Banken werden in der nächsten Zeit ausländische Investoren einsteigen. So will sich der Allianz-Konzern an der "Industrial and Commercial Bank of China" beteiligen, mit einer Bilanzsumme von 500 Mrd. Dollar das viertgrößte Institut des Landes (zum Vergleich: die Deutsche Bank verzeichnet eine Bilanzsumme von 840 Mrd. Dollar). Der Druck zur Aufwertung des Yuan hat bereits zur (maßvollen) Lockerung der Bindung an den Dollar geführt. Dadurch beginnt sich einer der entscheidenden Konkurrenzvorteile Chinas, die Unterbewertung der eigenen Währung, langsam zu verringern.

Mit der Vollmitgliedschaft Chinas in der WTO stehen weitere Veränderungen bevor, etwa die schrittweise Öffnung der Landwirtschaft. In der Produktivität unterentwickelt wird letztere voraussichtlich durch billige Importe landwirtschaftlicher Produkte (wie Getreide aus den USA) verdrängt werden. Bereits heute übt die Landflucht auf die explodierenden Industriestädte an der Küste einen enormen Druck aus. Dieser dürfte durch weitere (schätzungsweise 200) Millionen BinnenmigrantInnen noch verstärkt werden. Die damit verbundenen sozialen Spannungen sind schwer zu kontrollieren: Die räumlichen Entwicklungsunterschiede zwischen Shanghai und den Provinzen im Landesinneren sind größer als zwischen Paris und Albanien. Auch die Polarisierung in den Städten liefert Stoff für Konflikte. Immer wieder kommt es zu gewaltsamen Straßenauseinandersetzungen aufgrund eklatanter Vorteilsnahme, Korruption etc. Gemeldet wurden für das Jahr 2004 insgesamt 78.000 Protestaktionen. Auch in den Betrieben zeichnet sich eine Zuspitzung von Konflikten ab: Die chinesischen Behörden zählten im selben Jahr über 58.000 zum Teil gewalttätige Arbeitskämpfe und wilde Streiks. Massenarbeitslosigkeit (über 250 Mio. Menschen) und aufkommendes Klassenbewusstsein einerseits, wachsende Machtansprüche der inneren (nicht mehr primär national orientierten) Bourgeoisie anderseits stellen die politische Führung vor neue Herausforderungen.

Trotz des Überangebots an Arbeitskräften insgesamt mangelt es etwa in der Süd-Provinz Guangzhou ca. an einer Million billiger und "gefügiger" Arbeiter. Wer arm, aber jung und gut ausgebildet ist, meidet die Hyperausbeutung in den Sweatshops und sucht sein Glück in anderen Regionen. Arbeitskräfte vom Land sind wiederum nicht qualifiziert genug und es mangelt ihnen an der "nötigen Disziplin". Qualität und Produktivität sind gefragt, um auf dem Weltmarkt zu bestehen, denn schon stehen billigere Anbieter wie Vietnam in den Startlöchern und locken Unternehmen, ihre Standorte aus China dorthin zu verlagern.

Seitdem Industrielle in den Reihen der KP willkommen sind und die Bourgeoisie ihren neuen Reichtum protzig zur Schau stellt (nirgends werden etwa so viele Mercedes 600 verkauft, wie in China), regt sich im linken Flügel der Partei der Ruf nach Arbeiterrechten, schon um die Arbeiterklasse und das Aufkommen unabhängiger Gewerkschaften in Schach zu halten. Offizielle Medien rufen die 210 Millionen WanderarbeiterInnen dazu auf, den Gewerkschaften der Partei beizutreten, die z.B. für die pünktliche Auszahlung der Löhne sorgen. Nur folgen Arbeiter und Arbeiterinnen den Aufrufen nicht, sondern fordern nicht nur pünktliche, sondern vor allem auch höhere Löhne und erträglichere Arbeitsbedingungen. Der Klassenkampf kommt langsam in Fahrt. Die KP-Führung reagiert mit der Einrichtung einer mehrere tausend Mann starken Spezialeinheit gegen Sozialproteste. Aber auch erste (symbolische) Beschlüsse zur Reduzierung der sozialen Ungleichheiten wurden gefasst.

Billig, gefügig, diszipliniert - oder rebellisch?

Die Bearbeitung der sozialen Frage wird zum Prüfstein für das chinesische Erfolgsmodell - eine Wiederauflage des fordistischen Modells wachsenden Massenwohlstandes ist angesichts der veränderten Weltmarktstrukturen und dem Druck zur Öffnung dabei kaum zu erwarten. Solange die Integration gelingt, ist China keine Gefahr für die neoliberale Globalisierung, vielmehr wichtiger Motor. Bricht das Land auseinander oder verliert die KP das staatliche Herrschaftsmonopol, wird entscheidend sein, inwieweit dieser Prozess ein gewaltsamer sein wird (der dann auch rasch zu einem internationalen Konflikt werden kann).

Im Gegensatz zur Strategie der importsubstituierenden Industrialisierung verfolgen die neuen Modelle peripherer Entwicklung eine exportorientierte Industrialisierungsstrategie. Dieser Exportismus ist abhängig vom ständig prekären Gleichgewicht von Kapitalzuflüssen aus den Zentren sowie von deren Marktkapazitäten zur Aufnahme der Exporte aus den Peripherien. Das Ergebnis ist eine Transformation ehedem geschlossener nationaler Entwicklungsmodelle in offene, in transnationale Produktions- und Finanznetze eingebundene Ökonomien und die Zurückdrängung des Staates durch umfassende Privatisierungen, durch Verschlankung und Neuordnung der öffentlichen Verwaltung - weg von der staatlichen Kontrolle von Investitionen und Kreditvergabe hin zur freien Marktsteuerung. Auch China und Malaysia sind davon nicht ausgenommen, konnten aber bislang die vollständige Öffnung vermeiden. Der "periphere Neoliberalismus" kombiniert eine starke Exportorientierung mit vergleichsweise billigen, aber qualifizierten Arbeitskräften, mit stärker marktorientierten Formen der Staatsintervention, dem Aufbau eines minimalen sozialen Sicherheitsnetzes mit starker Workfare-Orientierung, also einer autoritären Bindung sozialer Rechte an "Pflichten"; mit Regionalisierung und Clusterbildung, also einer regionalen Konzentration und Vernetzung von Wertschöpfungsketten innerhalb transnationaler Produktionsstrukturen. Das neu geordnete Verhältnis von Politik und Ökonomie unter neoliberaler Ägide wird in vielen Fällen gekrönt durch die Etablierung formaler Demokratien - auch in China; hier beschränkt sich die Demokratisierung allerdings auf die unteren Ebenen der Verwaltung. Die starke Polarisierung der Lebens- und Einkommensverhältnisse, von Hyperausbeutung und akkumulierten Reichtum führen dabei gleichzeitig zu einer Verschärfung gesellschaftlicher Gewaltverhältnisse und staatlicher Repression.

Mario Candeias

13. Reise durch die Geschichte des Kapitalismus: "G-Strich": Fülberth at his best

Autor: Dietrich Marquardt · Rubrik: Theorie; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:15

Meine These: Dieses Buch ist eine kleine Sensation. Und das, obwohl es mich nur zögernd für sich eingenommen hat. Widerstrebend geradezu, es erschien mir anfangs zu "glatt". Nach eingehender Prüfung jedoch ist klar: Hier hat jemand einen ganz dicken Pflock eingerammt. Wollte er auch. Es gehe ihm, so Autor Georg Fülberth, um eine Art Querschnittdisziplin innerhalb dessen, was man in einem ganz weiten Sinne Gesellschaftswissenschaften nennen könnte, um eine "Kapitalistik", also die Wissenschaft von dem, was Kapitalismus in seiner Gesamtheit bedeutet.

Der Begriff "Kapitalismus" wird gerne als Schimpfwort verwendet. Und dabei gerne noch aufgeblasen als "Raubtier-/Heuschrecken-Kapitalismus". Dabei bedeutet Kapitalismus vor jeder Wertung zunächst einmal: eine bestimmte Art und Weise, wie Gesellschaften in der jüngeren Geschichte der Menschheit sich wirtschaftlich organisieren - im "Westen" und zunehmend in fast allen Teilen der Welt, inklusive den Ländern, die von kommunistischen Parteien regiert werden. Diese Art der Wirtschaft hat Folgen für fast alle anderen Bereiche der Gesellschaft. Das wird beispielhaft deutlich, wenn z.B. auch "Gesundheitsdienste" (wie andere "Dienstleistungen") als Ware verstanden werden, mit der Gewinn gemacht werden darf; genauer gesagt: in der Logik dieses System gemacht werden muss. Eine optimale Versorgung aller Lebensbereiche, so suggeriert diese Logik, sei nur durch profitorientierte Organisierung aller Lebensbereiche möglich.

In seiner Darstellung folgt Fülberth den Marxschen Überlegungen zum Verhältnis von Historischem und Logischem in den Kategorien der politischen Ökonomie des Kapitals: Letzteres geht ersterem, so Marx, voraus - weshalb auch Fülberth mit der Theorie anfängt und danach zur Geschichte übergeht. Mit methodischen Erwägungen hält er sich ansonsten sehr bedeckt, was sicher eine Beschränkung ist, aber auch eine kompakte und verständliche Präsentation ermöglicht.

Da hat jemand 'nen dicken Pflock eingerammt ...

Fülberth stellt seine eigene Definition des Begriffs Kapitalismus an den Anfang seines etwa 70-seitigen Kapitels zur Theorie. Danach sind kapitalistische Gesellschaften durch Erzielung von Gewinn und die Vermehrung der hierfür eingesetzten Mittel ("Kapital") gekennzeichnet- und das durch "Warenproduktion mittels Waren". Diese sehr abstrakte Definition wird dann systematisch erweitert durch die Einbeziehung von Aspekten, die Marx, aber auch Soziologen und Historiker wie Braudel, Schumpeter, Weber, Wallerstein und andere erarbeitet haben. Auf den folgenden 220 Seiten wird dann in neun chronologischen Kapiteln die Geschichte einer Gesellschaftsordnung präsentiert, die schon fast 500 Jahre auf dem Buckel hat, vom Feudalismus bis in die Gegenwart: "Kleine Geschichte des Kapitalismus" eben. Der Titel des Buches "G Strich" ist von der Marxschen Formel G - W - G Strich abgeleitet, wobei G für Geld, W für Ware und G Strich für mehr Geld als am Anfang steht. Ein bisschen Sinn für Formeln und Mathematik kann bei der Lektüre des Buchs also nicht schaden, ist aber nicht zwingend.

Wer nun glaubt, Fülberths Führung durch die Geschichte des Kapitalismus könne nur oberflächlich und skizzenhaft ausfallen, sieht sich zum Glück eines Besseren belehrt. Der Autor verfügt über eine außerordentlich umfassende Bildung, die über ein breites historisches Wissen noch hinausgeht. So bietet das Buch eine beeindruckende Fülle von historischen Fakten, Definitionen und Bezügen auf andere wissenschaftliche Literatur. Auch die klar gegliederte Darstellung, die alle wesentlichen Aspekte der kapitalistischen Gesellschaftsordnung berücksichtigt, überzeugt. Es werden behandelt: Stoffliche Aspekte - also das, was man früher Produktivkräfte nannte, inklusive Naturwissenschaften, Technik, Erfindungen - Sozialstruktur, Familienstruktur, Staatlichkeit, die Dynamik der räumlichen Anordnung von kapitalistischen Zentren und Peripherien.

... und lädt ein zum Blättern, Lesen, Staunen

Durchgängig wird deutlich, wie wichtig die Arbeiten des vielseitigen und sehr früh verstorbenen Marburger Wissenschaftlers Werner Hofmann geblieben sind. Auch Tjaden/Steinhauer, auf die Fülberth sich mehrfach

bezieht, entstammen, wie Fülberth selbst, der Marburger Schule der Politikwissenschaft, für die Marx kein "toter Hund", sondern ein anregender Denker war. Wer nach der Lektüre noch irgend welchen Zusammenbruch-Theorien anhängt, hat dieses Buch erfolgreich ignoriert.

Die Kapitel sind kurz, übersichtlich und gut lesbar. Das ausgezeichnete Literaturverzeichnis und die Zitate sollten zu weiterer Lektüre geradezu Türöffner sein. Der PapyRossa Verlag hat das Buch mit großer Sorgfalt verlegt und zu einem guten Preis herausgegeben. Ein Wunsch bleibt: ein Namensregister. Und auch ein ausführlicheres Kapitelregister wäre sehr hilfreich.

Zugegeben: Eric Hobsbawm (diesen wirklich universellen britischen Historiker zitiert Fülberth oft und in zentralen Kapiteln) liest sich spannender. Und die Sicherheit, mit der Fülberth eindeutige Interpretationen von Geschichte vorlegt, ist bisweilen schon erstaunlich. Die ganze Argumentation ist so fest gefügt, dass sich Widerspruch und Kritik nur zaghaft rühren. Auch die Definition von Sozialismus - "Sozialismus ist die Verfügung einer Gesellschaft über die Produktionsmittel durch den planenden, organisierenden und verteilenden Einsatz von politischen Institutionen" (S. 226) - ist reichlich formal. Man würde gerne etwas mehr über den "Zweck" dieser Verfügung erfahren. Auch eine gewisse Neigung zum Lehrbuch nervt.

Dies ist bei dem Umfang des selbst gesetzten Auftrags jedoch fast unvermeidlich. Und wichtiger ist außerdem, dass dieses Buch eins ist, in dem man auch nach getaner Lektüre immer wieder blättert, kreuz und quer liest - und staunt.

Dietrich Marquardt

Georg Fülberth: G-Strich - Kleine Geschichte des Kapitalismus. PapyRossa-Verlag, Köln, 2005, 19,80 EUR

14. Wir über uns. Die ak-Redaktion im Selbstinterview

Rubrik: ak und Fantômas · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:13

Zugegeben, wir sollten das wohl öfter tun. Uns austauschen darüber, woher wir kommen, wo wir grad stehen, wohin wir wollen. Immerhin taten wir`s jetzt. Gaben uns Mühe, die richtige Balance zwischen maßvoller Selbstkritik und bescheidenem Eigenlob zu finden und den Blick nicht zu sehr nach hinten, sondern vor allem Richtung Zukunft zu werfen. Der Anlass? Logisch, die Jubiläumsausgabe. Wegen der auch Marily Stroux kam und unsere Redaktionskatakombe vor die Linse nahm. Und wegen der ein Sack voll Gratulationen, Glücks- und Verbesserungswünschen, Erinnerungen und Feedbacks ins Haus flatterte. All das zusammen ist es: "das thema" der ak-Ausgabe 500.

Ga.: Der Zeitraum, den ich betrachte, ist relativ lang. Nicht ganz 500 Ausgaben, etwas weniger. Ich beschränke mich jetzt mal auf die letzten Jahre, in denen wir versucht haben, stärker wieder zurück zu kommen in die sozialen und politischen Bewegungen: Es hat eine Öffnung in der Redaktion stattgefunden für Menschen aus unterschiedlichen Bereichen. Mein Eindruck ist, dass es in der jüngsten Zeit zu stärkerer Teilnahme an politischen Debatten gekommen ist, dass es aber andererseits redaktionsintern eine Stagnation gibt, die relativ schwierig aufzubrechen sein wird, woran wir aber arbeiten sollten. Das meint u.a. den fehlenden Nachwuchs, den nicht nur die Parteien sondern auch wir beklagen, das Stagnieren der politischen Diskussion und eine zunehmende Vereinzelung der Arbeit.

mb.: Seit Ende der 1990er Jahre gab es eine große Fluktuation in der Redaktion. Wenn man mich mit meinem eher angedichteten KB-Hintergrund als Zwischenposition nimmt, dann kommt bei den bezahlten Stellen mittlerweile die Mehrheit der RedakteurInnen nicht mehr aus der Tradition des Kommunistischen Bundes (KB). Diese - nicht nur personelle - Öffnung hat zu thematischen Veränderungen im Blatt geführt. Das ist etwas, das wir m.E. positiv aus der KB-Tradition weiterführen: Die Bereitschaft und Fähigkeit der Redaktion, neue Themen und Politikfelder, die die Linken beschäftigt, im Blatt widerzuspiegeln. Auch die Art und Weise, wie wir Themen behandeln, hat sich verändert. Es dominiert nicht mehr der faktenorientierte Analyse-Artikel, sondern wir sind theoretischer und feuilletonistischer geworden. Es wäre eine spannende Frage zu diskutieren, ob das ein unbewusster Reflex von uns auf die veränderte Medienlandschaft und -nutzung ist, weil sich das klassische Konzept von Gegenöffentlichkeit heute angesichts von linken Tages- und Wochenzeitungen, Internet und anderen Kommunikationsformen, die schneller sind als eine Monatszeitung, verändert hat.

Dk.: Wir feiern jetzt die ak-500-Party und stellen uns da in eine Kontinuität; für mich war aber der Bruch sehr wichtig. Als ich 1998 angefangen habe, war es für mich quasi eine Einstiegsvoraussetzung, dass ak keine Organisationszeitung mehr war. Das ist schon mit Öffnung umschrieben worden, und das hängt auch damit zusammen, dass man seinen Abschied erklärt hat von der Idee, Organisationszeitung sein zu wollen.

At.: Ich finde, es ist auch viel geblieben. Das Wichtigste: ak erscheint immer noch im Zeitungsformat, wir haben an vielem fest gehalten und uns durch eine Durststrecke durchgebissen, fast schon aus dieser Trotzhaltung: Wir machen unsere Zeitung weiter, auch wenn die Auflage runter geht und die Bedingungen vorübergehend immer schlechter geworden sind. Mir scheint, wir haben es geschafft: Die Auflage ist stabil oder sogar wieder ein bisschen gestiegen. Dadurch ist ein Freiraum entstanden, den wir noch weiter als bisher nutzen müssen. Wir machen zusätzlich Fantômas, wir sind feuilletonistischer geworden, um nur zwei Beispiele zu geben. Aber es gibt noch einen größeren Spielraum, wir sollten noch mehr ausprobieren, uns noch weiter öffnen.

Js.: Ich beschränke mich bei den Veränderungen zunächst mal auf das äußere Erscheinungsbild der Zeitung. Das hat sich sehr zum Vorteil gewandelt. Auch wenn wir jetzt gerade ein neues Layout präsentieren, trifft das auch auf die vergangenen Jahre zu: Die Zeitung sieht einfach deutlich besser aus als in ihrer Blütezeit. Damals wurde nach dem Motto "Der Wahrheit und der Klarheit wegen" im Prinzip unterstellt: Der Artikel ist wichtig, die Inhalte sind entscheidend, und dann beißt man sich da schon durch. Da ist der Zugang auch zu schwierigen Themen in den letzten Jahre einfacher geworden durch das äußere Erscheinungsbild und die intensivere Bearbeitung der Texte. Was die Frage der Klarheit angeht, sehe ich teilweise auch kritisierenswerte Entwicklungen. Teilweise sind wir eher akademisch geworden, und in manchen Artikeln wird zu wenig Wert auf Vermittlung und Erklärung gelegt. Zum Teil fehlt auch die Zuspitzung auf eine klar erkennbare Aussage, mitunter auch auf der Titelseite.

efa: Was aus meiner Sicht, seit 1998, als ich hier angefangen habe, gleich geblieben ist, ist das Grundkonzept der Zeitung: eine Mischung aus ein bisschen Planung und viel Zufallsprodukt. Verschiedene Themen werden zusammengerührt, mal ist die Ausgabe besser, mal ist sie schlechter. Was auch gleich geblieben ist, dass ich immer wieder von sehr unterschiedlichen Leuten Kommentare höre wie: Bei allem was besser sein könnte, ist es immer noch eine der besten Zeitungen links von der taz. Was sich geändert hat in den vergangenen sieben Jahren ist die Stimmung: Am Anfang stand die hier noch sehr unter der Überschrift "Überwinterung". Man weiß nicht genau, was die Zeitung ist, sie ist nicht mehr Organisationszeitung, soll sich auch öffnen, aber das Neue ist noch nicht gefunden. Jetzt ist es anders - was daran liegt, dass ak seit einigen Jahren offensiver nach außen auftritt, bei Veranstaltungen präsenter, bei Organisierungsversuchen anwesend ist etc. Entscheidend ist dabei aus meiner Sicht, dass es - insbesondere über das Magazinprojekt Fantômas - gelungen ist, auch Leute einzubinden, die zum größeren Teil nicht aus dieser Organisationsgeschichte kommen, die auch nicht aus Hamburg oder Berlin kommen und jetzt verbindlich in dem Projekt mitarbeiten, gerade auch in Richtung Öffnung "nach außen" und dabei eigene Akzente setzen.

nv.: Ich bin 2001 dazu gekommen und habe ak immer wahrgenommen wie die alte kommunistische Tante unter den linken Zeitungen, die einerseits charmant ist, gleichzeitig aber auch ein wenig schrullig. Ich fand den Schritt, dieses Zeitungsprojekt für neue Leute zu öffnen, sehr mutig. Ich komme eher aus der feministischen autonomen Bewegung und kam frisch von der Journalistenschule. Für mich hatte die Zeitung folgendes Image: Man weiß, auf ak ist Verlass in Bezug auf die Themenauswahl und die Analyse. So z.B. das Insistieren auf antimilitaristischen Positionen. Nicht jeden linken Trend mitzumachen; das empfinde ich als Stärke. Gleichzeitig glaube ich, dass dieses Image der etwas verstaubten linken Zeitung auch einen Nachteil bedeutet, dass viele Jüngere diese Zeitung gar nicht kaufen und es da gewisse Berührungsängste gibt. Mein Ansatz war - und das ist in den letzten Jahren auch passiert - die Zeitung zu öffnen für ein jüngeres Publikum, am Erscheinungsbild was zu ändern, die Themenvielfalt zu erweitern und die journalistische Form und da eine größere Vielfalt zu haben. Ich finde, dass es gelungen ist, sich neue Themenfelder zu erschließen, auch eine größere Anzahl von AutorInnen einzubinden. Und gleichzeitig nicht jeden Trend mitzumachen. Es gibt eine Kontinuität, die wichtig ist.

efa: Eine Nachfrage: Was war früher das Konzept Gegenöffentlichkeit und warum ist es das heute nicht mehr?

mb.: Gegenöffentlichkeit verstanden als Veröffentlichung unterdrückter Nachrichten macht m.E. heute keinen Sinn mehr, alleine schon deshalb, weil auf Grund der neuen Kommunikationstechniken - sind entsprechende Zugangsmöglichkeiten vorhanden - für jede/n die Möglichkeit zur Veröffentlichung besteht. Darüber hinaus empfinde ich es so, dass die bürgerlichen Medien momentan ihrer "Wächterfunktion" in vielen Bereichen durchaus gerecht werden. Wir diskutieren doch oft in der Redaktion die Frage, ob und wie wir ein bestimmtes Thema, das gerade die öffentliche Diskussion bestimmt, behandeln sollen, wobei dann die Haltung überwiegt, das lassen wir lieber, weil wir das Thema auch nicht anders behandeln können als die liberale und linke Konkurrenz, die die Sache bereits ausgiebig behandelt hat. Ich halte das für eine Schwäche von uns - die nicht nur konzeptionelle Gründe hat.

Js.: Was das Aufdecken von Skandalen angeht oder Informationsbeschaffung über gesellschaftliche Entwicklungen - das gab es ja auch in den Anfangsjahren, auch wenn es das Internet nicht gab. Damals wurde bei uns sehr viel Wert darauf gelegt, alle möglichen Zeitungen, bürgerliche, auch rechte, auszuwerten und eine Themenauswahl zu treffen, dann zuzuspitzen mit einer eigenen politischen Kommentierung. Hier liegt, denke ich, nach wie vor die Aufgabe einer linken Zeitungsredaktion: selber Themen zu setzen, aus der Informationsflut bestimmte Dinge an eine vordere Stelle zu setzen, anderes auszusortieren. Ob man das Gegenöffentlichkeit nennt oder nicht, ist letztlich egal.

Ga.: Veröffentlichung von unterdrückten Nachrichten, wo man gesagt hat: Die bürgerliche Presse bringt es nicht, es wird verschwiegen - das Beispiel Stammheim 1977 - da ist heute die Presse mit den Bildern vorne weg, siehe aktuell den Folterskandal im Irak. Das ist nicht unser Job, das aufzudecken, weil heute solche Dinge in der bürgerlichen Presse breiter veröffentlicht werden als wir es überhaupt können. Aber Gegenöffentlichkeit in dem Sinne, dass wir aus dem Wust der Informationen und der Art, wie sie hingedreht werden, vernünftig auswählen, sie mit einer Hintergrundanalyse versehen, das ist wichtig. Das ist ein Unterschied.

Dk.: Für mich stellt sich die Frage, was unsere strategische Option in der linken und linksradikalen Medienwelt ist. Wie sortieren wir aus? Was sind die wichtigen Themen, was ist unsere spezielle Rolle als Monatszeitung, das sind Fragen, die wir zu wenig diskutieren. Meine persönliche Haltung hat sich da ein bisschen verändert. Eine Zeit lang war ich dagegen, zwei Seiten lange Artikel zu bringen. Tendenziell sehe ich das immer noch so. Aber möglicherweise besteht die Aufgabe einer linken radikalen Monatszeitung eher darin, gut fundierte Hintergrundartikel zu liefern, zugespitzte Debattenbeiträge. Und das kann man dann nur auf mindestens einer, wenn nicht gar 1,5 oder 2 ak-Seiten leisten.

Gw.: Das mit den Artikellängen hat ja genau mit dieser Diskussion zu tun. Eigentlich hätte das Projekt Mitte der 1990er Jahre eine schöpferische Pause machen müssen. Wir hatten eigentlich keine wirkliche Vorstellung mehr, was wir mit der Zeitung wollen. Man hat weiter gemacht, weil klar war, eine schöpferische Pause ist wahrscheinlich das Ende. Es war dann ein Ansatz, ein Versuch, sich nach dem Wegfall des KB, als Zeitung den Bewegungen wieder anzunähern, über deren unterschiedliche Aktivitäten zu berichten und damit in einer Zeitung die Bewegungsspaltungen und Begrenzungen zu überwinden. Das ist mehr schlecht als recht gelungen, aber es war ein Ansatz. Da machte es Sinn, kurze, knappe Artikel zu bringen und sich dadurch wieder Bewegungswissen anzueignen. Irgendwann stellt man dann fest, wenn man in den Bewegungen ist, was da benötigt wird. Als Monatszeitung muss man nicht mehr unbedingt die tagespolitischen Bewegungsmeldungen transportieren. Vielmehr besteht heute auch wieder der Bedarf, darüber Diskussion zu führen, Entwicklungen zu analysieren und Vorschläge anzubieten. Das kann eine Monatszeitung leisten, das ist dann wieder die Umkehrung, auch wieder längere Artikel zu bringen.

Dk.: Das ist ja ein Spannungsverhältnis: einerseits längere Artikel, weil es für die inhaltliche Profilierung notwendig ist, andererseits die Lesbarkeit, die darunter leidet. Da dürfen wir uns nichts in die Tasche lügen. Die Zeitung soll ja auch verkauft werden, also muss sie auch gelesen werden, also muss sie leserInnenfreundlich sein. Da stellt sich die Frage nach Lesegewohnheiten: Was müssen wir für Zugeständnisse machen?

nv.: Um noch mal eine Veränderung zu nennen. Seit ein paar Jahren haben wir in fast jeder Ausgabe einen Schwerpunkt, in dem wir versuchen, ein bestimmtes Thema auf vier Seiten unter verschiedenen Aspekten zu beleuchten. Das finde ich eine wichtige und richtige Veränderung. D.h. nicht, dass die Artikel immer zwei Seiten lang sein müssen, sondern dass man sich einem Thema aus verschiedenen Richtungen nähert und dem damit eine Wichtigkeit gibt. Aktuell Kolumbien z.B. - da kann ich mich nicht erinnern, dass es dazu jetzt in der bürgerlichen Presse oder in anderen linken Zeitungen seitenlange Artikel gibt. Da finde ich es richtig zu sagen: Das ist ein Thema, das wir jetzt mit vier Seiten rein nehmen.

Gw.: Oft geschieht das doch ein bisschen zufällig ...

Ga.: Die Darstellung finde ich auch ein bisschen geschönt. Richtig ist, dass wir ein Thema mit vier Seiten machen, das wir auch so gewichtet haben wollen. Aber es ist einfach nicht so, dass wir jedes Mal überlegen und zu einer politischen Entscheidung kommen. Ich denke die Hälfte der Schwerpunktthemen sind zufällig. Und wie oft sitzen wir da und sagen, wir wissen jetzt gar nicht, was wir zum Schwerpunktthema machen wollen.

mb.: Klar, oft sind sie aus der Lamäng gemacht. Selbst dann sind sie manchmal gut. Der Euro-Militarismus-Schwerpunkt, den wir vor zwei Jahren hatten, war ein ziemlich gutes Zufallsprodukt. Für mich sind aber die besten Schwerpunkte diejenigen, die Ergebnis kollektiver Diskussionen in der Redaktion waren, etwa der Vernetzungsschwerpunkt im letzten Jahr oder zur innerlinken Debatte um den Irak-Krieg - das waren immer gute Schwerpunkte.

At.: Man muss bei den Schwerpunkten m.E. mehr darauf achten, dass man das Thema wirklich von verschiedenen Seiten beleuchtet. Das ist zwar unser Anspruch, aber den können wir nicht immer einlösen.

Dk.: Eine weitere Frage ist, auf welche Strömungen beziehen wir uns. Was ich wichtig und sehr, sehr positiv finde, ist, dass es bei ak seit mindestens zwei oder drei Jahren einen bewussten Versuch gibt, sich in Bewegungen einzuklinken, Kontakte zu suchen, Stichwort interventionistische Linke. Das ist deshalb wichtig, weil eine Zeitung wie ak mittel- und langfristig überhaupt nur überleben kann, wenn sie nah an den sozialen Bewegungen und den entsprechenden MultiplikatorInnen dran ist. Da sind wir auf einem guten und richtigen Weg.

Js.: Was aber auch nicht so honoriert wird, wenn man sich die Verkaufszahlen ansieht. Wir haben uns ja sogar mal ins Selbstverständnis geschrieben, dass wir eine kritisch-solidarische Begleitung von Bewegungen machen wollen. Das ist häufig auch durchaus gelungen, wobei auch unterschiedliche Sichtweisen in der Zeitung dokumentiert sind über das, was sich in der Linken tut, z.B. in Zusammenhang mit der Linkspartei oder zuvor den Montagsdemos. Aber an den Reaktionen sieht man, dass das einigen Leuten schon zu pluralistisch ist. Die einen finden dann, das wird hochgejubelt, die anderen finden, wir machen das runter. Aber ich denke, an diesem Weg sollten wir festhalten, unterschiedliche Meinungen in der Zeitung zu haben. Was den Versuch nicht ausschließt, sich als Redaktion eine Position zu erarbeiten.

Gw.: Was einfach auch eine Rolle spielt ist das Vorhandensein von junge Welt und Jungle World, die beide auch als "Dienstleister" für politische Aktive nutzbar sind. Ich stimme in vielen Dingen mit der jeweilig spezifischen "Hauptlinie" nicht überein, und wir haben da teilweise bewusst die Auseinandersetzung gesucht. Aber beide haben die Entwicklungen gemacht, die wir teilweise machen. Die Jungle ist kritischer gegenüber den Bewegungen, hat in keiner Weise einen Organisierungsansatz, der ist bei denen vollkommen obsolet. Aber Nach- und Bedenkenswertes für die Bewegung bietet die Jungle World auf alle Fälle. Die junge Welt hat, manchmal politisch ziemlich eingeschränkt, einen sehr starken Servicecharakter. Bei uns macht sich das dann dadurch bemerkbar, dass wir keine große Auflagensteigerung haben. Aber: Wenn wir die erwähnten Veränderungen nicht gemacht hätten, hätten wir einen radikalen Einbruch erlebt. Aber wir werden absehbar keine großen Sprünge machen. Außer es kommt dazu, dass viele aus den unterschiedlichen Bewegungen uns überholen und alle laut nach ak rufen. Aber das ist das Dilemma, in dem wir drin stecken und nicht wirklich raus kommen. Da stellt sich die Frage: Ist es dann diese Zeitung, muss man die überhaupt noch haben, oder gibt es bei den ganzen Veränderungen vielleicht noch was ganz Neues. Es geht mir nicht darum, den ak-Ansatz schlecht zu reden, sondern um die Möglichkeiten und Notwendigkeiten.

efa: Vielleicht muss man es sogar noch etwas weiter zuspitzen. Wenn uns die Bewegung überholen würde, wäre es dann nicht so, dass es für eine Monatszeitung diesen Zuschnitts keinen Bedarf mehr gäbe - sondern eher für eine Wochenzeitung oder Zwei-Wochen-Zeitung? Ist es nicht Augenwischerei zu denken, dass man sich kontinuierlich in der Bedeutung und im Wahrgenommenwerden steigern kann - mit diesem Zeitungskonzept?

Ga.: Ein solcher qualitativer Sprung kann ja nicht ohne eine Veränderung in den Bewegungen stattfinden. Angenommen, es findet wieder ein größeres Erstarken der Bewegung statt, dann ist ja die Frage, was überlegst du dir selber für ein Konzept? Ich erinnere daran, wir haben es mal geschafft, ak vierzehntägig rauszugeben. Auch das war eine Reaktion auf eine bestimmte Situation.

nv.: Ich finde nicht, dass ak in Jungle World auf der einen und junge Welt auf der anderen Seite aufgeht, was die Positionierung angeht. Vor allem der Irakkrieg hat gezeigt, dass es wichtig war, sich klar antimilitaristisch zu positionieren, gleichzeitig nicht den irakischen "Widerstand" hochzujubeln und auf der anderen Seite die deutschen machtpolitischen Interessen als "Friedensmacht" zu benennen. Das finde ich eine Stärke von ak, die ich in den anderen Projekten so nicht wiederfinde. Diese Ambivalenzen zu denken und auszuhalten. Beim Irakkrieg war es mir extrem wichtig, dass es ak gibt. Das als Plädoyer, dass die Zeitung politisch ihre Berechtigung hat.

efa: Die Frage nach dem Konzept stellt sich auch jetzt schon. Im Vergleich zu dem, wie es war, als ich hier angefangen habe, hat sich die Situation sehr stark verändert. Es gibt jetzt Bewegungen und Prozesse, die es damals nicht gegeben hat, die sowohl in der Quantität als auch in der Qualität nicht absehbar waren. Unsere Arbeitskonferenz vor fast zwei Jahren habe ich als Versuch verstanden, da einen größeren Sprung nach vorn zu machen. Das war für mich eine wichtige Lernerfahrung, zu sehen, so geht das nicht. Man kann nicht einfach sagen: wir stellen euch Platz zur Verfügung oder wir machen einmal im Jahr eine Planungskonferenz und dann entscheiden wir gemeinsam, welche Themen wir behandeln. So funktioniert es einfach nicht.

Ga.: Ich denke, es gibt noch etwas zwischen der Überlegung: Es bleibt so, wie es ist, oder aber die Bewegung überholt uns. Nämlich das, was wir in der letzten Zeit versucht haben: nicht nur die Auflage zu stabilisieren, sondern auch zu steigern. Wenn wir auf dem gegenwärtigen Status bleiben, werden wir das Projekt nicht über längere Jahre halten können.

Dk.: Ich habe den Eindruck, dass es zwei Ebenen gibt. Zum einen gibt es die Ebene ak und soziale Bewegungen, wo sich ak mit einer gewissen selbst gewählten Distanz an soziale Bewegungen andocken sollte und das ja auch tut. Soziale Bewegungen sind widersprüchlich, und solidarische Bezugnahme müsste so viel Distanz beinhalten, dass man Teile oder auch ganze Bewegungen kritisieren kann. Die andere Schiene ist die: Bei aller Pluralität hat ak ja eine eigene Position. Bezogen auf den Irakkrieg oder Montagsdemos oder was sonst an sozialen Veränderungen in der BRD passiert, hat ak eine spezifische, eigene Position. Und die finde ich auch mitteilenswert. Das ist der Grund, warum ich sage, ak ist die beste linke deutsche Zeitung, die ich kenne, und es gibt wahrscheinlich immer die Notwendigkeit für eine Zeitung wie ak. Aber tatsächlich muss man sich das abschminken, dass wir mal so groß werden könnten, dass wir davon zum Beispiel acht Leute ernähren können.

mb.: Dass es gelungen ist, die Auflage - um es mal pathetisch auszudrücken - nach über 20 Jahren kontinuierlichen Rückgangs zu stabilisieren, spricht erst mal für dieses Projekt. Das sollte man einfach mal so stehen lassen. Dass wir in Ansätzen wieder für BewegungsaktivistInnen attraktiv geworden sind, hat zum einen mit den oben beschriebenen Veränderungen und Bemühungen zu tun, zeigt aber doch auch, dass es den politischen Bedarf für eine Zeitung wie ak gibt. M.E. sind unsere Potenziale hier noch längst nicht ausgereizt. Momentan sehe ich leider nicht die "Gefahr", dass uns die Bewegung überholen würde. Sollte eine solche Dynamik in Gang kommen, wird das sicherlich - oder soll ich sagen hoffentlich - Konsequenzen für uns haben. Ich denke, ein qualitativer Sprung dieses Projekts ist nur so zu denken, dass sich ak in dieser Form erneut in etwas Anderes auflöst.

Ga.: Ich möchte noch einmal zu der Frage zurück: Wie können wir uns noch mehr in Strömungen und Bewegungen verankern? Gibt es da konkrete Vorstellungen?

Dk.: Das was in den letzten Jahren vor allem Gw. gemacht hat, ist eine existenzielle Voraussetzung: Man muss mitmachen.

Gw.: Das hat natürlich Auswirkungen auf ein Zeitungsprojekt. Du kannst in der Regel ja nicht beides machen. Ich habe mich für diese Arbeit ja mehr oder weniger selbst "freigestellt", während andere die Redaktionsarbeit für mich mitgemacht haben. Du musst Angebote machen und neue Leute mit einbeziehen. Es müssen neue GenossInnen aus den Bewegungen mit einbezogen werden. Denn von unserem engen Kreis aus kannst du nicht viel mehr machen. Das steht immer im Widerspruch zum kontinuierlichen Zeitungmachen. Die Redaktionsgruppe ist relativ gleich bleibend über Jahre, abgesehen von Praktikanten, von denen viele Anregungen, Ideen und neue Kontakte kamen. Das ist super, es funktioniert aber gerade dadurch, dass diese Menschen aktiv an der Zeitung beteiligt waren. Das muss stärker gemacht werden, allerdings ist das angesichts der knappen Ressourcen ein Problem.

Js.: Ich möchte noch ein paar Sätze sagen zur zukünftigen Rolle und Aufgabe von ak und zu unsere Fantasien und Visionen für die nächsten zehn Jahre. Allgemein formuliert hätte ich da schon Vorstellungen, vielleicht nicht gerade Visionen. Stichwort Gebrauchswert der Zeitung für politische AktivistInnen. Das ist erst mal eine abstrakte Formel. Als neueres Beispiel, wo wir den Leuten einen Service bieten, nenne ich die "Handreichungen zum Klassenkampf". Ich denke schon, dass das hilfreich ist für Leute, die in der täglichen Auseinandersetzung nicht nur in der Linken stehen. Über die Steigerung des Gebrauchswerts für politisch Aktive könnte es gelingen, nicht nur die uns schon bekannten und verbundenen AktivistInnen an die Zeitung zu binden. An der Idee, Planungskonferenzen für ein Jahr zu machen, würde ich gern festhalten. D.h. das Angebot machen, die Inhalte mitzubestimmen, und zwar auch denen, die nicht selbst schreiben. Das wünsche ich mir, und ich kann mir auch vorstellen, darüber eine Infrastruktur aufzubauen von Leuten, die das Projekt tragen, indem sie einfach die Zeitung verbreiten. Das ist natürlich eine sehr begrenzte "Vision".

Gw.: Ich glaube, dass wir in den nächsten Jahren erhebliche gesellschaftliche Umbrüche erleben werden. Das wird sich auch in der linken Medienwelt bemerkbar machen, und deshalb habe ich im Moment keine Vorstellung, wie das Zeitungsprojekt ak in zehn Jahren aussehen wird.

mb.: Als ich in die Redaktion eingestiegen bin, habe ich mir nicht die Entwicklung vorstellen können, die wir seitdem durchgemacht haben. Die Frage, ob wir uns in etwas Anderes, Neues auflösen, wird letztlich von den Entwicklungen außerhalb beantwortet werden, die wir mit beeinflussen können. Aber die Frage werden nicht wir auf die Agenda setzen. Die wird uns gestellt werden, wenn es gut läuft. Und ich bin zuversichtlich, dass

dann auch Wert darauf gelegt wird, dass wir daran teilhaben. Ich kann euch noch einen ganz konkreten Wunsch nennen, am liebsten würde ich den natürlich in Berlin verwirklichen, aber das wird nicht gehen: Ich fände es großartig, wenn wir wieder ein lebendiger Bestandteil der Hamburger linken Szene würden, auch mit unseren Räumen und unseren Produktionsmitteln. Das wäre eine weitere Antwort auf das Problem, dass wir über Jahre von politischen Bewegungen sehr abgeschnitten waren. Das könnte uns politisch, strukturell und finanziell sehr weit voran bringen.

Dk.: Zum einen haben die Visionen, die man für ak haben kann, zwingend mit den Visionen zu tun, die man für die Entwicklung der sozialen Bewegungen haben kann. Was das angeht, bin ich total ambivalent, da wage ich derzeit einfach keine Prognosen. Aber eine Lieblingsfantasie für ak hätte ich unter diesen unwägbaren Bedingungen schon: dass die Planungskonferenzen angenommen werden, dass uns da ein inhaltlicher diskursiver Austausch mit den LeserInnen, AutorInnen, NutzerInnen der Zeitung gelingt, wie es mit ak weitergehen soll. Dass es das Projekt ak in der groben politischen Ausrichtung auch in zehn Jahren noch gibt, wäre meine Fantasie. Weil ich schon davon ausgehe, das unser Konzept von Zeitungmachen in zehn Jahren nicht überflüssig ist.

15. Andere über uns. Stellungnahmen, Glückwünsche, Kritiken zu ak 500

Rubrik: ak und Fantômas · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:25

Brücke zwischen alt und neu

ak ist immer noch eine Brücke zwischen dem, was mal "neue", und dem, was mal "traditionelle" Linke war. Gleichzeitig ist ak nach wie vor eine Zeitung mit Bezug zu tatsächlicher politischer Bewegung und Praxis. Man erfährt beim Lesen also sowohl inhaltlich wie praktisch einiges über den eigenen Rahmen hinaus. Inzwischen versucht die Redaktion erfreulicherweise beide Rollen stärker aktiv auszugestalten. Damit könnte ak vielleicht wieder zu einem Handwerkszeug in der täglichen politischen Arbeit werden - auch wenn dafür keine Schraubenschlüssel mehr im Logo erscheinen werden (- ak ist natürlich auch Nostalgie).

Werner Rätz

Kein Veteranenblatt

Warum ist die Nummer 500 des ak ein Grund zur Freude? Es gibt nicht wenige linke Zeitungen, die nach drei Jahrzehnten noch existieren und am Schluss noch eine Zahl von LeserInnen ansprechen können, die bedeutend größer ist als ein Kreis überwinternder Veteranen.

Ich bin selbst in der Zeit politisch sozialisiert worden, als der ak noch Arbeiterkampf hieß. In dieser Zeit war ich Mitglied eines Clans der verfeindeten ML-Familie, zu der ja auch der damalige Kommunistische Bund gehörte. Nach der Loslösung aus der sektierischen Enge der ML-Strukturen habe ich Anfang der 1980er Jahre den AK abonniert. Meine Trennung vom AK vollzog sich etwa zur Zeit der Wende, als die Redaktion eine für Linke nicht untypische Spitzkehre vollzog. Die Abkehr von der teils arbeitertümlichen Kultur des KB bestand in einem fast völligen Verzicht der "Analyse und Kritik" dessen, was "normale abhängig Beschäftigte" während ihrer Lohnarbeit umtreibt. Als gewerkschaftlich engagierter Facharbeiter war das damals ein Grund, mich nach einer anderen Zeitung umzuschauen. Ich wechselte zur SoZ.

Ich beobachte mit Interesse und Sympathie, wie einzelne RedakteurInnen einer neuen Generation des ak sich heute erneut den realen Klassenverhältnissen in der Bundesrepublik zuwenden und eine vorsichtige Annäherung an dieses komplexe Feld versuchen. Dabei mache ich gerne mit. Es wäre ein Armutszeugnis für die Linke, wenn die politische Überzeugungs- und Organisationsarbeit in diesen für gesellschaftliche Veränderungen so wesentlichen Bereich den engstirnigen avantgardistischen "Parteiarbeitern" überlassen bliebe.

Auch sollte sich eine linke Zeitung, die sich libertären Ideen verschrieben hat, regelmäßig die Frage stellen, was mit der eigenen emanzipativen Zielvorstellung passiert, wenn nur noch LeserInnen übrig bleiben, die im sozialwissenschaftlichen Sinn diskursmächtig sind.

Jochen Gester

Eine der Wichtigsten

ak schafft es immer wieder, auch professionell "gut unterrichteten Kreisen" Neues und Unbekanntes zu liefern und ist daher m.E. eine der wichtigsten linken Zeitungen. Nicht zuletzt auch, weil sie es schafft, dem monatlichen Erscheinen durch Hintergründe zu genügen, ohne Tagespolitischem hinterherzuhecheln ...

Mag Wompel, LabourNet Germany

Hirnlos, aber mit Herz

Die 500. Ausgabe von ak steht bevor. Wie schön für euch. Mir fällt dazu ein, was ich in eurem Blatt vor neun Jahren anlässlich des 50. Jahrestages der SED-Gründung schrieb: "Die Jubilarin ist schon gegangen". Einen langjährigen Genossen, der etwa um dieselbe Zeit ein baldiges Ende des Blattes voraussagte, beruhigte ich damals: Die Patientin ist zwar schon hirntot, aber mit DEM Herzen kann sie 100 werden.

In diesem Sinn: Auf die nächsten 500 Ausgaben! Lechajim!

The subject formerly known as kt.

Nie hysterisch, antisemitisch oder belanglos

Meinen ersten Arbeiterkampf bekam ich auf der zweiten großen Bonner Friedensdemo 1982. Ich war 14 und sehr erstaunt: Eine Zeitung von Kommunisten, in der nicht nur Unsinn stand. Später habe ich sie dann abonniert, weil das einzige Exemplar in einer Darmstädter linksalternativen Buchhandlung immer weg war. Solche Verkaufsbewegungen erklären vielleicht die leicht verschrobenen Detailangaben über die Auflage im Impressum jeder Nummer. Auch wenn früher unter der Rubrik "Linke" viel mehr los war, ak bleibt der Spiegel der Linksradikalen.

Doch diese Zeitung ist nie hysterisch, antisemitisch oder belanglos. Vorbildlich die Gender-Seite, die scheinbar leider ebenso verstorben ist wie das schöne alte Logo und der hübsche alte Titel. Soviel Hau-drauf-Coolness müsste eigentlich sein. Das wäre dann der berühmte Klassenstandpunkt, den man so überzeugend sonst nur in den Filmen von Klaus Lemke oder Lothar Lambert antreffen konnte.

Christof Meueler, Feuilleton-Redakteur junge Welt

Knast-Abo und Belegexemplare

Den ak vormals Arbeiterkampf lese ich seit 1973. Zuerst, weil ich dann mit der netten Westberliner AK-Verkäuferin ins Gespräch kommen konnte (die aber leider nur ein rein politisch-agitatorisches Interesse an mir hatte). Ab 1978 war es ein großes Glück, den AK durch die Zensur des Knastes (wo ich dann leider war) zu bekommen, da habe ich ihn immer ganz gründlich gelesen. Jahrelang gab es ihn gar nicht, so ab 1988 wieder ab und zu, wenn ihn nicht dienstpflichtvergessene Wärter auf dem Weg zur Zelle weggeschmissen haben. Andere etwa 50 Ausgaben wanderten durch dienstpflichteifrige Wärter kommentarlos im JVA-Keller in einen großen Karton, den ich bei meiner Entlassung 1993 auch noch schleppen musste. Die habe ich dann alle gar nicht gelesen. Inzwischen habe ich den Dreh raus: Ab und zu was für den ak schreiben oder ihm Bilder und Anzeigenvorlagen für Assoziation A schicken, dann kriege ich nämlich Belegexemplare umsonst. Das mache ich bestimmt weiter so. Und ihr hoffentlich auch. Und beim 1.000. ak sind wir alle ganz schön alt, wenn ihr es nicht schafft, zu 'ner Tageszeitung zu werden. Keep on!

Klaus Viehmann

Strömungsübergreifend mit eigener Positionierung

Ich lese den ak regelmäßig, aber nicht immer. Er ist für mich wie die Zeit unter den linken Medien: recht dick und man kann nicht immer alles lesen. Es kann durchaus sein, dass die ersten Ausgabe des ak erschien, als meine Eltern noch nicht an Kinder dachten. Ich glaube, dass der Zeitung in Zukunft eine größere Bedeutung zukommt, weil sich dort Menschen, Gruppen und sonstige Aktivisten sammeln, die die aktive bzw. straßenorientierte Linke der nächsten Jahren tragen werden.

Nach den wirren Neunzigern hat sich der ak als das Medium herauskristallisiert, das sich strömungsübergreifend definiert und gleichzeitig deutlich Position bezieht: für eine interventionistische Linke und für die soziale Revolution. Der Spagat zwischen den sozialen Bewegungen der letzten zehn bis zwanzig Jahre ist nicht immer einfach und bleibt eine der großen Herausforderungen für das Zeitschriftenprojekt. Die Leserschaft sollte 16jährigen Antifas ebenso wie 40jährigen Altautonome umfassen können. Ich gratuliere Euch von ganzem Herzen.

Zwiebel, Antifaschistische Linke Berlin

In alter Verbundenheit

Für mich ist die Lektüre des ak nach wie vor ein selbstverständliches Muss, aber nicht im Sinne einer Pflicht, sondern in alter politischer Verbundenheit. Denn der ak ist eines der seltenen Beispiele für einen wirklich kritischen und unabhängigen Journalismus. Die auf neoliberalen Mainstream gebürstete "bürgerliche" Presse produziert zunehmend einen reaktionären Einheitsbrei, dass man geradezu von einer freiwilligen Gleichschaltung der sich ehemals als liberal oder gar linksliberal gerierenden Hamburger Magazine wie Spiegel, Stern oder Zeit mit der konservativen Journaille sprechen kann. Es ist bitter notwendig, dass aufklärerische Blätter wie ak dagegenhalten. Dies ist umso bewundernswerter, als keine Organisation (mehr)

dahinter steht, die das wirtschaftliche Überleben garantieren könnte. Ich wünsche mir, dass als Gegenpart zur allgemeinen Volksverdummung mit dem ak eine niveauvolle Zeitung durchhält, die auch nach weiteren 500 Ausgaben so lesenswert wie jetzt ist.

Ulla Jelpke

Kontinuität und Veränderung gleichermaßen

Wenn Ernst Nolte und andere Alt-Neokonservative immer wieder über die "ewige Linke" lamentieren, dann meinen sie in erster Linie Redaktionsnetzwerke und Arbeitszusammenhänge wie den ak - ohne ihn jemals in der Hand gehabt zu haben. In der Tat steht der ak für die nicht totzukriegende Linke: Für Kontinuität und Veränderung gleichermaßen, für Hartnäckigkeit und Lernbereitschaft, für Kritik und Solidarität. Deshalb verdanken wir ihm alle so viel. Das meine ich sehr persönlich, und ich fühle mich den RedakteurInnen des ak besonders verbunden, weil für sie kritische Aufklärung immer auch unmittelbare Praxis war - bis hin zum erzwungenen Nächtigen auf den Straßen der Slum Cities. In den bittersten Konstellationen meines bisherigen politischen Lebens hat der ak Solidarität geübt, auch wenn die Umstände nicht immer leicht nachzuvollziehen waren. Das war ein Vertrauensvorschuss, der zu überleben half und gleichzeitig zur selbstkritischen Reflexion anstachelte. In dieser Hinsicht war der ak immer ein leuchtendes Vorbild. Möge seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern diese Fähigkeit zur Kohärenz erhalten bleiben, denn sie ist der wichtigste Katalysator für die so fern liegende und um so dringlicher gewordene sozialistische Zukunft. Erst sie macht aus der seit langem "globalisierten" analytischen Breite das Salz in der Suppe, auf die wir Monat für Monat ungeduldig warten. Bonne chance, ak, für die nächsten Jahrzehnte!

Karl Heinz Roth

Wir wünschen Euch: Auflage

Als die ersten Ausgaben Eurer Zeitschrift erschienen, waren einige unserer AutorInnen und RedakteurInnen noch nicht geboren. Nun erscheint ihr mit der Ausgabe Nummer 500, während unser Blatt alsbald mit einer 70ff. als fortlaufender Nummer erscheint. Wenn inhaltliche und organisatorische Abläufe in unserem rein ehrenamtlichen Projekt ins Stocken geraten, gibt es manchmal das geflügelte Wort: "Das müsste mal so laufen wie bei ak." Das zollt Eurer hohen Professionalität Respekt. Dabei weiß niemand von uns genau, wie es beim ak wirklich läuft. Nur eines sehen wir immer: ak erscheint pünktlich jeden Monat. Auch das muss man als Redaktions- und Autorenteam erst mal stemmen.

Was ak lesenswert macht, ist die Sicht auf die herrschenden Verhältnisse. Illusionslose, faktengesättigte Analysen gehen einher mit emphatischem Engagement für emanzipatorische Prozesse in Theoriebildung und sozialer Bewegung. Hier werden linke Politikkonzepte nicht denunziert, sondern auf ihre politische Alltags- und Utopietauglichkeit geprüft. Nicht Dogmatismus oder Moden bestimmen die Blattlinie, sondern prinzipienfester Pragmatismus. Das ist zwar weder Pop noch cool, aber lehrreich.

Die ak-Archiv-CD weist getreulich sämtliche politischen Fehleinschätzungen, falschen Wertungen und Perspektiven der ak-Redaktion aus, die sich als schwere Irrtümer erwiesen. Doch was wäre eine Linke, die nicht im Sinne Brechtscher Dialektik ihren nächsten Irrtum vorbereitete?! Ebenso finden sich Texte, die als prophetische Voraussagen heutiger kapitalistischer Zumutungen zu lesen sind.

Dass Themen wie die NS-Vergangenheit und heutige neonazistische Aktivitäten in ak kontinuierlich breiten Raum einnehmen, freut die Redaktion eines Antifaschistischen Infoblattes natürlich. Dass andere Themen, wie etwa "Biopolitik", etwas schwerfällig und zäh daherkommen, kann bei Bedarf überblättert werden.

Für die sich hin und wieder ergebende inhaltliche und technische Kooperation der vergangenen Jahre danken wir herzlich. Diese könnte ausgebaut werden.

Für die kommenden 500 Ausgaben wünschen wir Euch: Auflage!

Redaktion AIB

Neugierig, zuversichtlich und mit Vergnügen

Ich mag diese Zeitung einfach. Wegen der zahlreichen langen Artikel und der bedächtigen, nachdenklichen Art einiger AutorInnen. Weil sie keinen einheitlichen Stil hat und sich immer wieder ändert. Weil einige Beiträge,

auch Nachrichten in den "(Haar-) Rissen", den Nebel vermeintlicher Selbstverständlichkeit zerreißen und das Alltagsphlegma stören. Weil mich die Experimentierfreudigkeit der Fantômas-Redaktion begeistert, nicht zuletzt ihre Arbeit mit Fotos.

Für die Gruppierungen und Individuen, die in ak ihre Beiträge veröffentlichen, ist das Blatt ein wichtiges, wenn nicht unverzichtbares Publikationsorgan. Erfreulicherweise sind polemische Auseinandersetzungen selten geworden. Ungleich wichtiger scheinen mir Berichte und Reflexionen über innovative Politikformen, über Aktionen und Publikationen, die unterschiedliche Diskurse verklammern und so verschiedene Öffentlichkeiten erreichen. Dafür ist Fantômas selbst mitunter ein Beispiel und in ak findet man immer häufiger Artikel dazu. Deshalb werde ich die Zeitung weiter regelmäßig lesen, neugierig, zuversichtlich und mit Vergnügen.

Angela Martin

Kontinuität linker Positionen bei gleichzeitiger Offenheit

Nun macht Ihr Eure 500. Ausgabe, während wir bald bei der 400. angelangt sein dürften. Und das ist bei Euch und bei uns schon die neue Variante, geboren in einer Zeit, die den Fall der Mauer einläutete und die Linke vor eine völlig neue Situation stellte. Denn wir stehen beide auf Vorläufern und damit in Traditionen, die sich in unseren gegenwärtigen Publikationen erhalten haben. Das wollen wir nicht vergessen: Dieser lange Atem, die Kontinuität radikaler linker Positionen bei gleichzeitiger Offenheit und dem Bemühen, die neuen Entwicklungen zu erfassen, ist ein sehr hoher Wert. In diesem Sinne beglückwünschen wir Euch von ganzem Herzen zu Euerem Engagement und Durchhaltevermögen.

Wir wollen an dieser Stelle zu den Perspektiven linker Medien mit einer Ausrichtung wie der Euren und unseren nicht viel sagen. Ihr kennt unsere Bemühungen für eine radikale linke Publizistik, die aus den kleinen Auflagen herauskommt - also für eine Bündelung unserer Kräfte um der größeren Wirkung willen. Ihr habt uns stets entgegengehalten, ein solches Unterfangen würde an den unterschiedlichen politischen Kulturen der Zeitungen scheitern - sicher mit einigem Recht. Nichtsdestotrotz bleibt die Aufgabe bestehen, hat in den letzten Jahren, da breitenwirksame Systemalternativen so schmerzlich vermisst werden, eher an Bedeutung zugenommen. Wir wünschen uns, dass Eure Erfahrung und Euer politisches Engagement in eine solche Diskussion mit einfließen.

Mit besten Wünschen für Eure weitere Arbeit,

Eure SoZ-Redaktion

Warum ich ak lese

Ich lese ak nicht (mehr) regelmäßig, weil mir die Zeit dazu fehlt. Aber es gibt ein paar Dinge, die ich an der Zeitung sehr schätze und die sie von anderen linken Publikationen abhebt. Dazu gehören vor allem der (meist) fehlende Zynismus und die prinzipielle Offenheit gegenüber der so genannten Bewegungslinken. ak begleitet linke Debatten, Kampagnen und Organisationsansätze - und das seit Jahrzehnten. Das ist wohl ihre wichtigste Funktion. Und obgleich manchmal die Linie nicht sichtbar ist und viele Texte ziemlich sperrig sind, verstecken sich auch immer wieder "Perlen" in der Zeitung, philosophische Beiträge oder Debatten zum Thema Geschlechterforschung, die sonst nirgends so viel Platz eingeräumt bekommen. Nicht zuletzt hat die Redaktion auch ein Gesicht, einige der Redakteure und Redakteurinnen mischen sich wie ein linkes Gedächtnis mit ihren Erfahrungen überall dort ein, wo sich was bewegt. So halten sie sich jung - hoffentlich weitere 500 Ausgaben lang.

sk

Heute gefällt mir ak viel besser als früher

Angefangen habe ich mit der Lektüre des Arbeiterkampf (und seiner Vorgänger) 1971. Seither lese ich die Zeitung regelmäßig. Seit 500 Ausgaben also. Sie hat mich mein gesamtes politisches Leben begleitet. Ich bin wohl im Grunde ein konservativer Mensch. Heute gefällt mir ak viel besser als früher. ak ist ein Organ für wichtige innerlinke Debatten geworden (etwa zuletzt zum Antritt der Linkspartei zu den Wahlen), bietet solide Hintergrundinformationen nicht nur zum aktuellen politischen Geschehen, sondern auch zur deutschen Zeitgeschichte, und hat die Verbindung zu den Arbeiterkämpfen national und international nicht verloren. Die Kombination von Treue zu traditionellen linken Themen und Offenheit für neue Entwicklungen mag ich. Mein

Wunsch: Wenn ich die Nummer 1.000 nicht mehr werde lesen können, so soll es daran liegen, dass ich dann schon tot bin, nicht daran, dass es die Zeitung nicht mehr gibt. Und zwar die Zeitung nicht als Zentralorgan einer kommunistischen Partei an der Macht (wie ich es mir 1971 bei Lektüre der ersten Ausgaben gewünscht habe), sondern als radikales, libertäres, linkspluralistisches Blatt, welches den dann Macht Habenden (und seien es auch Kommunisten, Sozialisten, Graswurzler, Ökologen, ...) kritisch analytisch die Leviten liest.

Volker Böge

Immer noch ein Trüffelschwein

Warum ich ak lese? Weil die Zeitung eines der linken Trüffelschweine von heute ist. Vor allem, wenn man bedenkt, was uns der KB, der für eine Weile ja nicht die schlechteste unter den K-Gruppen war, sonst noch so hinterlassen hat: grüne Noch-Minister, Bahamas-Reisende und Leute, deren Verhältnis zur Linkspartei sich nach ihren aktuellen Chancen auf einen Genossen-Posten bemisst. Wenn das Arbeiterkampf sein soll, entscheide ich mich doch lieber für Analyse und Kritik. Auch, wenn man sich dann trotzdem mal ärgert. Oder gerade deshalb.

Tom Strohschneider, Neues Deutschland

ak - unser Tipp des Monats!

Bewegungsnähe *****

Sexappeal *

Informationswert ****

Pluralismus ****

hamburg umsonst Gesamtwertung ****

ak spielt nicht die Rolle, die sie verdient

ak lese ich seit Herbst 1986. Damals hieß Twix noch Raider, und ak noch Arbeiterkampf. Meine Anarcho-WG hatte zu jener Zeit neben Graswurzelrevolution, Schwarzer Faden, direkte aktion und taz auch dieses Zentralorgan des Kommunistischen Bundes im Abo.

Im Laufe der Jahre gab es immer wieder Anlässe, sich über den ak bzw. nach der Geschlechtsumwandlung über die ak zu ärgern, aber die Gründe, warum ich das Blatt weiterhin mit Gewinn lese, überwiegen. Bis heute ist ak erfrischend linksradikal und kein Bellizistenblatt. Das ist großartig und leider nicht selbstverständlich, wie die Entwicklung z.B. von taz und Jungle World zeigt.

Als 1999 die rot-grüne Regierung den NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien mit führte, wurde das von den Leitmedien propagandistisch unterstützt. ak agitierte dagegen und war Teil der kleinen Anti-Kriegs-Bewegung. Im Herbst 2001 befahl die Bush-Regierung den "Krieg gegen den Terror". Afghanistan wurde bombardiert und besetzt. Die Angriffskriege gegen Afghanistan und den Irak wurden auch von AutorInnen der linken Wochenzeitung Jungle World, Konkret und der ak-Abspaltung Bahamas unterstützt. Die Rumsfeld-Linken diffamierten KriegsgegnerInnen bisweilen pauschal als "Antiamerikaner und Antisemiten". Und wer agitierte gegen diesen "antideutschen" Bellizismus? Auch ak.

Angesichts der Auflage von 2.800 spielt ak nicht die Rolle, die sie auf Grund ihrer Qualität verdient. Aber die Leute, die sie lesen, tun das oft intensiv und finden Anregungen für ihr eigenes widerständiges Handeln. ak hoch 500, das sind 500 Sandkörner im Räderwerk des Kapitalismus. Das knirscht schön. Also: Mehr davon!

Li(e)bertär-sozialistische Grüße,

Bernd Drücke, Graswurzelrevolution-Koordinationsredakteur

Nicht aufgehört, sondern anders weitergemacht

Was mich am meisten beeindruckt, ist die Kontinuität von dem alten ak zur neuen. Da war ein Kreis von Leuten, der hat nicht aufgehört, sondern anders weitergemacht. Vorwärts und nicht vergessen, die Solidarität: Was das im Einzelnen heißt, darüber kann man sich zeitweise in mancher Hinsicht irren, auch in wichtiger

Hinsicht irren, aber dann nicht zu resignieren, sondern noch einmal neu nachzudenken, das bringt's. Und ich bin sicher, Zeitungen wie Eure haben Zukunft, die Verhältnisse sind danach.

Mit den besten Wünschen,

Michael Jäger, Freitag

Hinterfragend, offen, klug

Ich bin kein Zeitungsleser, mach' um jede Tageszeitung einen großen Bogen. Dafür lese ich einige wenige Blätter, die ihre LeserInnen in größeren Abständen angehen, und zu denen gehört seit irgendwann in den 1970ern die Zeitung, die anfangs diesen Dingsda im Strahlenkranz im Wappen führte. Mich ärgert: Haben die meisten das Blatt zum Samstag im Kasten, bekomm' ich's immer (!) erst Montag. Das hat mit dem lokalen Dingsda, dem Zustelldienst in Frankfurt-Rödelheim zu tun. Ich trag die Zeitung zwei Wochen mit mir rum, dann ist sie zu mehr als zwei Dritteln ausgelesen und das Papier mürb. Das will ich so nicht missen.

Im Auf und Ab der linken Konjunkturen köchelt jetzt manches, das auf sein - nein! - eben nicht "Zentralorgan" wartet, sondern auf sein hinterfragendes, offenes, kluges, auch einfach (why not?) protokollierendes, aber immer solidarisch begleitendes, mit Glück eben organisierendes Medium. Das kann sehr gut, warum bitte nicht, ak sein: wer sonst? Im Zwei-Wochen-Rhythmus, das wär mir recht, häufiger bitte nicht.

Thomas Seibert

Mehr Wissen, weniger Gewissheit

Zunächst als Leser, später dann als Aktivist und Autor begleitet mich diese Zeitung seit dem Formierungsprozess der Grünen Anfang der achtziger Jahre bis jetzt zum Einzug der Linkspartei in den Bundestag. Sollte ich diese zweieinhalb Dekaden oder rund 300 Ausgaben bilanzieren, so scheinen mir bemerkenswert vor allem der Zugewinn an politischen Erfahrungen einerseits sowie der Verlust an linken Gewissheiten und Einfluss andererseits.

Dass sich ak diesen Herausforderungen stellt, Debatten aufgreift und neue versucht anzustoßen mit dem Ziel, als radikale Linke wieder interventionsfähig zu werden, rechne ich ihr hoch an. Dass die Mobilisierungsfunktion zu wünschen übrig lässt, ist nur zum Teil verwunderlich, sucht man sich doch wie etwa jüngst in der Haltung zur Linkspartei oder vorher zu attac den wenig beliebten Platz zwischen allen Stühlen aus. Aber genau dafür brauchen wir ak. Denn Glaubens- und Tendenzblätter wie etwa konkret oder jungle world, die mit großem Gefuchtel übergehen, was nicht ins eigene engstirnige Schema passt, bieten viel zu oft einfache Wahrheiten statt (selbst)kritische und differenzierte Analyse.

Albert Sterr, Nürnberg

antwort & geschenk

mb/ak an kartenberg/libertad: wir möchten die organisation fragen, ob sie zum jubiläum nicht 1.000 würdigende zeichen findet. internes rundmail: ak bittet um grußwort, lasst uns spontane einzeiler sammeln. antworten: auf den würd' ich nur ungern verzichten! +++ verständliche artikel mit hintergrundinfos +++ eine leistung: vom stalin-thälmannschen blatt zum undogmatisch-linken magazin +++ die beste linke monatszeitung; außer: der kulturteil ist, sofern vorhanden, schlechter als in der jw (und das will was heißen) +++ grandiosester früherer fehlvorwurf an die bewaffnete linke: "kein vertrauen in die historische kraft der arbeiterbewegung" (sic!) +++ viel stoff zum lesen in meiner damaligen gefängniszelle +++ als debattenorgan wichtiger denn je! +++ schön, dass nicht mehr so viel drin steht wie früher, schade, dass sie nicht mehr arbeiterkampf heißt +++ am besten haben mir früher die karikaturen mit dem kbw-männchen gefallen: der hatte immer filzpantoffeln an ...

das ist noch nicht alles: wir haben schnell die bislang freie domain "arbeiterkampf" erworben und schenken sie euch zum fünfhundertsten geburtstag. so ist sie eingerichtet: wer weiter der multitude trotzen will und mit www.arbeiterkampf.de startet, landet ab sofort sicher im akweb. spätestens zum g-8/07 braucht ihr und wir zusammen jeden hit ...

h.p. kartenberg, libertad-pressesprecher

Öffnet Horizonte

Was wäre die bundesdeutsche Linke ohne den ak und - inzwischen - ohne sein Theorieheft Fantômas, gleich ob man alles liest oder, wie ich, nur selektiv. Man braucht ihn, den ak, um die linken Entwicklungen und Diskussionen zumindest mitzubekommen, wenn man selbst irgendwo links unterwegs ist. Das bietet ein wenig Orientierung und öffnet politische Horizonte in der eigenen Wühlarbeit. Es fehlt ein wenig die kontinuierliche Debatte, die über die Einzelbewegungen hinaus geht und diese verbindet. Mit Karlos Text hattet ihr einen Anfang gemacht, schade, dass nicht mehr daraus geworden ist.

Dirk Vogelskamp, Komitee für Grundrechte und Demokratie

Einheit - Kritik - Einheit

Lieber Onkel (1) ak, Du bist 500. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute für die nächsten 500! Wie schnell doch die Zeit vergeht ...

Du bist wahrlich nicht mehr der Jüngste; warum lesen wir Dich noch? Da gibt es mehrere Gründe: Erstens aus Nostalgie, natürlich. Weil Du irgendwie immer noch "Arbeiterkampf" heißt (ein toller Name!) und sich Dein Papier jedes Mal schon nach ein paar Tagen so schön pergamenten anfühlt - wie die Hände eines Großvaters! Du vermittelst uns Geborgenheit und kannst trotzdem so tolle Geschichten erzählen. Du bist ein wahrer Fels in der Brandung.

Zweitens lesen wir Dich, weil Du Dich so liebevoll unserer Töchter und Söhne annimmst. Du lässt und lehrst sie schreiben. Damit sind sie glücklich, und schreiben wieder und wieder für Dich (anstatt für ihr eigenes Parteiorgan, die arranca!). Unseren Kindern in der weiten Welt (den Reisekadern) gibst Du ein Zuhause.

Und drittens lesen und bewundern wir Dich, weil Du uns das wichtige kommunistische Diskussionsprinzip "Einheit - Kritik - Einheit" gelehrt hast, das wir seither auf unseren Treffen und in der politischen Arbeit schöpferisch anzuwenden versuchen. Wir hoffen, Du hilfst uns weiterhin dabei, den Kurs zu halten.

Bleib gesund, frisch und knackig. Glückauf!

Deine Fans von FelS

1) Wir dürfen "Onkel" sagen, denn ak war an der Gründung unserer arranca! nicht ganz unschuldig! Da Anfang der 1990er Jahre auf das Angebot der jungen Gruppe FelS, regelmäßige, am ak mitzuarbeiten, nicht eingegangen wurde, blieb uns nichts anderes übrig, als eine eigene Zeitung zu gründen.

16. Wider den Mythos. Zwei Neuerscheinungen zu Oskar Schindler

Autor: Angela Martin · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:02

1993 kam Steven Spielbergs Film "Schindlers Liste" in die Kinos. Vorlage war der gleichnamige Roman von Thomas Keneally. Oskar Schindler, Frauenheld, Kriegsprofiteur und Retter von fast 1.100 Juden, wurde über Nacht berühmt. Nun versuchen zwei Autoren, "die Wahrheit hinter dem Schindler-Mythos" freizulegen: Der amerikanische Historiker David M. Crowe hat eine wissenschaftliche Studie mit dem bescheidenen Titel "Oskar Schindler. Die Biografie" vorgelegt. Mietek Pemper, der selbst mit Schindlers Hilfe überlebte, hat einen persönlichen Erinnerungsbericht geschrieben: "Der rettende Weg. Schindlers Liste - die wahre Geschichte".

Sieben Jahre hat David M. Crowe, Wissenschaftler an der Columbia University, an seinem monumentalen Werk gearbeitet, zahlreiche Archive durchforstet und ZeitzeugInnen in Polen, Tschechien, Deutschland, Israel, den USA und Argentinien befragt. Auf gut 850 Seiten schildert er minutiös den Lebensweg Oskar Schindlers, der "eine viel komplexere und manchmal auch traurigere Gestalt war als die, die in Roman und Film dargestellt wird".

Crowe hat herausgefunden, dass der junge Schindler, der seit 1939 Mitglied der NSDAP war, als Spion für die deutsche Abwehr unter Admiral Canaris an der politischen Zerstörung der Tschechoslowakei mitgewirkt hat. Auch an dem kriegsauslösenden Überfall auf den Sender Gleiwitz soll der sudetendeutsche Aufsteiger beteiligt gewesen sein, indem er polnische Uniformen für das deutsche Überfallkommando besorgte. Dazu zitiert Crowe die Memoiren von Schindlers Ehefrau Emilie, deren Glaubwürdigkeit er freilich einige hundert Seiten später demontiert.

Moralisierende Exkurse über Schindlers "dunkle Seiten"

Nach der Besetzung Polens pachtete Schindler in Krakau eine Emaillefabrik, in der er Juden und Polen als billige Arbeitskräfte ausbeutete. Doch das schnelle Geld, das er so verdiente, setzte er, ebenso wie seine Kontakte zu Wehrmacht und Rüstungsinspektion, zu Gestapo und SS, zunehmend im Interesse der ZwangsarbeiterInnen seiner Fabrik ein. Einen klaren Wendepunkt in Schindlers Haltung kann Crowe ebenso wenig ausmachen wie Keneally oder Spielberg. Es waren die Grauen erregenden Zustände im Krakauer Ghetto und die Lebensbedingungen der Juden im Generalgouvernement, die Schindler nach und nach dazu bewegten, sein gesamtes Vermögen und sogar sein Leben auf Spiel zu setzen, um "seine" jüdischen ArbeiterInnen zu retten.

Als 1943 das Ghetto in Krakau aufgelöst wurde, konnte er auf seinem Fabrikgelände ein eigenes Außenlager einrichten und viele Jüdinnen und Juden vor der Deportation in ein Vernichtungslager bewahren. 1944 gelang es ihm, seinen Maschinenpark und tausend jüdische Arbeitskräfte nach Brünnlitz im Sudetenland zu verlegen. Dort wurden noch weitere Juden aufgenommen. Sie alle überlebten.

Nach Kriegsende kam Schindler wirtschaftlich nicht mehr auf die Beine. Er war auf finanzielle Hilfen jener Menschen angewiesen, die er einst gerettet hatte. In Deutschland war er weitgehend vergessen. 1974 starb er im Alter von 66 Jahren in einem Krankenhaus in Hildesheim. Auf eigenen Wunsch wurde er in Jerusalem begraben. In der Gedenkstätte Yad Vashem wird er als einer der "Gerechten unter den Völkern" geehrt.

Crowes Buch ist eine Fundgrube, denn es enthält neben unzähligen biografischen Details auch viele historische Hintergrundinformationen, etwa über die deutsche Besatzungspolitik in Polen oder die Verfolgung und Vernichtung der polnischen Juden. Zudem hat der Autor vielen unmittelbaren Helfern Oskar Schindlers wie auch anderen Rettern kleine Denkmale gesetzt. Hinzu kommen Kurzbiografien von SS-Offizieren wie Amon Göth, dem berüchtigten Kommandanten des KZ Plaszow. Ein umfangreicher Anhang mit ausführlichem Register erleichtert die Orientierung in dem voluminösen Werk.

Das kann man allerdings nur schwer von Anfang bis Ende lesen. Crowe strukturiert seine immense Materialfülle nicht immer souverän, oft werden Quellentexte in ermüdender Ausführlichkeit und ohne Bezug auf die Thesen wiedergegeben, die sie belegen sollen. Vor allem aber verstrickt sich der Autor auf der Suche nach dem "wahren Schindler" in moralisierende Exkurse über dessen "menschliche Schwächen" und nähert sich

dabei einer Form biografischer Indiskretion, die Adorno einmal als "Hodengrapscherei" bezeichnet hat. Um am Ende dann doch zu befinden, dass Schindler "in der Tiefe seines Herzens ein grundanständiger Mensch war - trotz seiner Trunksucht und seiner Frauengeschichten."

Völlig anders ist das Buch "Der rettende Weg. Schindlers Liste - die wahre Geschichte" von Mietek Pemper. Auch er versucht, den Schindler-Mythos zu dekonstruieren. Doch nicht wie Crowe anhand der "dunklen Seiten" Schindlers. Pemper interessiert sich vor allem dafür, wie Schindler das schier Unmögliche gelang: mehr als tausend Jüdinnen und Juden aus der NS-Vernichtungsmaschinerie zu retten.

Widerstand im "Epizentrum des Bösen" (Pemper)

Dort befand sich auch Pemper. Zunächst war er Behördenkorrespondent des Krakauer Ghettos, dann musste er 540 Tage lang, von März 1943 bis September 1944, im Lager Plaszow für dessen berüchtigten Kommandanten Amon Göth als Stenograf und Sekretär arbeiten. Vor allem in dieser Funktion erhielt er Einsicht in viele geheime Vorgänge und Pläne - Informationen, die er an Schindler weitergab und die für die Rettung der "Schindler-Juden" unentbehrlich waren. Er berichte aus dem "Epizentrum des Bösen", schreibt Pemper im Vorwort, und gerade das macht sein Buch ausgesprochen lesenswert. Es ist voller Bewunderung für Oskar Schindler und dennoch völlig unsentimental, sachlich und stringent geschrieben. Zudem haben Pemper und seine Mitautorinnen auch andere Quellen herangezogen und die persönlichen Erinnerungen des einstigen KZ-Häftlings mit den Forschungen anderer zu Schindlers Biografie verglichen, auch mit Crowes Buch.

Während Crowe als eines seiner wichtigsten Forschungsergebnisse hervorhebt, dass es nicht nur eine Schindler-Liste gegeben habe, sondern mindestens 13, kommentiert Pemper das Bestehen mehrerer Varianten der Liste so: "Das Entscheidende war weniger, die Liste zu erstellen, als vielmehr die kontinuierlich gesetzten ",Mosaiksteinchen` der vielfältigen Widerstandsleistungen, die die Liste erst möglich machten".

Schindlers Widerstandsleistungen bestanden vor allem in Kontaktfreudigkeit und Verbindungen zu NS-Größen, mit denen er trank und spielte, in Betrügereien, durch die er an Geld kam, um seine ZwangsarbeiterInnen zu versorgen, in raffiniertem Verhandlungsgeschick und Bestechungen. Doch im Gegensatz zu Crowe bewertet Pemper dies nicht. Er weiß, dass sich Widerstand gegen Unterdrückung nicht unbedingt auf bürgerlichen Moralvorstellungen gründet. Das belegen übrigens auch die neuesten Forschungen über Solidarität mit verfolgten Jüdinnen und Juden. Und natürlich das Leben selbst.

Angela Martin

David M. Crowe: Oskar Schindler. Die Biografie. Eichborn Verlag, Frankfurt/Main 2005, 865 Seiten, 39,90 EUR

Mietek Pemper: Der rettende Weg. Schindlers Liste - die wahre Geschichte. Aufgezeichnet von Viktoria Hertling und Marie Elisabeth Müller. Hoffmann und Campe, Hamburg 2005, 287 Seiten, 21 EUR

17. Stolpern über NS-Verbrechen. Der Bildhauer Gunter Demnig hat das Bundesverdientskreuz erhalten

Der Bildhauer Gunter Demnig hat das Bundesverdienstkreuz erhalten

Autor: Angela Martin · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:05

In den vergangenen zehn Jahren hat der Bildhauer Gunter Demnig mehr als 6.000 Stolpersteine in 106 Städten verlegt. Am 4. Oktober wurde ihm dafür das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Die 10x10 Zentimeter großen, mit einer Messingschicht überzogenen Steine sind nicht immer leicht zu entdecken, denn sie sind auf den Gehwegen vor jenen Häusern eingelassen, in denen einst Menschen gelebt haben, die von den Nationalsozialisten verfolgt und ermordet wurden. Man stolpert zwar nicht im buchstäblichen Sinne über sie, doch sie irritieren. Wer aufmerksam durch die Straßen von Köln, Hamburg oder Berlin, aber auch von kleineren Städten geht, kann in vielen Stadtteilen die blinkenden Gedenksteine entdecken, in die die Namen und Lebensdaten der Opfer eingraviert sind.

Anders als die großen Gedenkstätten muss man die kleinen Erinnerungszeichen aus Messing nicht aufsuchen, sie erwarten nichts vom Betrachter. Doch gerade weil man in der Nachbarschaft, beim Einkaufen oder Spazierengehen, auf dem Weg zur Arbeit oder in die Schule auf sie trifft, stören sie die banalen Verrichtungen des Alltags und machen schlaglichtartig bewusst, dass Repressionen, Verfolgungen und Mord im Nationalsozialismus "Alltag" waren.

Die ersten Stolpersteine installierte Demnig in Köln, wo er seit vielen Jahren lebt. Sie waren dem Gedenken an ermordete Roma und Sinti gewidmet, doch von Anfang an wollte der Künstler an sämtliche Opfergruppen erinnern: Juden und politisch Verfolgte, Homosexuelle, Zeugen Jehowas und Euthanasieopfer. Demnig ist sich klar, dass er nicht allen NS-Opfern so ein Denkmal setzen kann: "In Köln müssten sonst ganze Straßenzüge mit Stolpersteinen gepflastert werden. Das Projekt kann letztlich nur Zeichen setzen", sagte er in einem Interview.

In Berlin begann Demnig 1996 Stolpersteine zu installieren, zunächst 51 in der Kreuzberger Oranienstraße. Weil die Zeit zu kurz war, eine Genehmigung einzuholen, setzte der Bildhauer die kleinen Erinnerungszeichen einfach in das Straßenpflaster ein. Drei Monate blieben sie von den Behörden unbeachtet, dann waren sie bei Bauarbeiten im Wege. Die Arbeiter weigerten sich jedoch, diese Steine zu entfernen, da sie ein Denkmal seien. So wurde das Tiefbauamt aufmerksam - und legalisierte sie nachträglich.

Inzwischen gibt es allein in Berlin etwa 1.000 in die Bürgersteige eingelassene "Stolpersteine", im Dezember sollen weitere 136 verlegt werden. In Hamburg sind 800 geplant, in Bremen 260. "Wenn es überall so wäre, dann müsste ich wirklich sechs Millionen Steine für Europa machen", sagt Demnig. Auch in Österreich sind diese kleinen Denkmale inzwischen zu finden; nächstes Jahr will Demnig auch in Kopenhagen, Paris und Odessa Stolpersteine verlegen.

Es sind in der Regel einzelne private SpenderInnen, die die Gedenksteine finanzieren. Bei den Recherchen zur Geschichte der Opfer engagieren sich Stadtteilinitiativen, oft auch SchülerInnen des Bezirks. Sie sammeln Quellen und werten Akten aus, besuchen die ehemaligen Wohnhäuser der Opfer und führen, wenn das möglich ist, Gespräche mit Nachkommen der einstigen Nachbarn. Vielleicht sind diese Recherchen noch wichtiger als die Stolpersteine selbst, denn sie setzen eine intensive Auseinandersetzung damit voraus, was einst vor der eigenen Haustür geschehen ist und wieder geschehen kann.

Vor wenigen Wochen wurde in Berlin eine zentrale Koordinierungsstelle für das Projekt gegründet. Sie befindet sich in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und wird fachlich vom Kreuzberg-Museum betreut. Wer eine Patenschaft für einen Stolperstein in Berlin übernehmen möchte - sie kostet 95 Euro -, kann sich in der Koordinierungsstelle informieren, die auch Kontakte zu den lokalen Stolperstein-Inititativen in den Berliner Bezirken vermittelt.

Angela Martin

Stolpersteinprojekt für Berlin, c/o Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Frau Frankenstein, Frau Kühne, Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin, Tel. 030/263 98 90 14, Stolperstein@GDW-berlin.de

18. Verführte Unschuld. "Hitler war's" - Hannes Heers Abrechnung mit deutscher Selbstamnestie

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte der BRD; Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:04

Der Historiker Hannes Heer, Leiter der ersten Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung, leistet mit seinem neuen Buch ",Hitler war's`. Die Befreiung der Deutschen von ihrer Vergangenheit" einen wichtigen Beitrag zur geschichtspolitischen Debatte. Kampflustig und zuweilen im besten Sinne polemisch legt er sich mit den Meinungsmachern der deutschen Kulturindustrie an. Auf deren Reaktion darf man gespannt sein.

Heers Eingangsbefund mag man für zynisch halten, und dennoch trifft er zu: Hitler, der größte Verbrecher der Menschheitsgeschichte, ist längst zur "Ikone der Unterhaltungsindustrie" und zu einer Art "Superman Numero Zwo" geworden. Das erklärt sich auch aus dem "enormen Marktpotenzial" der Geschichtsschreibung in der modernen Mediengesellschaft. Heer zitiert Eric Hobsbawm: "Heutzutage wird mehr Geschichte denn je von Leuten umgeschrieben oder erfunden, die nicht wirkliche Vergangenheit wollen, sondern eine, die ihren Zwecken dient. Wir leben heute im großen Zeitalter der historischen Mythologie."

Nirgends ist das so offensichtlich wie beim Umgang der deutschen Massenmedien mit der NS-Geschichte. Wie diese zwecks moralischer Wiederaufrüstung der Nation umgedeutet wird, verdeutlicht Heer an vier beispielhaften Fällen: Bernd Eichingers Film "Der Untergang" über die letzten Tage im "Führerbunker"; der Karriere des Hitler-Biografen Joachim Fest; Guido Knopps ZDF-Historien-Shows; den Versuchen des Instituts für Zeitgeschichte, die Verbrechen der Wehrmacht zu relativieren. Drei "Gegenreden" ergänzen die Abrechnung mit dem Geschichtsrevisionismus: Heer reflektiert Dietrich Bonhoeffers Analyse von Nationalsozialismus und Bürgertum; er diskutiert die neuere deutsche Familienliteratur ("Die Nazizeit als Familiengeheimnis"); und er zeigt die "Einübung in den Holocaust" durch die deutsche Wehrmacht schon im Juni und Juli 1941.

Die Nazizeit als Faszinosum und Verkaufsschlager

Heers Bewertung des Eichinger-Films wie auch der Knoppschen Volkspädagogik deckt sich weitgehend mit dem, was hierzu in ak 487 und 496 zu lesen war. Stellvertretend für manch brillante und auch in ihrer Zuspitzung nie überzogene Formulierung, die Heer gelungen ist, sei hier deshalb nur sein Urteil über das Treiben des ZDF-Chefhistorikers zitiert: "Guido Knopp ist nicht der Exorzist der Hitler-Nostalgie, als den er sich anpreist, sondern deren Vermarkter. Und indem er Täter mit Goldrand und die Nazizeit als Erlebnis präsentiert, verstärkt er das Faszinosum, das von dieser Spukgeschichte immer noch ausgeht."

Freispruch für einen "apolitischen Architekten"

Der mit fast 100 Seiten längste Beitrag ist Joachim C. Fest gewidmet. Fest, geboren 1926, Hitlerjunge, nach 1945 zunächst Funktionär der Jungen Union und der CDU, übernahm 1973 die Leitung des Feuilletons der FAZ und wurde deren Mitherausgeber. Im gleichen Jahr erschien seine Hitler-Biografie. Für Fest ist Hitler ein Revolutionär und Staatsmann von historischer Bedeutung. Dessen Genialität habe die schwache (und von Fest verachtete) Demokratie von Weimar nichts entgegenzusetzen gehabt - die gesellschaftlichen Kräfte, die den Nationalsozialismus an die Macht brachten, kommen in der ganz auf den "Führer" fokussierten Erzählung nicht vor. Auch wesentliche Schritte in der Verbrechensgeschichte des Regimes fehlen, so die Verkündung der Nürnberger Rassegesetze 1935 oder das Novemberpogrom von 1938. Die selektive Wahrnehmung hat Methode - und beabsichtigte Folgen: "Es fallen keine allzu dunklen Schatten auf die gloriose Zeit der Vorkriegsjahre 1933 bis 1939", schreibt Heer; Fests Held wird "in den rational-erfolgreichen Friedenshitler und den pathologisch-scheiternden Kriegshitler" aufgespalten - ein erfolgreicher Beitrag zu seiner Teil-Rehabilitierung.

Der Biografie, die ein Bestseller wurde, ließ Fest 1977 einen in seiner Wirkung noch fataleren Hitler-Film folgen. Der Film setzte den "Tagtraum vom Nationalsozialismus ohne Judenmord und ohne Vernichtungskrieg" fort. Er zeigte nicht nur - wie Guido Knopps spätere TV-"Dokumentationen" - willkürlich zusammengeschnittene Sequenzen aus Goebbels' Propagandaproduktionen. Farbige Ausschnitte aus einem von Eva Braun

aufgenommen Film präsentieren "Hitler als Mensch" auf dem Obersalzberg und Nazi-Größen in Ferienstimmung vor idyllischer Kulisse. Die bei Massenaufmärschen gefilmten Volksgenossen erscheinen ausschließlich als "Verführte", die Hitlers "Magie" erlegen sind - sie sind nicht schuldfähig. Ungeachtet massiver ausländischer Kritik galt Fest seit dem Film in Westdeutschland als der Hitler-Experte schlechthin. Im Historikerstreit 1986 stellte er sich auf die Seite der Geschichtsrevisionisten Ernst Nolte und Andreas Hillgruber und trug dazu bei, "einer Argumentation einen offiziellen Anstrich zu geben, die bisher nur in rechtsradikalen Kreisen kursierte", zitiert Heer den US-amerikanischen Historiker Charles S. Maier.

Besondere und bis heute anhaltende Wirkung erzielte Fest mit der Rehabilitierung von Albert Speer, seinem Kronzeugen und Souffleur, dem er gleichzeitig als Ghost-Writer und publizistischer Berater zur Hand ging. Heer weist überzeugend nach, dass der NS-Rüstungsminister ein überzeugter Nazi und Antisemit war und vom Judenmord nicht nur wusste, sondern auch daran mitwirkte und seinem "Führer" bis zuletzt die Treue hielt. Fests Versuch, Speer als vom Dämon Hitler verführten apolitischen Architekten darzustellen, ist nicht nur eine dreiste Geschichtsfälschung. Er dient zugleich der Entlastung von Millionen deutscher Täter: Wenn selbst Speer, der zu "Hitlers Hof" gehörte, vom Judenmord nichts gewusst und nichts Böses getan hätte, dann müsste man den sehr viel machtferneren Volksgenossen ihre angebliche Unschuld um so eher glauben. So wurde Fests Speer-Biografie, wie Heer richtig schreibt, "zum Handbuch einer subtilen Selbstamnestie" und trug "zur Renaissance eines klassischen Modells des deutschen Entschuldungsdiskurses bei."

Heers geschichtspolitische Befunde sind durchweg argumentativ belegt. Dass er sie pointiert zu formulieren versteht, macht einen besonderen Reiz des Buches aus. Nur in einem irrt er: "Die Befreiung der Deutschen von ihrer Vergangenheit" wird trotz aller Bemühungen nicht gelingen. Denn die Gegenkräfte stehen keineswegs auf verlorenem Posten. Nicht zuletzt Hannes Heers Buch gibt ihnen jede Menge Argumente, um in der Auseinandersetzung zu bestehen.

Js.

Hannes Heer: "Hitler war's". Die Befreiung der Deutschen von ihrer Vergangenheit. Aufbau-Verlag, Berlin 2005, 439 Seiten, 24,90 EUR

19. WTO = Widersprüche, Turbulenzen, Opportunitäten. Unübersichtliche Gemengelage vor WTO-Konferenz in Hongkong

Autor: Gregor Samsa · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:24

Ein weiteres Gipfelspektakel steht ins Haus: Vom 13. bis zum 18. Dezember wird in Hongkong die sechste Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) über die Bühne gehen. Knackpunkt der aktuellen Verhandlungen ist einmal mehr der Agrarsektor. Die reichen Industrieländer lassen derzeit nichts unversucht, ein abermaliges Scheitern der Ministerkonferenz wie zuletzt 2003 in Cancun/Mexico zu verhindern. Sie treibt die Sorge um, dass dies zukünftige Verhandlungsrunden noch langwieriger und komplizierter machen könnte. Demgegenüber pochen die Regierungen des globalen Südens auf substanzielle Zugeständnisse in der Agrarfrage, andernfalls sei von ihnen keine ernsthafte Gesprächsbereitschaft in anderen Bereichen zu erwarten, etwa im Handel mit Dienstleistungen (GATS) und nicht-agrarischen Produkten (NAMA).

Allein: Wichtige und große Länder des globalen Südens wie Brasilien oder Indien entwickeln sich immer stärker zu Wackelkandidaten. Es steht zu befürchten, dass die seitens des globalen Nordens nicht nur im WTO-Prozess vielfach erprobte Teile-und-Herrsche-Strategie aufgehen könnte, mit katastrophalen Konsequenzen (unter anderem) für viele der weltweit über 1,3 Milliarden in der Landwirtschaft beschäftigten Menschen. In diesem Sinne gilt es um so mehr, all den Regierungen, NGOs und sozialen Bewegungen den Rücken zu stärken, die das Liberalisierungsungeheuer WTO prinzipiell in die Knie zwingen möchten - Stichwort: "Hongkong platzen lassen!"

Es lohnt, zum besseren Verständnis des aktuellen Verhandlungsstands, ein wenig in der noch jungen WTO-Geschichte zurückzugehen, sinnvollerweise bis zur vierten Ministerkonferenz 2001 in Doha/Katar. Dort schickten sich die Länder des globalen Südens erstmalig an, im WTO-Rahmen als halbwegs organisierte und untereinander abgestimmte Interessen-Gruppe(n) zu agieren - nachdem bereits ihr entschiedenes Nein zu einer abermaligen Freihandels- bzw. Liberalisierungsrunde 1999 in Seattle/USA zentral zum Scheitern der dritten Ministerkonferenz mit beigetragen hatte.

Die Formierung des globalen Südens rund um Doha war zeitlich alles andere als Zufall, mehrere Entwicklungen kamen seinerzeit zusammen: Erstens kristallisierten sich für die Länder des globalen Südens mehr und mehr die desaströsen Konsequenzen der im Januar 1995 in Kraft getretenen WTO-Abkommen heraus. Es wurde deutlich - um nur vier der prominentesten Beispiele zu nennen, (1) dass die Agrarmärkte noch stärker als zuvor mit subventionierten Billigprodukten aus dem Norden überschwemmt wurden, (2) dass (Aids-)Medikamente und genbehandeltes Saatgut (Stichwort: Biopiraterie) mittlerweile unter Patentschutz standen und nur noch zu horrenden Preisen zu haben waren, (3) dass der Norden das Anti-Dumping-Abkommen vorrangig dafür missbrauchte, missliebige Konkurrenz aus dem Süden loszuwerden und (4) dass das mit viel Vorschusslorbeeren bedachte Textilabkommen so gut wie keinen wirtschaftlichen Nutzen für die Länder des globalen Südens entfaltet hatte.

Zweitens hatte der globale Süden mittlerweile hinreichend Bekanntschaft mit den hochgradig intransparenten und undemokratischen Entscheidungsabläufen innerhalb des WTO-Apparates (einschließlich der WTO-internen Streitschlichtungsstelle) gemacht. Hierzu gehörte auch die Erfahrung, dass EU und USA im konkreten Verhandlungsalltag vor nichts, auch nicht vor Kanonenbootdiplomatie zurückschreckten, d.h. vor knallharten Erpressungsmanövern, gezielten Verunglimpfungen und anderen machtdurchtränkten Winkelzügen.

Drittens hatte sich mittlerweile das weltweite Kräfteverhältnis leicht verschoben, der Neoliberalismus begann, seine in den 1990er Jahren nahezu unangefochtene Vormachtstellung einzubüßen. Hierzu hatten die diversen Finanzcrashs, insbesondere die Asienkrise 1997/98, genauso beigetragen wie der Umstand, dass mit China und Indien ausgerechnet zwei Länder in die Gruppe der ökonomischen Großmächte nachgerückt waren, die in ihrer Wirtschaftspolitik (bis heute) auf neoliberale Instrumente relativ weitgehend verzichten.

Die Länder des globalen Nordens versuchten es sodann mit Zuckerstückchen. Der Süden sollte umgarnt und zurück ins (vorgeblich) gemeinsame WTO-Boot geholt werden: Sie schlugen vor, in Doha eine so genannte Entwicklungsrunde einzuläuten. Einzig: Den schönen Worten sollten keine Taten folgen! Einmal mehr wurden die Vorschläge des Südens brachial vom Tisch gewischt; hierzu gehörte insbesondere das von zahlreichen Ländern artikulierte Interesse, nicht einfach mit der WTO-eigenen Liberalisierungsagenda fortzufahren, vor allem nicht im Dienstleistungsbereich (GATS), wozu ja auch die aus Sicht transnationaler Konzerne äußerst lukrativen Geschäftsfelder Wasser- und Energieversorgung, Telekommunikation, Transport und Finanzdienstleistungen gehören. Vielmehr sollten die bisherigen WTO-Abkommen hinsichtlich ihrer konkreten Auswirkungen (einschließlich Umsetzungsschwierigkeiten) einer sorgfältigen Evaluation unterzogen werden.

Taschenspielertricks des Nordens in der Agrarfrage

All dies behagte dem globalen Norden gar nicht. Sein Interesse bestand lediglich darin, möglichst schnell weitere Bereiche zu offiziellen Verhandlungsgegenständen auszuschreiben, insbesondere die äußerst umstrittenen Themenfelder (Direkt-)Investitionen und Dienstleistungen. Die Industrieländer legten es in Doha folglich darauf an, ausschließlich ihre eigenen Verhandlungsvorschläge in der abschließenden Ministererklärung zu platzieren - leider mit Erfolg. Als Zielvorgabe der bis heute unter dem Label Doha-Entwicklungsrunde firmierenden Verhandlungen wurde der 1. Januar 2005 bestimmt. Bis dahin sollten die in Doha beschlossenen Themen fertig verhandelt und in neue bzw. inhaltlich erweiterte WTO-Abkommen gegossen sein. Vor diesem Hintergrund ist es nicht weiter verwunderlich - zumindest in der historischen Rückschau -, dass die Verhandlungen beim fünften Ministertreffen 2003 in Cancun/Mexico erst einmal scheiterten. Die Länder des globalen Südens waren schlicht nicht mehr gewillt, die miese Macht- und Tagesordnungspokerei des Nordens hinzunehmen, zumal dieser weder im Agrarbereich noch in irgendeinem anderen der strittigen Themen substanzielle Angebote zu unterbreiten wusste.

Die Industrieländer sollten hieraus ihre Konsequenzen ziehen. Sie schlugen vor, dass Ministerkonferenzen zukünftig vom Allgemeinen Rat, dem ständigen Gremium aller WTO-Mitglieder in Genf, ungleich intensiver vorzubereiten wären als bislang. Diese Entscheidung entpuppte sich leider als kluger Schachzug: Weitgehend unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit schaffte es der Norden auf einer Sitzung des Allgemeinen Rats im Juli 2004, das Heft des Handelns wieder an sich zu reißen. Im Rahmen des so genannten Juli-Pakets musste er zwar auch einige Abstriche machen, im Hinblick auf die für das Ministertreffen in Hongkong entscheidenden Punkte gelang es ihm jedoch, erste für den globalen Süden hochgradig nachteilhafte Vorentscheidungen durchzuboxen.

Worum geht es in der Agrarfrage konkret? Im WTO-Agrarabkommen verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten, erstens den Zugang zu ihren Märkten zu liberalisieren, zweitens die heimische Unterstützung der Landwirtschaft zu reduzieren und drittens die Exportsubventionen zu begrenzen. Zweck dieser Regelungen ist es, das massive Dumping einzudämmen, mit dem EU und USA seit den 1980er Jahren die Preise auf den Weltagrarmärkten in den Keller getrieben hatten - nicht zuletzt auf Kosten der Kleinbäuerinnen und -bauern im globalen Süden.

Soweit die Theorie, die Realität sieht anders aus: Durch wohlkalkulierte Taschenspielertricks gelang es den Ländern des globalen Nordens, ihre Exportsubventionen unter neuem Namen beizubehalten, mitunter sogar zu erhöhen. Die Dumping-Praxis konnte auf diese Weise ungezügelt fortgesetzt werden. Konkret: Die EU exportierte 2001 Weizen zu Preisen 46% unterhalb der Produktionskosten, bei Magermilch waren nur noch 50% der Kosten gedeckt, bei Zucker gerade mal 25%. Umgekehrt konnte der Süden keinen Vorteil aus den Marktöffnungen im Norden ziehen. Noch während der Verhandlungen zum WTO-Abkommen hatten nämlich EU, USA & Co. ihre Zölle derart in die Höhe schnellen lassen, dass anschließend die im Abkommen vorgeschriebene Zollsenkung um 36% den Marktzugang für Länder des globalen Südens nicht im geringsten erleichtert hat. Konsequenz hiervon ist, dass jedes Jahr weltweit viele Millionen KleinbäuerInnnen in die Pleite getrieben werden, schlicht deshalb, weil sie mit den subventionierten Produkten aus dem Norden nicht schritt halten können.

De-Industrialisierung des globalen Südens droht

Seit seinem Beitritt zur WTO sind z.B. in Kamerun 110.000 Arbeitsplätze in der kleinbäuerlichen Geflügelproduktion und weitere zehntausend Arbeitsplätze im gleichfalls kleinbäuerlichen Futtermittelsektor

kaputtgegangen. Im gleichen Zeitraum hat die EU ihre Billig-Exporte von gefrorenem Geflügelfleisch nach Kamerun von 978 auf 22.000 Tonnen pro Jahr ausgedehnt - bei einem Gesamtbedarf von 30.000 Tonnen. Für die davon Betroffenen (samt Familien) bedeutet dies unter anderem den Verlust ihrer Ernährungssouveränität und somit Hunger und Unterernährung.

Ob und welcher Kompromiss im Agrarsektor gefunden wird, steht derzeit in den Sternen. Klar ist nur: Sollte es vor oder in Hongkong zu einer Einigung kommen, dürfte sich die ohnehin schon katastrophale Situation im globalen Süden einmal mehr zuspitzen. Denn während die Industrieländer eine Senkung der (Export-)Subventionen lediglich in Aussicht gestellt haben - die Rede ist von einem 15-jährigen (sic) Übergangszeitraum -, würde es bereits in naher Zukunft - so der aktuelle Verhandlungsstand - zu einer beträchtlichen Senkung der Zölle und somit zu verbesserten Marktzugängen weltweit kommen. Davon dürften indessen einzig die reichen Länder des Nordens sowie klassische Agrar-Exportländer wie Brasilien oder Argentinien profitieren. Mit anderen Worten: Viel hängt auch davon ab, ob sich der globale Süden trotz beträchtlicher Interessendifferenzen auf eine gemeinsame Linie verständigen kann oder ob soziale Bewegungen wie die internationale KleinbäuerInnenorganisation Via Campesina mit ihrer Kritik Recht behalten sollten, wonach die Regierungen Brasiliens und Indiens mittlerweile ebenfalls zu "Brokern für die Marktöffnungsagenda des Agrobusiness in Nord und Süd" mutiert seien.

Sollte das Nadelöhr Agrarsektor erfolgreich passiert werden, dürfte es mit großer Wahrscheinlichkeit auch in anderen Bereichen zu einer Einigung kommen, insbesondere bei den nicht-agrarischen Produkten (Industriegüter, Rohstoffe sowie Produkte aus Forstwirtschaft und Fischerei). Die Konsequenzen dürften ähnlich katastrophal wie im Agrarbereich ausfallen, auch hier, weil weitgehende Zollsenkungen und somit stark ausgeweitete Marktzugänge ins Auge gefasst sind. Was das konkret bedeuten würde, ist bereits aus früheren, durch IWF und Weltbank erzwungenen Zollreduzierungen hinlänglich bekannt; auf jeden Fall scheint die Rede von der aktuell im großen Maßstab drohenden De-Industrialisierung des globalen Südens (nebst intensivierter Importabhängigkeit) leider nicht übertrieben.

Last but not least: WTO-Abkommen und ähnlich ausgerichtete (regionale oder bilaterale) Vertragswerke haben in ihrer Eigenschaft als regulative Instrumente des globalen Kapitalismus mehr oder weniger katastrophale Konsequenzen für unzählige Menschen. Dementsprechend entschlossen ist vor allem im globalen Süden der Widerstand, auch jüngst wieder anlässlich der Gespräche auf dem Amerika-Gipfel über die Einrichtung einer amerikaweiten Freihandelszone. Inwieweit sich diese global verstreuten Proteste im Zuge des WTO-Ministertreffens in Hongkong bündeln lassen und so der Hong Kong People's Alliance in ihren geplanten Protesten wirksam den Rücken stärken können, ist nur schwer einzuschätzen. Deprimierend ist jedoch, dass hier zu Lande der Protest gegen die WTO gerade mal bei attac und einschlägig interessierten NGOs eine nennenswerte Rolle spielt. Das muss sich ändern, vielleicht ja im Rahmen des derzeit gerade an den Start gehenden Widerstands gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm.

Gregor Samsa

20. Die Abgeordnetenplätze sind bereits verteilt. Am 27. November wird in Tschetschenien gewählt

Autor: Ute Weinmann · Rubrik: Tschetschenien · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:31

Ende 2002 hat sich der Kreml die Normalisierung der Verhältnisse in Tschetschenien - der stark vom Krieg geprägten und zu Russland gehörigen Kaukasusrepublik - auf die Fahnen geschrieben. Seitdem wurden dort ein Verfassungsreferendum abgehalten und zwei Präsidenten gewählt. Am 27. November finden nun erstmals seit fast neun Jahren wieder Parlamentswahlen statt. Seit dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion 1991 hat Tschetschenien vier Parlamente gewählt - davon zwei prorussische und zwei separatistische - deren Gemeinsamkeit darin besteht, dass sie allesamt wieder aufgelöst wurden. Das fünfte tschetschenische Parlament soll nun formal den Prozess der Machtübergabe von Moskau an die lokalen staatlichen Institutionen beenden und diese in vollem Umfang legitimieren.

Die neue Verfassung sieht ein Zweikammersystem vor. Die Unterkammer, oder auch Volksversammlung, bildet sich aus 40 Abgeordneten, wobei die eine Hälfte über Parteilisten, die andere über Direktmandate gewählt wird. Die Oberkammer, der sogenannte Republikrat, setzt sich entsprechend der Verwaltungsgebiete zusammen, insgesamt 21. Demnach sind im Rat 21 Sitze zu vergeben. Allerdings werden drei der Bergregionen im Süden vorerst nicht im Rat vertreten sein. Die Unterkammer verabschiedet Gesetze, die Oberkammer bestätigt sie. Das Schema ist wohl bekannt.

Laut Angaben aus dem WählerInnenverzeichnis vom 1. Juli 2005 sind in Tschetschenien insgesamt 596.961 Personen wahlberechtigt. Zur Wahl stehen acht Parteien: Die Partei des russischen Präsidenten Wladimir Putin "Einiges Russland", die Kommunistische Partei Russlands (KPRF), die rechtspopulistische Partei von Wladimir Zhirinovski LDPR, die wirtschaftsliberalen Parteien Jabloko und die "Union der rechten Kräfte" (SPS), die Partei "Volkswille", "Rodina" (Heimat) und die "Eurasische Union". Nicht alle der genannten Parteien führen indes einen realen Wahlkampf oder verfügen überhaupt denn über eine relevante Basis, in jedem Fall aber lohnt sich ein genauer Blick auf die bedeutenderen Akteure.

Außer Konkurrenz tritt die Putinpartei "Einiges Russland" an; sie rechnet mit nicht weniger als 80% der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von bis zu 90%. Nirgendwo in Russland agiert diese Partei so erfolgreich wie in Tschetschenien. 29.000 Mitglieder und Filialen in allen Ortschaften sind das Ergebnis einer gezielten, allerdings kostenträchtigen Kampagne. Besonders aktive Mitglieder erhalten für ihr Engagement eine Entlohnung in bar oder in Form von diversen Dienstleistungen. Die Partei regelt gelegentlich auch Probleme mit missliebigen StaatsdienerInnen. Die größte Versuchung für den Parteieintritt besteht jedoch allein im Besitz des Parteibuchs, welches das Passieren der zahlreichen leidigen russischen Straßenposten ohne Bakschisch und physische Übergriffe ermöglicht. Dabei gilt das "Einige Russland" bei weitem nicht als Synonym für den Kreml, sondern vielmehr wird die Partei vor Ort mit dem Jamadajew-Clan assoziiert. Einer der Jamadajew-Brüder, Ruslan, ist Abgeordneter der Russischen Duma, der andere, Sulim, Chef des für brutale Übergriffe und Säuberungsaktionen berüchtigten Bataillons "Wostok" (Osten). Isa, der dritte im Bunde, hat seine Kandidatur zu den Wahlen angekündigt. Die besten Listenplätze werden von hochrangigen Staatsträgern besetzt. Es existiert sogar ein Parteiprogramm mit allerlei Allgemeinplätzen von ökologischen und sozialen Fragen bis hin zu wirtschaftlichen Belangen.

Sowohl Jabloko als auch die SPS stehen mit jeweils etwa 1.000 Mitgliedern wesentlich bescheidener da. Jede Partei rechnet mit 6-7% der Stimmen. Einer der Parteiführer der SPS, Boris Nadezhdin, sagte hingegen unlängst auf einer öffentlichen Veranstaltung in Moskau, ihm seien "8,2 Prozent zugesagt worden". Inhaltlich will sich die SPS gegen Korruption und das in der Republik alles bestimmende Clanwesen einsetzen und bewegt sich damit in ihrer Rhetorik genau so weit von der Wirklichkeit entfernt, wie alle anderen Kandidaten. Faktisch lässt sich die tschetschenische Filiale als Zusammenschluss diverser Unternehmer und Geschäftsleute unter dem schützenden Dach des Industrie- und Energieministeriums bezeichnen, welches die Parteizentrale in Grozny beherbergt. Der Sohn und der Neffe des Ministers kümmern sich um die Parteibelange, während der ehemalige Verteidigungsminister der Regierung Itschkerijas (des "freien und unabhängigen" Tschetschenien, also nicht des an Moskau orientierten) Magomed Hambijew den Rückhalt in den Bergregionen des Südens sichern soll. Ob der bekannte Separatist tatsächlich seine politische Haltung geändert hat, ist Auslegungssache. Seine Entscheidung für eine Karriere als Parlamentsabgeordneter der SPS

fiel jedenfalls erst nach der jüngsten Entführung einiger Dutzend vornehmlich weiblicher Familienangehöriger durch die halboffiziellen Truppen des ersten Vizepremiers und gemeinhin als Schlächter bekannten Ramzan Kadyrow.

Von freien Wahlen zu sprechen, wäre zynisch

Die "Eurasische Union" - nicht zu verwechseln mit der Partei des Moskauer Geopolitikers Aleksandr Dugin - besteht hauptsächlich aus Leuten Kadyrows, was deren Standing unweigerlich verbessert. Dies im Unterschied zur "Republikanischen Partei Russlands", die als ein Zusammenschluss diverser liberaler Parteien und Bürgerrechtsorganisationen noch am ehesten die Interessen der zahlreichen, zwangsweise nach Tschetschenien zurückgekehrten Flüchtlinge hätte vertreten können. Ihre Weigerung, Figuren aus dem tschetschenischen Establishment in der Wahlliste zu platzieren, führte zu einem "Njet" durch die Wahlkommission aus "formalen" Gründen. Dabei sind sich ohnehin alle Parteien einig, dass der Großteil der Abgeordnetenplätze bereits unter dem Jamadajew-Clan, Kadyrow und weiteren einflussreichen Regierungsmitgliedern aufgeteilt ist.

Soziale Belange und Fragen zur verheerenden Situation auf dem Arbeitsmarkt - wenn man ihn denn so nennen will bei einer Arbeitslosigkeit, die selbst Präsident Alu Alchanow bei 60 Prozent einstuft, wobei etwa 97 Prozent der offiziellen Arbeitsplätze im Ölsektor verankert sind - tauchen in der Wahlrhetorik fast aller Parteien auf. Doch zum nach wie vor aktuellsten Thema, der fortdauernden Willkür tschetschenischer und russischer Streitkräfte und anderer Sondereinheiten, nimmt niemand Stellung. Das Thema ist zu heikel und kann buchstäblich den Kopf kosten. Russische Menschenrechtsorganisationen teilten unlängst der Presse mit, dass allein im Monat Oktober 116 Personen entführt wurden. Dem gegenüber stehen die offiziellen Zahlen der Regierung in Grozny, die lediglich von 16 Personen spricht und insgesamt eine sinkende Tendenz von Fällen plötzlichen "Verschwindens" von Zivilpersonen erkennen will. Dass indes bei der Miliz und der Staatsanwaltschaft weniger Klagen eingehen, mag in erster Linie damit zusammenhängen, dass mit einer realen Unterstützung der Staatsorgane ohnehin niemand rechnet. Zudem könnte eine Klage womöglich den Besuch maskierter Sondereinheiten nach sich ziehen. Von auch nur halbwegs freien Wahlen zu sprechen, wäre demnach überaus zynisch. Der Krieg gegen die Bevölkerung geht weiter, nur darf er nicht als solcher benannt werden.

Trotz aller Bemühungen aus Moskau, dauern die Kampfhandlungen in Tschetschenien nach wie vor an. Um Putins angekratztes Ansehen in vollem Umfang wieder herzustellen, wählte der Kreml seine altbekannte Taktik, die auch in den umliegenden zu Russland gehörigen Kaukasusrepubliken Inguschetien oder Nordossetien Anwendung findet. Unter Missachtung der lokalen realen Machtverhältnisse wird ein Moskautreuer Präsident etabliert, dessen Clan über nicht allzu viel Einfluss verfügt. Damit ist dieser steuerbar, da er die Unterstützung aus Moskau benötigt. Diese Verankerungspolitik des Kreml greift jedoch im vom Krieg gezeichneten Tschetschenien - der nun bereits seit über zehn Jahren andauert - immer weniger. Zu einen gibt es keine Garantien, dass getroffene Absprachen zwischen Moskau und Grosny auch wirklich eingehalten werden. Zum anderen fehlen in der Kaukasusrepublik ausgeprägte zivilgesellschaftliche Strukturen, reale Parteien und sonstige Interessensverbände, die ein Korrektiv bilden könnten. Dies führt zu einer Formierung einer innerrepublikanischen Elite der Kadyrows, Jamadajews, Alchanows und weiteren, deren politische Linie in vielerlei Hinsicht unabhängig vom Moskauer Zentrum bestimmt wird. Der Politologe Sergej Markedonow nennt dieses Phänomen systemorientierten Separatismus. Anders als der mit bewaffneten Mitteln geführte Kampf für eine staatliche Unabhängigkeit zeichnet dieser sich durch den Verbleib innerhalb der Russischen Föderation aus, allerdings jenseits der russischen Rechtsnormen und Rechtsprechung. Der Kreml ist den selbstdeklarierten prorussischen Kräften gegenüber durchaus zu spürbaren Zugeständnissen bereit. In einem zwar bislang noch nicht unterzeichneten Staatsvertrag zwischen Moskau und Grozny sind weit reichende Vollmachten für die tschetschenische Teilrepublik vorgesehen, wie sie nicht einmal die weitgehend autonomen Föderationsrepubliken Tatarstan und Baschkortostan vorweisen können.

Die Stärkung der neuen Eliten hinterlässt auch bei den kämpfenden Separatisten ihre Spuren, deren Anzahl im Moment auf zwischen 800 und 1.000 geschätzt wird. Zusätzlich geschwächt durch den Tod des ehemaligen Separatistenführers Aslan Maschadow im März diesen Jahres erfreut sich die Idee eines unabhängigen "Itschkerias" immer weniger Beliebtheit. Spätestens seit der Geiselnahme in einer Schule im nordossetischen Beslan im September 2004 haben sich terroristische Mittel als verlängerter Hebel des politischen Kampfes in

Tschetschenien weitestgehend diskreditiert, stattdessen greift nun ein verstärkt islamistisch begründeter Terrorismus immer weiter auf den gesamten Nordkaukasus über.

Jüngstes Beispiel dafür ist der Überfall von ca. 150 islamistischen Kämpfern auf staatliche Einrichtungen in Naltschik, der Hauptstadt Kabardino-Balkariens am 13. Oktober. Verantwortlich zeichnete sich die in Tschetschenien basierende "Kaukasische Front" mit dem Warlord Schamil Bassajew an der Spitze. Die Beteiligten stammten allerdings aus lokalen islamistischen Gruppierungen. Dabei galt Kabardino-Balkarien bislang als eher friedliche Region. Doch auch hier macht sich Korruption breit und es brodeln lokale zwischenethnische Konflikte. Die lokalen Eliten und die russische Zentralmacht bleiben angesichts der extrem angespannten sozialen Situation tatenlos. Und nicht zuletzt wird hier, wie auch in Tschetschenien, das Andenken an die Deportationen unter Stalin wach und sorgt für eine offen antirussische Stimmung.

Ute Weinmann

21. Kein Bürgerkrieg in Frankreich. Die Vorstädte als Laboratorien sozialer Krisenprozesse

Autor: Bernhard Schmid, Paris · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:39

Als den "ruhmvollen Vorboten einer neuen Gesellschaft" begrüßte einst Karl Marx das aufständische Pariser Proletariat. ("Der Bürgerkrieg in Frankreich", geschrieben im Mai 1871) Die ebenfalls von Paris ausgehenden Riots in vielen französischen Trabantenstädten, den Banlieues, geben weit weniger Anlass zur Hoffnung, meint unser Korrespondent: In dem militanten Aufbegehren gegen Staatsgewalt und soziale Verelendung ist eine politische Perspektive bislang nicht erkennbar.

Am Ausgangspunkt der "Revolte", der zehn Kilometer nordöstlich von Paris gelegenen Trabantenstadt Clichy-sous-Bois, kann von einer Art sozialer Bewegung gesprochen werden. Diese lässt allerdings jeden Ansatz einer politischen Orientierung vermissen. Mehrere hundert männliche Jugendliche und junge Erwachsene lieferten sich hier in den ersten Tagen Straßenkämpfe mit den staatlichen Ordnungskräften. Zum Teil erhielten sie dabei Beifall von Familien an den offenen Fenstern der umliegenden Hochhäuser.

Dagegen waren anderswo kleine und sehr mobile Gruppen am Werk, deren Teilnehmer meist zwischen 15 und 25 Jahre alt sind und die direkte Zusammenstöße mit der Polizei vermeiden. Sofern ein harter Kern vorhanden ist, handelt es sich in diesen Fällen eher um Banden, die den Aufruhr nutzen, um Sympathisanten zu mobilisieren, aber hauptsächlich mit dem Ziel, Stromausfälle zu provozieren und zu plündern. Wiederum in anderen Fällen dagegen handelt es sich um spontan handelnde Jugendliche, die sich "endlich einmal ernst genommen" fühlen, wenn sie Autos in Brand stecken. Diese Aktionsform ist mittlerweile stark ritualisiert, denn auch in "ruhigen" Nächten brennen frankreichweit durchschnittlich zwischen 20 und 40 Fahrzeuge.

Die staatstragende Linke stützt den Innenminister

Es stellt sich die Fragen nach den Gründen für die jüngste Eskalation. Den Anlass lieferte das tragische Ende einer Flucht vor der Polizei, die sich an der Stadtgrenze zwischen Clichy-sous-Bois und Livry-Gargan abspielte. Bouna, 15 Jahre alt, Zyed (17) und der 21-jährige Metin - drei junge Franzosen, deren Familien aus Mali, aus dem Maghreb und aus der Türkei kamen - hatten sich in einem Umspannhäuschen des Stromversorgungsunternehmens EDF in Sicherheit bringen wollen. Zwei von ihnen starben durch einen Starkstromschlag, während der dritte mit schweren Verbrennungen davon kam.

Nach Berichten von Libération und der gemäßigten Boulevardzeitung Le Parisien hatten sich die Jugendlichen gar nichts zu Schulden kommen lassen. Vielmehr entzogen sie sich, auf dem Nachhauseweg von einem Fußballspiel, einer der unzähligen Personalienkontrollen, die als sinnlose Schikane erlebt werden. Selbst in einer Reportage dreier Journalistinnen des konservativen Figaro wird ein Jugendlicher mit den Worten zitiert, dass "zwei Mal pro Tag kontrolliert wird, wer nur den Fehler begeht, in Clichy-sous-Bois zu wohnen".

Dass die Empörung über den tödlichen Unfall der Jugendlichen, die nach in den Banlieues verbreiteter Ansicht durch die Polizei in den Tod gehetzt wurden, auf derart breiter Front in "Randale" überging, hat selbstverständlich tiefere Ursachen. Die französischen Trabantenstädte bildeten in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten eine Art "Laboratorium für gesellschaftliche Krisenprozesse", das nur sehr schwer mit äußerlich ähnlichen Wohngegenden in Deutschland verglichen werden kann.

Die Banlieues sind davon geprägt, dass ein Großteil der mit "sozialen Problemen" behafteten Bevölkerungsgruppen in die Vorstadtzonen abgedrängt werden. Das Kriterium ist dabei kein "ethnisches" oder religiöses, sondern finanzieller Natur. Auf Grund der Tatsache, dass zu der Territorialisierung der "sozialen Frage" in der Vorstellung breiter Kreise, die außerhalb der Trabantenstädte wohnen, auch noch eine Ethnisierung hinzu kommt, werden jedoch vor allem schwarze und arabischstämmige Immigranten als "typische" Vertreter der Banlieues wahrgenommen. Dabei leben auch sehr viele sozial abgestiegene Weiße und ihre Kinder in denselben Trabantenstädten. Sie sind genauso an denselben Krisen- und Gewaltphänomen wie Bandenbildung und am alltäglichen Krieg "Aller gegen alle" beteiligt.

Rund um Paris bildeten die Vorstädte Jahrzehnte hindurch den "roten Gürtel", der größtenteils durch die KP regiert wurde. Davon sind heute nur noch Restbestände übrig. Die jüngeren Generationen werden seit 30 Jahren nicht mehr durch Erwerbsarbeit und Fabrikdisziplin sozialisiert, sondern durch Arbeitslosigkeit. Den

Ersatz für das frühere Bewusstsein oder zumindest Gefühl der Klassenzugehörigkeit bieten der Anschluss an Jugendbanden und zum Teil auch "Identitätsangebote" wie die der Islamisten. Deren Erfolg in manchen Banlieues stellt freilich nicht die Ursache der sozialen Krise dar.

In der Sichtweise vieler Jugendlicher in den Banlieues wird die Territorialisierung sozialer Probleme, die im herrschenden Diskurs stattfindet, übernommen und einfach umgedreht: Der Staat als gesellschaftliches Gewaltverhältnis wird wie ein äußerer Aggressor und als Repräsentant der flagranten Ungerechtigkeit bei der Verteilung von Ressourcen wahrgenommen, gegen den es das eigene Territorium zu verteidigen gilt. Dabei hängen sehr viele EinwohnerInnen der Trabantenstädten aktuell von den sozialen Staatsfunktionen ab. Insofern haben viele Aktionen der Banlieuejugend auch selbstzerstörerischen Charakter, da sie eine gesellschaftlichen Bedürfnissen dienende Infrastruktur treffen.

Repression und "soziale Begleitmaßnahmen"

In den letzten 15 Jahren bildete sich ein Konsens zwischen den staatstragenden Kräften heraus, wonach die Problematik der Trabantenstädte vorwiegend als ein Problem polizeilicher Sicherheitspolitik zu sehen ist. In den frühen 1990er Jahren machten die Vorstädte unter dem damaligen Innenminister Charles Pasqua eine extrem repressive Phase durch. Innerhalb von zweieinhalb Jahren kam es damals zu fast 200 Todesfällen bei polizeilichen Kontrollen, bei Zusammenstößen zwischen Jugendlichen und Ordnungskräften und in "polizeilichem Gewahrsam".

Als die Sozialdemokratie und die mit ihnen verbündeten Linksparteien wieder das Regierungsgeschäft übernahmen, wiesen deren Sicherheitspolitiker der Repression ebenfalls eine zentrale Rolle bei der Lösung des Problems der "violences urbaines" zu. Gleichzeitig schufen sie die "einwohnernahe Polizei", die bei kleineren Alltagsproblemen und Nachbarschaftsstreitigkeiten eingeschaltet werden konnte.

Mit dem Regierungswechsel im Mai 2002 und dem Amtsantritt des neuen Innenministers Nicolas Sarkozy erfolgte jedoch der fristlose Abbruch des Experiments. Die "einwohnernahe Polizei" wurde stark reduziert, auch in Clichy-sous-Bois, und Sarkozy spottete, seine Polizisten hätten nicht "Sozialarbeiter und Stadtteilanimateure zu spielen". Die repressiven Einheiten übernahmen wieder allein das Terrain.

Sarkozy mobilisierte aber auch religiöse und kommunitaristische Gruppen als "Ordnungsstifter", darunter insbesondere moslemische Verbände. Den letzteren, auch den reaktionär-kommunitaristischen und teilweise Islamisten nahe stehenden Vereinigungen, kam dies entgegen. Besteht ihr zentrales ideologisches Anliegen doch in einer - nötigenfalls autoritären - "Moralisierung" der Gesellschaft. Sarkozy konnte sich so als Vertreter politischer "Ausgewogenheit" präsentieren, da er nicht nur die notwendige Repression garantiere, sondern zugleich Integrationsangebote an Vertreter von Migrantengruppen mache. "Hart, aber gerecht" lautet seine häufig wiederholte Devise.

Um auf die zunehmende Kritik aus dem eigenen Lager zu antworten, hat der Innenminister aber in den Tagen der Eskalation einen Teil der Warnungen vor dem Islamismus - als angeblich hinter den Ereignissen steckendem Unruhestifter - in seine Rhetorik übernommen. So warnte er davor, bei einem Scheitern seiner Strategie drohe "die Ordnung der Mafias oder jene der Fundamentalisten". Tatsache ist jedoch, dass besonders die reaktionären Kreise innerhalb des Islam im aktuellen Kontext eher auf die Strategie setzen, durch die Behörden als potenzielle "Ordnungsstifter" akzeptiert zu werden.

In der Linken hat man kurzfristig Schwierigkeiten, eine adäquate Antwort auf die Ereignisse zu finden. Dies ist darauf zurückzuführen, dass man zwar die "soziale Frage" und ihre besondere Form in den Banlieues als Ursache der Krise begreift, aber zugleich nur schwer die konkreten Aktionsformen der Jugendlichen als Ansatz zu einer Lösung dieser Problematik verstehen kann. Lediglich die allerdings extrem marginalen autonomen Gruppen begrüßen das Vorgehen der Banlieuejugend nahezu uneingeschränkt. Sie sehen in den Riots eine Regung des Subproletariats und Vorboten der sozialen Revolution. Dies dürfte, gelinde gesagt, im Hinblick auf die gesellschaftliche Realität reichlich optimistisch sein.

Die staatstragende Linke tut sich ihrerseits in der derzeitigen Lage besonders schwer. Die Sozialdemokraten beklagen vor allem die "Abkehr vom Prinzip der einwohnernahen Polizei". Direkt und indirekt kritisieren sie die Politik Sarkozys, besonders seine Hetzreden gegen "Abschaum" und "Gesocks" in den Vorstädten, die mit dem "Hochdruckreiniger" zu "säubern" seien. Dennoch konnten sich die führenden sozialistischen Politiker

bisher nicht dazu durchringen, auch den Rücktritt des Innenministers zu fordern. Ihrer Auffassung nach könnte das als Ermutigung der "Krawallmacher" ausgelegt werden.

In den Banlieues gilt der Staat als äußerer Aggressor

Dagegen fordern die KP und die Grünen mittlerweile lautstark den Rücktritt des Innenministers. Die KP legt in ihren Stellungnahmen den Schwerpunkt auf die Forderung nach einer Umgewichtung des staatlichen Handelns in den Trabantenstädten. Es müsse mehr Geld für die dringendsten sozialen Aufgaben und Bedürfnisse in den Banlieues zur Verfügung gestellt werden, gleichzeitig wurde aber auch "die Gewalt" verurteilt.

Weder das Problem aus der staatlichen Perspektive betrachten noch die Aktionsformen der Banlieuejugend bejubeln möchte der größere Teil der radikalen Linken. Alain Krivine, einer der Köpfe des Pariser Mai 1968 und bis vor kurzem Wortführer der trotzkistisch-undogmatischen Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR), sprach in einer Stellungnahme differenzierend sowohl von "einer Revolte" als auch "von Gewalttaten", die "in der Gesellschaft Besorgnis" hervor riefen. An alle anderen Linkskräfte richtete die LCR den Vorschlag, eine gemeinsame Großdemonstration in Form eines "friedlichen Marschs aus den Trabantenstädten" in das Pariser Machtzentrum durchzuführen, um den Rücktritt des Innenministers zu fordern.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums, in der rechtsextremen Opposition, versucht man dagegen den repressiven Kurs des Innenministers noch zu toppen. Die stärksten Töne spuckte diesmal nicht Jean-Marie Le Pen, sondern der Rechtskatholik und nationalkonservative EU-Kritiker, Graf Philippe de Villiers. Er forderte, statt der Polizei die Armee in den Banlieues einzusetzen, die Militärs mit weit reichenden Durchsuchungsbefugnissen auszustatten und "Eltern in den Trabantenstädten, die ihre Kinder und Jugendlichen abends nach draußen gehen lassen, die Sozialleistungen zu sperren". Marine Le Pen, die Tochter des Front-National-Chefs, forderte als erste "die Verhängung des Ausnahmezustands über die Unruhezonen".

Diese Forderung hat die Regierung am 7. November übernommen, indem sie ein Gesetz über den Ausnahmezustand vom 3. April 1955 wieder in Kraft setzte. Dieses Gesetz erteilt den Präfekten - den juristischen Vertretern des französischen Zentralstaats in den Départements und Regionen - die Vollmacht, zu bestimmten Zeiten ein allgemeines Ausgangsverbot zu verhängen. Es wurde im Zusammenhang mit dem 1954 begonnenen Kolonialkrieg in Algerien verabschiedet und seit dessen Ende nicht mehr angewandt.

Im Rahmen "sozialer Begleitmaßnahmen" verkündete Regierungschef De Villepin ferner, den Jugendlichen aus den "sozialen Problemvierteln" würden nunmehr bei den Arbeitsämtern "Arbeits- oder Ausbildungsvorschläge" zuteil werden. Ob dies mehr sein wird als ein Placebo zur Krisenverwaltung, bleibt abzuwarten.

Bernhard Schmid, Paris

22. Erinnerung lässt sich nicht verbieten. Uruguay: Zwei Jahrzehnte Kampf um Strafverfolgung der Diktaturverbrechen

Autor: Knut Rauchfuss · Rubrik: Uruguay · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:03

Den Juni 2005 hatte sich Juan María Bordaberry sicherlich anders vorgestellt. Fast auf den Tag genau 32 Jahre zuvor, am 27. Juni 1973, hatte der uruguayische Ex-Diktator den Ausnahmezustand verkündet, das Parlament aufgelöst und mit Hilfe des Militärs die Macht an sich gerissen. Heute sitzt der Geburtshelfer der brutalsten Militärdiktatur in der Geschichte des Landes erstmals vor dem Untersuchungsrichter.

Lange konnten sich die uruguayischen Machthaber sicher fühlen, und tatsächlich wurde bis heute keiner von ihnen für die Verbrechen belangt, die sie während der 12jährigen Militärherrschaft begingen. Doch der Schutzwall der Straflosigkeit beginnt zu bröckeln. Unter der Diktatur galt Uruguay als "Folterkammer Südamerikas". Mehr als 60.000 Menschen wurden festgenommen, misshandelt, entführt oder ermordet. Fast 6.000 verbrachten einen Großteil jener Jahre in den Kerkern der Diktatur, die meisten von ihnen ohne jedes Gerichtsurteil. Verglichen mit anderen lateinamerikanischen Diktaturen mögen diese Zahlen gering erscheinen, gemessen an der niedrigen Bevölkerungszahl hatte Uruguay jedoch die meisten politischen Häftlinge des Kontinents: auf je fünfzig BürgerInnen kam eine Verhaftung.

"Von dreißig Uruguayern übt einer die Funktion aus, die anderen zu überwachen, zu verfolgen und zu bestrafen. Außer in Kasernen und bei der Polizei gibt es keine Arbeitsplätze", vermerkte der uruguayische Schriftsteller Eduardo Galeano 1976 in Buenos Aires in seinem Exiltagebuch. Wie Galeano waren tausende Oppositionelle über den Rio de la Plata nach Argentinien geflohen, wo bis 1976 noch eine zivile Regierung herrschte. Unter ihnen auch Zelmar Michelini, Ex-Erziehungsminister und Mitbegründer des uruguayischen Linksbündnisses Frente Amplio, und Héctor Gutiérrez Ruiz, ehemals urguayischer Parlamentspräsident der Konservativen. Michelini und Gutiérrez Ruiz schrieben für verschiedene Zeitungen - Galeano leitete die Zeitschrift Crisis.

Doch die Flüchtlinge waren auch im Nachbarland nicht sicher. Nach dem argentinischen Putsch spitzte sich ihre Lage dramatisch zu. Im Rahmen der "Operation Condor" hatten sich die Geheimdienste der Diktaturen im Süden Lateinamerikas auf eine grenzüberschreitende Verfolgung ihrer GegnerInnen verständigt. Bei einem seiner letzten Besuche in der Crisis-Redaktion prophezeite Michelini Galeano: "Es sieht so aus, als hätten wir nur die Wahl zwischen Folter und Genickschuss."

Zwischen Folter und Genickschuss

In der Nacht zum 19. Mai 1976 verschleppten bewaffnete Sicherheitskräfte Zelmar Michelini aus dem Hotel Liberty und Héctor Gutiérrez Ruiz aus seiner Wohnung. Wenige Wochen später verließ Galeano das Land. Drei Tage nach ihrer Entführung fand man die grausam zugerichteten Leichen von Gutiérrez Ruiz und Michelini zusammen mit zwei ebenfalls im Exil ermordeten Tupamaro-Aktivisten in einem verlassenen Auto. Sie bezahlten ihre Arbeit als Stimmen der Exil-Opposition mit dem Leben.

Keine zwei Wochen zuvor hatten sich der uruguayische Außenminister Juan Carlos Blanco und sein argentinischer Amtskollege getroffen. Blanco überbrachte einen Beschluss des Nationalen Sicherheitsrates, dem neben verschiedenen Militärs auch der Innenminister und Präsident Bordaberry angehörten. Der Rat hatte entschieden, Gutiérrez Ruiz und Michelini ermorden zu lassen. Argentinische wie uruguayische Kommandos vollstreckten diesen Beschluss in einer konzertierten Operation. Am 13. Juli 1976 verschleppten sie auch Michelinis Tochter Margarita in das geheime Folterzentrum "Automotores Olivetti".

Rafael Michelini ist heute Senator des Linksbündnisses Frente Amplio, wie vormals Vater Zelmar. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Straflosigkeit in Uruguay zu beenden, die Leichen der Verschwundenen zu finden und die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen. Doch auch im Uruguay des Jahres 2005, das durch das Linksbündnis mit einer deutlichen Mehrheit in beiden Parlamentskammern regiert wird, ist dies kein einfaches Vorhaben.

Amnestie wäscht nicht sauber, sondern rein

Nach dem Ende der Diktatur im Frühjahr 1985 wurden zahlreiche Klagen gegen Verantwortliche eingereicht. Als erster Militär sollte Oberst Gavazzo vor Gericht erscheinen, der für das argentinische Folterzentrum "Automotores Olivetti" zuständig war. Doch nur einen Tag zuvor verabschiedeten Abgeordnetenkammer und Senat gegen die Stimmen der Opposition Ende Dezember 1986 ein Amnestiegesetz. Amnestiert wurden all jene Verbrechen, die von Sicherheitskräften auf Anordnung begangen wurden. Die Prozesse wurden sofort gestoppt. "Jeder Krieg bringt Exzesse mit sich und wird stets mit einer Amnestie beendet. Und an jenem Krieg der sechziger und siebziger Jahre tragen alle Uruguayer Mitschuld", versuchte Jorge Battlle, damals noch Präsidentschaftskandidat, die Amnestie zu rechtfertigen.

Matilde de Gutiérrez Ruiz, die Witwe des im Exil ermordeten ehemaligen Parlamentspräsidenten, empörte sich öffentlich: "Woher nimmt man das Argument, wir alle seien verantwortlich? Daher, dass wir eigene Gedanken haben, politischen Parteien angehören, Gewerkschafter sind? In der Bibliothek Bücher haben, die den Faschisten nicht behagen? Was ist das für ein Exzess, wenn jemand in meine Wohnung in Buenos Aires eine bezahlte Bande schickt, um meinen Mann zu entführen? Die, die diese Exzesse begingen, tragen die Uniform meines Landes, beziehen ihr Gehalt vom Staat, rücken in der Armee im Rang auf." Gemeinsam mit der Witwe Michelinis und anderen Angehörigen von Opfern der Diktatur trat sie einer Kommission bei, die ein Referendum gegen das Amnestiegesetz auf den Weg bringen wollte. Um ein Referendum herbeizuführen, waren Unterschriften von mehr als 25% aller Wahlberechtigten nötig; eine hohe Hürde, die sie jedoch nach neun Monaten und unzähligen Hausbesuchen genommen hatten; 634.702 Unterschriften wurden dem Wahlgerichtshof Ende 1987 vorgelegt. Anschließend begann das Ringen um die Gültigkeit der Unterschriften. Die BefürworterInnen der Amnestie manipulierten mit allen Mitteln. 106.000 Unterschriften wurden wegen angeblicher Formfehler gestrichen, darunter auch die von zahlreichen prominenten RepräsentantInnen der Referendum-Kampagne. Massenproteste zwangen das Wahlgericht schließlich, 36.000 UnterzeichnerInnen die Möglichkeit zur Bestätigung ihrer Unterschrift binnen drei Tagen einzuräumen. Eine offizielle Benachrichtigung der Betroffenen blieb jedoch aus. In einem erneuten Kraftakt gelang es der Kampagne dennoch, 23.000 von ihnen zu erreichen und zur erneuten Abgabe der Unterschrift zu bewegen. Das Referendum musste für den 16. April 1989 anberaumt werden.

Doch die Manipulationen der Regierung setzten sich fort. Werbespots gegen Straflosigkeit fielen der Zensur zum Opfer und das Militär drohte öffentlich mit der "Fortsetzung des Krieges gegen die Subversion". Zwar setzten sich 43,3% der Wahlberechtigten über ihre Angst hinweg und stimmten gegen das Amnestiegesetz. Für eine Mehrheit waren dies jedoch zu wenig.

Dennoch kämpften Basisorganisationen weiter gegen die Straflosigkeit. Wie in den Nachbarländern machten Gruppen vorwiegend junger AktivistInnen bei so genannten Escraches vor den Häusern von Tätern auf deren Verbrechen aufmerksam. Unablässig fanden Kundgebungen gegen die Amnestie statt. Klagen gegen zivile Verantwortliche, die nicht unter die Amnestie fielen, wurden vorbereitet. Schließlich sah sich Präsident Jorge Battlle elf Jahre nach dem Referendum gezwungen, eine "Friedenskommission" ins Leben zu rufen, um die Foltervorwürfe und den Verbleib der Verschwundenen zu untersuchen. Diese Kommission erhielt allerdings keine juristischen Vollmachten.

Das dürftige Ergebnis dreijähriger Kommissionsarbeit lag am 10. April 2003 vor. Es enthielt neben dem erstmals offiziellen Eingeständnis, dass die staatlichen Sicherheitskräfte während der Diktatur Menschen systematisch in geheimen Zentren festhielten und folterten, auch die Feststellung, dass 38 Menschen in uruguayischer Haft verschwanden, die übrigen 182 außerhalb der Landesgrenzen. Berichten zufolge seien die Opfer beerdigt, verbrannt oder ins Meer geworfen worden.

Verbrannt oder ins Meer geworfen

Was von Präsident Battlle als Schlussstrich gedacht war, fachte den Protest jedoch nur weiter an. Senator Rafael Michelini bezeichnete den Bericht der Kommission als Ablenkungsmanöver. Nun müsse die Suche nach den sterblichen Überresten der Opfer des Terrors erst recht weitergehen und juristisch gegen die Verantwortlichen vorgegangen werden. "Es ist ein paradoxes Land, wo diejenigen, die Zelmar Michelini und Héctor Gutiérrez Ruiz ermordet haben, straflos und friedlich auf Straßen spazieren können, die nach den beiden benannt sind", charakterisierte Eduardo Galeano die Situation.

Noch während der Arbeit der Kommission wurde Ex-Außenminister Juan Carlos Blanco wegen Mordes an Gutiérrez Ruiz und Michelini angeklagt und für fast sieben Monate in Untersuchungshaft genommen. Auch gegen Ex-Diktator Bordaberry wurde ermittelt. Das Verfahren wurde jedoch aus Mangel an Beweisen eingestellt. Daraufhin zeigte Anwältin Dr. Hebe Martinez Burlé für die Vereinigung der Familienangehörigen Bordaberry wegen Landesverrats an, da er 1972 das Parlament aufgelöst hatte. Das Gericht jedoch verschleppte das Verfahren bis zur Verjährung. Allmählich jedoch wurden Regierung und Militär unruhig. Präsident Battlle schlug die Ausweitung der Amnestie auch auf zivile Funktionsträger vor, um die anlaufenden Klagen und die Untersuchungshaft Blancos zu stoppen. Massenproteste und erneute Escraches waren die Folge. Ein halbes Jahr später wurde Battlle abgewählt.

Am 31. Oktober 2004 gewann erstmals in der Geschichte des Landes die Frente Amplio die Wahl. Der neue Präsident Tabaré Vázquez plant u.a. eine Reform des Justizsystems, die Verbesserung der Haftbedingungen, die Einrichtung eines Menschenrechtsinstitutes, die Reform der Streitkräfte, die Ratifizierung internationaler Abkommen und die Aufarbeitung der Vergangenheit. Mit dem argentinischen Präsidenten Nestor Kirchner vereinbarte Vázquez, gemeinsam nach den Verschwundenen beider Länder zu suchen. Mitte April 2005 veranlasste die Regierung erste Ausgrabungen auf Kasernengeländen. Das Amnestiegesetz jedoch will auch die Linksregierung nicht antasten. Dies gebiete der Respekt vor der Volksabstimmung. Man wolle jedoch die Ermessensspielräume besser nutzen und Untersuchungen z.B. der Morde im Ausland einleiten, da diese nicht durch ein uruguayisches Gesetz amnestiert werden können.

Im August 2005 stellte der Präsident einen Militärbericht vor, aus dem sich neue Hinweise auf den Verbleib von Verschwundenen und Beweismaterial über die Entführungen aus Buenos Aires ergeben. Wenigstens von drei geheimen Transportflügen ist die Rede.

Am 17. Mai nahm Staatsanwältin Mirtha Guianze eine weitere Klage von Dr. Hebe Martinez Burlé gegen Ex-Diktator Bordaberry und seinen Außenminister Blanco an. Die Anwältin der Angehörigenorganisation rollt damit die Morde an Zelmar Michelini und Héctor Gutiérrez Ruiz neu auf. Sie habe nun ausreichend Beweise für eine Beteiligung der Angeklagten an der Operation Condor, in Tateinheit mit "gemeinschaftlichem Mord in besonders schwerem Fall".

Nur wenige Tage vor dem 32. Jahrestag des Militärputsches lud Untersuchungsrichter Roberto Timbal Ex-Diktator Bordaberry vor, der alle Schuld dem Militär zuschob. Von einer Operation Condor habe er nichts gewusst. Mit Spannung werden nun die ersten Prozesse gegen Militärangehörige, u.a. gegen den Ex-Diktator General Alvarez, erwartet. Unklar ist, ob Militärs erstmals auch Vorladungen Folge leisten werden. Ein Kommandant, der in seiner Kaserne "Asyl" für Angeklagte anbot, wurde bereits entlassen.

Ausgrabungen auf Kasernengeländen

Auch der für das Folterzentrum "Automotores Olivetti" verantwortliche Oberst a.D. José Gavazzo könnte nach 20 Jahren Unterbrechung bald wieder vor Gericht stehen und wegen Taten im Ausland belangt werden. Für den Fall einer Vorladung hat Gavazzo angekündigt, sich "mit Waffen zur Wehr zu setzen".

Knut Rauchfuss

23. Besetzt, umkämpft, enteignet. Eine Papierfabrik in Arbeiterhand: Invepal, Venezuela

Autor: Dario Azzellini · Rubrik: Venezuela · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:19

Am Werkseingang der Papierfabrik, zehn Kilometer hinter der venezolanischen Stadt Moron im Westen Venezuelas, stehen etwa zwei Dutzend Arbeiter in blauen T- Shirts mit dem Aufdruck "Invepal". Invepal hieß früher Venepal - früher, als die Fabrik noch in Privatbesitz war. Am 19. Januar diesen Jahres wurde Venepal per Präsidentschaftsdekret enteignet. Die 1999 in einer Volksabstimmung verabschiedete neue Verfassung der "Bolivarianischen Republik Venezuela" ermöglicht dem Staat Enteignungen in Fällen von "nationalem Interesse". Dies lag hier zweifelsfrei vor, denn seit der von den Fabrikeignern herbeigeführten Schließung von Venepal musste Veneuzela einen Großteil des Papierbedarfs durch Importe decken.

Der Enteignung voraus gegangen war eine lange Geschichte voller Konflikte in dieser einst größten Papierproduktionsstätte Lateinamerikas, die von ihren Besitzern absichtlich in Konkurs geführt worden war. Zur ersten Besetzung der Fabrik kam es im Jahr 2003. Diese endete mit einer Einigung, die von Seiten der Unternehmensleitung jedoch nicht respektiert wurde. Daraufhin besetzten die Arbeiter das Werk erneut und forderten seine Enteignung - mit Erfolg.

Seit Juli 2005 sind zwei Produktionslinien im Werk wieder angelaufen. Aus einer Maschine kommen etwa zwei Meter breite Bahnen weißes Papier, es wird zu großen Rollen aufgerollt, in derselben Halle zu Schreib- und Kopierpapier geschnitten und schließlich gestapelt und verpackt. Die Pakete werden auf einem Fließband zu einer Gruppe Arbeiter transportiert, die in halbautomatisierten Arbeitsschritten jeweils zehn Pakete in Pappkartons packen, diese mit Plastikbändern fest verschließen und schließlich per Handarbeit auf Paletten stapeln. Zwischendurch finden immer wieder Qualitätskontrollen statt, ein Teil des Papiers wird erneut in die Stapelmaschine gegeben, ein anderer hingegen wird wieder der Zellulose beigemischt.

Die zweite Produktionslinie stellt auf ganz ähnliche Weise braunes Packpapier her, das in einer anderen Halle geschnitten und zu Papiertüten für Lebensmittel, vorwiegend Bäckereien, verarbeitet wird. An einigen Maschinen werden die braunen Papierbahnen vor dem Schneiden bedruckt. Aktuell, im Hinblick auf das Weihnachtsgeschäft, in grün und rot mit Nikoläusen und Weihnachtsbäumen. In der Haupthalle wird eine dritte Produktionslinie überprüft und repariert, um sie in den nächsten Wochen wieder in Betrieb zu setzen. In zwei kleineren Invepal- Fabriken in Maracay werden zudem noch Schulhefte und Lithografiepapier hergestellt. "Wir haben in den vergangenen drei Monaten fast 4.000 Tonnen Papier produziert" erklärt Manrique Gonzalez, Koordinator der Arbeitsvorgänge der verschiedenen Abteilungen bei Invepal, "das sind 50 Prozent des nationalen Bedarfs der hergestellten Papiersorten".

"Als die Fabrik enteignet wurde, haben wir gefeiert und die ganze Nacht Feuerwerk in den Himmel geschossen", erzählt José Perez, der für die Wartung der Maschinen und das Fräsen von Ersatzteilen zuständig ist. Er ist Mitglied der Arbeiterkooperative Covimpa, die aus allen Arbeitern besteht und mit 49 Prozent Anteilen an der Fabrik beteiligt ist; ein Kredit, den sie aus den Gewinnen zurückbezahlen. Der Lohn ist für alle gleich. 51 Prozent Anteile gehören dem Staat. Diese Aufteilung war notwendig, so Perez, denn der Staat brauchte eine legale Form, um 7,5 Millionen Dollar Anschubfinanzierung zu investieren. Allerdings kann die Kooperative nach und nach bis zu 99 Prozent des Unternehmens erwerben, ein Prozent wird symbolisch beim Staat bleiben.

Packpapier mit Nikoläusen und Weihnachtsbäumen

"Das Unternehmen ist aber kein Staatsbetrieb", betont Gonzalez, "es ist ein eigenständiges Unternehmen, an dem der Staat Anteile hat. Er hat aber keine Verfügungsgewalt. Die Erfahrung mit den Staatsbetrieben im Realsozialismus hat dazu geführt, dass wir es hier mit einem anderen Modell versucht haben". Das Modell nennt sich "cogestión", Arbeitermitverwaltung. Das Direktorium besteht aus zwei Arbeitern, zwei Angestellten des staatlichen Anteils von Invepal sowie dem Direktor, dem ehemaligen Gewerkschaftsvorsitzenden Edgar Peña, der in der Arbeiterversammlung gewählt wurde, ebenso wie seine zwei Arbeiterkollegen im Direktorium. Manrique Gonzalez ist allerdings kein Kooperativenmitglied, etwa 40 weitere Angestellte von Invepal ebenfalls nicht. Die Angestellten haben die Aufgabe, die Arbeiter anzulernen, bis deren Kooperative irgendwann alle Arbeiten im Betrieb übernehmen kann. Die Angestellten wurden zwar nicht gewählt, aber sie mussten von der

Arbeiterversammlung bestätigt werden, Invepal kann sie nur vorschlagen. "Manrique hat an unserer Seite gekämpft während der Besetzung", so Perez, "deswegen haben wir ihn akzeptiert". Die Arbeiterversammlung ist das höchste Entscheidungsgremium, selbst Manrique Gonzalez kann Schritte zur Verbesserung der Operationen im Werk nur vorschlagen, die Entscheidung fällt die Arbeiterversammlung, in der nur die Kooperativenmitglieder stimmberechtigt sind.

"Dieses ist der erste Betrieb in dem eine Mitverwaltung eingeführt wurde, wir befinden uns in einem Prozess, wir experimentieren mit neuen Modellen", so Gonzales. "Als die Arbeiter die Kooperative bildeten, war ich noch regulärer Angestellter von Venepal. Ich wurde kurz darauf entlassen, weil ich die kämpfenden Arbeiter unterstützt hatte. Jetzt hoffe ich, dass die Kooperative bald weitere Anteile übernimmt, so dass auch ich ihr beitreten kann."

Gearbeitet wird bei Invepal in zwei Schichten, von 7 Uhr bis 15 Uhr und dann noch mal bis 23 Uhr. Die Arbeit an den Maschinen ist zum Teil ein echter Knochenjob, doch die Arbeiter haben ein rotierendes System für die einfachen Tätigkeiten eingeführt, "um nicht immer dasselbe zu tun und die anstrengenden Tätigkeiten mehr zu verteilen", berichtet ein junger Mann, der an einem Fließband steht, um die Kartons mit zehn Paketen á 500 Blatt Kopierpapier zu kontrollieren. Einige der Arbeiter sind erst seit wenigen Wochen im Werk. Die Kooperative bestand ursprünglich aus 340 Arbeitern, doch mittlerweile sind insgesamt fast 600 für Invepal tätig. Sie werden für eine Probezeit von maximal sechs Monaten von der Kooperative eingestellt, danach müssen sie, so das venezolanische Kooperativengesetz, automatisch als Mitglieder der Kooperative aufgenommen werden.

Allerdings kann die Kooperative weitere Kooperativen für spezifische Tätigkeiten unter Vertrag nehmen, ohne diese in Covimpa integrieren und damit an den Gewinnen beteiligen zu müssen. Das ist z.B. im Fall der betriebseigenen Mensa geschehen. "Ist das nicht ungerecht? Werden die Arbeiter von Invepal zukünftig eine neue Arbeiteraristokratie darstellen?", frage ich. Die Gesichter von Perez und Gonzalez werden nachdenklich. "Das ist ein berechtigter Einwand, wir müssen weiter diskutieren, wie wir das handhaben. Wir haben schon große Schritte gemacht", so Gonzalez, "die Entscheidungen in der Arbeiterversammlung, das gleichmäßige Aufteilen der Gewinne, ganz gleich, ob du Fabrikdirektor bist oder im Werk den Müll wegräumst, wo gibt es das schon? Aber zugleich ist es ein Prozess und es liegt noch viel vor uns".

Invepal übernimmt auch soziale Aufgaben für die Bevölkerung der Umgebung, denn es ist ein "Unternehmen gesellschaftlicher Produktion", so die Bezeichnung für die neuen Unternehmen in Mitverwaltung und die in Kooperativen umgewandelten enteigneten Landgüter ehemaliger Großgrundbesitzer. Das bedeutet, sie müssen zehn Prozent des Gewinns zum Wohl der Gemeinschaft einsetzen. "Das ist vollkommen richtig", so Perez, "vielleicht müssen wir das in Zukunft sogar ausweiten". Am Tor zum zentralen Fabrikgelände steht ein Tisch, er quillt über vor Lebensmitteln: Nudeln, Reis, Bohnen, Sardinenbüchsen, Maismehl, Salz, Zucker und mehr ist dort zu finden. Gleich dahinter kann man in einem Raum Säcke voll von abgepackten haltbaren Nahrungsmitteln sehen. "Wir sammeln täglich Lebensmittel für die ArbeiterInnen einer besetzten Fabrik in Valencia", so Gonzalez' Kollege Perez. "Sie wurden alle entlassen und das Werk, eine Sauerstofffabrik, geschlossen; sie sind in der gleichen Situation, in der wir waren und wollen die gleiche Lösung."

Die Erfahrung der Arbeiter mit dem langen Arbeitskampf und monatelanger Besetzung ohne Einkommen; ein Kampf, der nur durch die praktische Solidarität der Bevölkerung und der ArbeiterInnen anderer Industrien durchzuhalten war - mit dieser Erfahrung im Hintergrund unterstützt Invepal nun andere Betriebe.

So haben diverse Kooperativenmitglieder in den vergangenen Wochen in verschiedenen Teilen des Landes Stände aufgebaut und in armen Stadtteilen Schulhefte zu Fabrikpreisen verkauft. Das Schuljahr in Venezuela hat gerade erst begonnen. "Wir wollen, dass die Armen die Schulhefte billiger kaufen können, aber wir konnten die Hefte nicht mehr in den staatlichen Mercal- Supermärkten unterbringen, so gehen wir eben selbst zur Basis, wenn sie uns eine Verkaufsmöglichkeit bereitstellt", so Perez. Der Verkauf des Papiers von Invepal ist sowieso nicht leicht: Zwischenhändler fordern hohe Anteile und die Einkäufer diverser Regierungsinstitutionen wollen geschmiert werden, wie es bisher gang und gäbe war. "Wir weigern uns, das zu tun", so Perez. Präsident Chávez hat daraufhin veranlasst, dass alle staatlichen Institutionen ihr Papier direkt - und damit auch viel billiger - von Invepal kaufen. "Damit haben wir uns im Staatsapparat viele Feinde gemacht", so Gonzalez, "da sind nämlich viele, die eine rote Mütze tragen und in Wirklichkeit kein bisschen revolutionär sind".

Dario Azzellini, Moron

24. Klima der Einschüchterung und Verunsicherung. Neue "Anti-Terror"-Gesetze auch in Australien

Autor: Vo. · Rubrik: Australien · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:32

Die australische Regierung unter Premierminister John Howard ist womöglich der treueste Verbündete der USA in deren weltweitem "Krieg gegen den Terror". Während sich nach und nach die anderen Partner der "Koalition der Willigen" aus dem Staube machen, hat die Howard-Regierung die australischen Truppenkontingente in Afghanistan und im Irak jüngst noch einmal verstärkt. Das ist zwar im Hinblick auf die tatsächliche militärische Kampfkraft irrelevant, aber von erheblicher symbolischer Bedeutung. Auch an der "Heimatfront" zeigt sich Howard als scharfer Hund. Die Bombenanschläge in London im Juli diesen Jahres zum Anlass nehmend, peitscht er gegenwärtig eine neue "Anti-Terror"-Gesetzgebung durch, die eine drastische Einschränkung zentraler Bürgerrechte zur Folge hat. So wird denn auch in Australien die Demokratie gegen ihre terroristischen Feinde dadurch verteidigt, dass die Regierung demokratische Rechte abbaut.

Die neuen Gesetze sehen unter anderem vor, dass die Rechte und die Bewegungsfreiheit von "terrorverdächtigen" Personen drastisch eingeschränkt werden können. Hausarrest, elektronische Fußfesseln, Kontaktverbot mit bestimmten Personen (einschließlich RechtsanwältInnen, JournalistInnen und Verwandten), Reisebeschränkungen, Verbot der Nutzung von Telefon und Internet u.a. können für zwölf Monate angeordnet werden - auf die bloße Vermutung der Polizei hin, jemand sei ein "Terrorrisiko". Diese Auflagen können beliebig oft verlängert, Verstöße mit fünf Jahren Haft bestraft werden. Außerdem können "Terrorverdächtige" ohne Anklage für zwei Wochen in Vorbeugehaft genommen werden.

Die Polizei erhält zudem erweiterte Befugnisse, BürgerInnen anzuhalten, zu befragen und zu durchsuchen, wenn sie das im Interesse der "Terrorabwehr" für nötig hält. Auf Flughäfen, Bahnhöfen, an Bushaltestellen u.Ä. kann jede und jeder jederzeit durchsucht werden. Die Durchsuchungsbefugnisse des Inlandsgeheimdienstes ASIO (Australian Security Intelligence Organisation) werden massiv ausgeweitet. Organisationen, die Terrorismus "befürworten", können verboten werden (auch der ANC galt einmal als "terroristische Organisation" ...). Angeklagt und bestraft werden können Menschen bereits, wenn sie "erwägen", Terrorakte zu begehen; konkrete Planungen hierfür sind für eine Anklage nicht erforderlich.

Besonders dehnbar und vielseitig anwendbar sind die neuen Bestimmungen über "Aufwiegelei". Sie sollen angeblich jene Leute und Gruppen treffen, die TerroristInnen propagandistisch unterstützen, den Terror verherrlichen oder zu terroristischen Akten auffordern. Allerdings sind die entsprechenden Bestimmungen sehr weit gefasst. Wer zur Gewalt gegen bestimmte Gruppen in der Gesellschaft, gegen die Regierung oder Institutionen des Staates oder gegen die australischen Streitkräfte aufruft oder entsprechende Aufrufe gut heißt oder sich unterstützend für "die Feinde Australiens" ausspricht, kann mit bis zu sieben Jahren Gefängnis bestraft werden. Das bezieht "jede Form" der Unterstützung eines Staates oder einer Organisation ein, die in bewaffneten Auseinandersetzungen mit den australischen Sicherheitskräften steht, sowie alle Aufforderungen zu Handlungen, die die Ordnung, die Regierung und das friedliche Zusammenleben in Australien bedrohen könnten.

Aufwiegelei: Bis zu sieben Jahre Knast

Das ist so weit gefasst, dass damit auch leicht jeder Anti-Kriegs-Protest getroffen werden kann. Kampagnen gegen die Mittäterschaft australischer Truppen im Krieg im Irak können - wenn von der Regierung als opportun erachtet - als "Unterstützung der Feinde Australiens" und "gegen die australischen Streitkräfte gerichtet" denunziert, die entsprechenden Presseorgane und Gruppen verfolgt und KritikerInnen eingeknastet werden. Auf der Linken ist daher auch bereits von der Gefahr eines Polizeistaats die Rede. FriedensaktivistInnen, Gewerkschaftsmilitante, StudentenvertreterInnen - alle jene, die sich gegen die reaktionäre Politik der Howard-Regierung stellen, können potenziell getroffen werden. Meinungs-, Rede- und Versammlungsfreiheit und andere Grundrechte sowie eine unabhängig-kritische Berichterstattung und die grundlegenden Rechte Beschuldigter auf rechtsstaatliche Behandlung sind in Frage gestellt.

Erweiterte Befugnisse für Polizei und Geheimdienst

Gegenwärtig richtet sich die Gesetzgebung und die mit ihr verbundene Stimmungsmache besonders gegen die Muslime in Australien. Unterstellt wird von der Regierung die Gefahr eines islamischen Extremismus, der auch in Australien terrorbereite AnhängerInnen habe. Vertreter der muslimischen Gemeinschaften haben sich gegen die Pauschalverdächtigung "islamischer Fundamentalismus" ausgesprochen, auf die große Verunsicherung in ihren Gemeinden hingewiesen und sich besorgt über die Auswirkungen der neuen Gesetze geäußert. Schon heute werden "arabisch" oder "muslimisch" aussehende junge Männer unverhältnismäßig oft Opfer willkürlicher Polizeikontrollen.

Die außerparlamentarische Linke, Bürgerrechtsorganisationen, progressive Kirchenkreise und kritische JuristInnen weisen darauf hin, dass der "Kampf gegen den Terrorismus" dazu her hält, eben jene grundlegenden demokratischen Rechte abzubauen, die angeblich von den "islamischen Terroristen" angegriffen werden. Im Parlament finden sie allerdings Unterstützung nur bei den kleinen Oppositionsparteien der Demokraten und der Grünen, die sich aus prinzipiellen bürgerrechtlichen Gründen gegen die Gesetze wenden und deren Notwendigkeit und Wirksamkeit in Abrede stellen.

Die größte parlamentarische Oppositionskraft, die Labour Party, dagegen bot in den Debatten um die neuen Gesetze ein Bild des Jammers. Ihre Führung, die sich als mindestens ebenso hart und entschieden im "Krieg gegen den Terror" wie die gegenwärtige konservative Regierung profilieren will, hatte von vorn herein Zustimmung signalisiert, noch bevor sie den Gesetzestextentwurf kannte. Und so wurde zwischen Regierung und Opposition schließlich nur noch um Details "gerungen". Als Widerpart der Howard-Regierung agierten dabei vor allem die Regierungschefs der Labour-geführten Bundesstaaten (und ein paar liberale Hinterbänkler aus den Reihen der Regierungskoalition), die einige Abmilderungen des ursprünglich geplanten Gesetzeswerks erreichten, z. B. hinsichtlich der Vorbeugehaft für Minderjährige.

Doch gelang es Howard, die Labour-Regierungschefs und die Labour-Opposition im nationalen Parlament mit einem simplen Taschenspielertrick vollends auf seine Seite zu ziehen bzw. ihnen die Zustimmung leicht zu machen: Just einen Tag vor der Behandlung der Gesetze im Parlament am 3. November zog Howard "gesicherte Informationen" über eine "potenzielle spezifische terroristische Bedrohung" aus dem Hut. Diese "ernsthafte Bedrohung", die sich just in der Vorwoche entwickelt habe, so Howard, mache eine sofortige Verabschiedung der Gesetze unbedingt notwendig. Die Labour-Führer, in "vertraulichen Gesprächen" von Howard über die entsprechenden "Erkenntnisse" informiert, zeigten sich tief beeindruckt, und Labour stimmte zu. An die Öffentlichkeit drangen nur Gerüchte: Es gebe islamische terrorbereite Gruppen in Melbourne und Sydney, das Ende des Fastenmonats Ramadan sei besonders terror-gefährlich - und ähnliche Platitüden mehr. "Wenige Tage später (am 8. November) wurden dann prompt bei groß angelegten Polizeirazzien 16 Leute verhaftet, die Anschläge geplant haben sollen."

Trotz der Durchsichtigkeit seines Manövers kam Howard mit seiner Botschaft: "Vertraut mir, ich weiß, was gut für das Land ist", wieder einmal durch, und dies, obwohl er die australische Öffentlichkeit schon zigfach getäuscht und belogen hat. Zwar demonstrierten am ersten Novemberwochenende in den großen Städten Australiens Tausende gegen die neuen Gesetze - aber eben nur Tausende. Meinungsumfragen zeigen, dass sieben von zehn AustralierInnen die Howardsche "Antiterror"-Gesetzgebung gut und richtig finden.

Vo, Brisbane/Australien

25. Zwischen Verfolgung und Romantisierung. II. Europäische Antiziganismus-Konferenz in Hamburg

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:17

Pech gehabt hat, wer an der II. Europäischen Antiziganismus-Konferenz teilnehmen will: Die Konferenz hat bereits am zweiten Oktoberwochenende stattgefunden - durchaus nicht klandestin, sondern öffentlich in der Hamburger Universität, allerdings, obwohl im Internet langfristig angekündigt und mit Plakaten beworben, in Abwesenheit aller Medien. Nicht einmal die üblichen Verdächtigen waren gekommen, um "fröhlich-buntes Zigeunerleben" nachzudichten oder abzulichten.

Veranstalter der Konferenz war das Europäische Zentrum für Antiziganismusforschung (EZAF - www.ezaf.de), ein Zusammenschluss von Roma-AktivistInnen und WissenschaftlerInnen, der sich nach der ersten Konferenz 2004 im Hamburg gebildet hatte.

Minderheiten werden meist von Wissenschaftlern der Mehrheitsgesellschaft und aus ebendieser Perspektive erforscht; Initiativen zum Schutz Verfolgter oder sonst wie Hilfsbedürftiger sind häufig stellvertretend tätig (was allerdings teils unvermeidlich und immer noch besser ist als Untätigkeit). Hingegen ist es gleichsam Grundgesetz des EZAF, nicht über Roma zu forschen, sondern mit ihnen. Dementsprechend waren jeweils etwa die Hälfte der ReferentInnen des Kongresses Roma und Sinti bzw. Nicht-Roma, wobei erstere vorwiegend politisch, zweitere vorwiegend wissenschaftlich tätig sind - obwohl sich dies bei diesem Thema nicht tatsächlich trennen lässt.

Die Themen der insgesamt mehr als zwei Dutzend Vorträge waren u.a.:

- Antiziganismus im Spannungsfeld zwischen Politik und Wissenschaft ("Antiziganismus - ein europäischer Albtraum", Rudko Kawczynski, Präsident des European Roma and Travellers Forum, Strasbourg; zur Konzeption des EZAF, Dr. Wilhelm Dressler, Uni Hamburg);

- in den Medien ("Diskriminierende Kennzeichnung von Sinti und Roma in Behörden und Medienberichten", Uwe Wenzel, Zentralrat Deutscher Sinti und Roma);

- in Institutionen wie Polizei, Kirche und Politik ("Polizei und Antiziganismus", Prof. Dr. Wolfgang Wippermann, FU Berlin; über die heutige Situation in Bulgarien, Els de Groen, EU-Parlament; zur Lage im Kosovo, Ashmet Elesowvski, Präsident DROM, Mazedonien)

- in Sprache und Schrift ("Zigeuner auf der Speisekarte", Prof. Dr. Heiko Ballhorn, Uni Hamburg);

- in der Schule ("Den Kindern keine Zeit rauben", Dr. Mareile Krause, Landesinstitut für Schulentwicklung und Lehrerbildung, Hamburg).

15 der 25 ReferentInnen sind in den verschiedenen Gremien des EZAF tätig.

Wenn auch für Gutmeinende unstrittig ist, dass es sich nicht gehört, Minderheiten zu diskriminieren, bleibt weithin unreflektiert, dass auch Romantisierung und Reduzierung des "Zigeunerlebens" auf die schluchzende Geige bzw. die Bläserensembles aus Südosteuropa diskriminierend sind. Besonders anschaulich und im Wortsinne auch handgreiflich demonstriert wurde dies von Christina Kalkuhl (Gesellschaft für Antiziganismusforschung, ehemalige Mitarbeiterin des DFG-Projekts "Zigeunerbilder in der deutschen Literatur"). Sie zeigte in einer Ausstellung während der Konferenz mehr als 100 Objekte - Buchumschläge, T-Shirts, Kassettenhüllen, Figuren, Illustriertenfotos, Kaufhausbilder, Comics und last but not least die Weinflasche "Zigeunerglut" -, die deutlich machen, dass Antiziganismus in dieser milderen (?) Form tatsächlich Alltag ist und hemmungslos konsumiert wird.

Vorbereitung und Durchführung der Konferenz stellen einerseits eine immense Leistung der OrganisatorInnen dar. Andererseits wäre weniger mehr gewesen. Die Veranstaltung krankte an dem Übel vieler wissenschaftlicher Konferenzen: einer Überfülle von Beiträgen, die auf Grund immer größerer Zeitnot zum Teil sehr verkürzt vorgetragen werden mussten, so dass das plakatierte Versprechen, die Hälfte der Zeit für eine offene Diskussion zu nutzen, schon am ersten Tag nicht eingehalten werden konnte.

Ein Problem, das nicht den Veranstaltern anzulasten ist, eine gemeinsame Front gegen den Antiziganismus jedoch be- oder sogar verhindert, ist der Umstand, dass wie bei vielen (verfolgten) Minderheiten, auch bei Roma und Sinti nicht gerade Eintracht herrscht. Als Affront empfand zumindest der Verfasser dieses Berichts, dass (z.B.) der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, der gemeinhin als der Vertreter von Sinti und Roma in der BRD angesehen wird (und sich auch so sieht?) nicht einmal mit einer Grußadresse aufwartete.

Klaus Mellenthin

26. Beiträge zur Antiziganismusforschung

Autor: KM · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:18

Allgemein zugängliche kritische - d.h. hier weder diskriminierende noch romantisierende - Publikationen über Roma und Sinti, die sich nicht ausschließlich auf den Völkermord beziehen, erscheinen in der BRD erst ab etwa Ende der 1970er Jahre. In Büchern und Aufsätzen der letzten etwa fünfzehn Jahre wird auch zunehmend der Antiziganismus (so oder anders bezeichnet) thematisiert.

Wer sich nun nicht gleich sehr spezifischen Studien oder umfangreichen Werken aussetzen mag, sich aber dennoch über Geschichte und insbesondere Gegenwart des Antiziganismus einen Überblick verschaffen will, der ist mit den "Beiträgen zur Antiziganismusforschung" (herausgegeben von der 1998 in Marburg gegründeten Gesellschaft für Antiziganismusforschung) gut bedient.

Der erste Band der Reihe - "Aufklärung und Antiziganismus" (2003, 168 Seiten) - enthält acht Beiträge über die Wahrnehmung von "Zigeunern" im 18. und 19. Jahrhundert, die aber zum Teil auch heute noch wirksam ist, und schließt mit einem ausgezeichneten Überblick "Zur Nachkriegsgeschichte der Sinti und Roma in Deutschland".

Im zweiten Band - "Antiziganismus heute" (2005, 159 Seiten) - wird der Antiziganismus im öffentlichen Raum, im deutschen Film, als Unterrichtsthema und in den Medien thematisiert.

Die AutorInnen des dritten Bandes - "Diebstahl im Blick?" - beziehen sich, historisch und aktuell, auf den prominentesten Vorwurf gegen "Zigeuner", sie würden klauen und kleine Kinder rauben.

Die Beiträge kosten pro Band 15 Euro. Sie sind erschienen beim Internet-Verlag Engbring-Romang (Postfach 1248, 64333 Seeheim) und können direkt vom Verlag oder über den Buchhandel bezogen werden.

KM

27. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit

Rubrik: Sozialpolitik; Kapitalpolitik, Firmen; Arbeiterbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:44

Heathrow ist überall

Seit dem 7. Oktober, mittlerweile über vier Wochen, streiken Beschäftigten von Gate Gourmet am Flughafen Düsseldorf. Bei den belieferten Fluglinien (u.a. LTU, Deutsche BA, Air France, Iberia, Turkish Air-lines) hat der Streik zu einigen Beeinträchtigungen und auch Verspätungen geführt. Aber während im Sommer in London Heathrow das Bodenpersonal von British Airways aus Solidarität den gesamten BA-Verkehr für zwei Tage lahm gelegt hatte (vgl. ak 499), gibt es solche Solidaritätsaktionen in Düsseldorf nicht. Zudem setzt Gate Gourmet massiv Streikbrecher aus anderen Standorten und von Leiharbeitsfirmen ein (Tertia in Krefeld und G+A in Duisburg).

Gate Gourmet ist ein weltweite Multi mit 150 Betrieben und 26.000 Beschäftigten. In Düsseldorf ist er der zweitgrößte Caterer. Seit drei Jahren hat es im Betrieb keine Lohnerhöhungen mehr gegeben. In den letzten zwei Jahren hatten die ArbeiterInnen bereits auf die Hälfte ihres Weihnachtsgeldes verzichtet. Nun will die Firma will die Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche verlängern, den Jahresurlaub um fünf auf 25 Tage verkürzen und Zulagen streichen. Die Streikenden wollen das nicht nur verhindern, sondern zudem 4,5 Prozent mehr Lohn durchsetzen.

Von den 120 Beschäftigten sind 85 StreikaktivistInnen, weit über die Hälfte MigrantInnen, aus der Türkei, aber aus Polen, Marokko, Kroatien, Griechenland, Sri Lanka oder Brasilien. An den Bändern, an denen täglich 10-15.000 Essentabletts "bestückt" werden, gibt es keinerlei Verschnaufpause. Die Fahrer der LKWs, mit denen die Bordverpflegung zum Flugzeug gebracht wird, laufen in einer Schicht 15-20 Kilometer und bewegen zehn Tonnen per Hand. Durch Drohung mit fristlosen Entlassungen und ständige Abmahnungen wegen Kleinigkeiten werden die ArbeiterInnen unter Druck gesetzt und bei Krankheit zu Hause angerufen. Wegen der viel zu knappen Personaldecke müssen im Sommer oftmals 10-Stunden-Schichten gearbeitet werden, denen der Betriebsrat bisher zugestimmt hat. Die meisten haben 50-70 Plusstunden auf dem Arbeitszeitkonto. In diesem Streik geht es nicht nur um die 4,5 Prozent Lohn, sondern um die ganze Situation. "Es hat einfach gereicht!"

www.labournet.de; wildcat

Infineon-Streik in München

Vom 24. bis zum 31. Oktober haben die Beschäftigten der Internetfirma Infineon in München-Perlach für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze gestreikt, 800 Stellen wollte die Firmenleitung zum 31.12.2006 streichen. Das Unternehmen hatte zunächst versucht, die Produktion durch den Einsatz von Streikbrechern aufrecht zu erhalten - ohne Erfolg. 15 Ingenieure etwa, die am ersten Streiktag unter Polizeischutz und im Stechschritt auf das Firmengelände geschleust worden waren, haben durch Bedienungsfehler Sachschäden in Höhe von 200.000 Euro verursacht. Ebenfalls am 24.10. kam es zu einem massiven Polizeiübergriff auf Infineon-Streikposten, als ein Großaufgebot Bereitschaftspolizei den Zugang von Streikbrechern erzwingen wollte. Dabei wurde ein Streikposten von einem Zivilbeamten mit der Schusswaffe bedroht, ein anderer wurde zu Boden gerissen und sein Arm umgedreht. Zwei Streikende wurden vorübergehend verhaftet und erkennungsdienstlich behandelt. Dennoch gelang es nicht, die Produktion wieder anlaufen zu lassen.

Am 31. Oktober einigte sich die IG Metall mit der Geschäftsleitung darauf, den Entlassungszeitpunkt bis zum 31.3.2007 hinauszuschieben mit einer Verlängerungsoption auf weitere drei Monate. Gleichzeitig sollen "nur" 615 Stellen abgebaut werden. 80-90 Arbeitsplätze bleiben real erhalten, ein Rest geht in "weiche" Maßnahmen wie Altersteilzeit etc. Außerdem haben die Streikenden eine Erhöhung der Abfindung auf 1,32 Monatsentgelte pro Beschäftigungsjahr bis zu einer oberen Grenze von 130.000 Euro erreicht. Dazu kommen ein Sockelbetrag von 1.000 Euro für jede/n Beschäftigte/n und weitere Zuschläge für solche mit Kindern sowie Schwerbehinderte. Infineon hatte zu Beginn der Auseinandersetzung 800 Kündigungen zum 31.12.2006 bei einer Abfindungssumme von 0,33 Monatsentgelten, also genau ein Viertel der jetzt erreichten Summe,

angekündigt. Mit Blick auf den Streik ist außerdem festgelegt, dass keiner der Teilnehmer Nachteile wegen seines Engagements in der Auseinandersetzung erleiden darf.

IG Metall, www.labournet.de

Teheran umsonst

Zu ungewöhnlichen Maßnahmen haben am 17. Oktober die Busfahrer der staatlichen Transportgesellschaft Vahed in Teheran gegriffen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Statt zu streiken, hatten sie den ganzen Tag schlichtweg darauf verzichtet, Tickets zu verkaufen oder zu kontrollieren. Seit Monaten hatten die Fahrer Neueinstellungen gefordert, um den enormen Arbeitsanfall bewältigen zu können. Sie forderten außerdem Lohnangleichungen an die Privatwirtschaft und die Wiedereinstellung entlassener Kollegen.

Doch die Behörden weigern sich hartnäckig, diesen Forderungen nachzukommen. Sie ignorieren dabei sogar Vereinbarungen, die erst kürzlich in Bezug auf Neueinstellungen getroffen worden waren. Noch im Mai 2005 war ein Treffen der Gewerkschaft von einem Knüppel schwingenden Mob aus "islamischen Räten" und staatsoffiziellen "Arbeitervereinigungen" überfallen worden.

www.labournet.de

Morgens um sechs ist die Welt nicht in Ordnung

Am 20.10. 2005, um sechs Uhr früh, wurde der Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt Berlin, Hans Nisblé unsanft aus dem Schlaf gerissen. Ca. 20 "Überflüssige" in ihren typisch roten Pullis und weißen Masken hatten sich vor Nisblés Haus in Falkensee bei Berlin versammelt, um dem AWO-Chef mit Trommeln, Trompeten und viel Tamtam einen offenen Brief zu überreichen. Nisblé hatte vor knapp einem Jahr dafür gesorgt, dass die Besetzung der AWO-Landeszentrale Berlin durch die "Überflüssigen" mittel Polizeigewalt beendet wurde. Seit dem sind mehrere Ermittlungsverfahren anhängig, und am 25. Oktober kommt es zum ersten Prozess gegen einen "Überflüssigen".

Ebenfalls in den zweifelhaften Genuss eines Weckdienstes kam schon Ende Juli Kölns Oberbürgermeister Josef Müller, CDU. Eine etwa 15-köpfige Straßenreinigungskolonne war morgens um sieben vor Müllers Privathaus aufgelaufen, hatte ihm ein lautstarkes Ständchen dargeboten und dabei jede Menge Dreck und Müll vor seiner Tür aufgetürmt. Müller hatte sich immer wieder offensiv für die Ausweitung der Pflichtarbeit stark gemacht. Auf einer Pressekonferenz hatte er davon gesprochen, "der Mann auf der Straße verlange es, dass die Leute, die von staatlichen Hilfen leben, etwas dafür tun." Und als Erwerbslose während einer Ratssitzung gegen diese Politik protestierten, hatte sich Müller zu dem Ausruf hinreißen lassen: "Das sind Leute, die nicht gelernt haben zu arbeiten, die nehmen, ohne etwas dafür zu tun."

Indymedia

GEZ auf 1-Euro-Basis

Dass das Geschäft mit der 1-Euro-Pflichtarbeit seltsame Blüten treibt, ist inzwischen kein Geheimnis mehr, aber manchmal überrascht es doch, welche Tätigkeiten plötzlich als "zusätzlich" gelten und wer alles von der Pflichtarbeit profitiert. Mit der Einführung von Hartz IV werden Anträge von Sozialhilfe-/Alg II-EmpfängerInnen auf Rundfunkgebührenbefreiung nicht mehr von den Sozialämtern bzw. ARGEs bearbeitet, sondern diese ganz normal staatliche Regelaufgabe ist den Rundfunkanstalten aufgehalst worden. So auch dem NDR, der durchaus zu Recht offenbar der Auffassung ist, diese staatlich verordnete Pflicht mit dem vorhandenen Personal nicht bewältigen zu können. Doch statt neue Leute für diese Tätigkeit ordentlich einzustellen, bekommt die Antragsbearbeitung kurzer Hand den Stempel "zusätzlich" - obwohl seit Jahren solche Anträge geprüft werden und nun lediglich ein - staatlich verordneter - Verantwortungswechsel stattgefunden hat.

Der "Zusätzlichkeitsstempel" ist somit zwar selbst nach SGB II-Kriterien illegal, hat aber den Vorteil, dass der NDR in seiner Gebühreneinzugszentrale in Hamburg Lokstedt nunmehr 13 PflichtarbeiterInnen beschäftigt. Bekommen hat der NDR die 1-Euro-JobberInnen über die Hamburger Arbeit Beschäftigungsgesellschaft (HAB), den größten Betreiber am 1-Euro-Leihmarkt. Dessen Sprecher kann an dem Einsatz von PflichtarbeiterInnen beim NDR nicht Verwerfliches erkennen: "Als öffentliches Unternehmen hat der NDR das Recht auf den Einsatz von 1-Euro-Kräften."

Hamburger Abendblatt, Die Welt

Wenn der Stern Arbeitsplätze rettet ...

Der so genannte Standortsicherungsvertrag bei DaimlerChrysler ist gegen die Belegschaften durchgesetzt worden. Und in den Betrieben brodelt es weiter, wie folgendes Flugblatt aus Bremen zeigt: " ... Vom Werksleiter bis zum Betriebsrat äußern alle ihre ‚Enttäuschung' darüber, dass in Bremen der angebliche Personalüberhang ... so groß ist. Wo Bremen doch das produktivste Werk im Konzern ist, wo wir doch gerade wieder einmal 3.000 Arbeitsplätze ‚gerettet' haben (Eigentlich müsste das Werk überquellen von Leuten, was wir hier schon alles gerettet haben!). Falsch! Gerade weil wir schon durch unsere Zugeständnisse zum Versuchskaninchen in Sachen Flexibilisierung für den ganzen Konzern geworden sind, gerade deswegen machen sie in atemberaubenden Tempo weiter. Der Werkleiter hat es doch ganz offen ausgesprochen ..., worum es geht: Der Abbau von 2.700 sei eine Chance zur Verjüngung der Belegschaft! Auf Deutsch: Wir drücken ganz ‚freiwillig' möglichst viele Leute raus; 2007/08 stellen wir dann wieder ein. Dank ‚Zukunftspaket 2012' dann aber zu 20% niedrigeren Löhnen, noch dazu in niedrigsten Entgeltgruppen eingestuft (...) Welch ein schmutziges Spiel: Anstatt die teils menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen (siehe Standardmontage) zu ändern, werden die Älteren und Kranken für ein Trinkgeld entsorgt ..."

Flugblatt von Kollegen bei DC Bremen

Generalstreik, die Zweite

Am 7. Oktober haben die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst Belgiens einen Tag lang gestreikt. Nur drei Wochen später, am 28. Oktober, war es wieder so weit, diesmal auch unter Beteiligung des christlichen Gewerkschaftsdachverbandes ACV-CSC. Aus Protest gegen die Rentenpläne der Regierung ging wieder einen Tag lang nichts mehr. Bereits vorher war es in einigen wichtigen Betrieben, etwa dem VW-Werk in Brüssel, zu spontanen Arbeitsniederlegungen gekommen. Die ArbeiterInnen und Angestellten in Belgien wehren sich gegen die geplante Einschränkung der Frühverrentung, doch einiges spricht dafür, dass dieser Punkt lediglich das Fass zum Überlaufen brachte. Angesichts permanent verschlechterter Arbeitsbedingungen und gesundheitlicher Probleme bei zwei Drittel aller 40- bis 50-jährigen IndustriearbeiterInnen haben viele Beschäftigte den Eindruck: "Wir sollen arbeiten, bis wir tot umfallen."

Junge Welt

28. Inner City Blues. Einzelhandel managed öffentliche Räume

Autor: Jan Wehrheim · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:01

Seit Beginn diesen Jahres existiert in Hamburg der erste "Business Improvement District" (BID) Deutschlands. Wie in vielen anderen Städten auch möchte der Einzelhandel damit mehr Einfluss auf die Innenstädte erlangen, um mit einer anderen Form der Ökonomisierung des öffentlichen Raums konkurrieren zu können: mit Shopping Malls.

Marktorte gelten als Prototyp des öffentlichen Raums und als Definitionsmerkmal von Städten; eine Einordnung, die der Markt weniger seiner ökonomischen Funktion verdankt, als vielmehr dem Umstand, dass er auch Ort und Anlass für Kommunikation, Austausch und (politischen) Diskurs ist. Doch heute scheint die Stadt zwar noch den Markt zu benötigen, aber nicht mehr umgekehrt. Der Markt kann auch am Autobahnkreuz angesiedelt sein oder rein virtuell im Internet existieren: ebay braucht kein Stadtzentrum. Und so fürchten die Kommunen, die Marktfunktion könnte ihnen abhanden kommen. Der innerstädtische Einzelhandel verfällt gerade zu in Panik und fürchtet um den Standort.

Dabei bleiben die städtischen Zentren trotz Verödung und boomender Konkurrenz am Stadtrand durchaus durch den Markt dominiert und werden es in immer stärkerem Maße: Shopping Malls werden in den letzten Jahren nicht mehr als "Mega Malls" an die Autobahn gesetzt, sondern sie entstehen als "Vertical Mall", Galerie oder Passage in den Innenstädten selbst. Etwa in Oldenburg: Die ECE - Deutschlands größte Betreiberfirma von Shopping Malls und Bahnhöfen - wird dort eine Mall am Rand der Fußgängerzone errichten und wirbt mit Synergieeffekten auch für den Einzelhandel, der nicht mit in der Mall sein kann oder soll. Dieser jedoch fürchtete die Konkurrenz, ging auf die Barrikaden und fand dabei viele Verbündete. Der öffentliche Raum der Stadt sollte verteidigt werden.

In der Tat sind Shopping Malls ausschließlich an Profitmaximierung orientiert und dies paradoxerweise mit "planwirtschaftlichen" Methoden: Konkurrenz wird ausgeschlossen, Design, Werbung, Geschäftsnamen etc. werden vorgeschrieben und Mietpreise werden gestaffelt. Im "Herrschaftstypus" Shopping Malls definieren nur die Betreiber, welche Waren angeboten werden, wer diesen "öffentlichen Raum" nutzen darf, welche Schilder wie angebracht werden, ob man dort rauchen, rennen, betteln, fluchen, Skateboard fahren, Alkohol trinken oder singen darf. Malls sind die perfekte Illusion und Simulation von Stadt und Markt, doch irgendwann wird es langweilig darin. Im "traditionellen" öffentlichen Raum ist das anders, dort konkurrieren unterschiedliche Akteure und Interesse um die Nutzung. Vom Denkmalschutz, über das Planungs- und Umweltrecht wird darum gestritten, wie die Städte genutzt werden sollen.

Business Improvement District contra Shopping Mall

Ein solches zentral und perfekt geplantes Einkaufszentrum müsse - so die Oldenburger EinzelhändlerInnen - verhindert werden. Eine weitere Ökonomisierung der Stadtzentren wäre zwar gut, aber das nun etwas kommt, das stärker und einflussreicher ist als Leffers oder Karstadt, kann nicht toleriert werden. Statt eines Einkaufszentrums favorisiert man daher einen "Business Improvement District", kurz BID, zur Wiederbelebung der Innenstadt. BIDs sind kleinere Gebiete ("Innovationsbereiche" wie es in Hamburg so schön heißt, oder auch "Standortgemeinschaften"), meist in den Innenstädten, die zur Förderung der anwesenden Geschäftswelt privat gemanagt werden, auch wenn der Grund und Boden de jure öffentlich bleibt. Mit diesem Instrument geht es dem Einzelhandel nicht darum, "echte" Vielfalt oder den öffentlichen Raum als einen Raum zu erhalten, der allen offen steht und in dem eine prinzipielle Verhaltensoffenheit gegeben ist. Ihm geht es ausschließlich darum, die ökonomische Funktion des öffentlichen Raums zu betonen und dabei unliebsame Konkurrenz auszuschließen. In Oldenburg wurde dies spätestens dann deutlich, als immer offener eine Aufwertung der Fußgängerzone gefordert wurde, begleitet von der Parole, "die Penner" müssten verschwinden und Videoüberwachung wäre ein wichtiger Schritt.

Das Konzept der Business Improvement Districts hat sich zuerst in den USA durchgesetzt, etwa 1.200 BIDs gibt es dort bereits. EinzelhändlerInnen und ImmobilieneigentümerInnen schließen sich zusammen, lassen die örtlichen Finanzämter zusammen mit der Grundstücksteuer zusätzliche Abgaben einziehen, die sie selbst

bezahlen und die ihnen wiederum zweckgebunden zugute kommen sollen. In der Regel müssen mindestens zwei Drittel der UnternehmerInnen oder GrundstückseigentümerInnen zustimmen, um einen BID einrichten zu können. Wenn diese Mehrheit erreicht ist, müssen alle mitmachen.

Die zentralen Aufgaben eines Business Improvement Districts liegen darin, neben den öffentlichen zusätzliche Dienstleistungen zu organisieren und zu finanzieren sowie Lobbyarbeit zu betreiben. Im Wesentlichen sind dies Straßenreinigung, Leerstandsmanagement, der Einsatz kommerzieller Sicherheitsdienste, ggf. Videoüberwachung sowie gemeinschaftliche Werbeaktivitäten, mit denen so etwas wie eine lokale "Corporate Identity" geschaffen werden soll: Events werden organisiert, Logos entworfen, der Straßenmöblierung ein einheitliches Design gegeben und Namens- oder Werbeschilder der ansässigen Unternehmen genauso normiert wie die Uniformen der Straßenreiniger oder Sicherheitsdienstleister. Teilweise wird sogar der Mix der anwesenden Geschäfte durch die BIDs bestimmt. Kurz: Man versucht, dem Vorbild Shopping Mall so nahe zu kommen wie möglich.

Insbesondere Sicherheit und Sauberkeit gehören dabei zu den etablierten weichen Standortfaktoren, sie gelten als wichtig für den "Feel-good"-Faktor beim Shoppen. Zur Sauberkeit gehört auch die Abwesenheit von Personen, die beim Konsum stören: Obdachlose, Punks oder Junkies. Jegliche Formen von "Abweichung", die ein perfektes Konsumambiente stören könnten, sollen vermieden oder aber kontrolliert integriert werden. Zum Missfallen seiner Mitglieder investiert der Times Square BID in New York allerdings teilweise auch in Straßensozialarbeit - und sei es nur aus dem Grund, obdachlose Jugendliche von der Straße zu holen und "unsichtbar" zu machen. Dagegen wurde die Grand Central Partnership, der größte BID New Yorks, bereits durch verschiedene Skandale auffällig. Obdachlose wurden unter der Hand dafür bezahlt, andere Obdachlose aus dem Gebiet zu prügeln, und im Bereich des Grand Central Terminals wurden vom Reinigungspersonal so scharfe chemische Mittel eingesetzt, dass es für Obdachlose unmöglich war, auf den gereinigten Flächen zu nächtigen. So wundert es nicht, wenn im Vorfeld der BID-Gründung in Hamburg Geschäftsinhaber nachts Sprenkelanlagen in ihren Eingängen einsetzen, um Obdachlose zu verjagen - es muss ja nicht gleich die Chemiekeule sein.

Midtown Manhatten zeichnet sich noch durch eine besonders avancierte Form der Public Private Partnership aus: Im Schnellverfahren urteilt dort ein so genanntes Midtown Community Court über geringfügige "Quality-of-life-Crimes". Wer seine Schuld eingesteht, braucht nicht ins Gefängnis und muss "nur" seine Strafe vor Ort abarbeiten, sprich putzen. Über 30 Verurteilte pro Tag arbeiten am Times Square in Uniformen des Midtown Community Court ihre Strafe ab. M.a.W.: Je aktiver der private Sicherheitsdienst des BID ist, je mehr Verdächtige er also vor das lokale Gericht bringt, um so weniger muss der BID für die Straßenreinigung ausgeben. Gesäubert werden die Straßen von den Bettlern, Glückspielern und Kleindealern - im doppelten Sinne des Satzes. Ohnehin sind in BIDs zahlreiche Workfare-Beschäftigen tätig. In Deutschland werden sie zukünftig vermutlich zum Arbeitsfeld für Ein-Euro-JobberInnen.

Als enorm einflussreiche Lobbyorganisationen üben Business Improvement Districts Einfluss auf weitere städtische Funktionen aus: Ob an Samstagen oder vor Weihnachten in ihren Gebieten demonstriert werden darf, welche Unternehmen sich ansiedeln können oder welche kulturellen Attraktionen die Stadtzentren bieten sollen - die Shopping Mall ist auch hier das Vorbild. Verstärkt wird die Macht der BIDs zusätzlich, wenn mehrere von den gleichen Personen geleitet werden. In New York sprach man gar von "Parallelregierungen". So war der Mitbegründer der New Yorker Zero Tolerance Politik, der frühere Bürgermeister Rudolph Giuliani wenig angetan davon, wie weit Daniel Biedermann, Präsident von gleich drei bedeutenden BIDs in seine Geschäfte pfuschte, obwohl beide zumindest ordnungspolitisch die gleichen Ziele verfolgten.

Wie öffentlich ist der öffentliche Raum

Der öffentliche Raum ist eine auch in der politischen Linken normativ hoch aufgeladene Figur, die jedoch idealtypisch - nämlich mit uneingeschränkten Zugang und freien Nutzungsmöglichkeiten - in der Geschichte der europäischen Städte nie existiert hat. Die viel zitierte Agora der griechischen Polis war zwar Ort des Marktes und des politischen Austauschs, jedoch keineswegs allgemein zugänglich: Es diskutierten und tauschten nur die, die vom Zwang zur Arbeit befreit waren: Frauen und Sklaven wurde der Zutritt verwehrt. Ähnliches gilt für die Stadt des 19. Jahrhunderts. Das Proletariat war ebenso ausgeschlossen, wie Frauen ohne männliche Begleitung, die als Prostituierte galten und so in der Nutzung des innerstädtischen öffentlichen Raums stark eingeschränkt waren. Erst das Aufkommen von Passagen und Warenhäusern und die

Entdeckung der Frau als Konsumentin ließen Teile der Städte für sie öffentlich werden. Während also die modernen Marktorte zumindest für weiße Mittelschichtsfrauen integrativ wirkten und noch wirken, werden sie heute für andere sozial unterprivilegierte Gruppen tendenziell unzugänglicher, etwa für männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund oder Angehörige von Subkulturen. BIDs und Malls beschreiben also keineswegs einen prinzipiellen Wandel des öffentlichen Raums. Die ausgeschlossenen Gruppen sind heute lediglich andere als früher und die Voraussetzungen des Ausschlusses sind andere.

Und dennoch kann mit den jüngsten Ausprägungen der Kommerzialisierung und Privatisierung der Städte von einem Verlust von Öffentlichkeit gesprochen werden. Der Vergleichsmaßstab ist allerdings nicht die Stadt des 19. Jahrhunderts, sondern die des Fordismus, die durch sukzessive bzw. tendenzielle Integration und Veröffentlichung gekennzeichnet war.

Auch wenn sie flächenmäßig kaum größer sind als frühere "verbotene Zonen" (Industriebetriebe, Militäranlagen), so erfüllen die neuen privatisierten Räume der Dienstleistungsstadt jedoch andere Funktionen, als die der industrialisierten Stadt: Die Shopping Malls und BIDs wollen keine rein privaten Räume der Produktion und Reproduktion sein, im Gegenteil. Sie wollen explizit öffentliche Räume sein, und als Orte der Dienstleistungsgesellschaft sind sie auf den öffentlichen Charakter sogar angewiesen. Da sich diese Räume zunehmender Popularität erfreuen (eine durchschnittliche Mall hat 30.000 - 50.000 Besucher täglich), erlangen sie eine enorme Bedeutung für die NutzerInnen und damit für die Stadtgesellschaften. Dort wird eingekauft, ins Kino gegangen, sich zum Kaffeetrinken getroffen, man lernt FreundInnen kennen und schwänzt die Schule. Diese Orte werden zu neuen sozialen Treffpunkten. Insofern unterscheiden sich Shopping Malls nur graduell von den zunehmend "normal" kommerzialisierten Innenstädten und BIDs. Malls und Innenstädte imitieren sich wechselseitig: Malls wollen Vielfalt und Urbanität simulieren, ohne jedoch "reale" Vielfalt und Abweichung zuzulassen; Innenstädte wollen Vielfalt reduzieren bzw. kontrollieren, um ökonomisch erfolgreicher zu werden. Ob all diese Räume tatsächlich mit einigermaßen Berechtigung "öffentlich" genannt werden können, hängt im Einzelfall davon ab, bis zu welchem Grad sie exklusiv sind und ob sie andere Rollen als die des/r KonsumentIn zulassen.

Jan Wehrheim

29. Das Herz der Bestie - ein unbekanntes Wesen. ArbeiterInnenmacht und die Zukunft des Operaismus

Autor: Christian Frings · Rubrik: Arbeiterbewegung; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:07

Wir haben uns in dieser Zeitung immer wieder mit dem Operaismus, seinen Vorstellungen von Klasse, Klassenkampf und Autonomie und seinen diversen Strömungen beschäftigt, zuletzt im Rahmen des Schwerpunktes von ak 497. Der folgende Beitrag erklärt daher nicht noch einmal, was Operaismus ist, sondern fragt anhand unterschiedlicher Entwicklungsrichtungen danach, was aus ihm wird. Ausgangspunkt der Überlegungen sind dabei die Thesen, die Beverly Silver in "Forces of Labor" zur Diskussion gestellt hat. (vgl. ak 496, 497).

Über die Zukunft des Operaismus zu sprechen, bedeutet heute für viele, an der "Multitude" von Hardt und Negri oder an John Holloways Fetischkritik anzuknüpfen. Im Vergleich dazu wirkt die historische Untersuchung von Beverly Silver über die Tendenzen der ArbeiterInnenmacht politisch blass und soziologisch. (1) Kein Zweifel, es handelt sich um ein akademisches Buch, es ist kein politisches Manifest und vermeidet jegliches revolutionäre Vokabular. In seiner ganzen Zurückhaltung enthält es aber theoretisch schärfere Waffen, um dem Kapitalismus gedanklich und praktisch auf die Pelle zu rücken, als die stärker philosophisch orientierte Erneuerung des Marxismus sie uns zu bieten hat.

Silvers Grundthese, dass sich in den Zyklen der kapitalistischen Akkumulation durch Produktionsverlagerungen, technologisch-organisatorische Erneuerungen und den Übergang zu neuen zentralen Produktionsgütern stufenweise auch die ArbeiterInnenmacht im globalen Maßstab erhöht hat, wurde in sehr allgemeiner Form schon 1972 von Giovanni Arrighi formuliert: "Der Prozess der Kapitalakkumulation ist gleichzeitig ein Prozess der Unterordnung der ArbeiterInnen unter das Kapital und ein Prozess, in dem die ArbeiterInnen im Konflikt mit dem Kapital an Stärke gewinnen. Durch die Entwicklung des gesellschaftlichen Charakters der Produktion raubt die kapitalistische Akkumulation dem individuellen Arbeiter zunehmend jegliche Möglichkeit, außerhalb des vom Kapital kontrollierten Produktionsapparats seine Existenz zu sichern. ... Aber aus der Asche der individuellen Verhandlungsmacht entsteht die kollektive Macht der ArbeiterInnen." Die Grundlage dafür liegt in der zunehmenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals. (2) Arrighi knüpft hier an der Ambivalenz und Dialektik von reeller Subsumtion und Machtzuwachs des "kollektiven Arbeiters" (Romano Alquati) an, eine der Kernthesen des Operaismus in den 1960er Jahren.

Empirische Forschungsarbeit statt ideologische Setzung

In der Nachbemerkung zur englischen Übersetzung von 1978 merkt Arrighi an, diese Hypothese sei zu "schematisch" gewesen, der reale historische Prozess verlaufe keineswegs so "linear und einheitlich". In weiteren historischen Untersuchungen und in der Arbeit der "World Labor Group", auf deren Ergebnisse sich "Forces of Labor" stützt, wird der diskontinuierlichen Entwicklung der globalen Arbeitermacht genauer nachgegangen. Der Grundgedanke, dass in den Prozess der Kapitalakkumulation unvermeidlich Mechanismen eingebaut sind, die zugleich die Machtbasis der ArbeiterInnen im Produktionsprozess ausweiten, wird nicht fallen gelassen, sondern aus der bloßen Hypothese zur historischen Untersuchung entfaltet und modifiziert.

Es ist nicht allein die Kapitalkonzentration, auf der die Macht der "kollektiven Arbeiterin" im Sinne einer sozialen und politischen Zusammenballung basiert, sondern vielmehr das steigende Störpotenzial von ArbeiterInnenaktionen. Aus der Struktur und Organisation der jeweiligen Produktionsprozesse wird diese Macht entwickelt: zum einen aus der engeren Verkettung verschiedener Produktionsabschnitte, zum anderen aus der steigenden Bedeutung und Verwundbarkeit des fixen Kapitals. Silver pocht darauf, dass diese "Produktionsmacht" in jedem einzelnen Fall und an den konkreten Kämpfen zu zeigen ist und nicht als überhistorischer Generalschlüssel missverstanden werden darf.

Fataler Rückzug aus Fabriken und Büros

In dem Maße, wie sie historisch gezeigt hat, wie Prozesse von Klassenbildung auf engste an die Entfaltung neu entdeckter Formen von Produktionsmacht gebunden sind, kann Beverly Silver beispielhaft klarmachen,

wie wir uns in neue Prozesse des "making of class" einmischen können. Während der momentane Prekarisierungsdiskurs daran krankt, dass ausgehend von formal-rechtlichen Ähnlichkeiten des Beschäftigungsstatus nach einem "neuen identitären Selbstverständnis" als Klassensubjekt gesucht wird (3), wendet sich "Forces of Labor" ausdrücklich gegen ein identitäres Konzept von Klasse. Stattdessen wird die Entwicklung von struktureller Macht gegenüber dem Kapital in den Mittelpunkt gestellt. In marxistischer Terminologie - die Silver vermeidet - könnten wir davon sprechen, dass Prozessen nachgespürt wird, in denen eben jener Entfremdungsprozess brüchig wird, der die gesellschaftlichen Potenzen der lebendigen Arbeit ständig zur Herrschaft der vergangenen Arbeit, also des Kapitals über die individuellen ArbeiterInnen verkehrt. Entscheidend dafür ist nicht der formal-rechtliche Status, an dem Prekarität heute festgemacht wird, sondern die Struktur der Produktionsketten, d.h. der gesellschaftliche Charakter der Arbeit, in die die ArbeiterInnen eingebunden sind.

In den 1920er Jahren war Arbeit in der Automobilindustrie eine höchst prekäre Saisonbeschäftigung, da zwischen den jährlichen Modellwechseln regelmäßig Massenentlassungen der multinational zusammengewürfelten Arbeitskräfte stattfanden. Silver weist auf die historische Ironie hin, dass damalige Linke den Klassenkampf in den fordistischen Autofabriken auf Grund dieser Prekarität und Heterogenität für unwiederbringlich verloren hielten. Erst nach den großen Streiks Mitte der 1930er Jahre wurde erkennbar, dass die neue Technologie des Fließbandes nicht nur die reelle Subsumtion unter das Kapital perfektioniert hatte, sondern gleichzeitig der GesamtarbeiterIn ein enormes Machtpotenzial verschafft und damit den Übergang von der atomisierten Arbeitskraft zur kollektiven ArbeiterIn als Subjekt ermöglicht hatte.

Das Besondere an dieser Weiterentwicklung des Operaismus wird vielleicht deutlicher, wenn wir es mit dem Konzept der "Multitude" vergleichen. Der Grundgedanke ist ursprünglich derselbe: ArbeiterInnenmacht und -subjektivität ergeben sich aus den Qualitäten der vom Kapital vergesellschafteten Arbeit. Aber während Arrighi und Silver diese Hypothese einer sorgfältigen historischen Prüfung unterzogen haben, sie dabei einerseits präzisierten und modifizierten, ihr andererseits bis auf die Ebene des kapitalistischen Weltsystems nachspürten, gab Toni Negri mit der Verkündung des "gesellschaftlichen Arbeiters" als neuem Klassensubjekt, das an die Stelle des "Massenarbeiters" trete, den Zusammenhang zwischen materiellen Produktionsstrukturen und Klassenbildung auf. Aus der Gesellschaftlichkeit der Arbeit in dem abstrakten Sinn, dass die Arbeiten der vielen Einzelnen irgendwie miteinander zusammenhängen, wurde kurzschlüssig die Existenz und Macht eines neuen Subjekts abgeleitet, ohne diese in den wirklichen Entwicklungen zu fassen zu bekommen.

Bisweilen wird im Übergang zum "gesellschaftlichen Arbeiter" eine berechtigte Korrektur der einseitigen Fabrikzentralität des frühen Operaismus gesehen, oftmals verbunden mit der These, die Kämpfe der 1960er Jahre hätten sich ausgehend von der Fabrik auf die Gesellschaft und den Reproduktionsbereich ausgeweitet. Doch eine solche Sichtweise beruht auf einem Missverständnis - sowohl was die Motive der frühen OperaistInnen betrifft, sich der Fabrik zuzuwenden, als auch in Bezug auf die Abwendung von der Fabrik in den 1970er Jahren.

Raniero Panzieri, der Begründer der Quaderni Rossi hatte sich in den 1950er Jahren als sozialistischer Kader an Landbesetzungen landloser Bauern in Süditalien beteiligt und deren "politische und organisatorische Autonomie" gegenüber einer Partei verteidigt, die diese Bewegungen als einen rein ökonomischen Kampf betrachtete. Seine Entscheidung, sich den Großfabriken im Norden zuzuwenden, beruhte gerade nicht auf einem traditionellen Proletkult, sondern auf der Frage nach der proletarischen Durchsetzungsfähigkeit - insbesondere eines süditalienischen Proletariats, das seine Kämpfe mit blutigen Niederlagen bezahlt hatte und unter der ideologischen Hegemonie der Faschisten blieb.

Proletarische Suchprozesse nach der Anti-Macht

Die Fabrik wurde nicht im orthodox-kommunistischen Sinne als privilegierter oder exklusiver Ort eines prototypischen "Arbeiters" gesehen, sondern als ein Mittelpunkt der Kapitalmacht, deswegen aber auch der Macht der ArbeiterInnen, ganz in dem Sinne, wie Marx davon spricht, dass es in allen Gesellschaftsformen eine bestimmte Produktion ist, die alle übrigen Verhältnisse prägt, "eine allgemeine Beleuchtung, worein alle übrigen Farben getaucht sind". Die operaistischen Mini-Grüppchen Quaderni Rossi oder Classe Operaia gerieten nur deswegen nicht in Vergessenheit, weil sich ihre Thesen in den ArbeiterInnenkämpfen der 1960er

und 1970er Jahre bestätigt hatten, und - gerade in Italien - die Militanz in der Fabrik auf die gesamte Gesellschaft ausstrahlte, bis hin zu einer der radikalsten Bewegungen gegen die Psychiatrie.

Aber dieser Sommer der ArbeiterInnenautonomie war sehr viel kürzer als oft angenommen wird. Ab Anfang der 1970er Jahre gewinnen die Gewerkschaften als Vermittler verlorenen Boden zurück, und weder die ArbeiterInnen noch die operaistischen Gruppen finden in der Fabrik eine Antwort auf die Krise. Was zunächst als Ausweitung des Kampfs in die Gesellschaft und die Reproduktionsbereiche erscheint, wurde zunehmend als Flucht aus der Fabrik erkennbar: "Gleichzeitig begann jener selbstmörderische Rückzug der außerparlamentarischen Gruppen aus der Fabrik und jenes Desinteresse an den Problemen der Klassenzusammensetzung. Dies hat dazu geführt, dass die Fabrik und die Arbeiterklasse heute zu ‚unbekannten Wesen' geworden sind." (4) Negris Konzept des "gesellschaftlichen Arbeiters" konnte nur zeitweise, beflügelt durch eine neue Jugend- und Studentenbewegung, über die Einkassierung der Arbeitermacht in der Fabrik und die eigene politische Krise hinwegtäuschen. Diejenigen, die die Abwendung von der Fabrik als eine notwendige Korrektur betrachten, übersehen, dass dieser Machtverlust auf alle anderen Bereiche ausstrahlte und sie in das zerstörerische Licht des alltäglichen Neoliberalismus tauchte.

Dieses Desinteresse und die Dominanz von Ideologie über empirische Untersuchung prägt die heutigen Diskurse über "Postfordismus" und "Multitude". Dabei ist gerade in Deutschland die Fabrik und ihre Fließbandproduktion weit eher in den Köpfen als in der Wirklichkeit verschwunden. (5) Und während linke Diskurse über die Kreativität in postfordistischen Arbeitsstrukturen sich immer noch auf das "kurze Tauwetter" von "Alternativen zur tayloristischen Arbeitsgestaltung" Anfang der 1990er Jahre beziehen, konstatiert die Industriesoziologie schon seit Jahren die Renaissance des Fließbands unter dem Druck der Profitkrise.

Wir wissen nicht, was heute dieses "unbekannte Wesen", "die Fabrik" sein wird - nicht im Sinne eines Klischeebildes von dampfenden Schloten, sondern als Ort und Ausgangspunkt einer ArbeiterInnenmacht, die die dingliche Herrschaft des Kapitals praktisch-greifbar entzaubern und dadurch antagonistische Subjektivität wieder ermöglichen kann. Und sicher werden uns nicht kluge Köpfe und ausgefeilte Theorien darauf eine Antwort liefern, sondern proletarische Suchprozesse, an denen wir uns beteiligen, die wir darstellen und bestenfalls an einigen Punkten befördern können.

Christian Frings

Anmerkungen:

1) Beverly Silver: Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870, Berlin (Assoziation A) 2005

2) Giovanni Arrighi: Towards a Theory of Capitalist Crisis, in: New Left Review, No. 111, 1978

3) siehe dazu Dirk Hauer in ak 498 und express, 6-7/2005

4) Sergio Bologna: Der Stamm der Maulwürfe, in: Mai-Gruppe/Theoriefraktion.

(Hg.): Wissenschaft kaputt, Münster 1980, S. 251-301

5) "Die Arbeiter gibt es, aber man sieht sie nicht mehr", schreiben Stéphane Beaud und Michel Pialoux in ihrer einzigartigen Untersuchung "Die verlorene Zukunft der Arbeiter" (Konstanz, UVK-Verlag). Über zwanzig Jahre hinweg haben sie den Wandel der Fabrikarbeit von Sochaux-Montbéliard beobachtet und erklären aus der politischen und repräsentativen "Dekonstruktion" der Arbeiterklasse ihre heutige "Unsichtbarkeit". Siehe Besprechung in express 8/2005

30. Wem gehört die Weltsicht? Durch Google Earth verschmelzen reale Orte und virtuelle Informationen

Autor: Ulf Treger · Rubrik: Medien · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:16

Seit diesem Sommer wurde mit Google Earth ein neuartiges Tool für den breiten und öffentlichen Zugang zu digitaler Kartografie veröffentlicht. Mit dieser elektronischen Karte soll - wenn auch in recht unterschiedlicher Detailschärfe - nicht weniger als die gesamte Erde abgedeckt werden. Durch eine enge Verknüpfung einzelner Orte mit im Web verfügbaren ortsbezogenen Informationen ist Google Earth ein weiterer Baustein der zunehmenden Verschmelzung elektronischer Netze und physikalischer Räume. Die Frage drängt sich auf, wie sich künftig die Sicht der Welt, also die Wahrnehmung und Interpretation unserer Umgebung entwickelt, wenn elektronische Werkzeuge wie Google Earth die Schnittstellen bilden.

Nach kostenlosem Download und Installation präsentiert sich das Programm mit einenm astronautischen Blick auf eine blaue Erdkugel, die auf die Erforschung durch den/die AnwenderIn wartet. Von dieser Zentralperspektive aus kann man mit einer Reihe von Navigationselementen die aus Satellitenbildern zusammengesetzte Welt erforschen. Städte oder andere markante Punkte können angegeben werden und flugs zoomt und bewegt sich die Weltsicht in einer Flugsimulation an die betreffende Stelle. In der Annäherung bilden sich peu à peu Details ab: Gebirgsformationen, Flüsse, Urbanisationen, schließlich einzelne Häuser und Straßen. In der höchsten Zoomstufe lassen sich bei genauem Hinsehen sogar die Schlagschatten einzelner Personen erkennen. Diese Ansicht ist überlagert mit Detailinformationen, die wahlweise eingeblendet werden können: Ländergrenzen, Straßen, Städtenamen und, vor allem im US-amerikanischen Teil von Google Earth, Hinweise auf einzelne Gebäude und Landmarken sowie Dienstleistungeinrichtungen wie Tankstellen und Pizzaservices. Per Klick auf diese Hinweise können damit verknüpfte Websites im World Wide Web aufgerufen werden. Das Erforschen und Navigieren durch die Google-Erde ist recht spaßig, hier wurde eine Koppelung von ansonsten bei Computerprogrammen eher getrennt auftretende Eigenschaften versucht: Nützlichkeit der angebotenen Informationen und (Spiele-)Spaß bei der Anwendung.

Das Programm entspricht dem Trend zur Entwicklung vernetzter Informationstechnologien, die virtuelle Informationen und reale Orte in Verbindung bringen. Ähnliche Anwendungen werden von der NASA mit dem Programm "World Wind" von Yahoo und MSN angeboten. Digitale Karten können schon länger mit Hilfe von Computern erstellt und verfügbar gemacht werden. Die Neuerung besteht in der Kombination von "natürlichen" Abbildungen, wie der Satellitenbilder mit den im World Wide Web verfügbaren Informationen. Physikalische Orte erhalten durch die Überlagerung elektronischer Metadaten und Hyperlinks eine weitere Dimension und dienen ihrerseits als "Referenzpunkte" elektronischer Kommunikation.

Nun war schon die herkömmliche Karte kein neutrales Medium, wertfrei einsetzbar für die verschiedensten Interessen und Blickwinkel. Sie war immer auch ein kulturelles Produkt, eine Ansammlung von Grafik und Zeichen, von Bedeutungen und Aussagen, kaschiert durch eine Aura von wissenschaftlicher Objektivität und den Augenschein einer realitätsnahen, quasi exakten Abbildung von Raum. Der praktische Nutzen von Straßenkarten oder Stadtplänen beispielsweise lässt gerne übersehen, dass diese eine eher unscharfe Abbildung von räumlichen Strukturen ergeben, sei es auf Grund technischer Unzulänglichkeiten oder gewollter Manipulation: So versehen KartenproduzentInnen ihre Produkte oftmals mit versteckten Fehlern, wie nicht existierenden Sackgassen oder falsch geschriebenen Straßennamen, um so ungenehmigte Derivate einfach nachweisen zu können. Karten werden also mit bestimmten Intentionen erstellt und verbreitet; sei es um Territorien neu zu definieren, Grenzen festzuschreiben oder um zu entscheiden, welche Informationstiefe mit Karten vermittelt wird und welches Wissen ausgeblendet bleibt.

Zoom dich in die Welt, wo es dir gefällt

Der Geographiehistoriker John Brian Harley sieht einen direkten Zusammenhang zwischen Karten und Machtausübung: "Generell wird die Macht des Kartenproduzenten nicht auf Individuen ausgeübt, sondern auf das Wissen über die Welt, das für die Menschen im allgemeinen verfügbar ist. Dennoch wird dieses nicht bewusst gemacht, und vor allem überschreitet es die allgemeinen Kategorien von ‚beabsichtigt' und ‚unbeabsichtigt'. Die Karte ist ein schweigender Vermittler der Macht." Dynamische Geoinformationsysteme, wie Google Earth, die auf Satellitenfotografie aufgebaut und mit Schichten aus Metadaten, Anmerkungen und

Verknüpfungen zu Webseiten und andern Daten angereichert sind, nehmen durch eine scheinbar naturalistische Wiedergabe der Welt indirekteren Einfluss als klassische, gezeichnete Karten. So stellt sich zunehmend die Frage: unter welchen Bedingungen und mit welchen Absichten werden diese Metadaten erstellt und verbreitet? Und wie beeinflussen sie die Definition und Wahrnehmung physikalischer Orte?

In der digitalen Kartografie überschneiden sich die Interessenslinien dreier unterschiedlicher Akteure: Ein Akteur ist der Staat, der zum überwiegenden Teil überhaupt erst für die Sammlung und Aufbereitung geographischer Daten Sorge trägt, um sie für statistische, wissenschaftliche, stadtplanerische wie regierungstechnische Verwendungen zur Verfügung zu stellen. Besonders Regierungs- und Sicherheitsorgane, mit ihrem seit 9/11 deutlich ansteigenden Anspruch, möglichst umfassend über den Rest der Welt informiert zu sein, verfügen seit langem über detailgenaue Satellitendaten, komplexe Informationssysteme sowie Zugriff in Echtzeit. Dies alles sind Merkmale, von denen die öffentlich verfügbaren Anwendungen weit entfernt sind.

Die staatlichen Einrichtungen sind demnach die Erzeugerinnen jener Daten, die jetzt allmählich in einer niedrigauflösenden und zeitversetzten Light-Version an den Massenmarkt weitergereicht werden. Lautstarke Proteste von Regierungen einzelner Länder, wie Indien oder den Niederlanden, Google Earth sei ein gefährliches Werkzeug für Terroristen, sind daher eher als Befürchtungen zu lesen, dass durch die Ausbreitung von Geoinformationsystemen und -technologien die eigene Informationshoheit in Frage gestellt wird. Zum Beispiel von der zweiten Akteurin, der Informationswirtschaft, die sich mit digitalen Karten und deren Anbindung an ortsbezogene Werbung und andere vermarktbare Inhalte ein neues, umsatzsteigerndes Betätigungsfeld verspricht.

Schließlich wird mit den Produkten der Informationsindustrie den AnwenderInnen, als dritte Akteure in diesem Feld, ein einfacher und scheinbar freizügiger Zugang ermöglicht. Die Benutzung von Google Earth und ähnlichen Softwareprodukten ist allerdings, mit Bezug auf die Unterscheidung des Verfechters freier Software, Richard Stallman, "frei" allerhöchstens im Sinne von Freibier, also lediglich unmittelbar kostenlos in der Benutzung. Ein Zugang wird gewährt, aber nichts Eigentliches verschenkt. So wird eine weitergehende Benutzung von Karten und Geodaten ermöglicht als bisher, aber ohne dass die zu Grunde liegenden Daten, die Programme und Algorithmen frei verfügbar sind. Die verschiedenen Möglichkeiten, eigene Datenlayer auf die Weltkugel aufzusetzen, können darüber nicht wirklich hinwegtäuschen. Dies sind nicht nur praktische Features, sondern sie dienen der Anbindung einer begeisterungsfähigen Internet-Community an das eigene Produkt. Zudem wird durch die freiwillige Sammlung von Informationen das Produkt angereichert. Diese unmittelbare Gestattung erfolgt einzig und allein mit dem Ziel des nichtunmittelbaren Gelderwerbs und einer größtmöglichen Marktdominanz.

Dass gerade die Firma Google, die neben Amazon und Ebay ohnehin schon einer der großen Player im World Wide Web ist, mit seinem Weltprojekt ein weiteres Aktionsfeld erschließt, nährt die Kritik an ihrer Funktion als allmächtige Wissensvermittlerin und maßgebliche Hüterin der "Wege zum Wissen". Seit ihrem Börsengang werden die eingespielten Millionen genutzt, alle Aspekte (und Neuentwicklungen) der Zugänglichmachung von digitalen Informationen abzudecken und dies durchaus zur Zufriedenheit ihrer NutzerInnen. Google Earth ist nur ein Beispiel von vielen - auch wenn sich erst noch herausstellen wird, ob diese Anwendung neben dem Funfaktor auch eine gewisse Alltagstauglichkeit besitzt. Google Print, der Versuch einer umfassenden Digitalisierung gemeinfreier Bücher, ist ein weiteres. Bei der täglichen Suche gerät aber die Erkenntnis aus Vor-Google-Zeiten in Vergessenheit, dass über das Internet deutlich mehr Informationen verfügbar sind, als die Indexe einzelner Suchmaschinen hergeben können. Diese dunklen Bereiche des Webs wurden durch Google zwar spärlicher, aber auch schwerer wahrnehmbar. Vor allem aber gibt es die Befürchtung, dass Google nicht nur sein annäherndes Monopol der Informationsvermittlung, sondern auch das Wissen über die Interessen Einzelner auswertet und Gewinn bringend ausnutzt.

Auch wenn sich der Zugriff auf dynamische Karten, Satellitenfotos und Geodaten zunehmend verallgemeinert, so wird eine, von RechteinhaberInnen und VermarkterInnen nicht vorgesehene Weiterverwendung oder Bearbeitung verhindert - dies unter Berufung auf das Urheberrecht. Während in den Vereinigten Staaten immerhin basale Geoinformationen öffentlich zugänglich gemacht werden, sind hier zu Lande die lokalen Katasterämter und staatlichen Geoinformationseinrichtungen im Zuge einer fortschreitenden Verwirtschaftlichung urbaner Administrationen angehalten, das von ihnen gesammelte und aufbereitete Wissen möglichst gewinnträchtig zu vermarkten. Dennoch bietet eine digitale, kontextualisierbare Kartografie,

die Erstellung und Anwendung von "geocodierten Hypermedien" viele Möglichkeiten der Nutzung, jenseits einer regierungstechnischen oder ökonomischen Anwendung. Mit Hilfe von GPS-Empfängern, also durch eine Positionsbestimmung per Satellitenpeilung, können Geodaten selbst erstellt und freie Daten anderer übernommen werden. Diese können durch freie Software verarbeitet werden. Offene Standards für eine einheitliche und transparente Beschreibung von Geodaten befinden sich in der Entwicklung. Durch sie soll erreicht werden, dass sich nicht unzählige, voneinander isolierte Datenmengen in unterschiedlichsten Formaten ansammeln, sondern ein problemloser Austausch von digitalen Karten möglich ist.

Es gibt Welten außerhalb von Google

Eine solche offene Kartografie lässt sich für verschiedene Zwecke nutzen: um eigene, subjektive Wahrnehmungen der Umgebung aufzuzeichnen, alternierende Erzählungen über Orte und Ereignisse zu erfassen oder um antagonistische Sichtweisen und Aktivitäten zu visualisieren. Die Weltsichten, wie sie von Google Earth und anderen Projekten angeboten werden, verstärken das Phänomen einer "Stereo-Wirklichkeit", wie Paul Virilio sie nennt. Diese besteht aus der Realität der direkten Umgebung "in der sich unsere Körper fortbewegen" und der medialen Wirklichkeit - zwei Bilder, die sich gegenseitig überlagern und unsere Wahrnehmung beeinflussen. Es wäre doch schade, wenn dieser Mix nur durch eine Brille aus dem Hause Google betrachtet werden würde.

Ulf Treger

Als Einstieg in die elektronische Kartografie sei das englischsprachige Buch "Mapping Hacks" von Schuyler Erle, Rich Gibson und Jo Walsh empfohlen, eine DIY-Anleitung erschienen bei O'Reilly, ISBN 0-596-00703-5

31. Gesundheit ist mehr als Abwesenheit von Krankheit. Zum emanzipatorischen Potenzial eines weiten Gesundheitsbegriffs

Autor: Ulrich Fritsch · Rubrik: Sozialpolitik; Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:34

Gesundheit ist ein weites und ein kontroverses Thema - auch in ak. Die Forderung nach einem "Menschenrecht auf Gesundheit", wie sie z.B. medico international und das internationale People's Health Movement aufstellen (s. ak 497), ist nicht unumstritten - im Gegenteil, wie der Artikel von Erika Feyerabend/Bioskop e.V. in ak 498 deutlich machte. Der wiederum forderte Ulrich Fritsch dazu heraus, für einen weiten Gesundheitsbegriff im Sinne der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu plädieren: Gesundheit ist aus seiner Sicht nicht nur Recht eines jeden Menschen, sondern zudem ein subjektives Potenzial, das gegen die alltägliche Erfahrung einer "repressiven Gesellschaft" aktiviert werden kann. Wir dokumentieren seinen Beitrag im Rahmen unserer Debatte, die noch lange nicht zu Ende ist, sondern in der nächsten Ausgabe weitergeführt wird.

Wenn von Gesundheit die Rede ist, geht es meistens um zu hohe Kosten, Stellenabbau und Privatisierung. Gesundheit ist ein teures Gut, zu teuer, um es sich weiter in diesem Umgang leisten zu können, darin sind sich Parteien und Unternehmer einig. Mit Hilfe marktwirtschaftlicher Kriterien werden die Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung gekürzt. Zugleich wird mehr "Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger" gefordert, meint: mehr zu bezahlen durch eigene zusätzliche Versicherung ohne Arbeitgeberanteil.

Doch von Gesundheit kann auch anders gesprochen werden, als Menschenrecht etwa, das nicht nur als Abwesenheit von Krankheit zu verstehen ist, sondern das körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden umfasst, wie es die WHO definiert. Dahinter schimmern gleich mehrere Zielsetzungen auf, die eine Betrachtung lohnen. Da jeder Mensch ein Recht auf Gesundheit hat aufgrund der bloßen Tatsache, dass er/sie lebt, so muss auch gesellschaftlich organisiert werden, dass jedeR sich "Gesundheit" leisten kann unabhängig davon, ob er/sie Arbeitseinkünfte hat oder nicht.

Weiter ist interessant, dass als Kriterium für "Gesundheit" subjektives Wohlbefinden genannt wird. Damit wird gewürdigt, dass Gesundheit kein objektiv normierbarer Zustand ist, sondern ausschließlich subjektiv erlebt werden kann. Psychologische und individuell-biologische Aspekte rücken ins Blickfeld. Hierin steckt ein starkes emanzipatorisches Potenzial.

Selbstbestimmung statt "Eigenverantwortung"

Biologisch gesehen ist Gesundheit kein feststehender Zustand. Vielmehr ist Gesundheit ein fortwährendes Geschehen, bei dem verschiedene Selbstregulierungsmechanismen im Menschen aktiv sind. Sie sorgen dafür, dass störende Einflüsse, die zumeist aus der Außenwelt kommen und das homöostatische Gleichgewicht, das wir Gesundheit nennen, bedrohen, wieder ausgeglichen werden. Überlastungen dieser Gesunderhaltungskräfte führen zu Funktionsstörungen des menschlichen Organismus, die ab einem bestimmten Umfang und Intensität "Krankheit" genannt werden. Die Diskussion über allgemeine Richtwerte etwa von Abgasnormen oder Grenzwerte radioaktiver oder chemischer Stoffe zeigt, wie der Krankheits- bzw. Gesundheitsbegriff als Herrschaftsinstrument eingesetzt wird. Dadurch werden biologische Kategorien zu politischen Kategorien.

Gesundheit beinhaltet zwei Komponenten: eine individuelle in Form der Selbstregulierungskräfte und eine gesellschaftliche in Form von gesunderhaltenden oder krankmachenden Einflüsse. Beide stehen in ständiger Wechselwirkung.

Ein emanzipatorischer Gesundheitsbegriff betrachtet die Einflussmöglichkeiten auf diese beiden Komponenten unter dem Gesichtspunkt der Selbstbestimmung. Gesundwerdung in Richtung der WHO-Definition ist in einer repressiven Gesellschaft nur möglich, indem die Produktivkräfte der Befreiung und Selbstbestimmung entfaltet und die Widerstandskräfte gestärkt werden.

Gesundheit beinhaltet laut WHO körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden. Entsprechend geht es bei einem emanzipatorischen Gesundheitsbegriff darum, dieses Wohlbefinden auf allen Ebenen bewusst herzustellen. Dazu gehört, die eigene Lebensform bewusst gestalten zu können, zu erkennen, wie und wofür man leben möchte, und die dafür nötigen inneren und äußeren Produktivkräfte freizusetzen. Eine ausgeprägte Sensibilität ermöglicht wahrzunehmen, was im Menschen und um ihn herum geschieht, und ein wacher Verstand arbeitet daran, diese Wahrnehmungen kritisch einzuordnen und zu bewerten. Beides kann eingeübt werden. Bei der Auseinandersetzung mit gesunderhaltenden und krankmachenden Einflüssen sowie der regelmäßigen Herstellung der inneren Ruhe und Klarheit treten die Produktivkräfte hervor, die zu einem selbstbestimmten Leben befähigen. Sie helfen erkennen, was krank macht. Und sie helfen das zu fördern, was gesund macht und Lebensqualität erhöht.

Selber handeln statt "Prävention"

Dieser Ansatz geht weit über ein tägliches Fitnessprogramm hinaus, das als Prävention angeboten und von manchen als "moderne Formen der Selbstgeißelung" (Erika Feyerabend) empfunden wird. Es geht um ein Durchschauen von Mechanismen, die krank machen und von Interessen, die hinter Argumentationslinien stehen sowie um die Entdeckung und systematische Stärkung der jedem Menschen innewohnenden Widerstandskräfte. In diesem Sinn ist Gesundheit und Gesunderhaltung ganz besonders eine Frage des eigenen Handelns, anstatt des frühzeitigen Intervenierens von zuständigen Gesundheitsexperten.

Ulrich Fritsch

32. Verdoppelung der Sozialdemokratie. Linkspartei und WASG müssen sich erst als "links" erweisen - eine Replik

Autor: dk · Rubrik: PDS; Deutsche Linke allgemein; Linkspartei · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:40

Thiess Gleiss ist Mitglied des Bundesvorstandes der WASG. Von daher ist es wenig erstaunlich, wenn er in ak 499 in seiner Analyse der Bundestagswahl vor allem ein Loblied auf die WASG anstimmt. Ärgerlich bleiben seine Annahmen und Schlussfolgerungen dennoch, denn statt kritisch-selbstkritischer Betrachtung dominiert die Selbstbeweihräucherung.

Gleiss teilt mit vielen die Einschätzung, der Einzug der Linkspartei in den Bundestag habe die Kräfteverhältnisse in diesem Land nach links verschoben. Bereits gegenüber diesem Optimismus sei hier zumindest Skepsis angemeldet. Das Wahlergebnis zeigt zunächst einmal nur, dass sich die gesellschaftlichen Umbrüche und Zerklüftungen der letzten Jahre inzwischen auch in einer Instabilität des politischen Systems bzw. der so genannten Politischen Klasse niederschlagen. Doch ob und in welcher Weise die Krise der Berliner Republik zu einer realen Verschiebung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse führen wird, das hängt nicht oder zumindest nicht in erster Linie an der Bundestagsfraktion der Linkspartei, sondern daran, ob es zu autonomen sozialen Massenbewegungen kommen wird oder nicht. Am Zustand der sozialen und Klassenkämpfe sollte eine "Linkswende" festgemacht werden, zumal es überhaupt nicht ausgemacht ist, ob sich die Linkspartei statt zu einem "frechen linken Aufpasser" (Gleiss) nicht eher zu einem realpolitischen Mitregulierer entwickeln wird.

Wenn man den Statistiken und Umfragen glauben darf, so haben tatsächlich überdurchschnittlich viele lohnabhängig Beschäftigte und Erwerbslose die Linkspartei gewählt. Bei Gleiss wird daraus ein "kollektives Interesse", das "seine" Partei gefunden habe. Nun, all die Wahlen vorher hat diese "Stammwählerschaft" (Gleiss) der Linkspartei zumindest auch Protest gewählt, nämlich CDU, NPD oder, wie in Hamburg, die Schill-Partei. Dass sie ihre Stimmen jetzt der Linkspartei gegeben hat, ist sicherlich ein Fortschritt, aber eben noch lange kein Zeichen für eine Abwendung vom Protestwahlverhalten und eine Hinwendung zu einer dezidiert linken Position. Die Ablehnung von Hartz IV allein sagt eben noch nichts über die grundsätzliche politische Orientierung aus. Die Äußerungen von Oskar Lafontaine haben deutlich gezeigt, dass es Linkspartei und WASG gerade auch um die Einbindung potenziell rechter Hartz-IV-GegnerInnen ging.

In den emanzipatorischen Alternativen zur Agenda 2010, in den Fragen der unteilbaren und unbedingten sozialen Grundrechte ist die Linkspartei bisher kaum über sozialdemokratische Positionen hinaus gekommen. Das gilt vor allem für die WASG, die Gleiss als treibende Kraft des Fortschritts der PDS als "Partei der Niederlage" gegenüberstellt. Und hier werden seine Ausführungen richtig ärgerlich. Man muss schon eine gehörige Portion Optimismus mitbringen, um bei den SozialdemokratInnen, die vielerorts die WASG ausmachen, eine Linksentwicklung zu konstatieren. In aller Regel sind sie nämlich dem tradierten sozialdemokratischen Gedankengut treu geblieben, und das findet "Fordern und Fördern" "im Prinzip" gar nicht schlecht, das findet einen Slogan wie "keine Leistung ohne Gegenleistung" "im Prinzip" auch nicht verkehrt. Und bei der Vorstellung von einem garantierten Grundeinkommen für alle und ohne Vorbedingungen schwanken WASGlerInnen zwischen Unverständnis und heller Empörung.

Eine sozialdemokratische Partei neuen Typs

Vor dem Hintergrund solcher Erfahrung ist es schon dreist, wenn Gleiss vor allem der PDS "bürokratische Harmonisierung auf ein billiges, sich dem Kapitalismus anbiederndes Programm" vorwirft. Denn gerade in der WASG ist lange erklärte Strategie gewesen, sich auf ein paar gewerkschaftliche Standards plus windelweiche Positionen zu Hartz IV zu beschränken. Selbst wenn es stimmt, dass sich die PDS in ihrer programmatischen Entwicklung dem Kapitalismus "angebiedert" hat: Die WASG hatte sich programmatisch nie von ihm entfernt! Wenn es in der Programmatik der Linkspartei überhaupt irgendwelche emanzipatorischen Versatzstückchen in Sachen soziale Grundrechte, Antirassismus, Geschlechterpolitik etc. gegeben hat, dann waren sie oft genug gerade der PDS zu verdanken. Und überhaupt "anbiedern": Gleiss möge doch bitte nicht so tun, als sei ausgerechnet die WASG das Bollwerk gegen eine potenzielle Regierungsbeteiligung! Wenn es ums

"Mitgestalten" geht, darum, "Verantwortung" zu tragen, dann nehmen sich demokratisch-sozialistische ModernisiererInnen und sozialdemokratische TraditionalistInnen absolut gar nichts! Das gilt auch in Bezug auf den Umgang mit innerorganisatorischen KritikerInnen. Beide Gruppierungen haben keinerlei antiautoritäre und undogmatische Tradition. In beiden Gruppierungen haben solche undogmatischen Linken einen schweren Stand, doch auch in der PDS gibt es Teile, die sehr eng und konstruktiv mit sozialen Bewegungen und anderen linken Gruppierungen zusammenarbeiten. Auch hier ist die Gleiss'sche Einteilung in "gute" WASG und "böse" PDS demagogisch einseitig.

Das, was in der Linkspartei neu entsteht, ist eine neue sozialdemokratische Organisation, nicht mehr und nicht weniger. Wie sich daraus eine "sozialistische Partei" etablieren soll, wie Gleiss es beschwört, wird sein Geheimnis bleiben. Genauso wie die neue "Radikalisierung der Gewerkschaften", die durch die Linkspartei angestoßen werden soll. Das einzige, was man mit Fug und Recht sagen kann, ist, dass sich die Gewerkschaften in einer tief greifenden Krise befinden, dass sie nach wie vor jede Deregulierung in Betrieben und Tarifen mitmachen, dass sie organisatorisch an Bindungskraft und in den Betrieben an Legitimität verlieren. Dies auch deshalb, weil gerade das letzte Jahr gezeigt hat, dass sie einiges dazu beigetragen haben, den aufkeimenden Protest und Widerstand gegen Standortsicherungsverträge und innerbetriebliche Verschlechterungen zu ersticken.

Staatstragende Mitregulierer statt "freche Aufpasser"

Wenn sich nach den Bundestagswahlen die Spielräume für "die Linke" also tatsächlich verbessern sollen, dann nicht, weil es jetzt eine zweite sozialdemokratische Partei im Bundestag gibt. Das, was es zu unterstützen und zu entwickeln gilt, sind die soziale Basisprozesse und Bewegungen, die die Risse im gesellschaftlichen Gefüge tatsächlich bis zum Bruch verbreitern könnten. Die Linkspartei ist das nicht.

dk

33. In gesellschaftliche Prozesse eingreifen. Zum Verhältnis von Theorie und Praxis

Autor: Marcus Hawel · Rubrik: Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:08

Im folgenden dokumentieren wir Auszüge des Vortrags "Negative Kritik und bestimmte Negation", den Marcus Hawel auf dem Kongress "Die Möglichkeiten einer anderen Welt" am 9. Oktober 2005 in Hannover gehalten hat. Hawel ist Mitherausgeber der Online-Zeitschrift Sozialistische Positionen (www.sopos.org). Seine Magisterarbeit schrieb er über Hobbes, Hegel und Marx. Er promovierte über "Die normalisierte Nation - Zum Verhältnis von Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik". Der Text wurde für ak stark gekürzt, in der Februar-Ausgabe der Zeitschrift Utopie Kreativ wird er in ungekürzter Fassung erscheinen.

Mit der Reflexion des Verhältnisses von Theorie und Praxis zeigt die Theorie ihre praktische Seite - vor allem auch negativ, weil sie sich einer bestimmten Praxis durchaus verweigern und zugleich mit ihr arrangieren muss. Denn die Praxis erfolgt auf dem Feld der Realpolitik, das einerseits eher theoriefeindlich ist, aber andererseits das einzige Feld ist, auf dem Praxis überhaupt möglich ist. Wer sich der Realpolitik entzieht, ist praxisabstinent. Aber Realpolitik orientiert sich nicht bewusst an theoretischen Idealen, sondern am real Gegebenen; sie nimmt Zweck-Mittel-Kalkulationen vor, ist instrumentelle Vernunft, die den Zweck und den Einsatz der Mittel ausschließlich nach den Kriterien des Erfolges, Profits, Nutzens und der Macht abwägt und dabei nicht weit in die Zukunft schaut. Politik aber ist nur dann auf kurze Sicht richtig, heißt es bei Manès Sperber, wenn sie auch auf lange Sicht richtig ist. (...)

Das Moment von Spontaneität ist geboten, wollen kritische WissenschaftlerInnen in den Prozess gesellschaftlicher Entwicklung eingreifen, damit dieser vernünftig organisiert werde. Der Spontaneität gerecht zu werden bedeutet zunächst, die Dialektik von Agitation und Aufklärung zu erkennen; schließlich mit Phantasie in gesellschaftliche Prozesse einzugreifen, ohne ihre Abschlüsse in der empirischen und begrifflichen Wirklichkeit abzuwarten. Theorie orientiert sich nicht an bloßer Praxis, sondern bezieht sich auf den Gegenstand; wohl aber sollte die Praxis sich an der Theorie orientieren. Spontaneität in der Wissenschaft bezüglich des praktischen Primats der Kritik bedeutet zugleich, Theorie auf Praxis anzusetzen: Soziale Bewegungen kommen sehr häufig ohne Orientierung an Theorie zustande. Die Wahrscheinlichkeit, dass solche Bewegungen deshalb nicht progressiv sind, ist sehr groß. Die Kraft sozialer Ideen ist indessen aber nicht zu überschätzen; ihr Zustandekommen steht im gleichen Kontext wie das Entstehen sozialer Bewegungen. Einen kausalen Zusammenhang im Sinne von Ursache und Wirkung gibt es zwischen Theorie und Praxis nicht. (...)

Die derzeitigen massiven, globalen Kapitalkonzentrationen und die Zerstörung der Sozialstaatlichkeit, d.h. der staatlich organisierten Solidarität, haben so drastische Auswirkung auf die materiellen Lebensverhältnisse der Menschen, dass diese nicht erst auf Grund ihrer Verelendung, sondern bereits aus Angst vor ihrer Verelendung rebellieren könnten, weil sie sehen, dass der gesellschaftliche Reichtum sich in wenigen Händen konzentriert. Politische, ökonomische und soziale Konflikte werden in den hoch industrialisierten Gesellschaften deshalb sehr wahrscheinlich wieder zunehmen. Eher zu erwarten ist aber, dass sich ein revolutionärer Prozess, der das Neue in die Welt bringt, von der Peripherie ins Zentrum bewegt. Weltweit kann schon seit längerem von einer verstärkten Flucht- und Migrationsbewegung gesprochen werden, die mit einer gehäuften Erscheinung von Kriegen und Bürgerkriegen verknüpft ist. Der Druck der gesellschaftlichen Verhältnisse nimmt zu und wird drückender - und am stärksten an der Peripherie. (...)

34. Auf der Suche nach dem utopischen Faden. In Hannover fand ein Kongress über die Möglichkeiten konkreter Utopie statt

Autor: Susann Witt-Stahl · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:29

Wahrhaft politische Utopien mit emanzipatorischem Gehalt dürften das falsche Bestehende "nie ins bloß Luftleere eines Vor-uns, bloß schwärmend, bloß abstrakt ausmalend" überschreiten, postulierte Ernst Bloch in seinem Werk "Das Prinzip Hoffnung". Sondern überschreitendes Denken "begreift das Neue als eines, das im bewegt Vorhandenen vermittelt ist." Damit das "Traumschiff" befreite Gesellschaft je in seinen "Zielhafen" Verwirklichung einlaufen kann, braucht es einen "Motor": "Die Bewegung nach vorwärts kann nur nach denjenigen Bedingungen verlaufen, wie der bestehende Zustand sie definiert", bekräftigte der Soziologe Marcus Hawel Blochs Diktum, "als Praxis dialektischer Aufhebung, das heißt als bestimmte Negation".

Unter dieser Prämisse diskutierten Hawel und andere WissenschaftlerInnen - darunter Moshe Zuckermann, Regina Becker-Schmidt, Christoph Görg und Gunzelin Schmid-Noerr - an der Universität Hannover auf einem dreitägigen Kongress über die "Möglichkeiten einer anderen Welt". Vor allem aber ging es darum, der im Spätkapitalismus unter progressiven gesellschaftlichen Kräften grassierenden "eklatanten Armut an Utopie" entgegen zu wirken. Denn der "utopische Faden, der aus dem kapitalistischen Labyrinth herauszuhelfen verspricht", war in der Einladung zu lesen, "scheint gerissen zu sein".

Veranstaltet wurde die Tagung von der Redaktion des Online-Magazins Sozialistische Positionen (Sopos) - anlässlich ihres fünfjährigen Bestehens - in Kooperation mit der Loccumer Initiative kritischer WissenschaftlerInnen, die sich 1994 als Reaktion auf den Vormarsch neoliberaler und neokonservativer Ideologien gegründet hatte und an die Traditionslinien des westlichen Marxismus anknüpft. "Uns geht es um kooperative Selbstaufklärung und Selbstpolitisierung", erklärte Sopos-Redakteur Gregor Kritidis in seiner Eröffnungsrede, "und um das, was Karl Korsch in Abgrenzung zur politischen und ökonomischen die geistige Aktion genannt hat: Solchen Ideologien kritisch entgegenzutreten, die eine Politik der Zerstörung demokratischer und sozialer Teilhabe legitimieren".

Der eklatanten Armut an Utopie entgegen wirken

Die Rhetorik von dem endgültigen Scheitern konkreter Utopien, wie sie Joachim Fest schon 1991 mit seinem pauschalen Totalitarismusvorwurf gegen jegliche utopische Hoffnung auf das Eintreten des Menschen in das Reich der Freiheit anwendete, sei nichts anderes als Apologie des Bestehenden, attackierte Kritidis die Utopiekritik aus dem neokonservativen Lager - eine Kritik, die sich bei näherer Betrachtung als eine "schwarze Utopie" der neoliberalen Ideologie erweise: "Denn es gibt nichts Illusionäreres als die Annahme, die totale Entfesselung der Marktkräfte könne eine bessere Welt hervorbringen." Die ideologische Offensive der Neokonservativen, wie sie von dem US-amerikanischen Politikwissenschaftler Francis Fukuyama getragen werde, der eine "liberale Demokratie" als Synthese der Geschichte und das Streben nach einem ungehinderten Markt als einen zentralen Wesenszug der Menschheit erkannt haben will, verweise auf eine Legitimationskrise des fortgeschrittenen Kapitalismus.

Den Krisen des Spätkapitalismus und den sich durch sie offenbarenden Bruchstellen war dann auch der zweite Block der Tagung gewidmet. Ausgehend von Karl Marx' Utopie ex negativo, die den Kapitalismus nicht als "Schurkengeschichte" reflektiert, sondern als "revolutionäre Produktionsweise, in der die Elemente einer befreiten Gesellschaft enthalten sind", wie der Amsterdamer Ökonom Michael Krätke es in seinem Vortrag über "das über sich Hinausweisende kapitalistischer Entwicklung" eindringlich darlegte, widmete der Politologe Tobias ten Brink seine Überlegungen der "blockierten Entwicklung der Produktivkräfte". Die in atemberaubendem Tempo voranschreitenden technologischen Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte indizierten weltweit eine "Rebellion der Produktivkräfte". Das trifft beispielsweise auf die Umwelttechnologie zu: "Aber das fossile Energieregime - 16 der 25 weltgrößten Konzerne gehören dazu - stellt sich gegen die Produktion erneuerbarer Energien. Der erbarmungslose Trieb zur Kapitalakkumulation verhindert eine nachhaltige Energiepolitik", konstatierte attac-Aktivist ten Brink und äußerte erhebliche Zweifel, dass die "finale Krise des Kapitalismus" bevorstehe: "Die neoliberale Wende war erfolgreich."

Für die Steigerung der Arbeitsproduktivität - die mittels Lohnverzicht und Mehrarbeit erzielt wurde, eine Erhöhung der Profitrate, aber damit auch eine Absenkung des Lebensstandards zur Folge habe - müsste der Kapitalismus jedoch den Preis des Verzichts auf soziale Integration als Quietiv (Beruhigungsmittel) der ausgebeuteten Massen zahlen. Genau an dieser Bruchstelle will ten Brink ansetzen: Zwar ließen sich die strukturellen Widersprüche des Kapitalismus nicht durch Reformen beseitigen, räumte er ein, aber der Widerstand gegen die Agenda 2010 und Streiks beispielsweise für Arbeitszeitverkürzung müssten als "antikapitalistische Kämpfe" begriffen werden: "Schon Rosa Luxemburg wusste, dass Reformkämpfe wichtige Erfahrungen bringen", rekurrierte ten Brink auf alt bewährte Strategien der Arbeiterbewegung. "Erfahrung kann die Radikalisierung der Massen bewirken."

Die (wert-)kritischen Informatiker Stefan Meretz und Oliver Heins setzten an einer anderen Bruchstelle des Kapitalismus an, indem sie auf den "emanzipativen Gehalt" freier Software hinwiesen: Da freie Software nicht durch wertproduktive Arbeit entsteht und nicht kommerziell verwertet werde, sei sie als Katalysator des Niedergangs der warenproduzierenden und "Keimform der befreiten Gesellschaft" zu begreifen. "Unter den Bedingungen der entfremdeten Warenproduktion ist die Entwicklung des Einzelnen nur möglich auf Kosten des Anderen", erklärte Oekonux-Aktivist Stefan Meretz, der den Kapitalismus als subjektlos, als sich selbst regulierende "kybernetische Maschine" auffasst. "Und weil auch ich der Andere bin, leben wir in ständiger Selbstfeindschaft." Da freie Software als digitales Gut unbegrenzt reproduzierbar sei, erschüttere sie den "Mythos der Knappheit als natürliche Eigenschaft", der die Atomisierung des Menschen zementiert und somit den kapitalistischen Gesellschaftsbau bis heute zusammen gehalten habe.

Susann Witt-Stahl

35. Nicaragua, Nicaragüita: Bitter-süße Erinnerungen. Kristina Konrads "Unser Amerika": ein Film auf der Suche nach dem verlorenen Traum

Autor: Stefanie Graefe · Rubrik: Nicaragua; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:41

Mitte der 1980er Jahre lebte die Filmemacherin Kristina Konrad zwei Jahre in Nicaragua. Sie war eine von vielen "Internacionalistas", die kürzer oder länger aus Nordamerika und Europa in das kleine zentralamerikanische Land kamen, um die sandinistische Revolution zu unterstützen, die sich im Kampf gegen Armut und Analphabetismus, aber auch gegen die von den USA finanzierte Söldnerarmee der Contras befand. Der Contra-Krieg kostete zehntausenden NicaraguanerInnen das Leben. 20 Jahre später kehrt Konrad nach Nicaragua zurück - und dreht, wie damals auch, einen Film.

Der Film erzählt die Geschichte einer Spurensuche. Ein Foto, auf dem zwei junge Combatientes, zwei sandinistische Frauen mit Gewehr und Uniform, zu sehen sind, dient dabei als Orientierung. Konrad sucht diese und andere SandinistInnen heute, 20 Jahre später, auf und fragt sie nach ihren Erinnerungen. Diese Reise in die Vergangenheit der sandinistischen Revolution ist zugleich eine Reise in die Vergangenheit der Autorin: "Nicaragua war das Vietnam meiner Generation".

Nicaragua symbolisierte aber vor allem einen Traum. Den Traum von einem besseren, gerechteren Leben; von einer Gesellschaft, in der die Gegensätze zwischen arm und reich aufgehoben sind, in der jedem Menschen seine Stimme und Würde zurückgegeben und das Leben bis zum Rand mit Zukunft, Humor und Poesie gefüllt ist. Die ungeheure Kraft dieses Traums zeigte sich darin, dass er imstande war, trotz Krieg, Elend, Tod und Machtkorruption das sandinistische Projekt mehr als ein Jahrzehnt am Leben zu erhalten. Im Februar 1990 aber wählte die nicaraguanische Bevölkerung die Frente Sandinista ab.

Konrads Spurensuche allerdings interessiert das Verhältnis von Traum und Wirklichkeit - damals wie heute - wenig. Sie ist dem Mythos "revolutionäres Nicaragua" verpflichtet. Ein Mythos, der am Ende nicht überlebte, weil, so Konrad, "Goliath über David" siegte.

In der Tat, die Geschichte Nicaraguas bietet sich geradezu an, in biblischen Gleichnissen oder in Gedichten erzählt zu werden. Wie ein Refrain ertönt im Film immer wieder ein Vers des spanischen Dichters Bequer aus dem 19. Jahrhundert: Tot sind nicht die, die in süßer Ruhe/ im kalten Grab Frieden fanden/ tot sind die, die mit toter Seele/ weiterleben.

Dabei ist der Film nicht einfach sentimental, sondern eher melancholisch. Melancholie ist die Trauer um ein verlorenes Objekt, um etwas, das uns genommen wurde und uns als ewig Suchende zurückließ. Letztlich handelt es sich bei dem Verlorenen um einen nach Außen projizierten Teil des eigenen Selbst. Die Melancholikerin trauert mithin gar nicht so sehr um ein verlorenes Objekt als vielmehr um ihre eigene unerfüllte Seele. Sie ist deshalb letztlich auch weniger an - zum Beispiel - der Geschichte Nicaraguas oder der sandinistischen Revolution in all ihrer Widersprüchlichkeit, Skurrilität und Problematik interessiert als vielmehr an der Beziehung zwischen dem mythischen Ort Nicaragua und - sich selbst.

Süße Ruhe im kalten Grab gefunden ...

Zur Geschichte Nicaraguas gehört auch die ständige Gegenwart des Todes, so etwa der grausame Tod des von der Contra ermordeten Schweizer Internationalisten Yvan Leyvzraz, an den Konrad ausführlich erinnert, ebenso wie die unzähligen nicaraguanischen Toten, die eher en masse erwähnt werden. Die mit der Revolution und ihrer Verteidigung alltäglich gewordene ständige Todesdrohung bekommt im filmischen Rückblick eine eigene ästhetische Dimension: Tot sind nicht die, die ... Was während des Aufstands und während des Contra-Kriegs eine Strategie der Überlebenden war, um nicht durchzudrehen am ständigen Sterben, am dauernden Verlust, am jederzeit selbst dran-sein-können: die Leugnung des Todes als Tod, die Verklärung des Sterbens als Resultat freier, heroischer Entscheidung, die Anrufung der Toten als Noch-Lebende ("Presente"! Sie sind unter uns!), dieser im Grunde verzweifelte Versuch, etwas begreifbar zu machen, was nicht zu begreifen und nicht zu ertragen ist - das ruft der Film 20 Jahre später zwar nicht im revolutionär-martialischen, wohl aber im Ton einer existenziellen sweet bitterness neu auf.

Da stellt sich die Frage, ob eine Revolution, die weniger verlustreich, weniger gewaltsam und weniger blutig gewesen wäre als diese, eine Revolution, die dank glücklicherer und gerechterer historischer Umstände keinem jahrelangen Zermürbungskrieg ausgesetzt gewesen wäre, die einfach nach und nach normal, alltäglich und banal geworden wäre und dabei zwangsläufig viel von ihrem Pathos und mythischem Glanz verloren hätte - ob eine solche Revolution auch im selben Maße angeregt hätte zur Produktion heroisch-melancholischer Affekte - und Filmen wie diesem.

Über Kämpfe, Bewegungen und Alltag im heutigen Nicaragua - im Film kurzerhand: "das neoliberale Nicaragua", völliges Gegenstück zum "revolutionären Nicaragua" - erfährt man in diesem Film so gut wie nichts. Die Gegenwart erscheint als öder Ort, der den Bezug zu seiner nunmehr mythisch gewordenen Vergangenheit ganz verloren hat. Dieser Verlust geht so weit, dass selbst die Kinder der befragten Ex-Combatientes nicht wissen, was damals in ihrem Land passiert ist. Die eigentlich prägnante Diagnose des Sohnes einer der Interviewten - "die Idee war gut, aber der Krieg gefällt mir nicht" - dient im Film als Indiz der tragischen Geschichtsvergessenheit insbesondere des jungen Teils der nicaraguanischen Bevölkerung.

So bleibt der Eindruck zurück, es habe erst die weiße Europäerin mit ihrer Kamera angereist kommen müssen, um den NicaraguanerInnen den Weg zur Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit zu öffnen. Ihr Blick zurück, ihr Eintauchen in den nicaraguanischen Mythos hat aber auch für sie selbst eine kathartische Funktion. Am Ende des Films bekennt die Autorin: "Wenn das Ziel meiner Rückkehr war zu erwachen, dann bin ich diesem Ziel jetzt näher gekommen."

... oder mit toter Seele weiterlebend?

Der Film "Unser Amerika" wirft also eine wichtige Frage auf, nämlich die Frage danach, wie Menschen im allgemeinen und Revolutionäre im Besonderen eigentlich mit ihrem Scheitern und mit dem Scheitern ihrer Mythen umgehen. Bleibt der Blick jedoch im Mythos selbst verfangen, wird dessen Scheitern im und am Konkreten ungreifbar.

Stefanie Graefe

36. Sympathiewerbung für Selbstmordattentäter? Hany Abu Assads preisgekrönter Film "Paradise Now"

Autor: Achim Rohde · Rubrik: Nahost allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:14

Der auf der diesjährigen Berlinale dreifach preisgekrönte Film "Paradise Now" des palästinensischen Regisseurs Hany Abu Assad erzählt die Geschichte zweier palästinensischer Männer, die sich für ein Selbstmordattentat in Israel zur Verfügung stellen. Nach der Weltpremiere in Ramallah am 18. September lief der Film auch in deutschen Kinos an. Nicht nur in Israel wurde dem Regisseur der Vorwurf gemacht, er wolle Sympathie für Selbstmordattentäter wecken. In manchen Kritiken wird dem Film gar eine antisemitische Grundausrichtung unterstellt.

Die niederländisch-israelisch-deutsch-französische Koproduktion bedeutet für den bislang nur einem interessierten Fachpublikum bekannten Filmemacher aus Nazareth den internationalen Durchbruch. Nachdem sein Film in über 50 Länder verkauft und für den angelsächsischen Markt gar von Warner Independent Movies ins Sortiment genommen wurde, läuft er nun auch als palästinensischer Beitrag für die Oscar-Nominierung.

Die noch vor Ausbruch der zweiten Intifada im Jahr 2000 begonnenen und vor dem israelischen Abzug aus Gaza im Sommer 2005 abgeschlossenen Dreharbeiten fanden überwiegend an Originalschauplätzen statt, was dem Film stellenweise einen dokumentarischen Charakter verleiht. Doch will "Paradise Now" nicht die Geschichte eines bestimmten Attentats erzählen, der Film versteht sich als eine Parabel auf das Phänomen der Selbstmordattentate insgesamt. Die Handlung konzentriert sich in der Gegend von Nablus im Westjordanland: "Die Freunde Said und Khaled jobben in einer Autowerkstatt. Ihr Leben in dem besetzten Gebiet empfinden sie als aussichtslos und demütigend. Einziger Lichtblick ist Suha, die Tochter eines gefeierten ‚Märtyrers'. Als die beiden Freunde den Auftrag bekommen, in Tel Aviv ein Selbstmordattentat gegen israelische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger durchzuführen, nehmen sie die tödliche Mission ohne Zögern an. Nach einem vorläufigen Abbruch der Aktion müssen sie sich indes erneut mit ihrer Ideologie auseinander setzen. Suha, die für einen ‚moralischen Sieg` im Nahost-Konflikt eintritt, schürt ihre Zweifel. Doch Said lässt sich nicht mehr abbringen. (...) Mit bitterem Ernst und stellenweise beißender Satire hinterfragt Hany Abu Assads Film die Beweggründe des Terrors im Nahen Osten." So weit die Zusammenfassung des Plots in der Begleitbroschüre der Bundeszentrale für politische Bildung, die "Paradise Now" trotz Protesten der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in ihr Programm aufgenommen hat.

Der Film besticht durch eine ruhige Kameraführung, einprägsame Bilder und eine gut aufgebaute Handlung, die fast ohne Filmmusik auskommt. Der Regisseur betritt gleichwohl ein schwieriges Terrain, indem "Paradise Now" einerseits die Lebensumstände und Beweggründe der beiden Hauptfiguren aus einer distanzierten Beobachterrolle darstellt und gleichzeitig eine moralische Wertung der Selbstmordattentate bewusst vermeidet. Die Art und Weise, wie der Rekrutierungsweg der beiden Männer und ihre Verwandlung in lebende Bomben dargestellt wird, ist filmisch hervorragend gelöst. Die Szene, in der die Abschiedsbotschaften der beiden zukünftigen "Märtyrer" von gelangweilten und Sandwiches mampfenden Funktionären des Terrornetzwerkes auf Video aufgenommen werden, ist in ihrem trockenen Sarkasmus atemberaubend und wurde von palästinensischen Kreisen gelegentlich als Anbiederung an den Westen kritisiert.

Gleichwohl stellt der Regisseur die Motive des letztendlich "erfolgreichen" Attentäters Said - persönliche Rache, Wiederherstellung der Familienehre - ausführlich und unkommentiert dar, was dem Film den Vorwurf einbrachte, Sympathien für Selbstmordattentäter wecken zu wollen. Dabei entspricht das Profil der beiden Hauptfiguren durchaus demjenigen vieler palästinensischer Selbstmordattentäter, die sich in den Jahren der zweiten Intifada immer stärker aus gebildeten und bürgerlichen Schichten rekrutieren. Die Motivation für ihre Taten liegt zumeist in einer Mischung aus Nationalismus und persönlichen Motiven; nur selten spielt ausgeprägte Religiosität die Hauptrolle.

Einem guten Teil der kritischen bis ablehnenden Stimmen zu "Paradise Now" ist anzumerken, dass sie sich mit der Darstellung einer bewusst palästinensischen Perspektive insgesamt schwer tun. Doch ein Spielfilm ist keine historische Dokumentation und den europäischen Antisemitismus bekämpft man nicht, indem man die

Realität des israelisch-palästinensischen Konflikts nur in homöopathischen Dosen dem Publikum zumutet. Manche der schrilleren Kritiken unterstellen dem gesamten Filmprojekt eine antisemitische Grundausrichtung und delegitimieren damit jedwede dezidiert palästinensische Perspektive. Über eine solche Verwahrlosung der Kritik des Antisemitismus ist in dieser Zeitung bereits ausführlich geschrieben worden.

Wer an einem Dokumentarfilm über das Phänomen der Selbstmordattentate interessiert ist, der garantiert "ausgewogen" und "moralisch korrekt" daherkommt, sei an Esther Shapiras und Georg Haffners "Der Tag an dem ich ins Paradies wollte" (ARD 2005) verwiesen, der die Geschichte eines gescheiterten und heute in israelischer Haft befindlichen palästinensischen Selbstmordattentäters erzählt. In dieser Geschichte, die als Kontrapunkt zu "Paradise Now" konzipiert wurde, kommen die Eltern des gescheiterten Attentäters mit einer eindeutigen moralischen Verurteilung ihres Sohnes zu Wort, und damit auch klar ist, wer hier das Monopol auf die Opferrolle hat, werden gleich noch die Lebensgeschichten einiger bei Selbstmordattentaten getöteter Israelis erzählt.

Demgegenüber bleibt mit Genugtuung festzustellen, dass sich so langsam eine eigenständige und international wettbewerbsfähige palästinensische Filmszene herausbildet. Nach dem Erfolg von Elia Suleymans "Divine Intervention", der im Jahr 2002 in Cannes als bester nichteuropäischer Film ausgezeichnet wurde, ist Hany Abu Assad nun der zweite internationale Erfolg eines palästinensischen Spielfilms gelungen. Dies könnte eine Sogwirkung auf das palästinensische Kino insgesamt haben. Es ist kein Zufall, dass dessen wichtigste Vertreter gegenwärtig Palästinenser sind, welche die israelische Staatsbürgerschaft besitzen und z.T. in Israel studiert haben. Filmemacher aus den besetzten Gebieten selbst verfügen bisher kaum über die nötige Ausbildung, Arbeitsmöglichkeiten und Kontakte, um derartige Produktionen zu meistern. Der Film läuft auch in israelischen Kinos.

Achim Rohde

37. Arme deutsche weiße Wand. Ebermann/Trampert gehen mit neuen sarkastischen Texten auf Tour

Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:10

Rainer Trampert und Thomas Ebermann sitzen in den Startlöchern: Im nächsten Jahr werden sie mit ihrem neuen Programm "Zu Gast bei Freunden" durch die Republik touren. Die Premiere fand am 18. November im "Hamburger Polittbüro" statt. Wie bisher arbeiten die beiden mit einer ebenso einfachen wie wirkungsvollen Technik: Original-Töne werden mittels Zwischenbemerkungen zur Kenntlichkeit entstellt. Und auch diesmal halfen viele Prominente bei der Programmerstellung. In seinen Memoiren "Was ich noch zu sagen hätte" spricht Reinhard Mey zum ersten Mal offen an, dass er ein guter Mensch ist und die 1968er hasst. Zerbricht die Männerfreundschaft Lafontaine-Gauweiler? Warum rief Benedikt XVI. im Müngersdorfer Stadion: "Eins, zwei, drei!"? Dies sind nur einige der Fragen, die dringendst beantwortet werden wollen. ak dokumentiert ein Textstück aus dem aktuellen Programm; Zitate sind kursiv hervorgehoben.

Der 17. Juni 2005 war ein guter Tag für Deutschland. Der Zwist der Parteien war zu Ende. Die "Verharmlosung des gesellschaftlichen Problems durch Politik und Medien" war überwunden. Hinter uns lag, wie die Welt schrieb "letztlich die Auseinandersetzung um einen hier zu Lande relativierten Eigentumsbegriff." Peter Sodann, Schauspieler und bekannter Tatort-Kommissar, hatte das Verbrechen als "Ausdruck des gewöhnlichen Faschismus" gebrandmarkt, und zwar in der Jungen Freiheit, die bekanntlich jeden Faschismus ablehnt, der nur gewöhnlich ist. Das gilt auch für die DVU "wo sich die Regierenden in Untätigkeit sonnen und die Regierten verzweifeln, wählt sich das Volk eigene Wege." Hatte der Nazi-Redner im brandenburgischen Landtag gedroht, war damit aber bei der CDU auf härtesten Widerstand gestoßen; knallhart hatte deren Sprecher gekontert "Sie begehen geistigen Diebstahl an unserer Initiative", denn sein Innenminister Schönbohm habe als erster festgestellt, die Täter "gehören ins Gefängnis."

Sie wissen doch worum es geht, nicht wahr? "Eine saubere Stadt hat disziplinierende Wirkung" sagt Hans-Olaf Henkel vom BDI. Und weil das der sächsische Innenminister weiß, hat er einen Spaziergang durch Dresden unternommen, sah im undiszipliniertesten Stadtteil "auf hundert Meter wenigstens 20 Hundekothaufen", sah im selben Viertel "zehn Hunde ohne Steuermarke" und, halten Sie sich fest, diverse Graffiti worauf er dem Parlament gestand "Ich muss Ihnen sagen, das war eines der niederschmetterndsten Erlebnisse meiner letzten Jahre hier."

In Sachsen ist ja sonst auch nichts passiert, was einen Innenminister erschüttern könnte. Wenn sich in den national befreiten Zonen keine Ausländer sehen lassen, werden sie auch nicht erschlagen. Die wirkliche Gefahr drohte, jedenfalls bis zum 17. Juni, von ganz anderer Seite. "Der Sprayervandalismus ist ein Bestandteil der 68er Strategie, Deutschland kaputtzumachen. Der Kampf zwischen den Sprayern und den für den Erhalt der deutschen Kulturgüter und Werte Engagierten ist wohl das Vorzeichen für einen Bürgerkrieg."

Solch wachsame Mahnungen finden sich auf der Homepage von Deutschlands bedeutendster Anti-Graffiti-Bürgerinitiative NoFitti. Die Frage sei erlaubt: Hätten wir die vielen neuen Graffiti-Bekämpfungsgesetze, hätten wir in jeder größeren Stadt die Graffiti-Sonderkommissionen, hätten wir die reibungslose Koordination zwischen Polizei und BGS, hätten wir die Sonderzentrale der Staatsanwaltschaften, hätten wir die vielen neuen Datenbanken, könnten wir lesen "alle Ermittler der Spezialeinheit sind Ostern Tag und Nacht in Zivil unterwegs gewesen", wenn nicht die Bürgerinitiative NoFitti seit mehr als einem Jahrzehnt gewirkt hätte, unter dem Vorsitz von Karl Henning?!

Aus kleinsten Anfängen "Anfangs wurden wir noch als naive Putzteufel verlacht" , über erste Paukenschläge "Karl Henning ist glücklich. Stolz geht sein Blick über den Sockel der Friedenssäule. Jetzt ist wieder alles blitzblank" wurden Mitkämpfer aus allen Generationen gewonnen "Graffiti auf Bänken. Der 91 jährige Rentner Gustav Lommerzheim konnte das nicht mehr mit ansehen. So schrubbt der agile Rentner alles weg", und beweist nebenbei, welche Spielräume bei der Heraufsetzung des Renteneintrittsalters objektiv bestehen. Die über 90- Jährigen könnten es allein aber nie und nimmer mit den Sprayern aufnehmen. "Allein in Berlin" schätzt Karl Henning die Szene "auf etwa 9.000, darunter 400, die zum harten Kern zählen. Äußerst brutal und mitunter bewaffnet agierende Täter, unterstützt von ausländischen Aktivisten aus aller Herren Länder."

Ein Abgeordneter der CDU, Parteifreund von Karl Henning, erkennt für's ganze Deutschland, dass "es in der Szene gut organisierte sowie zutiefst kriminelle und bewaffnete Banden gibt, die in Zusammenhang mit Raub, Diebstahl und Drogenhandel stehen." So nahm der Bundestag erschrocken zur Kenntnis "dass sich ganze Graffiti-Banden bilden, die bereit sind, ihre Sprühreviere, die sie vorher markant aufgeteilt haben, mit Gewalt zu verteidigen." Besonders die Beschaffungskriminalität, die "Straftaten, damit sie die Dosen mit der Farbe bekommen" sei Besorgnis erregend.

Das war ein Schlag gegen die Verharmloser, die, vermutlich zum Zwecke der Bagatellisierung eines Staatsproblems, früher im Zusammenhang mit Graffiti von Kleinkriminalität gesprochen hatten. Ströbele zum Beispiel, der Grüne, der alles mitträgt, aber nichts ohne Bedenken, hatte immer wieder schärfstens darauf hingewiesen, dass man Sprayer auch ohne Gesetzesnovelle einknasten kann, und war zudem um keinen Verbesserungsvorschlag verlegen "Der Erwerb der Spraydosen kann erschwert werden und durch Sonderabgaben wie etwa auf Alcopops erheblich verteuert werden. Die eingesetzten Spraydosen werden weniger und die Schäden geringer." Außerdem wollte er den harten Kern von den Mitläufern isolieren und fand es "wichtig, die Unterschiede der Motive der Sprayer zu berücksichtigen."

Ähnliche Entgleisungen waren früher auch bei einzelnen Abgeordneten der PDS zu beobachten. Zwar sprach die Abgeordnete "als Tochter eines Hoteliers, der selber Opfer von Sprühdosen war," und betonte somit aus tiefster persönlicher Betroffenheit "Wir als PDS wollen den Straftatbestand ‚Sachbeschädigung' auf keinen Fall verharmlosen."

Aber dann fing sie doch wieder an mit der abwegigen Idee von den legal zur Verfügung gestellten Flächen. Dabei hatte doch die große Studie der Universität Potsdam längst herausgefunden "Legales Sprayen ist für Jugendliche mit hohen Sensation-Seeking-Tendenzen anreizmäßig defizitär." Ich verstehe das; legale Sprühflächen kommen mir vor wie die Erlaubnis von freier Liebe aber nur wenn die Partner auch miteinander verheiratet sind. Oder wie ein Streik in den Betriebsferien.

Aber legales Sprayen ist nicht nur anreizmäßig defizitär "Durch die Studie der Universität Potsdam und Erfahrungen der Polizei ist bekannt, dass legales Sprayen illegales nach sich zieht." Ein typischer Fall von Einstiegsdroge also, wie wir das aus vielen Bereichen kennen. Wer erst einmal an erlaubten Demonstrationen teilnimmt, bleibt bald auch nicht mehr den verbotenen fern. Statt den Jugendlichen das Basteln von Schlüsselbrettern, das Backen von Weihnachtsplätzchen oder die Spielregeln von Mikado beizubringen, werden sie durch legales Sprayen! "auf die schiefe Bahn gedrängt."

Zum Glück hat Karl Henning Verbündete in allen Parteien. Stadträte der PDS melden im Internet "eine Flut von Schmierereien ... Wie Krebs breitet sich das aus". Sie fordern "empfindliche Strafen, denn Chaos wäre die Folge, wollten wir das tolerieren," dieses unerträgliche, dieses "skrupellose Vorgehen gegen fremdes Eigentum", welches von Sozialisten seit alters her verabscheut wurde. Jedenfalls sind nun auch die PDS-Stadträte Bestandteil dieser breiten Volksbewegung, die so viele phantasievolle Ausdrucksformen hat.

In Hamburg plakatiert die örtliche Initiative "Stoppt illegale Graffiti wählt 110", "um die Anzeigenbereitschaft der Hamburger zu steigern." Die Initiative "Sauberes Potsdam" hat "vorerst sieben Langzeitarbeitslose damit beschäftigt, Straßen nach Schmierereien abzulaufen." Die "Ordnungspartnerschaft Münster" rät in massenhaft verteilter Broschüre "Sprayer werden durch Videoüberwachung mit digitaler Aufschaltung an private Sicherheitsdienstleister verunsichert", weicht vor dem nahe liegenden Gedanken an Selbstschussanlagen aber noch aus.

Der Kern der meisten Initiativen besteht übrigens immer aus Mitarbeitern des Polizeipräsidiums, Vertretern der Malerinnung und Abgesandten von Gebäudereinigungsfirmen. Die haben, ökonomisch betrachtet, zwei Sorgen: Dass die Sprayer wirklich aufhören oder dass man deren Werke unbehelligt lässt. Das wäre glatt geschäftsschädigend. Aber auch immer mehr andere Berufsgruppen finden zum Kampf. "Knapp 500 Banker beteiligen sich an der Aktion ‚Sauberhafter Business Day' des Hessischen Umweltministeriums", fahndeten nach Graffiti und "sammelten achtlos weggeworfene Abfälle ein."

All diese Aktivitäten, die jahrelange Arbeit von Karl Henning, mündete schließlich Anfang April 2005 im "1. internationalen Anti-Graffiti-Kongress" in Berlin, durchgeführt von NoFitti e.V. Unter der Schirmherrschaft des Regierenden Bürgermeisters Wowereit, unterstützt von Otto Schily, eröffnet vom Chef der Senatskanzlei des rot-roten Senats, sprachen und berieten der CDU-Generalsekretär Kauder, der Polizeipräsident Oslos, der

Bürgermeister Kopenhagens, Experten von Helsinki bis Los Angeles und Dr. Giessler von der Firma Degussa, die einfach die beste ist, wenn es um die Beseitigung von Schäden an Wänden und Schädlingen am Volkskörper geht.

Selbst Christian Ströbele schickte eine Grußadresse, wünschte dem Kongress "eine fruchtbare Diskussion", und "Erfolg" im Kampf gegen das "durchaus ärgerliche Übel". Karl Henning, der Leiter des Kongress', gab im Rahmenprogramm bekannt, welche Schule für absolute Sauberkeit der Wände Preisträger geworden war. Dort fahndet das pädagogische Personal noch nach Schmutz unter den Fingernägeln. Fast zeitgleich lief eine andere Fahndung, mit der Otto Schily eindrucksvoll unterstrich, dass seine Unterstützung des Kongresses keine nur idelle ist. "Der Sprecher des Innenministeriums verteidigte den Einsatz von Hubschraubern des Bundesgrenzschutz' gegen Sprayer. Solche Aktionen hatten in Berlin und Köln stattgefunden. Der Einsatz war erforderlich und auch erfolgreich. Bei den Einsätzen mit Wärmebildkameras waren vier Sprayer auf frischer Tat ertappt und acht geplante Sprühaktionen verhindert worden. Bundesinnenminister Schily wolle nun bundesweit mit Hubschraubern gegen Sprayer vorgehen, Auch Innenexperten aus Union und FDP seien für den Hubschrauber-Einsatz." Wie in jedem Krieg, ergänzt der Chefkoordinator von BGS und Polizei "ist Unterstützung aus der Luft unabdingbar."

Ja, jetzt wird wohl auch dem Letzten hier im Saal deutlich, welche Bedeutung der 17. Juni 2005 für Deutschland hat. Bis dahin konnte man nämlich Sprayer, die nur leicht Abwaschbares hinterließen, nicht ins Gefängnis stecken. Ich meine, so etwas demotiviert doch die Hubschrauber-Staffeln in ihrem schweren Kampf. Das Problem hat die rot-grüne Bundesregierung als Schluss- und Höhepunkt ihrer Amtszeit beseitigt. Allerdings bestand die CDU auf dem Vorwurf, sie würde "plötzlich unsere Ideen übernehmen", was ja schon der DVU vorgeworfen worden war und eigentlich nur beweist, dass die CDU wirklich die Partei der Mitte ist.

Natürlich ist das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht. In den Medien finden sich immer neue Anregungen "Die Täter sollten ihre Schmierereien eigenhändig mit einer Zahnbürste entfernen müssen"; und ständig geht ein neidischer Blick der Presse ins Ausland, welches wieder einmal weiter ist als wir: "Singapur: Sprayer erhalten zwischen drei und acht Stockschläge und müssen mit drei Jahren Gefängnis rechnen." "USA: Wer drei Mal 400 Dollar Schaden anrichtet, wandert lebenslang hinter Gitter."

Gut, das sind Fernziele, die man erst erreichen kann, wenn das ganze Volk geschlossen begreift, wie schön eine deutsche Fußgängerzone, eine Gleisanlage, ein Parkhaus, eine Autobahnbrücke und eine Trabantenstadt mit Einzelhäuschen oder Sozialwohnungssilos ist; in ungeschmälert dezentem Grau oder sogar in der Farbe der Unschuld, wie sie der Hausdichter der BZ besingt:

"Arme deutsche weiße Wand,

fast hätte ich dich nicht erkannt.

Bist unter Schmierereien verschwunden

Jetzt sollen sie bald in den Knast,

damit Du, Wand, mal Ruhe hast."

38. Kristallisationspunkt Arbeit. Filmfest Leipzig widmete sich dem Thema Arbeit

Autor: Maria Pins · Rubrik: Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:20

Dokumentarfilme genießen zur Zeit eine beachtliche Popularität und haben wieder Einzug in die Kinosäle gehalten. Filme wie "Bowling for Colombine" und "Fahrenheit 9/11" von Michael Moore oder "Rhythm is it" von Thomas Grube und Enrique Sánchez Lansch, um nur einige zu nennen, feierten sensationelle Kinoerfolge. Inwieweit dies auch für Filme des diesjährigen Leipziger Festival für Dokumentar- und Animationsfilm gilt, wird sich zeigen.

"Die große Stille" von Philip Gröning, der im November in den Kinos startet, hat den Sprung auf die große Leinwand geschafft. Der Film gewährt einen noch nie da gewesenen Einblick in die abgeschlossene Welt des Kartäuserklosters bei Grenoble und der dort lebenden Schweigemönche. Fast drei Stunden lang werden wir Zeuge des Schweigens in langen Gebeten, bei Küchen- und Gartenarbeit, während der Mahlzeiten und beim Haare schneiden. Über Hintergründen, Motiven und Gedanken der Mönche liegt, wie kaum anders zu erwarten, ein großes Schweigen. Ohne zusätzliches Licht, dafür aber mit eindringlicher Geräuschkulisse von hallenden Schritten und knarrenden Balken fordert der Film in seinen minutenlangen Einstellungen viel vom Zuschauer. Stille kann auch anstrengend sein. Lässt sich der Betrachter jedoch auf den Film ein, erfährt er ein anderes Zeiterlebnis.

Ein zentrales Thema der internationalen Wettbewerbsfilme, die Anfang Oktober in Leipzig gezeigt wurden, war Arbeit - in ihrer physischen Präsenz, in der Angst vor ihrem Verlust oder in ihrer Abwesenheit nach Standortschließungen. "Workingman's Death" von Michael Glawogger (Preis der Fipresci-Jury) zeigt den Akt schwerster körperlicher Arbeit unter vorindustriellen Bedingungen, die er in China, Pakistan, Nigeria, Indonesien und der Ukraine aufspürte. So beobachtet Glawogger ukrainische Männer und Frauen, die durch stillgelegte marode Stollen kriechen und Kohle fürs Überleben bergen, sowie indonesische Schwefelarbeiter, die bei Abbau und Transport ständig giftigen Dämpfen ausgesetzt sind. Auf einem öffentlichen Schlachtplatz in Nigeria stehen die Arbeiter knietief in Schlamm, Dreck und Blut. Pakistanische Werftarbeiter zerlegen ausgemusterte Schiffe. Chinesische Stahlarbeiter verbrennen fast an ihren Hochöfen, die aus dem Nachkriegsdeutschland stammen könnten, und setzen in den technischen Fortschritt ihre ganze Hoffnung. Wie ein Blick in den Spiegel der Zeit wirkt eine ehemalige Hochofenanlage in Duisburg, die als Kulisse für eine gigantische Lichtinstallation dient und in einen Freizeitpark umgewandelt wurde. Sieht so unsere Gegenwart und Zukunft von Arbeit aus? Der Film entzieht sich einer vorschnellen Antwort. Im Mittelpunkt der durchaus faszinierenden Bilder sowie der beeindruckenden Musik- und Klangarrangements steht allein die physische Arbeit.

Schwerstarbeit in der Ukraine und ...

Der Film "The North Star", für den der Regisseur Erkko Lytinnen den Preis der Talent-Taube erhielt, greift die gesellschaftliche Dimension von Arbeit auf. Hier wird der Kampf um die Erhaltung von Arbeitsplätzen in einer von EU-Richtlinien bestimmten und globalisierten Welt beschrieben. In der nordfinnischen Kleinstadt Vuolijoki wurde nach Schließung der Bergwerke eine Waggonfabrik errichtet, die nun wiederum vor der Schließung steht, weil sie für den spanischen Mutterkonzern nicht mehr profitabel ist. Der Film begleitet die Werksvertreter und Stadtverordneten bei ihren zahllosen Reisen zu Ministern und Abgeordneten, um sie um Hilfe und Unterstützung zu bitten, denn nur ein Großauftrag kann das Werk noch retten. Kommentarlos werden Gespräche beobachtet, die zeigen, dass im globalen Geschehen politische Handlungsmöglichkeiten stark begrenzt sind. Allgegenwärtig ist die Angst in der Region vor Verarmung, Entvölkerung und Verödung.

... Massenarbeitslosigkeit in Nordfrankreich

Dies ist auch das zentrale Thema des Kurzfilms "Last Men Standing" von Sasha Djurkovic. Leere Hochhäuser, einsame Straßen und öde Plätze, gelangweilte und drogenabhängige Jugendliche - so präsentiert sich ein walisisches Dorf nach den massenhaften Schließungen von Kohleminen im Jahr 1995. Nur ein paar Bergleute fahren noch in den Schacht. Sie haben ihre alte Grube gekauft, um ihr Schicksal in die eigenen Hände zu

nehmen und ihr altes Lebenszentrum zu retten. Doch auch sie können Abwanderung und Verödung nicht aufhalten - machtlos stehen sie den Äußerungen perspektivloser Jugendlicher gegenüber.

Symbolisch für die Auswirkungen des Absterbens alter Industriestandorte kann der Film von Claudio Zulian "The Future" (Silberne Taube für Kurzmetrage und Preis der ökumenischen Jury) stehen, der die ehemalige Bergbaustadt Merchin in Nordfrankreich porträtiert. Der in schwarz-weiß gedrehte Film durchforstet mit ruhigem Blick private und öffentliche Räume. Während die übrig gebliebenen BewohnerInnen von Hoffnungen und Ängsten, vom Leben in und der Flucht aus Merchin erzählen, wandert die Kamera durch karge wie wohlhabende Wohnungen, sterile Büros, leere Straßen und Cafés.

Erwähnenswert ist auch der dreizehnminütigen Film "Windows" von Gauhar Sydykova und Furkat Tursunov. "Windows" zeichnet auf unspektakuläre Weise das einfühlsame Porträt eines neunjährigen Jungen, der sich liebevoll um seine kranke, bettlägerige Mutter kümmert. Um den Unterhalt dieser kleinen Lebensgemeinschaft zu sichern, arbeitet der kindliche Ernährer unter Tage in einer Kohlegrube und schleppt schwere Kohlesäcke wie die Erwachsenen.

Die Goldene Taube für den besten langen Dokumentarfilm - und damit den höchst dotierten Preis - erhielt Arunas Matelis "Before Flying back to the Earth", der mit ruhigen und einfühlsamen Bildern über eine Kinderkrebsstation in Litauen berichtet. "For a Miracel" von Jarek Sztandera, der den beschwerlichen Pilgerweg Behinderter und ihrer Angehörigen zum Wallfahrtsort Lourdes beschreibt, erhielt die Goldene Taube für den besten kurzen Dokumentarfilm.

Maria Pins

39. "Das ist deren rassistische Strategie." Wie Deutsche Bahn und Bundespolizei für "Ordnung" sorgen

Autor: Kamil Majchrzak · Rubrik: Asyl- und Migrationspolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak500/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:11

Als Jean-Paul einen Ausflug nach Frankfurt (Oder) unternahm, um dort seinen Freund zu besuchen, konnte er nicht ahnen, dass die Reise im Regional-Express Nummer 38020 an diesem sonnigen Oktober-Samstag zu einem Albtraum werden würde. Kurz hinter Erkner kam der Schaffner und kontrollierte die Fahrscheine. Jean-Paul zeigte sein Wochenendticket. Dann kam die Bundespolizei (früher BGS). Insgesamt neun BeamtInnen waren daran beteiligt, den Studenten am Berliner Ostbahnhof in erniedrigender Weise aus dem Zug zu zerren.

Hauptmeister Grabs spricht von einem "Fall von versuchtem Betrug und Erschleichung von Leistungen". Jean-Paul hatte vergessen, seinen Namen in das Wochenendticket einzutragen. Der Zugführer hatte deshalb die Bundespolizei gerufen - "schließlich handelt es sich um einen Ausländer" -, und so waren die Rollen bereits verteilt. Die angerückte bewaffnete Abteilung war an einer Aufklärung des Sachverhalts nicht mehr interessiert. Die Bundespolizei forderte den Mann auf, den Zug zu verlassen. Der wollte jedoch den Fall erst geklärt wissen. Dann gingen die PolizistInnen auf ihn los und traktierten ihn mehrmals mit Pfefferspray.

Der Einsatz in dem Waggon dauerte fast eine halbe Stunde. Die BeamtInnen verdrehten Jean-Pauls Hände, drückten ihn zwischen die Sitze und schlugen auf ihn ein. Dann legten sie ihm auf dem Rücken die Handschellen an. Er schrie vor Schmerzen, konnte nicht mehr atmen. Ein Beamter sprühte ihm dann das Gas noch ein Mal von unten direkt ins Gesicht. "Der hat bestimmt keinen Ausweis", brummte ein Fahrgast. Ein polnischer Student aus Frankfurt (Oder) protestierte gegen die Gleichgültigkeit der Fahrgäste, die sich anscheinend durch die Schmerzensschreie des Opfers belästigt fühlten. Ein anderer Passagier meinte kurz: "Ein Illegaler". Kein Mensch ist illegal! Auch Jean-Paul nicht, er hat einen Namen, ist 29 und studiert Lebensmitteltechnik an der Technischen Universität in Berlin. Er besitzt auch eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis. Ändert dies etwas an dem Sachverhalt? Jean-Paul hat ein anderes Problem: Er kommt aus Kamerun und ist schwarz.

Der Student wird dann aus dem Zug herausgetragen und auf den Bahnsteig des Ostbahnhofes geworfen. Sein Gesicht ist verweint, aus seiner Nase quillt Schleim, er ist wegen des Pfefferspray-Einsatzes in Atemnot. Auf dem Bahnsteig 6 stehen mehrere wartende Bahn-Angestellte. Eine Frau aus dieser Gruppe ruft: "In Frankreich hätte man mit dem gar nicht so lange gezappelt!" Ein junger Medizinstudent protestiert gegen diese Behandlung: "Ich habe noch nie einen Menschen gesehen, der wegen eines Wochenendtickets so brutal misshandelt wird!"

Jean-Pauls weißer Pullover ist blutverschmiert, die Hose und eine Kette sind zerrissen, Blut fließt aus seinem Ohr. Dann bringt endlich jemand einen Rollstuhl. Wir fahren auf die Wache, dort werden die Personalien des Kameruners noch einmal kontrolliert. Jean-Paul wird von einem Arzt untersucht. Dieser attestiert die Verletzungen an den Armen, am Ohr und dem linken Knie. Nachdem der Pass noch einmal überprüft worden ist, darf Jean-Paul endlich gehen.

Helga Seyb von der Bildungs- und Beratungsstelle gegen Rassismus "Reachout" kennt ähnliche Fälle aus ihrer Praxis: "Seit 2003 haben wir in einer Studie allein in Berlin mehr als 30 analoge Sachverhalte dokumentiert. Die Menschen werden nach äußeren Merkmalen ‚kontrolliert`. Man kann davon ausgehen, dass die ‚Kontrolle` anders verlaufen wäre, wenn Jean-Paul keine schwarze Hautfarbe gehabt hätte. Die PolizistInnen nehmen bereits kritisches Nachfragen der Opfer, warum denn gerade sie einer Personenkontrolle unterzogen werden, als Anhaltspunkt für deren vermeintlichen Widerstand."

Dass dies kein Einzelfall ist, berichtet auch Michal. Er ist aus Solidarität aus dem Zug gestiegen und hat sich demonstrativ neben den gefesselten Jean-Paul auf den Bahnsteig gesetzt: "Ich wurde im Juni vor drei Jahren am Ostbahnhof ähnlich misshandelt," erzählt er. "Damals meinte die Schaffnerin der Aufdruck ‚Semesterticket` sei auf meinem Studierendenausweis schlecht lesbar. Ich fuhr in einer Gruppe Studierender aus Südeuropa.

Die Schaffnerin hat mir auch meinen Pass nicht zurückgeben wollen. Ich rief die Polizei von meinem Handy an. Doch statt der Polizei, die den Fall klären sollte, kam der BGS und forderte mich auf auszusteigen. Die Schaffnerin sekundierte diesen, indem sie mir drohte, ich müsse sonst den anderen Fahrgästen wegen der Verspätung die Anschlusszüge bezahlen."

Dem Doktoranden warf man damals prompt Erschleichen von Leistungen, Betrug und Beleidigung der Beamten vor. Doch sein Ticket war gültig, was die Universitätsverwaltung auch nachträglich bestätigte. "Das Verfahren gegen mich wurde durch die Amtsanwaltschaft Berlin gegen Zahlung von 150 Euro eingestellt. Das ist deren rassistische Strategie. Erst prügeln und demütigen sie dich, und dann sagen sie, du bist ein Betrüger oder hast sie beleidigt."

Kamil Majchrzak

40. Aufgeblättert

CD-Datei: daten/aksuche/ak500/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:12

Vergessliche Bewegungen

Soziale Kämpfe und Bewegungen sind so heterogen wie ihre AktivistInnen. Jeder Versuch, diese dynamischen Prozesse in Wort und Bild zu dokumentieren und damit zu historisieren, birgt die Gefahr, andere Erzählungen und Sichtweisen zu verdrängen. Gleichzeitig müssen soziale Bewegungen, um aus ihren Fehlern lernen zu können, immer wieder einen Blick auf die eigene Geschichte werfen. Der von Bernd Hüttner, Gottfried Oy und Norbert Schepers herausgegebene Sammelband mit dem schönen Titel "Vorwärts und viel vergessen" beschäftigt sich mit dieser Ambivalenz. Gerade die Debatte um die 1968er-Bewegung hat gezeigt, wie groß das Interesse vor allem bei Ex-Linken und Konservativen ist, linke Geschichte (neu) zu definieren und zu diffamieren. Leider sind linke ChronistInnen nicht immer die besseren GeschichtsbearbeiterInnen, wie Imma Harms in ihrem hervorragenden Buchbeitrag präzise herausarbeitet. Statt einen unermüdlichen, aber letztlich nicht zu gewinnenden Kampf gegen die herrschende Sicht "von oben" zu führen, plädiert Harms für eine subjektive Aneignung von Geschichte. Das heißt auch, dass man sich der eigenen Geschichte in ihrer ganzen Gebrochenheit stellt und "das Scheitern anderer nicht denunziert, um die eigene Haut zu retten, sondern sich in diesem Scheitern wiedererkennt". Zu Recht steht diese "Polemik gegen die Vitrinierung der eigenen Vergangenheit" am Anfang des Buches. Ein Großteil der übrigen Texte setzt sich in dieser kritisch-dialektischen Form mit der Geschichte sozialer Bewegungen auseinander. Thematisiert werden u.a. die migrantischen Kämpfe in der BRD, die Medienpolitik der sozialen Bewegung, der Alltag im Bewegungsarchiv und die neue Frauenbewegung. Äußerst ärgerlich ist Stephan Grigats Beitrag über die "Staatsfixiertheit der Linken". Er attackiert die Friedensbewegung (wer bitte schön ist das?) und fantasiert eine globale Einheit zwischen attac, Anti-AKW-Bewegung, Hamas und Neonazis. In der Ablehnung des Irakkrieges schließlich dankte - so Grigat - "das Volk dem Führer der Friedensvolksgemeinschaft." Auf diesen Amoklauf gegen linke Bewegungen hätten die Herausgeber des ansonsten sehr empfehlenswerten Buches besser verzichten sollen.

NV

Bernd Hüttner, Gottfried Oy, Norbert Schepers (Hg.): Vorwärts und viel vergessen. Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen. AG Spak Bücher, 2005, 176 Seiten, 11 EUR

Polnische Zwangsabeiterinnen

Die Dreilinden Maschinenbau GmbH in Kleinmachnow bei Berlin, Teil des Bosch-Konzerns, war bis 1945 ein Betrieb mit hauseigenem KZ, einem Außenlager des KZ Sachsenhausen. Zu den ZwangsarbeiterInnen, die hier Flugmotorenteile für die deutsche Luftwaffe produzieren mussten, gehörten auch 750 junge polnische Frauen. Sie waren, wie viele Tausend andere, nach dem blutig niedergeschlagenen Warschauer Aufstand im Herbst 1944 verschleppt worden. Das Buch "Muster des Erinnerns. Polnische Frauen als KZ-Häftlinge in einer Tarnfabrik von Bosch", herausgegeben von Ewa Czerwiakowski und Angela Martin im Auftrag der Berliner Geschichtswerkstatt, ist eine Fortsetzung und Ergänzung der sehr viel umfangreicheren Dokumentation "Ich sah den Namen Bosch" (vgl. ausführliche Buchvorstellung in ak 462). In dem jetzt erschienenen Buch erinnern sich weitere 33 Frauen an Hunger, Durst, Gewalt und Todesangst, aber auch an Solidarität unter den Häftlingen und einige wenige menschliche Gesten von Vorgesetzten. Zu "bewältigen" ist diese Vergangenheit nicht; sie lässt sich auch nicht vergessen. "Ich wollte, dass das alles aus meinem Gedächtnis verschwindet", sagt Jadwiga Sawicka, "aber es lässt sich nicht vergessen, es kehrt immer wieder zurück. Man muss damit leben." Illustriert ist das Buch mit Porträts der Zeitzeuginnen (aufgenommen von Hucky Fin Porzner) und Faksimiles historischer Dokumente. Drei einleitende Aufsätze und ein Vorwort der Bosch-Erbin Ise Bosch beschreiben die "Muster des Erinnerns". Angela Martin diskutiert in ihrem Beitrag das selektive Gedächtnis von ZeitzeugInnen wie von Archiven. So gibt es über das KZ Kleinmachnow zwar Überstellungslisten mit Namen und Häftlingsnummern, "diese Listen verraten jedoch kaum etwas über die Schicksale dieser Frauen; ohne die Erinnerungen der Überlebenden wüssten wir bis heute nichts über die Lebens- und Arbeitsbedingungen im KZ-Außenlager Kleinmachnow."

Js.

Ewa Czerwiakowski und Angela Martin (Hrsg.): Muster des Erinnerns. Polnische Frauen als KZ-Häftlinge in einer Tarnfabrik von Bosch. Metropol-Verlag, Berlin 2005, 143 Seiten, 14 EUR

Erzählungen von Alltagsgewalt und Hoffnungen

"Er ist wieder da. (...) Der Damawand. Der Berg. Die Krone Teherans. Er steht auf dem Wasser, wächst aus ihm heraus zu seinen fast sechstausend Metern Höhe, breitet sich rechts und links über die Ufer der Spree, legt sich auf die Straßen und Häuser, sein weißbedecktes Haupt leuchtet strahlender als die Berliner Abendsonne." Ein Esel, auf dessen Rücken ein blonder Junge sitzt und eine Spendendose schüttelt, offensichtlich keine Sinnestäuschung, holt die Ich-Erzählerin in die Realität zurück. Sudabeh Mohafez wurde 1963 in Teheran geboren und lebt seit 1970 in Berlin. Die in dem Band "Wüstenhimmel Sternenland" vorliegenden sehr poetischen Erzählung spiegeln realistische Situationen: Da sucht eine Teheraner Hausangestellte ein letztes Mal ihre Arbeitgeberin auf, die sie zuvor fristlos entlassen hat, und fordert damit das absolute Unverständnis und den Zorn ihrer fast erwachsenen Tochter heraus. Da gibt es eine nächtliche Autofahrt durch die Wüste; oder es findet ein Festmahl statt, gereicht wird Fleisch des gerade geschlachteten Kamels. In den Erzählungen geht es immer wieder um alltägliche patriarchale Gewalt, die Gefühllosigkeit und mangelnde Anteilnahme scheinbar Außenstehender wird thematisiert, unabhängig davon, ob die Geschichte im Iran oder mitten in Berlin spielt. Gefühle von Einsamkeit und Verlust, existenzielle Angst, aber auch der ungebrochene Wille zu leben sind Themen der träumerischen Erzählungen, die trotz aller Alltagsgewalt sehnsüchtig und hoffnungsfroh sind. So bietet eine Geschichte tatsächlich eine "einzig gültige Perspektive", auf jeden Fall für die eine Situation.

Raphaela Kula

Sudabeh Mohafez: Wüstenhimmel Sternenland, Arche Verlag, Zürich und Hamburg 2004, 122 Seiten, 17 EUR

41. Kalender

CD-Datei: daten/aksuche/ak500/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:33

WTO in Hongkong

Im Dezember entscheiden 148 Wirtschaftsminister auf der Ministerkonferenz der WTO in Hongkong über neue Regeln für den Welthandel. Am 25. November lädt die NGO Gerechtigkeit jetzt!, ein Bündnis aus 36 Organisationen aus Entwicklungspolitik und Umweltschutz, in Bonn zu einer Podiumsdiskussion ein. Dabei geht es um die Frage: "Welthandelskonferenz in Hongkong: Mehr oder weniger Armut in der Dritten Welt?". Auf dem Podium vertreten sind Dr. Karl Ernst Brauner (Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit), Cornelia Berns (Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft), Pia Eberhardt (WEED - Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.) und Michael Frein (Evangelischer Entwicklungsdienst). Im Anschluss wird gefeiert mit der Kölner Latino-Band La Papa verde.

Bonn, 25.11.05, Rheinisches Landesmuseum, Colmantstr. 14-18, 53115 Bonn (Nähe Hbf.), www.gerechtigkeit-jetzt.de

Menschenrechte in El Salvador

Vom 25.-27. November findet in Frankfurt das jährliche Bundestreffen der El Salvador Solidariätsgruppen und interessierter Einzelpersonen statt. Zentrales Thema ist die Kontinuität von Menschenrechtsverbrechen in El Salvador. Zusammen mit David Morales und Guadalupe Erazo sollen der Zusammenhang zwischen Vergangenheit und Zukunft von Menschenrechtsverletzungen sowie der Protest und Widerstand aus der Bevölkerung analysiert und diskutiert werden.

Frankfurt, 25. -27.11.05, Haus der Jugend, Ökumenisches Büro, Tel.: 089-4485934, elsal@oeku-buero.de

Kultur und soziale Bewegung

Wie hängen Kultur und Politik zusammen? Dieser Frage widmet sich das "Archiv Kultur und soziale Bewegung" (www.sozialforum.glizz.net) in vielfältiger Weise. Basierend auf einer Materialsammlung u.a. zur Geschichte von Protestkultur, Aneignung von Stadt, Sozial-Utopie und Prekarisierung finden so genannte Anwendungen statt: Themenbereiche des Archivs werden herausgenommen, präsentiert, aktualisiert. Erste Einsatzorte waren das Erfurter Sozialforum und eine Veranstaltungswoche "Wir können auch anders!" in Hannover. Weiter geht es mit einer Party in Hamburg. Mit live-act Popple/ Hughes/ Chevalier, einem Boxmusikmobil, Filmvorführungen und diversen DJs.

Hamburg, 2.12.05, ab 21 Uhr, Buttclub, Hafenstr. 126

Neoliberal und rechtsextrem

Trotz neoliberaler Globalisierung, die auf Freihandel, Liberalisierung, Transnationalität und Freisetzung aus alten Zwängen setzt, macht sich europaweit eine zunehmende Popularität rechtsextremer Parteien und Ideologien breit. Trotz? ... oder: wegen? Konkurrenz und Profitmaximierung sind Triebkräfte des Neoliberalismus, das Soziale ist Belastung, Ausgrenzungen sind Normalität - damit rücken mögliche Zusammenhänge zu rechtsextremem Denken schon näher. Über diese Fragestellungen findet in Köln die Tagung "Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa" statt. Es diskutieren u.a. Jean-Yves Camus (Frankreich), Christoph Butterwegge, Margarete Jäger, Ineke van der Valk (Niederlande), Gabrielle Balazs (Frankreich), Gudrun Hentges und G.M. Tamas (Ungarn).

Köln, 3.12.2005, 10-18.30 Uhr, Bürgerzentrum Alte Feuerwache, www.rls-nrw.de

Entrechtet in der Festung Europa

Zum 1. Januar 2002 startete ein sog. Modellprojekt zur Einrichtung einer "Zentralen Ausreiseeinrichtung". Seit dem 1. Januar 2004 wird die "zentrale Abschiebestelle" (ZAbSt) als ständige Einrichtung betrieben. Es gehört zu dem System der sogenannten Ausreisezentrenn mit denen Flüchtlinge, denen es gelungen ist, in das Innere der Festung Europa zu gelangen und die nicht abgeschoben werden können, weitgehend entrechtet werden. Den Flüchtlingen wird jede Barleistung entzogen und die medizinische Versorgung reduziert sich auf das zum Überleben Notwendige. Hier wird die systematische Entrechtung von Menschen mitten im Herzen der

Festung Europa vorexerziert. Am 7.12. berichten AktivistInnen der Initiative gegen das Ausreisezentrum Halberstadt über die Situation vor Ort und den Kampf von Flüchtlingen und AntirassistInnen für die Schließung der ZAbSt.

Berlin, 7.12.05, Zielona Gora, Grünbergerstr. 73, Berlin-Friedrichshain

Queere Nacht

"Dress up as you like" unter diesem Motto laden die subkulturellen Initiativen Juicy Delights (Abende für queere Sexualität), kraß (projekt für lesben.schwule.queers) und Music for a new society am 10. Dezember in den Güterbahnhof nach Bremen ein. Einschränkende Geschlechternormen aufzubrechen und eine prickelnde Atmosphäre für alle Identitäten zu schaffen ist das gemeinsame Anliegen der VeranstalterInnen. Die Berliner Musikerin und Producerin Nora Below vom Avantgarde-Techno-Label "Bpitch Control" wird in einer spektakulären Gender-Trash-Performance zu sehen und hören sein. In rasanten Kostümwechseln verwandelt sie sich bei jedem Song in neue Persönlichkeiten, die humorvolle und bizarre Dramen darbieten. Zudem werden die DJs Goldfish, Johnny, Kersten und Stop Disco Mafia für Bewegung auf der Tanzfläche sorgen.

Bremen, 10.12.05, 21.30 Uhr, Güterbahnhof Bremen (beim HBF)

Für immer Punk

"Legal, illegal, scheißegal!" ist heute wieder chic. Punk ist "in" - ob in Mode, Musik oder Werbung. Aber es war eigentlich ganz anders. Am 16. Dezember erzählt Eva Bude wie Punk "wirklich" war, Anfang der achtziger Jahre im Besetzerparadies West-Berlin. Dabei zeichnet sie ihren Weg von der Mannheimer Abiturientin zu einem Leben ohne Netz und doppelten Boden in einer Welt von Anarchos, Punks, Drogensüchtigen, politisierenden Wirrköpfen und prügelnden Bullen. Der Eintritt ist frei und anschließend gibt es zum Bier passende Musik.

Bonn, 16.12.05, Kult 41, Hochstadenring 41, www.lesabot.de

42. Aktions- und Strategiekonferenz sozialer Bewegungen

CD-Datei: daten/aksuche/ak500/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:37

Am 19./20. November findet in Frankfurt die Aktions- und Strategiekonferenz sozialer Bewegungen statt, die im Anschluss an das erste Sozialforum in Deutschland (Sommer 2005 in Erfurt) beschlossen worden war. Schon damals war die Feststellung richtig, dass die Antwort auf die Frage, ob der neoliberale Umbau weiter fortgesetzt werden kann bzw. wann und wie er endlich an seine Grenzen stößt, entscheidend von den Protesten der sozialen Bewegungen abhängen wird. Nach den Bundestagswahlen im September gilt dies erst recht, weshalb die außerparlamentarischen Bewegungen aufgerufen sind, ihre Strategiedebatten rund um diese Frage fortzuführen und zu intensivieren. In der letzten ak-Ausgabe stellten Peter Wahl und Thomas Seibert/Werner Rätz im Hinblick auf den kurz bevorstehenden attac-Ratschlag ihre Thesen zur Diskussion. In dieser Ausgabe setzen wir die Debatte aus feministischer, linksgewerkschaftlicher, globalisierungskritischer und linksradikaler Perspektive fort - im Hinblick auf die Frankfurter Aktions- und Strategie-Konferenz und im Ausblick auf die Mobilisierung zum G8-Gipfel in Heiligendamm 2007; mit Beiträgen von Katja Strobel, Werner Sauerborn, Pedram Shayar und Tim Laumeyer. Weitere Informationen zur Frankfurter Konferenz unter www.versammlung-sozialer-bewegungen.de.

43. 25.000 Euro! Jetzt!

CD-Datei: daten/aksuche/ak500/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:42

Ihr haltet die druckfrische 500. Ausgabe von ak - analyse und kritik, (formerly known as Arbeiterkampf) in der Hand. Dass es diese Zeitung bis zu diesem runden Jubiläum geschafft hat, ist nicht zuletzt auch denjenigen zu verdanken, die uns Jahr für Jahr mit Spenden unterstützen. Denn - so ist das leider, leider im Kapitalismus - ohne diese individuellen finanziellen Spritzen wäre das Projekt nicht realisierbar.

Damit wir mit euch noch viele weitere Jubiläen feiern können, hofft der Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik auf eure Spendenbereitschaft: 25.000 Euro benötigen wir, um die diversen Aktivitäten des Vereins auch im nächsten Jahr im gewohnten Umfang durchführen zu können. Dazu gehört neben der Herausgabe der Monatszeitung ak und der halbjährlich erscheinenden Fantômas auch das Mitorganisieren von Veranstaltungen, Tagungen und Kongressen.

Wir wissen, dass unsere LeserInnenschaft nicht gerade die finanzkräftigste ist (wir geben ja schließlich keine Golf- oder Life-Stylezeitung heraus) und dass viele von euch an jeder Ecke und Kante sparen müssen. Auf Grund des fortschreitenden Sozialabbaus wird sich dies vermutlich in der nächsten Zeit auch nicht maßgeblich verändern. Dass sich dennoch Jahr für Jahr Menschen entscheiden, ihr weniges Geld dem Projekt ak zukommen zu lassen, freut uns sehr. Jede Spende ist willkommen, sei sie groß oder klein. Jede Spende ist auch eine Spende gegen den herrschenden Zeitgeist des Solidaritätsabbaus.

Seit letztem Monat sind bereits 4.789 Euro an Spenden hier angekommen; allen SpenderInnen schon einmal vielen, vielen Dank dafür. Und für alle, die noch zögern: bitte gebt euch einen Ruck und werdet auch SpenderInnen. Der Überweisungsträger liegt bei, wie immer sind die Spenden auch steuerlich absetzbar. Nicht zu vergessen: Es ist für einen guten Zweck. Damit ihr auch in Zukunft noch jeden Monat linke Analyse und Kritik lesen könnt und damit Fantômas nicht zum Phantom wird.

Eure Redaktionen ak und Fantômas

Spendenkonto:

Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Kontonummer: 13150204

Postbank Hamburg

BLZ 200 100 20,

Ausland BIC: PBNKDEFF

IBAN: DE 60 2001 0020 0013 1502 04

44. Editorial

CD-Datei: daten/aksuche/ak500/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:500:43

Da ist sie nun, die 500. Ausgabe von ak - analyse & kritik. Kontinuität und Bruch, Beharrungswille und Veränderungsbereitschaft waren in den vergangenen Wochen Stichworte nicht nur unserer internen Diskussion, sondern ziehen sich auch durch die mehr oder weniger wohlwollenden Kommentare linker Medien, Gruppen und Einzelpersonen zu unserem Jubiläum. Eine Veränderung, an der wir in den vergangenen Monaten mit Hochdruck gearbeitet haben, ist schon auf den ersten Blick sichtbar: ak 500 erscheint in neuem Layout. Die Entwürfe stammen von Rebecca Forner. In Zusammenarbeit mit unserer "Layout-Gruppe" wurden sie modifiziert und unseren Bedürfnissen angepasst, dann von der Technik-Crew in einem echten Kraftakt umgesetzt, von der Redaktion erprobt, bis sich herausstellte: Die Sache funktioniert, die Zeitung erstrahlt in neuem Gewand. Allen, die in die Umstellung sehr viel Zeit, Kreativität und Energie investiert haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Möge das Ergebnis ihrer Arbeit dereinst einen prominenten Platz im Revolutionsmuseum einnehmen!

Weniger um den eigenen Nachruhm als um die schon vollzogenen Veränderungen der Zeitung und ihre zukünftigen Aufgaben ging es im "Selbstinterview" der ak-Redaktion. Dabei steht Selbstkritisches neben der Hoffnung, auf dem richtigen Weg zu sein. Dass wir eine bis auf weiteres unverzichtbare Zeitung produzieren, wurde uns in den allermeisten externen Kommentaren zum ak-Jubiläum bescheinigt. Die große Zahl positiver Rückmeldungen freut und ermutigt uns.

Zweites Schwerpunktthema neben unserem Jubiläum sind die innerlinken Debatten um Utopie und Strategie - eine Fortsetzung der in der letzten Ausgabe begonnenen Diskussion. Die nach Fertigstellung von ak 500 stattfindende Frankfurter Aktions- und Strategiekonferenz sozialer Bewegungen soll dann in ak 501 nachbereitet werden.

Ebenfalls auf die nächste Ausgabe verschieben mussten wir die Analyse der innenpolitischen Situation. Die unfreiwillige Komik bei den Machtspielchen der staatstragenden Parteien, die Intrigen und persönlichen Eitelkeiten der politischen Elite (Münte! Edi!) boten in den vergangene Wochen ja eher Stoff für Satire. Jetzt wird es ernst: Die Große Koalition steht; beschlossen hat sie ein beinhartes Programm, das die Verarmung breiter Teile der Bevölkerung noch vorantreiben wird. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (SPD), der in dem Koalitionsvertrag eine deutliche "sozialdemokratische Handschrift" erkennt, hat völlig Recht: Die SPD macht als Juniorpartner der Christenunion da weiter, wo sie unter Großkotz Schröder aufgehört hat. Phrasen gegen die christdemokratische Politik der "sozialen Kälte" dienten allein der WählerInnenverdummung - Geschwätz von gestern!

Es gibt also viel zu tun für Linke. Die ak-Redaktion wird ihr Teil dazu beitragen, dass eine breite und entschlossene Opposition zu Stande kommt. Die Vorbereitungen für ak 501 laufen an - sowie wir uns von den Jubiläumsfeierlichkeiten erholt haben ...

Eure ak-Redaktion

P.S. Zur Layout-Umstellung gehört auch die Nutzung der letzten Seite als "zweite Titelseite". Den so wichtigen Spenden-Aufruf, der bisher die letzte Seite füllte, findet ihr deshalb gleich hier!